VERÖFFENTLICHUNGEN
ZUR GESCHICHTE DER HANSESTADT LÜBECK
HERAUSGEGEBEN VOM ARCHIV DER HANSESTADT

BAND 20

DAVID ALEXANDER WINTER

GESCHICHTE DER JÜDISCHEN GEMEINDE IN MOISLING/LÜBECK

MIT EINER BIOGRAPHIE DES VERFASSERS VON

DR. HANS CHANOCH MEYER

Veröffentlichungen zur Geschichte der Hansestadt Lübeck
HERAUSGEGEBEN VOM ARCHIV DER HANSESTADT

BAND 20

DAVID ALEXANDER WINTER

Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Moisling / Lübeck

Mit einer Biographie des Verfassers von Dr. Hans Chanoch Meyer

1968

VERLAG MAX SCHMIDT-RÖMHILD, LÜBECK

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2025

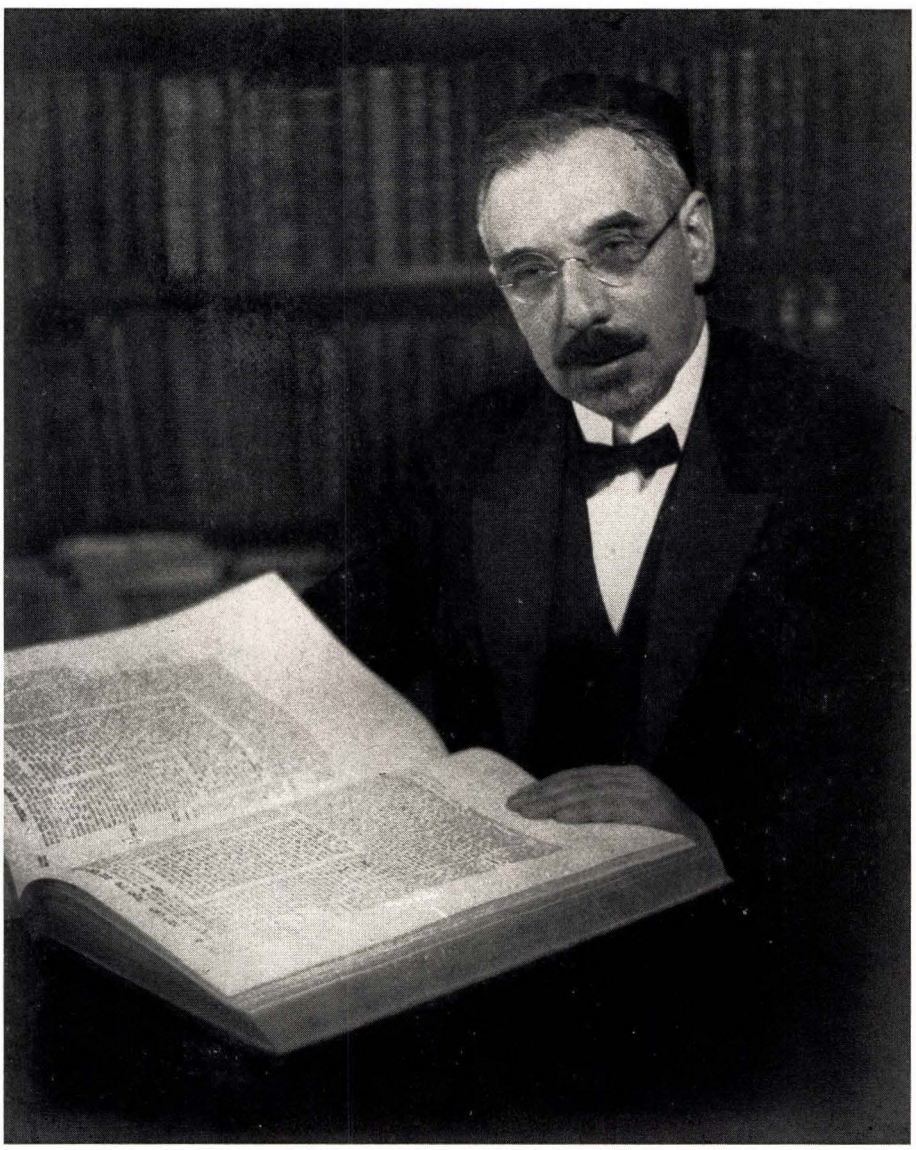
Durch eine Sonderbewilligung der Lübecker Bürgerschaft wurde dem Archiv der Hansestadt Lübeck die Aufnahme des nachgelassenen Manuskripts von Dr. David Alexander Winter über die Geschichte der Juden in Moisling und Lübeck in seine Veröffentlichungsreihe ermöglicht. Herr Dr. Winter, Rabbiner in Lübeck von 1921 bis 1938, hatte in den Jahren von 1928 bis 1933 im damaligen Lübecker Staatsarchiv die einschlägigen Aktengruppen über die Juden durchgearbeitet und dadurch Archivalien ausgewertet, die bis auf den heutigen Tag durch die unglückselige Zonengrenzziehung dem Lübecker Archiv vorenthalten werden. Da bei dieser Sachlage eine erneute Überprüfung der Winterschen Arbeit nicht erfolgen konnte, hat sich das Archiv zum unveränderten Abdruck des Manuskripts entschlossen. Herr Dr. Hans Chanoch Meyer, Herausgeber der von ihm im Jahre 1963 in Dortmund gegründeten DOCUMENTA JUDAICA, hatte die Stadt Lübeck auf das nachgelassene Manuskript aufmerksam gemacht und dem Lübecker Archiv die Einsicht in das in The Jewish Historical General Archives in Jerusalem verwaltete Manuskript letzter Hand von Dr. Winter ermöglicht. Ihm und Frau Amalie Winter in Jerusalem, der Witwe des Verfassers, hat das Archiv für die Erlaubnis zu danken, das Wintersche Manuskript in die Archivreihe aufnehmen zu dürfen, desgleichen Herrn Dr. Meyer für die einleitende Biographie des Verfassers, zu der Frau Winter Material zur Verfügung stellte. Der Dank des Archivs an Herrn Dr. Meyer gilt in gleicher Weise für seine Bereitwilligkeit, die Korrekturen der Arbeit mitzulesen.

Archiv der Hansestadt Lübeck

Ahlers

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany

Druck: Max Schmidt-Römhild, Lübeck



David Alexander Winter

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

David Alexander Winter. Eine biographische Skizze von Dr. Hans Chanoch Meyer 5

I.

Die Juden in Moisling und die Reichsstadt Lübeck 12

II.

Das Schutzjudentum in Lübeck 86

III.

Der jüdische Gottesdienst in Lübeck und Moisling 124

IV.

Das Rabbinat in Moisling 147

Anhang 181

David Alexander Winter

Eine biographische Skizze

von Hans Chanoch Meyer

Rabbiner Dr. David Alexander Winter entstammt einer alteingesessenen Familie aus der Rhein-Main-Gegend. In seiner autobiographischen Niederschrift[1]) finden sich im Anhang zahlreiche genealogische Tabellen und Listen seiner verzweigten Familie sowie angeheirateter Linien, deren erste Glieder 150—200 Jahre zurück auf Orte wie Pfungstadt an der Bergstraße, Mergentheim und vor allem — mütterlicherseits — Zell am Main bei Würzburg hinweisen. Sein Urgroßvater mütterlicherseits war Rabbi Mendel Rosenbaum-Zell (1783—1868), der in Zell ein talmudisches Lehrhaus gegründet hatte, in dem so mancher Rabbiner seine Ausbildung erhalten hatte (R. Buttenwieser, Straßburg; R. Weißkopf, Paris; R. Dr. Moses Jacobsohn in Schrimm und Gnesen, Prov. Posen). Dieser hervorragende Mann war auch gemeindepolitisch tätig. Er hatte einmal eine Audienz beim König Ludwig von Bayern, der ihm persönlich mitteilte, daß ein die jüdische Gemeinschaft benachteiligendes Gesetz aufgehoben würde. Als R. Mendel in Zell im Jahre 1868 starb, schrieb der bayerische Staatsminister von Zwehl einen „rührenden Beileidsbrief" an die Familie.

David Winter wurde am 23. November 1878 in München-Gladbach geboren. Seine Eltern, Joseph Winter und Frau Sara, geb. Rosenbaum, zogen mit ihren Kindern nach Köln. Obwohl es dem Vater nicht leicht fiel, acht Kinder großzuziehen, so hat David Winter doch einen geordneten Bildungsgang auf dem Kölner Kaiser-Wilhelm-Gymnasium bis zur Reifeprüfung erhalten. In Köln lehrte in den Jahren vor der Jahrhundertwende R. Anton Nehemia Nobel (1871—1922; Köln, Königsberg, Leipzig, Hamburg, Frankfurt), der mit seiner feinen und umfassenden Bildung und mit seiner außergewöhnlichen Sprachgewalt die junge Generation in Bann schlug. Winters eigentliche Lehrer waren R. Joseph Wolf, R. Dr. Plato und Elias Gut. So hat Winter in seiner Jugend bei Lehrern gelernt, welche als jüdische Pädagogen und Gelehrte einen Ruf über den lokalen Rahmen hinaus hatten. Mit einem guten religiösen und allgemeinen Bildungsfonds ausgerüstet ging Winter nach erfolgtem Abitur auf das seinerzeit blühende Thora-Zentrum in Halberstadt zu R. Joseph Nobel — dem Vater des oben erwähnten Anton Nehemia Nobel —, welcher als Verfasser zahlreicher wichtiger Werke bekannt war. Im Jahre darauf bezog Winter das Rabbinerseminar (Hildesheimer) in Berlin. Im Lehrerkollegium wirkte das Dreigestirn David Hoffmann, Jakob Barth und Abraham Berliner, drei

---

[1]) „Erinnerungen aus meinem Leben" von David Winter, London 1951, 88 Seiten Handschrift. Dazu zahlreiche genealogische Tabellen als Anhang.

Nach dem Tode Winters erschien eine ausführliche Familiengeschichte der Rosenbaums: The Rosenbaums of Zell by Berthold Strauss, London 1962. Dazu: David Tachauer, Familientafel der Nachkommen von Mendel Rosenbaum. Mit Nachtrag, abgeschlossen am 1. Mai 1959. Privatdruck. Vergl. S. Goldmann, Die Rosenbaums von Zell. Allgemeine Zeitung der Juden in Deutschland, 20. Oktober 1962.

Gelehrte von wissenschaftlichem Weltruf. Leider geht Winter in seinen Aufzeichnungen auf diese so wichtige Zeit der Studienjahre mit abschließender Rabbinatsprüfung in Berlin und dem Doktorat in Halle nicht näher ein. Er erwähnt lediglich, daß die damals auftauchende Palästinafrage auch ihn sehr interessiert hat, und daß in dieser Hinsicht die Haltung A. N. Nobels als die ihm gemäße erschien. Nobel gehört zu den Vätern des religiösen Zionismus, welcher unter Bejahung der Grundsätze von Herzls allgemeinem politischem Zionismus den spezifisch religiösen Charakter des Judentums gewahrt wissen will.

Im Jahre 1907 wählte ihn die Jüdische Gemeinde Myslowitz O/S zu ihrem Rabbiner. Myslowitz lag an der deutsch-russischen Grenze; hier befand sich ein Durchgangslager für die jüdischen Auswanderer, die aus dem Osten kamen. Der Hilfsverein der Deutschen Juden unter der Führung von Paul Nathan und Bernhard Cahn hatte den Schutz und die Betreuung der Emigranten übernommen, und der Verein tat viel für den reibungslosen Transit von der Grenze nach Hamburg, von wo aus der Wanderungsstrom nach Amerika weitergelenkt wurde. In dieser Gemeinde und in diesem Milieu fand Winter ein reiches Feld karitativen Wirkens. Er erzählt mit schlichten Worten, wie sehr ihn das harte Los der Auswanderer gerührt habe, und wie ihm kein Weg zuviel und keine Mühewaltung zu groß war, um Härten, die unausbleiblich waren, zu mildern und wenn möglich, abzustellen, und dies Jahre hindurch.

Mit den Kollegen der oberschlesischen Gemeinden, welche in einem Gemeindebund zusammengefaßt waren, hatte Winter gute Fühlung, und er erwähnt u. a. R. Dr. Kopfstein, Beuthen; R. Dr. Kaatz, Zabrze (später Hindenburg genannt); R. Dr. Braunschweiger, Kattowitz; R. Dr. Goldmann, Oppeln.

Alle diese Rabbiner waren im Zeitraum der nächsten Jahre und Jahrzehnte Zierden des Rabbinerstands in Deutschland. Nach Verlauf von sechs Jahren zog es Winter wieder in den Westen und er nahm 1913 eine Berufung nach Homburg v. d. Höhe an. Schon im nächsten Jahre brach der Krieg aus und der Rabbiner wurde vor neue Aufgaben gestellt. Wenngleich er sich sofort zum Heeresdienst gestellt hatte, so wurde er doch noch einige Zeit zurückgestellt und erst 1916 erfolgte seine Ernennung zum Feldrabbiner bei der 12. Armee[2]). Diese Armee lag zwischen Wilna und Brest-Litowsk. In Grodno war die Etappeninspektion, in Lida das Armeeoberkommando. Zu seinen Obliegenheiten gehörte die Organisation von Feld-

---

[2]) Als Feldrabbiner im zweiten Kriegsjahr tätig: Dr. Italiener, Feldrabbiner bei der 7. Armee — Dr. Sali Levi, Feldrabbiner bei der 10. Armee — Dr. Reinhold Lewin, Feldrabbiner bei der 3. Armee — Dr. Sänger, Feldrabbiner bei der 11. Armee — Dr. Wilde, Feldrabbiner bei der 4. Armee — Dr. Bärwald, Feldrabbiner bei der 6. Armee — Dr. Chone, Feldrabbiner bei der 6. Armee — Dr. Emil Levy, Feldrabbiner bei der 2. Armee — Dr. Arthur Levy, Feldrabbiner bei der 9. Armee — Dr. Sonderling, Feldrabbiner bei der Njemen-Armee — Dr. Salzberger, Feldrabbiner bei der 5. Armee — Vergl. Ein Gruß der Feldrabbiner an die jüdischen Kameraden im Deutschen Heere zu den Herbstfeiertagen 1915. Herausgegeben vom Verband der Deutschen Juden. — Nicht alle Rabbiner, die damals Armeedienst leisteten, sind in diesem „Gruß" zu Worte gekommen. Es fehlt z. B. der bedeutsame Name von Leo Baeck. Er diente von September 1914 bis Mai 1918. Vergl. Festschrift zum 80. Geburtstag von Leo Baeck, London 1953. Aufsätze von A. D. Kober und Bruno Italiener, S. 26 und S. 36. Im weiteren Verlauf des Krieges dienten noch andere Feldrabbiner. Der Unterzeichnete darf den Namen seines teuren Lehrers erwähnen: Rabbiner Dr. Heinrich A. Cohn, (Sohn des Baseler Rabbiners Dr. Arthur Cohn) später in Berlin, Synagoge Lessingstraße im Hansaviertel. Heinrich Cohn emigrierte 1939 nach England und starb 1966 in London. Ferner gab der Verband der Deutschen Juden heraus: Feldgebetbuch für die jüdischen Mannschaften des Heeres. Berlin 1914, Druck von H. Izkowski und Aus dem Buch der Bücher, Feldbibel.

gottesdiensten im ganzen Bereich[3]). Eindrucksvoll schildert Winter seine neue Aufgabe: „Dort standen die 83., 89., 11. Landwehr-Division und die 237. Division. Wir hielten Gemeinschaftsgottesdienste in irgendeinem Raum, einer Scheune oder auf freiem Feld. Ich hielt eine Ansprache nach dem Beten und veranstaltete dann eine freie Aussprache, in der alle Wünsche und Vorkommnisse bei einem Glas Tee oder Bier vorgebracht wurden. Dieser gegenseitige Austausch von Meinungen und Begegnungen war nicht allein wertvoll, sondern es bildete sich ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, hier draußen in Not und Gefahr, die manchem Kameraden zum bedeutungsvollen Erlebnis wurde und das jüdische Bewußtsein stützte. Fern von der Heimat und den Seinen fand man sich hier zusammen. ... Es bildete sich ein Vertrauensverhältnis heraus, das auf voller Gegenseitigkeit beruhte und jedem von uns wertvoll war. ... Nicht immer verliefen diese Zusammenkünfte friedlich. Manchmal wurden diese Gottesdienste durch plötzliche Angriffe unterbrochen und nötigten uns, Deckung zu suchen vor Fliegern."

Winter beschreibt den schweren Dienst der religiösen Betreuung bis in die Einzelheiten. Aber Winters Tätigkeit erstreckte sich nicht nur auf den Rahmen des Militärs, sondern darüber hinaus gab es auch viele Kontakte mit der jüdischen Zivilbevölkerung des Ostens. Diese jüdischen Gemeinden litten unter der Einwirkung des Krieges sehr stark. Infolge der mangelhaften Ernährung und sonstiger ungünstiger Umstände brachen Krankheiten und Seuchen aus. Der Rabbiner wurde gebeten, bei den Behörden vorstellig zu werden, damit Hilfsmaßnahmen, die bereits in die Wege geleitet waren, auch wirksam wurden. Winter war in der Lage, oft helfend eingreifen zu können. Er wurde im weiteren Verlauf des Krieges nach Bialystok versetzt, zu dem Zeitpunkt etwa, als die oberste Heeresleitung im Osten (Oberost) dorthin verlegt wurde. Hier befanden sich einige jüdische Persönlichkeiten in ihrer Eigenschaft als Berater für jüdische Angelegenheiten. Es darf daran erinnert werden, daß der General Ludendorff einige Zeit zuvor seinen Aufruf „Zu di Jiden in Paulen" verbreiten ließ, worin die damalige politische Linie der deutschen Außenpolitik zum Ausdruck kam. Man wollte die Sympathien der vom zaristischen Rußland unterdrückten Minderheiten erwerben. In Bialystok waren im Auftrage der Heeresleitung u. a. tätig der Maler und Radierer Hermann Struck, der Schriftsteller Arnold Zweig und Rechtsanwalt Sammy Gronemann[4]). Winter begegnete auch den Großen der Thora, dem „Brisker Raw", Rabbi Chajim Soloweitschek, der von 1892 bis zum Ausbruch des Weltkrieges in Brest-Litowsk Rabbiner war. Winter konnte ihm in einer wichtigen Angelegenheit behilflich sein. Er erwirkte für ihn bei den Behörden die Erlaubnis, nach Warschau reisen zu dürfen. Einen anderen rabbinischen Führer der östlichen Judenheit lernte Winter gleichfalls kennen, nämlich Rabbi Chajim Oser von Wilna, ferner Rabbi Untermann, damals in Grodno, später via England in Tel-Aviv und seit einigen Jahren Oberrabbiner des Staates Israel. Ferner wollte er den „Chafez Chajim" aufsuchen. Dieser aber war vor der Besatzung ins Innere Rußlands geflüchtet. Es hieß, er habe diese

---

[3]) Winter hat diese Periode seines Lebens als außerordentlich wichtig angesehen! Er widmet ihr 37 Seiten, während er sein bisheriges Leben auf 28 Seiten beschreibt. Seine weitere Lebensperiode in Lübeck und in England von 1921 bis 1953 legt er auf 23 Seiten nieder.

[4]) Sie haben dieser Zeit und diesem Milieu in ihren Werken ein bleibendes künstlerisches und literarisches Denkmal gesetzt. Vergl. Struck/Zweig, Das Ostjüdische Antlitz, Berlin 1920[2]. Sammy Gronemann, Hawdoloh und Zapfenstreich, Erinnerungen an die Ostjüdische Etappe 1916—1918, Berlin 1925. Zu diesem Thema s. auch Süddeutsche Monatshefte, München und Leipzig, Jahrg. 13, Heft 25, Februar 1916. Sonderheft: Die Ostjuden, Beiträge von Franz Oppenheimer, Julius Hirsch, Heinrich Löwe, Nachum Goldmann u. a. Ferner: Neue jüdische Monatshefte, Berlin 1916 ff.

Flucht damit begründet, daß ihm bange war vor der weltlichen westlichen Bildung. Deutschland als ein Land der „Bildung" sei noch gefährlicher für den Bestand des Judentums als das russische System der Unterdrückung und Bedrängnis[5]).

Wie schon angedeutet, waren die deutschen Besatzungsbehörden im allgemeinen der jüdischen Sache gegenüber objektiv, ja sogar entgegenkommend. Über die entgegenkommende Haltung seines Oberkommandeurs, General v. Scheffer-Boyadel, schreibt er anläßlich einer Einladung zu einem Essen, an dem der Rabbiner natürlich auf Grund der jüdischen Speisevorschriften nicht hat teilnehmen können: „Am Abend empfing mit der General von Scheffer sehr freundlich und sagte mir, daß er die jüdischen Gesetze sehr gut kenne, da sein Vater Landrat in Marburg/Lahn gewesen war, und ließ mir Tee und Brot bringen und war besonders liebenswürdig bei der Unterhaltung. Die gleiche Freundlichkeit zeigte er mir, als er einige Zeit später mir das Eiserne Kreuz anheftete. Als ich wenige Jahre nach dem Kriege im Lübecker Generalanzeiger las, daß v. Scheffer-Boyadel gestorben sei, schrieb ich an seine Frau einen Brief, in dem ich ihr mein tiefes Mitgefühl aussprach und bemerkte, daß ich die Ehre hatte, in der Armee ihres Mannes als Feldrabbiner tätig gewesen zu sein, und daß ich stets seine Vorurteilslosigkeit empfunden hätte. Einige Tage später erhielt ich einen Brief von der Witwe, in dem sie mir schrieb, daß ihr unter allen Briefen mein Brief am meisten wohl getan hätte."

Es wurde Februar 1919, ehe Winter in die Heimat zurückkehrte. Bald darauf — Pessach 1919 — starb sein Vater; seine Mutter war bereits 1913 verschieden. Er fand Trost in seiner Arbeit, die er in Bad Homburg wieder aufgenommen hatte. Als „persönliches Glück" bezeichnet er die Heirat (5. April 1921) mit seiner Großcousine Mali Wertheim aus Fulda, deren Ahnen ebenfalls auf Rabbi Mendel Zell zurückgehen. Bald darauf erfolgte die Berufung nach Lübeck. Lübeck war eine Einheitsgemeinde konservativer Richtung. Man kann diesen Zustand der konservativen Haltung als eine Ausnahme bezeichnen, denn gewöhnlich waren Gemeinden, sofern sie etwa die Zahl von 200—300 Seelen überschritten, aufgespalten in liberale und konservative Gruppen, wobei zumeist die liberale Richtung die zahlenmäßig stärkere war. Daß Lübeck eine konservative Einheitsgemeinde blieb, ist auf das Wirken von Rabbiner Dr. Salomon Carlebach zurückzuführen. Während eines Zeitraums von fast fünf Jahrzehnten, von Juli 1870—1919, versah Salomon Carlebach das rabbinische Amt in Lübeck. Nach seinem Tod wurde sein Sohn, Joseph Carlebach, zum Rabbiner gewählt. Aber Joseph Carlebach hat dieses Amt nur kurze Zeit innegehabt. Er verließ Lübeck schon 1921, um in Hamburg und Altona zu wirken[6]). Es war für Dr. Winter nicht ganz leicht, den Rabbinatssitz, auf dem Carlebach Vater und Sohn gesessen, zu besitzen und zu behaupten (ab November 1921). Aber er fand recht bald den Kontakt zu den meisten Gemeindemitgliedern, insbesondere zu den gebildeten Familien Meyer, Landau, Rotschild, Frank, Heimberg und Joel. Winters Stärke lag in der grenzenlosen Hingabe an die Obliegenheiten seines Amtes, und es fiel ihm nicht allzu schwer, die Zusammenarbeit mit den religiösen, kulturellen und sozialen Vereinigungen herzustellen. Seine fundierte Kenntnis der jüdischen Tradition machte auf alle Eindruck, die am Althergebrachten festhielten. Wenn er z. B. am Schabbath vor Pessach und am Schabbath vor dem Versöhnungstag seine Lehrvorträge hielt, so wurde für die Kundigen offenbar, wie sehr Winter

---

[5]) Um diese merkwürdige Begründung zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der „Chafez Chajim" sich stark in mystischen Gedankengängen bewegte. Er war in ständiger Erwartung des Messias und des Aufbaus des dritten Tempels ...

[6]) Naphtali [Hartwig] Carlebach, Joseph Carlebach and his generation New York, 1959.

in der komplizierten Struktur des Religionsgesetzes zu Hause war. Gleichzeitig aber war Winter auch tonangebend, wenn es um die Behandlung einer Kulturfrage oder Darstellung geschichtlicher Vorgänge ging. So hat er z. B. die Geschichte des Israelitischen Frauenvereins in kurzer Form verfaßt, eine Broschüre, die heute ein wichtiges Quellenstück für das Gemeindeleben in Lübeck kurz vor dem Umbruch von 1933 darstellt[7]). Aber immer wieder zieht es ihn zu der Erkundung und Sammlung von exakten historischen Unterlagen. Er sagt selbst: „Die Moislinger Juden legten einen Friedhof an und viele alte Grabsteine aus dem 18. Jahrhundert geben hiervon Kenntnis. Für eine Übersicht fertigte ich eine Tabelle an, auf der alle vorhandenen Gräber mit ihren Grabsteinen verzeichnet wurden. Zu diesem Zweck ging ich alle Gräberreihen durch, um die hier Bestatteten aufzunehmen." Oder er erzählt uns, daß er im Staatsarchiv der Stadt Lübeck zu arbeiten pflegte, natürlich um „die Judenakten dort einzusehen". Mag sein, daß Winter bereits in Bad Homburg die Absicht hatte, sich auf historischem Gebiet zu betätigen. Jedenfalls haben in Homburg vor Winters Amtsantritt zwei Historiographen, Halevy und Kottek, Winters Amtsvorgänger, gelebt[8]). Beider Werke sind auch heute noch unvergessen, wenngleich die Wertschätzung sich mehr auf konservative Kreise beschränkt. Das Buch von Salomon Carlebach über die Juden in Lübeck und Moisling[9]) hat Winter angeregt, dieses Thema nochmals gründlich und streng wissenschaftlich zu behandeln. Winter war in der Lage, für seinen Gegenstand mehr Material einzusehen und zu sichten als sein Vorgänger.

Es waren einige erfüllte Jahre, in denen Winter an der Spitze der Gemeinde stand. Das Verhältnis zwischen Stadtbehörde und Gemeinde war sehr gut[10]). Zu allen öffentlichen Feiern wurde die Gemeinde eingeladen, und an der 700-Jahr-Feier der Reichsfreiheit 1926 nahm der Rabbiner offiziell teil. Doch bald darauf verdunkelte sich der Himmel für die Juden in Deutschland, denn von Tag zu Tag wurde die nationalsozialistische Welle stärker. Als 1933 der Nationalsozialismus die Macht ergriff, wurde auch das Rabbinerhaus in Lübeck behelligt und belästigt. Dennoch gab es in den nächsten Jahren von Zeit zu Zeit gewisse Entspannungsperioden. Die allgemeine Tendenz jedoch zielte dahin, das Judentum und die jüdische Gemeinschaft auf immer engeren Raum im Gesellschafts- und Geschäftsleben einzuschränken. Zahlreiche Familien verließen bereits im ersten Jahr der neuen Regierung ihre deutsche Heimat, um in anderen Ländern eine Zuflucht zu finden und ein neues Leben aufzubauen. Zuweilen sahen sich auch Gemeinderabbiner genötigt, schon in diesem Stadium zum Wanderstab zu greifen. Als Rabbiner Dr. Akiba Posner nicht mehr auf seinem Rabbinatssitz in Kiel zu amtieren vermochte und auswanderte, wandte man sich an den Rabbiner von Lübeck, und Dr. Winter versagte sich nicht diesem Ruf. Ebenso wandte man sich nach dem Tod von Rabbiner Dr. Silberstein, der das Rabbinat von Mecklenburg-Schwerin innehatte, an den Lübecker Rabbiner, er solle die kleinen jüdischen Gemeinden auch in diesem Land betreuen. Es handelte sich um die Gemeinden von Rostock,

---

[7]) R. Dr. D. A. Winter, Blätter der Erinnerung zum 50jährigen Bestehen des Israelitischen Frauenvereins zu Lübeck 1877—1927, Lübeck 1927.

[8]) Halevy, Isaak (1847—1914) schrieb in hebr. Sprache „Doroth Harischonim". R. Dr. H. Kottek, Geschichte der Juden, Frankfurt/M. 1915.

[9]) S[alomon] Carlebach, Geschichte der Juden in Lübeck und Moisling, Lübeck 1898.

[10]) Frau Charlotte Landau, geb. Mühsam, 86, Haifa, Witwe des ehem. Mitglieds des Gemeindevorstands, Rechtsanwalt Dr. Leo Landau, berichtete dem Herausgeber gewisse Einzelheiten, welche das gute Verhältnis zwischen der Hansestadt und den damaligen jüdischen Mitbürgern beleuchten. Als z. B. der Termin der Auszahlung einer Hypothek auf das Synagogengrundstück fällig wurde, konnte Frau Landau in ihrer zeitweiligen Eigenschaft als Mitglied der Bürgerschaft eine bedeutende finanzielle Erleichterung zugunsten der jüdischen Gemeinde erwirken.

Schwerin, Güstrow, Parchim, Strelitz, Neubrandenburg u. a. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der jüdischen Geschichte, daß Notzeiten eine Intensivierung des Gemeinschaftslebens mit sich bringen, die naturgemäß nach innen gewandt war. Es sind damals allenthalben in Deutschland Schulen, Bildungsinstitute und Lehrhäuser entstanden. All diese Gründungen hatten zum erklärten Ziel, religiöse und geistige Güter des Judentums an Individuum und Gemeinschaft heranzutragen. Es entbehrt nicht des Reizes, wenn Winter uns über eine Einrichtung berichtet, die er in Kiel mit Hilfe des Vorstandes — Alfons Jonas, heute Haifa — schuf, welche ganz und gar Ausdruck dieses Hangs zu einem stärker erlebten Judentum ist. Man ließ in der Synagoge in Kiel einen Almemor (zentrales Vorlese- und Betpult) errichten. Nur wer die Geschichte der jüdischen Gemeinden in Deutschland genauer kennt, kann diesen Wandel der Architektur des inneren Synagogenraumes richtig einschätzen. Im übrigen sollte ja dieses Aufblühen der Tradition und anderer Werte nicht lange andauern, denn ab Frühjahr 1938, nach der Erschütterung des bestehenden europäischen Staatensystems, gab es für die Juden keine normale Lebensmöglichkeit mehr. Im September 1938 verließ die Familie Dr. Winter Deutschland und fand in England Zuflucht und Aufnahme. In der Kriegszeit sollte sich wiederum die Überzeugungstreue Winters bewähren. Er wurde wie Tausende von Immigranten für einige Zeit interniert. Bald war er der natürliche Mittelpunkt im Lager, und er tat alles, um für seine Umgebung und für sich die beste Seite abzugewinnen. Er schreibt rückwärtsschauend: „Alles in allem war der Zwangsaufenthalt im Camp hinter Stacheldraht ein jüdisches Erlebnis, das man nicht missen möchte." Er konnte viel geben und viel empfangen, und das war für ihn die zentrale Seite des Lebens. Wie so manche tüchtige jüdische Frau hat auch die Gattin Winters sich in diesen Jahren bewährt. Sie richtete in Harrogate, einem Badeplatz, einen Pensionsbetrieb ein, und die Familie litt keine Not. Dr. Winter konnte sich ganz seinen wissenschaftlichen und unterrichtlichen Interessen widmen, wobei ihm eine Zeitlang eine andere Persönlichkeit, Rabbiner Dr. Paul Holzer, vormals Hamburg, später Landesrabbiner von Westfalen, assistierte. Nach etwa sieben Jahren, 1947—48, ließen es die Verhältnisse zu, nach London zu übersiedeln. Auch hier tat Frau Winter ihr Bestes, und man eröffnete in einem passenden Haus einen Hotelbetrieb. Wenngleich es eine schwere Existenz war, so zeigte sich auch hier die charakteristische Art, wie sich jüdische Menschen, die sich in ihrer Jugendzeit für ein ganz anderes Leben vorbereitet hatten, am neuen Platz aufrechterhielten.

Auch in London wurde das Winter'sche Haus bald zu einem Zentrum aktiven jüdischen Lebens, in dem sich viele Männer jüdischer Bildung und Kultur zusammenfanden. In der großen Bibliothek, deren Wände mit vielen Tausenden von Hebraica und Judaica bestellt waren, fanden an Sabbath- und Feiertagen regelmäßig Gottesdienste statt. Ebenso hielt R. Winter wöchentlich seine talmudischen Lehrvorträge, selbst in den schweren Jahren seiner Krankheit, bis an sein Lebensende.

Rabbi Dr. David Alexander Winter verschied in London am 13. Oktober 1953 (4. Cheshwan 5714) und wurde nach Jerusalem überführt, wo er auf dem Sanhedria-Friedhof seine letzte Ruhestätte fand.

Die Forschungen über die Geschichte der Juden in Lübeck und Moisling umfassen vier Teile nebst einem Anhang:

I. Die Juden in Moisling und in der Reichsstadt Lübeck.

II. Das Schutzjudentum in Lübeck.

III. Der jüdische Gottesdienst in Lübeck und Moisling.

IV. Das Rabbinat in Moisling.

Anhang: Listen und Tabellen.

Jeder dieser vier Teile stellt eine in sich abgeschlossene Abhandlung dar. Infolgedessen ist es unausbleiblich, daß gewisse Zustände oder Begebenheiten wiederholt erwähnt werden. Die Herausgeber haben solche Wiederholungen unverändert stehenlassen. Wie überhaupt am Text, von Äußerlichkeiten abgesehen, nichts geändert wurde.

Der Zeitraum erstreckt sich im wesentlichen von der Mitte des 17. bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts. Winter stand das gesamte Akten- und Dokumentenmaterial des Lübecker Staatsarchivs zur Verfügung. Die zuständige Behörde hat sich — in der Weimarer Zeit — dem Verlangen, die Vergangenheit der jüdischen Gemeinschaft in Lübeck und Umgebung gründlich zu erforschen und darzustellen, nicht widersetzt wie noch Ende des 19. Jahrhunderts. In seiner „Geschichte der Juden in Lübeck und Moisling" betont und bedauert Carlebach, daß ihm die Benutzung des Lübecker Staatsarchivs verwehrt wurde (S. 9). So konnte Carlebach die Zeit bis etwa 1800 nur sehr summarisch behandeln. Er stützte sich dabei z. T. auf zwei Vorträge, welche Dr. jur. H. Klug im Jahre 1862 gehalten hatte. Carlebach beschränkte sich darauf, einen ohnehin damals schon bekannten allgemeinen Hintergrund über das Leben der Juden in Deutschland, vor allem in den Küstenstädten zu geben. Das Werk Carlebachs weist einen emotionellen und zuweilen auch rethorischen Charakter auf, zumal diese „Geschichte" in Form von neun Vorträgen vor einem jüdischen Jünglingsverein gehalten wurde. Winters Darstellung fehlt das rethorische Moment gänzlich. Sie ist durchweg sachlich. Er läßt die Tatsachen für sich sprechen und wertet lediglich das Material aus, soweit es zum direkten Verständnis erforderlich ist. Dennoch: Winter zitiert Carlebach mehrmals als Quelle. Carlebach war nämlich noch im Besitz von internen jüdischen Überlieferungen, die Winter nicht mehre vorlagen. Mehr als 50 Jahre lagen zwischen dem Amtsantritt der beiden Verfasser und schon allein dieser zeitliche Unterschied kann für eine Überlieferung — schriftlich wie mündlich — bedeutsam sein. Andererseits mag es aber sein, daß manches Material, das Carlebach vorgelegen hatte und für Winter nicht greifbar war, in zahlreichen Stücken heute — nach der Katastrophe der dreißiger und vierziger Jahre — in den Jewish General Archives in Jerusalem zu finden ist.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das sehr zahlreiche Material hingewiesen, das im Hamburger Archiv lagert und das nur zum Teil bisher ausgewertet wurde. Wenngleich Moisling — Lübeck für das Altonaer Rabbinat nur ein Außenposten war, so haben die Rabbiner in Altona doch großen Wert darauf gelegt, daß die Zugehörigkeit zum Altonaer Rabbinat respektiert wurde.

Es ist mir eine angenehme Ehrenpflicht, an dieser Stelle des heimgegangenen Mitarbeiters der DOCUMENTA JUDAICA, Dr. Martin Meyer, zu gedenken. (Geb. 23. 3. 1878 in Lübeck, gest. 17. 3. 1966 in Haifa.) David Winter schreibt über seine ehrenamtliche Tätigkeit: „Neben der Synagoge stand auf gleichem Grundstück das jüdische Asyl-Altersheim, das von Rechtsanwalt Dr. Martin Meyer mustergültig geleitet wurde." In Israel machte sich Martin Meyer um die Erschließung des Jaaroth-Hacarmel-Geländes verdient. Das frühere Lübeck seiner Jugend blieb ihm ein unvergänglicher Wert.

I.

Die Juden in Moisling und die Reichsstadt Lübeck

Aufnahme von Juden in Lübeck und Moisling
bis zur ersten Vertreibung aus Lübeck

Allen Menschen ist das Heimatgefühl angeboren. In ihm leben geheimnisvolle Kräfte, die niemals versiegen und um so stärker sich regen, je ferner der Mensch von der Heimat ist. Wie durch ein unsichtbares Band fühlt er sich mit ihr verbunden, und in allem, was aus der Heimat stammt, verehrt er ein Stück von ihr.

Die deutschen Juden haben die Liebe zum Heimatlande nicht weniger als andere empfunden, weil ihr Sein und Werden seit vielen Jahrhunderten mit diesem Boden verwachsen war, und ihr Leben und ihr Denken seit der Römerzeit in diesem Lande wurzelte. Der Kampf, den sie hier um ihr Dasein und ihre Stellung führen mußten, hat sie noch fester an dieses Land gekettet und ihnen das endlich gewonnene Gut der Gleichberechtigung nur noch wertvoller gemacht. Hart wurde dieses hohe Ziel umkämpft, und schwer und entsagungsvoll war dieses Ringen, das immer wieder neu einsetzte und von Rückschlägen nicht frei bleiben konnte und letzten Endes sich doch als Trugbild offenbaren sollte.

Der Kampf der Juden in Lübeck um ihre Niederlassung und Gleichberechtigung ist nur ein einzelner, wenn auch bedeutungsvoller Akt aus dem großen wechselvollen Drama, in dem um das Schicksal der deutschen Juden gewürfelt wurde. Aber dieser Akt ist besonders tragisch zu nennen, und der Kampf, der hier geführt wurde, war typisch für das Schicksal und die Entwicklung der deutschen Juden. Wer die Geschichte der Juden in Lübeck in ihrem inneren Zusammenhang verstehen will, muß die Tradition dieser alten Hansestadt berücksichtigen, in der Sitte und Herkommen die Entwicklung bestimmten. Hier wachten Rat und Bürgerschaft eifersüchtig über ihre Gerechtsame und Privilegien und traten allem Fremden und Neuen argwöhnisch gegenüber. Was nicht bodenständig und von altersher eingebürgert war, hatte hier keine Geltung. Die Rechte und Befugnisse aller Stände waren in dieser Stadt seit alten Zeiten festgelegt und nach Klasse und Rang genau abgegrenzt.

Verfassung und Überlieferung waren die Grundlagen dieses Staatswesens, dessen gesetzgebende und ausübende Gewalt in den Händen von Rat und Bürgerschaft ruhte. Diese staatlichen Organe suchten die feststehenden Verhältnisse vor jeder Änderung und Erschütterung zu bewahren und den eigenen Charakter der Hansestadt vor jeder fremden Einwirkung zu schützen.

In den Juden sahen sie naturgemäß ein fremdes Element, dessen Einleben und Aufnahme in ihre Stadt ihnen unerwünscht war. Es kommt hinzu daß die Blüte und Entwicklung Lübecks, die durch seinen Handel bedingt wurde, durch die Handelstätigkeit fremder Juden gefährdet werden konnte. Die führenden Bürgerkreise

sahen daher in einer Niederlassung der Juden eine wirkliche Gefahr, der man vorbeugen mußte. Aus all diesen Gründen blieben die Tore Lübecks den Juden länger als in den meisten anderen deutschen Städten verschlossen, bis der Geist der Neuzeit auch hier mit den engherzigen Vorurteilen aufräumte und den aufkommenden freiheitlichen Ideen Geltung verschaffte.

In vollem Gegensatz zur Stellungnahme Lübecks begünstigten die dänischen Könige die Ansiedlung der Juden im Herzogtum Holstein, das zu ihrer Krone gehörte. Als jüdische Flüchtlinge nach den Schrecken des Dreißigjährigen Krieges und den furchtbaren Verfolgungen in der Zeit des Kosakenaufstandes unter Chmielnicki auf der Suche nach einer neuen Heimat um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts nach dem holsteinischen Flecken Moisling bei Lübeck kamen, fanden sie hier gastliche Aufnahme. Den Bürgern Lübecks war aber die Nachbarschaft der jüdischen Ansiedler nicht erwünscht, da sie ihren Wettbewerb im Handel fürchteten. Sie überfielen daher plötzlich die eingewanderten Juden und vertrieben sie aus Moisling im Jahre 1665.

Die Gutsherren erkannten aber frühzeitig den Wert einer jüdischen Niederlassung und suchten aufs Neue jüdische Ansiedler nach Moisling zu ziehen. Als daher der Gutsherr Gottschalk von Wickede bei Christian V. von Dänemark um die Ermächtigung nachsuchte, Juden in Moisling aufnehmen zu können, erteilte ihm der König in dem Dekret vom 27. Februar 1686 bereitwilligst die Genehmigung. In diesem Dekret wies der König auf den Einfall der Lübecker und die Vertreibung der Juden aus Moisling hin und erklärte, daß es „gleichwohl aber zu des Guths Aufnahmen gereichen würde, wann Ihme einige Juden wiederumb daselbst recipiren, freygelassen werden mögte. Mit allerunterthänigster Bitte, Wir geruheten Ihme dahin Unsere Königliche Concession allergnädigst zu ertheilen."

Dieses Dekret war die rechtliche Grundlage für die Niederlassung der Juden in Moisling. Aus kleinen Anfängen hat sich diese Ansiedlung dann allmählich zu einer größeren Gemeinschaft entwickelt, die von der Regierung Holsteins in ihrem weiteren Aufbau stets gefördert wurde. Auch das Recht zur Bildung einer Gemeinde, der Errichtung einer Synagoge und Anstellung eines Rabbiners wurde ihr bald verliehen. Um die wirtschaftliche Existenz der Juden in Moisling zu sichern, gewährte ihnen Christian V. auf Ansuchen des Gutsherrn Gottschalk von Wickede am 16. Januar 1697 die gleichen Privilegien, die den Altonaer Juden schon früher, am 1. August 1641, verliehen worden waren:

„Wir Christian der Fünfte . . . . .

concediren und bewilligen, daß die in seinem Guthe Moisling bereits wohnende oder künftig sich daselbst häuslich niederlassende Juden, / : wegen deren Reception Er bereits hie bevor unterm 27. Februarii Ao. 1686 Unser allergnädigstes Privilegium erhalten:/ mit denen von Uns zu Altona privilegierten Juden in Unsren Reichen Fürstenthümern und Landen gleiche Freyheit in Handel und Wandel, ohnbeeinträchtigt zu genießen haben sollten. Wonach sich männiglich allerunterthänigst zu achten. Uhrkundlich unter Unserm Königlichen Handzeichen und fürgedruckten Insiegel.

Geben auf unser Residentz von Copenhagen

den 16. Januarii Ao. 1697."

Christian.
R."

Aus dieser Haltung, die Christian V. den Juden gegenüber einnahm, sprach nicht allein die rechtliche Gesinnung eines edlen Fürsten, sondern auch staatsmännische Einsicht. Die Juden waren nach seiner Ansicht das belebende Element, das auf die Bildung und Entwicklung des Wirtschaftslebens günstig einwirkte. Andererseits war er davon überzeugt, daß die Gegensätze in der Anschauung und Lebensführung die Eintracht mit den anderen Bevölkerungsschichten nicht stören würde.

Geradezu entgegengesetzt war das Verhalten Lübecks, das grundsätzlich jede jüdische Ansiedlung ausschloß und in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts nur einen einzelnen Schutzjuden unter besonderen Bedingungen zuließ.

Der staatsrechtlichen Stellung nach waren die Juden im römischen Reiche deutscher Nation kaiserliche Kammerknechte, deren Lage sich von der der Leibeignen nicht allzusehr unterschied. Der „Judenschutz" bildete damals eine nicht geringe Einnahmequelle der kaiserlichen Kasse. Denn das Recht, „Juden zu halten", stand bekanntlich ursprünglich nur dem Kaiser zu. Erst 1356 ging dieses Regal durch die „Goldene Bulle" auch auf die Kurfürsten über, bis es endlich im Westfälischen Frieden allen Reichsständen freigegeben wurde.

Die Stadt Lübeck übte aber das ihr nunmehr zustehende Recht nicht aus. Sowohl in dem Rezeß der Verfassungsurkunde von 1605 als auch in dem Bürger-Rezeß von 1669 werden die Juden überhaupt nicht erwähnt. „Sehen wir nun auf frühere Zeiten, so geben die ältesten Akten keine Spur davon, daß die Stadt Lübeck jemals der Juden Aufnahme halber, welche den kaiserlichen Reservaten angehörte, ein Privilegium gesucht oder erhalten, oder nach dem Westfälischen Frieden ihr des Falls als Reichsstand zuständiges Recht geübt habe. Vielmehr erließ sie gegen einwandernde Genossen dieses Glaubens und deren Verkehr die strengsten Verfügungen, und concessionirte seit 1699 einen einzelnen Schutzjuden in höchst beschränkter Weise.

Mit immer gleicher Strenge wurde diese Verfügung gehandhabt, und reich sind die Akten an desfalsigen Belegen, insbesondere an polizeilichen Befehlen und Contraventions-Ahndungen gegen die Juden des einst holsteinischen Dorfes Moisling, welche auch dann noch als Fremde hieselbst angesehen und behandelt wurden, nachdem die Stadt das Gut Moisling, davon das Dorf gleichen Namens einen Theil ausmacht, im Jahre 1763 für die Summe von 90 000,— Rthlr. gekauft hatte und nach durch mehrjährige diplomatische Verhandlungen beseitigtem Widerspruche des dänischen Hofes fortan die Rechte der Gutsherrschaft darüber übte."[1])

Die ersten Versuche mehrerer Juden, sich in Lübeck niederzulassen, begannen gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges. Vor allem führten Handelsbeziehungen jüdische Kaufleute nach Lübeck, aber alle Bemühungen, in der Stadt ihren Wohnsitz aufzuschlagen und sich hier einen Lebenserwerb zu suchen, scheiterten an dem entschiedenen Widerstand von Rat und Bürgerschaft. Aber die Not des Lebens war stärker als alle Bestimmungen, und trotz aller Abweisungen „passierten" die Moislinger und andere Juden immer wieder Lübeck, um Verbindungen anzuknüpfen und Gegenstände und Lebensmittel einzukaufen. Unter der Gutsherrschaft des Gottschalk von Wickede in Moisling verfügte der Rat von Lübeck, daß an jedem Tage nur ein Jude aus Moisling die Stadt „frey passiren dürfe".[2])

---

[1]) Gutachten der Berathungskommission wegen Abhülfe des Nothstands der dem hiesigen Staate angehörigen Juden 1843.

[2]) Siehe Eingabe v. Weddercopps an den dänischen König vom 30. Oktober 1723, S. 27.

Beschwerden der Goldschmiede über den Handel der Juden

In erster Reihe befaßten sich die fremden Juden mit dem An- und Verkauf von Gold und Silber. Da die Goldschmiede sich hierdurch in ihrem geschäftlichen Betriebe geschädigt fühlten, wandten sie sich mit immer wiederkehrenden Beschwerden an den Rat. Zum ersten Mal richtete das Amt der Goldschmiede am 23. März 1658 eine Beschwerde über den Handel der Juden mit Gold und Silber an den Rat: „wirdt Ein hochw. Rath ohne unser erinnern zum theil grosgünstig Kundt und wißent sein, was maßen eine Zeit hero viele Juden und ander Gesindlein in dieser guten Stadt eingeschlichen, die fast täglich auf den Gassen herumb laufen, ihr untüchtig Silber, Gold verhausiren oder durch andere herumbtragen und verkaufen lassen, auch dagegen ander Silber wegkaufen und sonsten ihre betriegliche Gewerbe treiben, daß auch fast von männiglichen darüber geklaget wirdt. Wan wir dan solchen betrieglichen Handel auch in unserem Ambte und Nahrung mercklich empfinden, indem fast nichts mehr bey uns an fertigem Silber verkaufft noch alt Silber zu Kauff gebracht wirdt“ ...

Die Beschuldigung, daß die Juden ihr Gewerbe „betrieglich“ führten, kehrt in all diesen Anklagen wieder, ohne daß ein Beweis für diese Behauptung erbracht wurde. In einem späteren Dekret widerlegte der Rat selbst diese Anschuldigung, indem er bezeugte, „daß sie keine Ungebühr im Handel begangen“. Dieses Mal hatte die Vorstellung der Goldschmiede den Erfolg, daß der Rat am 26. März 1658 verfügte: „Auf Suppliciren des Ambts der Goldschmiede gegen die Juden. Es wird die Sache an die Herren der Wette verwiesen, welche dahin Befehlig ertheilen, daß die allhie sich aufhaltenden und herumblaufenden Juden aus der Stadt weichen müssen, und werden die Herren des Gerichts ihnen darin die Hand bieten.“ Diese Anweisung wurde durch die Wette, die damalige Polizeibehörde, befolgt und den Juden die Ausweisung aus der Stadt angedroht. „Dieses ist dem Juden Samuel Francken den 2. April ejusdem anni auff der Wette angedeutet, und ihm allhier zu handeln bey Verweisung der Stadt verboten.“

Zum ersten Mal finden wir hier in einem amtlichen Schriftstück Lübecks den Namen eines Juden erwähnt. Samuel Frank aus Hamburg war aber, wie aus seiner Eingabe vom 17. August 1680 hervorgeht, schon seit 1645 zum vorübergehenden Aufenthalt nach Lübeck gekommen, ohne daß man ihm Schwierigkeiten in den Weg gelegt hätte. Erst nach dieser Beschwerde wurde ihm die Ausweisung aus der Stadt angedroht, wenn er weiter in Lübeck Handel treiben würde.

Kaum zwei Jahre später, am 12. Januar 1660, klagten die Goldschmiede wieder, daß die Juden noch an Zahl zugenommen hätten und daß sie sich immer auf den Gassen herumtrieben „alles auszuschnüffeln“. Der Rat verhängte darauf die Gefängnisstrafe und Ausweisung für die Juden, die sich des Vergehens schuldig gemacht hätten. „Die Herren des Gerichts und der Wette sollen die Hier umherlaufenden frembden Juden aus der Stadt schaffen und, wenn sie sich wieder betreten lassen, mit Gefängniß und würklicher Stadt Verweisung wieder sie verfahren.“

In der Tat wurden die beiden Juden Israel Fürst und Mosis Nathan am 28. März 1660 aufgefordert, „sich nachgehents nicht wieder hier sehen zu lassen oder Nachtlogis zu halten bey unausbleiblicher Straffe des Gefängniß und der Stadtverweisung, wie wohl ihnen das Durchreisen bei Tage frei bleiben mag.“

Samuel Frank hatte nach der 1658 an ihn ergangenen Anweisung Lübeck verlassen und war nach Hamburg zurückgekehrt. Doch bald zog es ihn wieder nach Lübeck, und er bewog den Hamburger Bürgermeister am 18. Mai 1660, an den Rat von Lübeck ein Schreiben zu richten, in dem dieser darum bat, „den Hamburger

Einwohner", den Juden Samuel Frank, in die Stadt einzulassen, damit er gegen seine Schuldner vorgehen könne. Samuel Frank wandte sich auch selbst mit einem Gesuch um Aufenthalts-Erlaubnis am 30. Mai 1660 an den Rat „bis ich meine Sachen zur Richtigkeit gebracht habe, mich alhier gedulden" und unterzeichnete dieses Schreiben als „Einwohner der Stadt Hamburg".

Der Rat nahm sein Gesuch infolge der Fürsprache des Hamburger Bürgermeisters an, und Frank verlegte nunmehr seinen Wohnsitz nach Lübeck. Hier fand er trotz der dauernden Gegnerschaft der Goldschmiede unter den Bürgern viele Freunde. Denn die Goldschmiede wiesen in ihrer erneuten Beschwerde vom 23. Februar 1666 darauf hin, daß die Juden trotz des ausdrücklichen Verbots in Lübeck übernachteten, und daß die Juden Samuel Frank und Simon Jeseron in ihrem Handel sogar von den Bürgern unterstützt würden. In ihrer folgenden Beschwerde am 4. August 1671 warfen sie den Juden vor, daß sie Gold und Silber aufkauften und es gegen fremde Münzen umtauschten.

„Auf Supplicieren des Müntzmeisters, Müntzwardeinen und Ambts der Goldschmiede hat ein Erw. Raht denen Herren des Gerichts und der Wette committiret, die Juden, auch Bürger und Goldschmiede, welche suppliciertermassen alhir Silber und Gold aufkaufen und hinausführen und dagegen frembde kleine Müntzsorten hereinfahren, ernstlich auch mit abnahm und confiscation des Silber Goldes und frembden Müntzen zu bestraffen, die Juden auch aus der Stadt zu schaffen und hinführo darin nicht zu gedulden."

Auf eine weitere Beschwerde des Münzmeisters und der Goldschmiede 1677, daß die Juden mit ihrem Schacher und Ankauf des Goldes es noch zehnmal schlimmer als zuvor trieben, verfügte der Rat am 5. September 1677, daß es bei den früheren Dekreten sein Bewenden habe „und soll zukünftig kein Jude allhir die Nacht über gelitten werden, er habe denn E. Hochw. Raht consensum erhalten".

Diese Verfügung änderte den bisherigen Zustand keineswegs, und die Klagen und Vorstellungen der Goldschmiede gegen den Gold- und Silberhandel der Juden nahmen kein Ende.

Erstes Schutzverhältnis von Juden in Lübeck 1681—1699

Unter den Juden, die in Lübeck Handel trieben, traten allmählich der schon genannte Samuel Frank und Nathan Siemsen besonders hervor. Letzterer war erst 1677 nach Lübeck gekommen und hatte es verstanden, das Vertrauen vieler Kreise zu gewinnen; auch der Rat war ihm, „weil er keine Ungebühr im Handel begangen" hatte, besonders gewogen. Trotz aller Widerstände und Anfeindungen seitens der Kollegien und Ämter der Bürgerschaft wegen ihrer Handelstätigkeit hatte der Rat den beiden Juden Samuel Frank und Nathan Siemsen am 4. Mai 1681 das Recht der Niederlassung in Lübeck verliehen. Frank scheint bald darauf verzogen oder gestorben zu sein, Siemsen aber wurde in Lübeck seßhaft und nahm hernach mit Erlaubnis des Rats auch seinen Schwiegersohn Nathan Goldschmidt in sein Haus auf.

Mit der Niederlassung von Frank und Siemsen wurde zum ersten Mal eine Art von Schutzjudentum in Lübeck begründet, das allerdings in richtiger Form erst einige Jahre später eingeführt werden sollte.

Wenn auch der Rat Frank und Siemsen das Recht der Niederlassung in Lübeck gewährt hatte, blieb doch seine Stellung gegen die allgemeine Zulassung der Juden nach wie vor ablehnend. Er wachte streng darüber, daß den fremden Juden der

Eintritt in die Stadt möglichst erschwert oder gänzlich untersagt wurde. Nach der Verfassung stand jedem der drei Bürgermeister die Oberaufsicht über die drei Haupttore Lübecks zu, sie hatten zu entscheiden „ob dem sich angebenden Individuo der Einlaß zu verstatten oder gantz zu verweigern sey". Fremde Juden durften ohne Anmeldung und Erlaubnis des Bürgermeisters vom Tore die Stadt nicht betreten und nicht länger als die vorgeschriebene Zeit in ihr verweilen, „denen Herren Krigs Commissarien wird hiermit commitiret in denen Thören die Anstalt zu machen, daß kein Jude unangemeldet und ohne Erlaubnis des H. H. Bürgermeisters in diese Stadt hereinkomme", so am 28. Mai 1687.

Die Tendenz, die all diesen Maßregeln zugrunde lag, ging deutlich darauf hinaus, den Juden den Zutritt zur Stadt möglichst zu erschweren und eine strenge Kontrolle über ihren Verkehr und ihre Tätigkeit auszuüben.

Lübecks Verfassung war eine zünftige, niemand durfte hier Handel und Gewerbe treiben, der nicht als Bürger aufgenommen worden war und nicht einem bürgerlichen Kollegium oder einer Zunft angehörte. Daher war es den Juden, die nach Lübeck kamen und sich mit Handel befaßten, fast unmöglich, auf rein gesetzmäßigem Wege hier ihren Lebensunterhalt zu finden. Nach den bestehenden Gesetzen stand der eigentliche Handel nur der Kaufmannschaft zu, während der Kleinhandel mit Lebensmitteln und Kramwaren der Krämer-Kompanie zufiel. Daher kamen immer wieder Klagen und Beschwerden der Kollegien über den Schleichhandel der Juden vor.

Auch die Gewerbe der Goldschmiede, Bernsteindreher und Knochenhauer fühlten sich durch den Wettbewerb der Juden in ihrem Geschäft benachteiligt und wandten sich auch ihrerseits gegen die Aufnahme der Juden. Der Rat untersagte daher den Juden, die nach Lübeck kamen, jede Handelstätigkeit und glaubte hierdurch ihre Konkurrenz auszuschalten. Er gab strenge Weisung, auf das Einschleichen der Juden zu achten und ihre Verfehlungen zu ahnden. Er habe in Erfahrung gebracht, „daß die frembden Juden sich hier vielfeldig einstehlen und allerhand Handlung tryben, ja gahr in gewissen Häusern gantze Cammern voll Kramwahren stehen haben sollen, als hat derselbe denen Herren der Wette committiret, hierauf ein wachendes Auge zu haben und denen frembden Juden durchgehends alle Handlung zu untersagen, zu dem ende auch durch die Wettediener fleißige achtung geben zu laßen, daß dergl. nicht geschehe und wan selbige einige wahren solchergestalt antreffen werden, solche ohne exception anzuhalten".

Die Wette nahm daher bei den fremden Juden im Fall irgendeines Verdachtes Untersuchungen vor und beschlagnahmte die vorgefundenen Waren, deren rechtmäßigen Besitz sie nicht nachweisen konnten. Wenn Juden durch Angeberei beim Hausierhandel betroffen wurden, erhielt der Angeber ein Drittel der Waren als Belohnung, während die übrigen Waren der Beschlagnahme verfielen. Wenn aber die Juden aus Moisling und der näheren Umgebung zum Einkauf von Waren nach Lübeck kamen, ließ man sie nach wie vor bereitwillig zu und reisenden Juden, die nur „durchpassierten", verwehrte man nicht den Eintritt. Lag aber irgendein Verdacht vor, daß ein unrechtmäßiger Handel beabsichtigt war oder hegte man Zweifel an der Zuverlässigkeit der Person, ließ man den Reisenden vor den Toren der Stadt warten, bis diese Zweifel geklärt waren. So erhob der Hamburger Simon Salomon von der Port am 2. Juli 1697 bewegte Klage, „daß er schon fast 8 Tage alhir vor dem Mühlenthor habe verweilen müssen aus uhrsache, weil mir der Eingang zur Stadt verwehret worden".

Als nach dem Tode des Nathan Siemsen seine Witwe Rahell den Moses Isaac Seligmann geheiratet hatte und der Rat ihn als Nachfolger Siemsens in das Schutz-

verhältnis aufgenommen hatte, wurde die Haltung der Bevölkerung gegen die Juden noch feindseliger. Die Bürgerschaft drängte auf völlige Ausweisung, während der Rat diese ultima ratio nicht anwenden wollte. Der Streit zwischen Rat und Bürgerschaft spitzte sich immer mehr zu, bis die Bürger voller Zorn über das saumselige Verhalten des Rats zu Gewalttätigkeiten übergingen und die Schutzjuden mit ihrem Anhang am 4. März 1699 aus Lübeck vertrieben.[3]) Durch dieses gewaltsame Eingreifen der Bürgerschaft hatte die erste Periode des Schutzjudentums in Lübeck ein schnelles Ende gefunden.

Unterschiedliche Stellung von Rat und Bürgerschaft in der Judenfrage

Für die erste Zeit nach der Vertreibung der Juden aus der Stadt blieben die Verhältnisse in Lübeck unverändert und die Tore der Stadt den Juden verschlossen. Das geschehene Unrecht wurde trotz Eingreifen Bayreuths und Wiens nicht wiedergutgemacht, die rohe Gewalt hatte gesiegt und Recht und Vernunft waren unterlegen. Trotzdem hatte man die Beziehungen zu den auswärtigen jüdischen Kaufleuten ungeachtet der vorgefallenen Ereignisse nicht gelöst, denn fremde Juden „passierten" nach wie vor mit ihren Waren die Stadt. Man unternahm es sogar, diese Beziehungen weiter auszubauen.

Zwei Monate nach der Austreibung der Juden wandte sich die Bürgerschaft am 10. Mai 1699 an den Rat mit dem Vorschlag, nutzbringende Verbindungen mit den fremden Juden herzustellen: „Demnach durch einmüthigen Consens Eines Hochweisen Rathes undt der Ehrliebenden Bürgerschafft die Juden auß dieser Statt geschafft worden, undt gleichwohl sich Befindet, daß dan undt wan, auß Pohlen undt andren Orthen, einige Juden mit Peltereyen undt anderen Kauffmanschafften zu Wasser undt Lande allhir ankommen, so nicht allein die freye paßage durch Unsere Statt, sondern auch undt fürnehmlich, ihre wahren hirselbst zu verhandeln suchen, wovon dem Publico noch einiger Nutzen zuwachsen kan." Der Rat solle deshalb eine gemeinsame Kommission einsetzen, um zu beraten, „auff was weise und Condition solche frembde Juden mit ihren wahren und Handelschafften allhir zu admittiren und was und wieviel sie deßhalb dem Publico zu erlegen schuldig seyn sollen".

Der Rat nahm diesen Vorschlag der Bürgerschaft an, unternahm aber nichts, um ihn auszuführen. Als aber nicht die fremden Juden aus Polen, sondern die vertriebenen Juden wieder Einlaß in Lübeck gefunden hatten, erhob die Bürgerschaft energisch ihre Stimme und klagte am 6. August 1699 „wie daß die Juden so ohnlängst außgetrieben worden, sich gantz ungescheuert alhir in der Statt tag-täglich wieder sehen laßen, nicht Anders als wan Sie hier das Bürgerrecht schon erlanget hetten. Wan wir aber dies Juden Geschmeiß alhier in Unserer Christlichen Statt wegen der Christ-Lästerung und andere ihre bösen Händeln durchaus nicht wieder recipirt protectiret und geduldet wißen wollen".

Die Bürgerschaft verharrte fortgesetzt in ihrer feindseligen Haltung gegen die vertriebenen Juden, wenn sie auch andererseits den größten Wert darauf legte, die Verbindungen mit den fremden jüdischen Kaufleuten in jeder Weise zu fördern. Sie erinnerte deshalb den Rat an ihren früheren Antrag, daß wegen der Passage der fremden durchreisenden Juden „ein gewißes reglement mit der Bürgerschaft concertirt werden mögte, wornach man sich in solchem stück allerseits zu verhalten hette", wenn auch der Rat damals „decretirt hätte daß er sich mit der Bürgerschaft darüber zusammen thun wolte, So ist doch biß dato nichts darauff erfolgte".

[3]) s. ausf. Schilderung i. „Schutzjudentum", S. 99.

Einsetzung einer Kommission

Der Rat ernannte nunmehr am 9. August 1699 als Mitglieder einer gemeinsamen Kommission Johann Westken, Joachim v. Dahle, Sebastian Gercken und Johann Daniel Klette. Gleichzeitig erließ er am selben Tage die Verfügung, daß kein Jude ohne Ausweis und Genehmigung in die Stadt eingelassen werden solle. „Ein hochw. Rath hat denen Herren Kriegs-Commissariis committiret, an den Thören die Anstalt und nachdrückliche Verordnung zu machen, daß kein Jude ins Thor hereingelassen werde, ehe und Bevor deßfals ein Zettul von dem Herrn Bürgermeister, so daß Thor hat, in der Wache vorgezeiget sey."

Durch diese Maßregel behielt der Rat stets die Kontrolle über den Verkehr der Juden in der Hand. Da dieser allmählich größeren Umfang annahm als der Bürgerschaft lieb war, legte diese am 8. Juli 1700 in der ihr eigenen Sprache hiergegen Beschwerde ein: „Ew. Hoch Edl. ... wirdt annoch Unentfallen seyn, waßmaßen Sie Unß per Deputatos sancte promittiren Undt versichern laßen, daß alhir kein Jude ferner geduldet werden soll. Anjetzo aber stecket es hir in allen winckeln so voll von diesem Geschmeiß, daß man nicht weiß, wo Sie alle herkommen, Undt cujus fiducia Sie eine solche Kühnheit nehmen, sich alhir am Markte Undt aller Orthen nicht allein öffentlich sehen zu lassen, sondern auch Wechsel zu schließen Undt allerhand negotie zum Nachtheil dieser Statt sich anzumaßen." Der Rat sollte den Juden eine Geldbuße auferlegen und sie aus der Stadt weisen. Sollte der Rat aber nicht eingreifen „wird ein Hochweiser Rath Unß nicht verüblen, wan wir auß Noth selber zur Sache thun, Und Unß und diese gute Statt ab hac gente maledicta einmahl recht säubern müssen, dessen wir sonst viellieber geübriget bleiben wolten".

Da die Bürgerschaft die Methode, mit eigenmächtiger Gewalt vorzugehen, vor einem Jahre mit Erfolg angewandt hatte, glaubte sie auch jetzt, ihre Drohungen nicht vergebens auszusprechen. Die Antwort des Rats auf die Beschwerde war belanglos, er sicherte am 7. August 1700 der Bürgerschaft eine Untersuchung darüber zu. Er werde nicht dulden, daß einige Juden hier über Gebühr verweilen oder ohne permission des Rats sich hier aufhalten, und werde Nachforschungen anstellen lassen, „ob und welche Juden alhir in der Statt und Landtwehr wider E. Hochw. Raths permission sich aufhalten". Die Kollegien gaben sich aber mit diesem Bescheide nicht zufrieden und wiesen in einem in entschiedenem Ton gehaltenen Schreiben am 8. September 1700 darauf hin, daß der Rat in keiner Weise Juden hier tolerieren und dulden, noch Freizettel ausstellen dürfe; ausgenommen seien nur die fremden Juden, denen man den Durchzug durch die Stadt nicht verwehren wolle. Doch dürften sie sich nachts nicht hier aufhalten, oder sie müßten für jeden Tag und Nacht „solange sie Ihrer gewerbe halber alhir subsistiren, dem Publico ein gewißes Schutz- und Schirm Geldt wie andere Orthen gebräuchlich, erlegen und bezahlen".

Die Kollegien forderten weiter, daß der Rat den Offizieren der Wachen bei Verlust ihrer Stelle anbefehle, „daß sie von nun an keinen Juden mehr ins Thor lassen sollen, sie mögen Freyzettel haben oder nicht, Undt falß E. Hochweiser Rath Ihr Obrigkeitlich Ambt wider diß böse Gesindell mit Ernst zu vollstrecken länger Ärgineßiren solte, würden Wir redtlich selber zur Sache thun müssen, da wir dan, wan ein Umstandt darauß erwachsen solte, allerdings für Gott und der Höchsten Obrigkeit entschuldiget seyn wollen, weßfalß wir dan hirmit solenniter protestiren". Gleichzeitig erinnerten sie nochmals an ihr petitum, für die Aufnahme der aus der Ferne ankommenden Juden ein Reglement in gemeinsamer Beratung festzustellen. Durch diesen Protest der Kollegien ließ sich aber der Rat in seiner Stellungnahme keineswegs irre machen.

Der Konflikt zwischen Rat und Bürgerschaft ging auf die verschiedenartige Einstellung und Politik den Juden gegenüber zurück. Der Rat kannte schon zur Genüge dieses ewig wiederkehrende Lied mit dem sich stets gleichbleibenden Refrain, daß die Juden ein Gesindel seien, das aus der Stadt verbannt bleiben müsse. Gewiß war auch der Rat gegen die allgemeine Zulassung der Juden, auch er dachte nicht daran, sie nunmehr in Menge ohne irgendwelche Beschränkung in die Stadt aufzunehmen. Er gab am 11. September 1700 zur Antwort, daß auch seine Meinung nicht dahin gehe, die Juden in der Stadt wohnen zu lassen, „Wie Senatus nicht gemeynt, Juden in der Stadt zu hausen und zu hegen, noch ihnen Schacherey zu gestatten, weil aber bisweilen Reisende kämen, denen die Stadt nicht zu verbieten, könnten selbige darunter nicht verstanden werden". Der Rat wußte andererseits die Beschwerde auf den wahren Grund zurückzuführen. Ihm war trotz der scheinbar einheitlichen Stellungnahme der Bürgerschaft nicht unbekannt, daß nicht alle Bürger der Stadt wie die Zünfte und Ämter dachten, und daß diese Interessenvertretung nicht immer den rechten Weg in der Wahrung der wirklichen Wohlfahrt Lübecks einschlug. Der Rat war sogar davon überzeugt, daß selbst die Kollegien und Zünfte über eine etwa vorgeschlagene Aufnahme eines neuen Schutzjuden geteilter Meinung sein würden. Der Rat sollte bald erfahren, daß seine Annahme durchaus berechtigt war. Denn das Gesuch, das Ruben Magnus aus Hamburg am 23. Juni 1701 um Aufnahme als Schutzjude an den Rat Lübecks richtete, fand in der Tat bei den Ständen der Bürgerschaft eine ganz verschiedene Beurteilung.[4])

Der Rat vertrat die Auffassung, daß die Aufnahme des Ruben Magnus aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen zu begrüßen sei. Die Kollegien der Bürgerschaft waren geteilter Meinung, die Vertreter des Handels und der Schifffahrt wie auch die Krämer-Kompanie sahen in der Niederlassung eines Schutzjuden eine Bedrohung ihres eigenen Handelsmonopols und verhielten sich daher schroff ablehnend. Die Vertreter des Gewerbes hingegen äußerten sich mehr zustimmend. Der Rat setzte daher am 3. Dezember 1701, trotz des Widerstrebens der meisten bürgerlichen Stände, die Aufnahme des Ruben Magnus als Schutzjuden durch und hielt an dieser einmal getroffenen Entscheidung fest.

Wenn auch der Rat in der Frage des Schutzjudentums eine großzügigere Auffassung vertreten hatte, blieb doch seine Haltung in der Frage der allgemeinen Zulassung fremder Juden gleich ablehnend. Die Politik der Hansestadt Lübeck war grundsätzlich gegen die Juden eingestellt. Durch strenge Verordnungen suchte man diese als unerwünschtes Element fernzuhalten und ihren Handel und Verkehr mit den Bürgern auszuschalten. Die Stadt sollte ihnen verschlossen bleiben. Diese schroffe Haltung Lübecks gegen die fremden Juden hatte einen besonderen Grund. Denn dicht vor den Toren der Stadt lag die jüdische Ansiedlung im holsteinischen Moisling. Aus der allzu großen Nähe dieser jüdischen Niederlassung erwuchs für Lübeck die „Gefahr" einer dauernden Überfüllung durch die Moislinger Juden, deren ständige Konkurrenz die Kaufleute und Krämer fürchteten. Um diese fernzuhalten, erließ der Rat viel schärfere Bestimmungen gegen die Moislinger als gegen die auswärtigen Juden.

Einlaß und Aufenthalt der Moislinger Juden in Lübeck

So blieben die Moislinger Juden von den Zugeständnissen, die Lübeck den dänischen Juden im Dekret vom 11. Juli 1736 bewilligt hatte, ausgeschlossen, da für sie nur die besonderen Abmachungen galten, die der Rat in den Jahren 1709

[4]) siehe „Schutzjudentum", S. 102 f.

und 1724 mit der Moislinger Gutsherrschaft vereinbart hatte. Ihr Einlaß und Aufenthalt in Lübeck war nach strengeren Verordnungen geregelt. Nur zum Einkauf ihrer Lebensmittel und Gegenstände war ihnen der Eintritt vormittags nach erfolgter Anmeldung gestattet. Diese Vergünstigung erstreckte sich ursprünglich am Tage nur auf eine und später auf mehrere Personen. Hingegen war ihnen verboten, irgendwelchen Handel zu treiben, Waren zu verkaufen oder eine Niederlage von Krämerwaren in Bürgerhäusern zu halten. Bei dem geringsten Verdacht des Schleichhandels mußten sie sich am Triangel und auf den Krügen vor dem Holstentor einer Visitation unterziehen.

Unter dieser Unterbindung jeden Handelsverkehrs mit Lübeck hatten die Moislinger Juden naturgemäß sehr zu leiden, da sie durch die Lage ihres Ortes auf den Handel mit der Hansestadt angewiesen waren. Ihre ganze Existenz war davon abhängig, ob sie mit dieser Stadt in Handelsbeziehungen treten konnten oder nicht. Daher empfanden die Moislinger Juden diese vollkommene Ausschließung aus Lübeck als besonders drückend. Die Folge war, daß sich die Moislinger, um ihr ärmliches Leben fristen zu können, manche Übergriffe zuschulden kommen ließen, und daß sie alle möglichen Versuche anstellten, sich diesen harten Bestimmungen zu entziehen. Vor allem fühlten sie sich durch die bewußt unterschiedliche und verletzende Behandlung, die ihnen zuteil wurde, erniedrigt. Immer wieder führten sie bei der Gutsherrschaft in Moisling Klage über die demütigende Ausnahmestellung. Es muß bemerkt werden, daß die Gutsherrschaft diese Beschwerden bereitwillig aufnahm und gegen die erniedrigende Behandlung ihrer Schutzbefohlenen durch Lübeck wiederholt Einspruch erhob.

Bei diesem Vorgehen fand die Gutsherrschaft den stärksten Rückhalt an der dänischen Regierung, die gegen die verletzenden Maßnahmen der Hansestadt häufig Einspruch erhob und sich mit Entschiedenheit für die Rechte der Moislinger Juden einsetzte. Die Gelegenheit hierzu bot sich immer dann, wenn Verstöße vorkamen, besonders in dem Fall, wenn untergeordnete Organe sich tätlich an den Juden vergriffen und sie mißhandelt hatten.

Mißhandlung von Juden

Eine Mißhandlung von Moislinger Juden durch den „Stallreuter" gab dem Rat am 20. August 1704 Veranlassung, die Sache eingehend untersuchen zu lassen. „Demnach Einem Hochw. Rath hinterbracht worden, daß der Stallreuter einige von Mäusling in die Stadt verlangende und desfalls permission erwartende Juden mit heftigen Schlägen tractiert, als hat derselbe nach eingezogener relation der Herren des Marstalls decretiert, waß wann gedachte Juden vor bemeldte Herren sich sistieren würden, wesfalls ihnen hiemit doch nicht weiter als ihre Einkunft in dieser Sachen allhie nöthig, sicher geleit gegeben wird, allda die Sache untersuchet und nach Befinden der Stallreuter desfalls angesehen werden solle. Wobey denen Herren des Marstalls committiret, denen auf dem Nebenhofe auf der Bontecoe und in der gantzen Landwehr wohnhaften Wirthen bey ernstlicher Strafe zu untersagen, daß sie keine Juden hausen und hegen noch einigen Aufenthalt bei sich geben, auch die daselbst ohne Geleit befindliche Juden aus der Stadt Landwehr und Gebiete ausschaffen sollen."

Die Gutsverwalter in Moisling nahmen sich öfter der Sache an und reichten deshalb beim Rat Beschwerde ein. So führte im Jahre 1752 der Gutsverwalter Jansen über die Mißhandlung des Moislinger Schutzjuden Marcus Schey durch den Fähnrich Sander lebhafte Klage. Im Jahre 1777 gingen die Einsprüche von den

Juden Altonas aus. Die Ältesten und Vorsteher der „Altonaischen Juden Gemeine“[5]) beschwerten sich am 23. Mai 1777 beim dänischen Residenten von Gerstenberg, daß der jüdische Vorsänger Mendel Bacherach von der Torwache in Lübeck schimpflich behandelt worden sei. Auf die Beschwerde des Residenten wurde der Vorgang untersucht und die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen.

Unterschied in der Behandlung von Juden und Christen

Der deutliche Unterschied, der in der Behandlung fremder Juden und Christen durch die Vertreter und Organe des Staates gemacht wurde, war für die Juden sehr fühlbar. Sie ertrugen diese Demütigung aber mit stiller Ergebung als ein Schicksal, das mit ihrem Judentum verbunden war. Vorurteilslose christliche Staatsmänner empfanden aber diese unterschiedliche Behandlung um so tiefer als schimpflich und unwürdig. Diesem Empfinden gab in späterer Zeit der dänische Resident v. Jessen treffenden Ausdruck. v. Jessen hatte am 20. Dezember 1801 gegen die Ausweisung des Juden Levin Joseph aus Lübeck Einspruch erhoben, in klassischen Worten die Ungerechtigkeit dieses Vorgehens gegen Joseph charakterisiert und auf den Unterschied in der Behandlung hingewiesen. „Einem dänischen Unterthan christlicher Religion würde der nötige Aufenthalt hier nicht verweigert werden, aber wohl einem Juden! So sehr ich es wünsche und so gewiß ich bin, daß die dänische Regierung es gerne sähe, wenn auch Lübecks edle Bürger aufhörten, einen so schimpflichen Unterschied zwischen den Menschen zu machen, so bescheide ich mich doch gerne, auf keinerlei Art in der Lübeckischen Grundverfassung eine Änderung vorschlagen zu dürfen.“

Diese offene Sprache des Residenten hatte immerhin die Wirkung, daß die Ausweisung des Levin Joseph bis auf weitere Verfügung ausgesetzt wurde.

Ansätze zu einer solchen gerechteren Anschauung fanden sich in dieser Zeit hin und wieder auch in Lübeck. So liegt ein Dekret des Senats aus dem Jahre 1763 vor, das von der vorurteilslosen Denkart und gerechten Auffassung des Rats Zeugnis ablegt.

„Es hat Ein Hochw. Rath den Herren Kriegskommissarien aufgegeben, allen hiesigen wachthabenden Offiziers anzubefehlen, daß sie allen Frembden, sowohl Juden als Christen, mit einer anständigen Höflichkeit und so zu begegnen schuldig, daß man desfalls keine Klagen vernehmen oder wohl gar Nachtheil zu verspüren haben möge.“ Solche seltenen Worte haben bis auf unsere Tage von ihrem Wert und ihrer Bedeutung nichts verloren.

Beschwerden über die Behandlung der Moislinger Juden

Die Zurücksetzung und Ausschließung der Moislinger Juden aus Lübeck mußte ohne Zweifel die Beziehungen zwischen Lübeck und der dänischen Gutsherrschaft in Moisling trüben und zu diplomatischen Zwischenfällen führen. Der Schriftwechsel zwischen Gutsherren von Moisling und Lübeck war daher sehr rege, und Beschwerden und Klagen waren der immer wiederkehrende Ausdruck dieser diplomatischen Vorstellungen.

So lag v. Weddercopp[6]) als Gutsherr von Moisling am Anfang des 18. Jahrhunderts wegen der schroffen Behandlung und Zurücksetzung der Moislinger Juden

---

[5]) Daniel Salomon Wallich, Hertz Benedict Steinhadt, Jonas Goldschmidt, Jsrael Jacob Meyer, Hertz David Wallain und Joseph Jacob Hollander.

[6]) Die Schreibweise des Namens ist nicht einheitlich, da er sowohl mit k als auch mit c geschrieben wird.

in steter Fehde mit Lübeck. Auf die Beschwerde der Juden, daß sie in Lübeck nicht zugelassen und von der Wache zurückgewiesen würden, richtete v. Weddercopp am 28. Oktober 1708 ein Schreiben an den Senat. „Es ist dem Senat gewiß unbenommen, gewisse Verordnungen der Juden halber in ihrer Stadt zu machen, man solle aber doch Meußlings Juden nicht härter behandeln als früher geschehen. Grund ist natürlich, daß diese ihren Bürgern keinen Abbruch in Handel und Wandel tuen, hingegen laßen Sie auch diesen Leuten die humanitatis officia und Güte wiederfahren, daß sie von ihren Bürgern Waren oder was sonst nötig einkaufen und damit anderwärts ihre Nahrung treiben mögen."

Wenn auch v. Weddercopp die Furcht vor dem Wettbewerb der Juden als berechtigten Grund für die Ausschließung der Juden anerkannte, machte er aber doch zu ihren Gunsten geltend, daß man ihnen den Einkauf von Waren wenigstens gestatten müsse. Am 5. März 1709 führte v. Weddercopp Beschwerde, daß er von Lübeck wenig Gefälligkeit erfahren habe, „wovon dasjenige, was mit den Meußlingischen Juden passiert, nur ein frisches Denkmahl. Man considerire doch geneigt, ob der dortige Schutzjude gegen daß wenige, welches er der Stadt für das Monopolium entrichtet, capable sein soll, die gute nachbarliche Freundschaft einigermaßen zu alteriren und ob es billig, daß dieser oder jener Jude nach dessen Gefallen könne in die Stadt gelassen werde oder draußen müßte bleiben".

Der Rat zeigte sich zu einem Entgegenkommen gegen v. Weddercopp bereit, da man doch Gewicht auf ein gutes nachbarliches Verhältnis legte, wie ihm inoffiziell mitgeteilt wurde. Über den Vorschlag selbst habe er, so versicherte der Senatssekretär am 9. März „mit einigen membris curiae nostrae communiciret" und man sei aufrichtig bestrebt „mit deroselben eine bestendige gute Nachbarschaft zu unterhalten".

Der Rat machte dann am 28. April 1709 das Zugeständnis, daß einigen Moislinger Juden, die ein Gewerbe hier hätten, der Zutritt in Lübeck nicht verwehrt sein solle. Er griff dabei die Anregung v. Weddercopps auf, daß der Zugelassene ein Zeichen vorweisen solle, nur müßte noch vereinbart werden, welche Juden eingelassen werden sollten. Es wurde dabei ausdrücklich betont, daß der Senat aus Hochachtung vor der Person v. Weddercopps seinen Vorschlag annehme. „Ew. Excellentz desiderio zufolge haben die Herren Consules nicht ermangelt, einige der Moislinger Juden, wan sie hier gewerbe gehabt, hereinzulassen, dieweill aber Ew. Excell. neulich auff die gedanken geriethen, daß man einem derselben die Erlaubnis hereinzukommen geben und zu dem ende ein gewißes zeichen machen möchte, so habe auch davon dem Rat eröffnung gethan, und ist mir darauf dieser Tagen committiret worden, Ew. Excell. zu versichern, daß Senatus in regard expediens zu admittiren geneigt wäre, wan Ihnen nur gefiele, jemanden hier die ordre zu ertheilen, der selbiges mit mir adjustiren und zugleich anzeigen könte, was vor juden hierdurch beneficirt werden solten ..." v. Weddercopp war über diese entgegenkommende Haltung des Senats sehr erfreut und drückte am 30. April 1709 hierüber seine persönliche Genugtuung aus, „daß der Rat auf meine Vorstellungen resolvirt, meinen Meußlinger Juden den ein- und außgang in der Stadt Lübeck zu verstatten, solches habe auß deß geehrten vom 28. dieseß mit Vergnügen ersehen".

Einlaß von Moislinger Juden gegen Vorweisung eines Zeichens

Der Rat erließ darauf am 1. Mai 1709 eine Verordnung über den Eintritt der Moislinger Juden in Lübeck, nach der ein Jude täglich gegen Vorzeigung eines Erkennungszeichens zum Einkauf hereinkommen, aber keinesfalls über Nacht in

Lübeck verweilen dürfe. Er bemerkte dabei ausdrücklich, daß diese Verfügung auf Veranlassung v. Weddercopps getroffen worden sei. „Auf des Herrn Geheimen Rahts von Weddercops Exc. privatim eingelaufenes Schreiben, die admission der Mäuslinger Juden betreffend, hat Ein H. Rath decretirt, daß solche Mäuslinger Juden in regard des H. Geheimen Rahts und zu dessen Gefallen in diese Stadt gelassen werden mögen, solcher gestalt, daß derselben täglich einer, gegen Produktion eines gewissen Zeichens zu Ankaufung seiner Nothdurft hereinkommen, doch aber ohne alleräußerste Noth keine Nacht darinnen verbleiben, sondern gegen Abend sich wieder herausmachen, dann auch sich alles übrigen Kaufschlagens und Handelns enthalten müsse, dabey dieselben jedesmahl ihre Nahmen, davon der Herr Geh. Raht eine Designation communiciren wird, in der Wacht richtig nebst ihrem Quartier angeben und auf den widrigen Fall und daferne sie diese Freiheit misbrauchen und überschreiten würden gewärtigen müssen, daß damit diese in regard Ihrer Exc. des H. v. Weddercop ihnen concedirte permission wieder aufgehoben werde."

In diesem Dekret war das Verlangen v. Weddercopps nicht ganz erfüllt, da nur einem Juden täglich der Eintritt gestattet war. Der Rat suchte daher diese Einschränkung zu rechtfertigen und ließ v. Weddercopp durch seinen Sekretär auf privatem Wege mitteilen, daß man vorerst die Erlaubnis nicht weiter ausdehnen könne, später jedoch könne man über die Angelegenheit noch weiter verhandeln.

„Ich habe Senat referirt, daß zwei Juden täglich herein verlangen, allein Senat will auf Vorschlag Ew. Excellenz täglich einen Juden zulassen, sonst besorgen wir Anstoß, bittet sich vorderhand dabey zu beruhigen, um zu sehen wie sich die Juden dabey aufführen, wird aber die permission von den Juden nicht mißbraucht, kann man nachher weiter von der Sache reden, denn hactenus sehe ich wohl, ist man dabey billig etwas timide. Das Zeichen vor die einkommenden Juden will ich sogleich zu verfertigen besorgen und davon gehorsamsten bericht erstatten", so am 12. Mai 1709.

Es blieb demnach vorerst bei dem halben Zugeständnis, daß nur ein Jude täglich nach Lübeck hereinkommen dürfe. Der Eintritt und Ausgang aus der Stadt war nur am Holstentor gestattet. Das Zeichen, durch das er die Berechtigung seines Eintritts nachwies, mußte er beim Eintritt als Ausweis an der Torwache abgeben, beim Ausgang aus der Stadt erhielt er es dann wieder zurück.

Der Torschreiber Krüger hat in einem Bericht den Hergang, wie er sich abspielte, genau geschildert.

„Relation
des Thor-Schreibers Krügers
was Ein- und außlaßung der Moislinger Juden in und auß dieser Stadt
Ao 1709 verordnet.

Ao 1709 hat E. Hoch Edl. und Hochw. Raht Eine Verordnung vor die Moislinger Juden gemacht, daß alle Tage ein Jude einpaßieren könte, wen er einen Zeichen von den Herrn Wedderkop hatte. Selbigen Zeichen gab der Jude bey der Einpaßirung an der Wache ab, wen er aus paßiret. Der Herr Wedderkop gab eine Liste an den Hoch Edl. und Hochw. Raht, wo viel Juden in Moisling wohnten und alle nahmen der Juden specificiret, wo sie hießen, damit keyne fremde Juden einpaßirten. Die Verordnung war in der Wache am Holsten Thor. und des abends auf den Thor Zettel der Jude ist ein und wieder auspaßiret."

Um nunmehr die Zulassung der Moislinger Juden nach einer bestimmten Ordnung zu regeln und ihr Tun und Lassen in der Stadt zu überwachen, faßte der Rat alle Bestimmungen über ihren Einlaß und ihren Aufenthalt in Lübeck zusammen

und erließ am 1. Juni 1709 ein förmliches „reglement", das nur für den Verkehr und die Beziehungen der Moislinger Juden zu Lübeck Geltung hatte.

„Die Einlaßung der Meußlinger Juden
betreffend de anno 1709."

„Demnach auf geschehenes Ansuchen des Herrn Geheimb Rahts Praesidenten Herrn von Wedderkop Ein Hochw. Raht aus spezialer deference und estime vor deßen Persohn, bis weitere Verordnung verstattet, daß alle Tage, Sonnabend und Sonntag ausgenommen, Ein Jude aus Moisling in die Stadt kommen möge, umb die benöthigte provisiones und Lebensmittel vor sich und die andern dort wohnende Juden einzukauffen, als hat E. Hochw. Raht darüber noch folgendes reglement abfaßen laßen.

1.

Soll eine designation der zu Moisling wohnhaften Juden in der Corps de garde am holsteinischen Tohr affigiret werden, und so oft ein Moislinger Jude hereingelaßen wird, derselbe schuldig sein, seinen Nahmen anzuzeigen, welchen der Tohrschreiber anzeichnen, und die Stunde wan er einkompt notiren wird.

2.

Wie in dem Holstenthor allein die Anstalt gemacht so soll kein Jude ins Mühlenthor oder sonst zu waßer oder land in die Stadt kommen bey wilkührl. Straffe und Verlust dieser Begünstigung.

3.

Kein Jude soll mehr als einmahl wöchentlich hereingelassen werden, wen schon ein ander ihm seinen rang überlaßen wollte sondern wen er schon einmahl die Woche in der Stadt gewesen, so soll er biß zu der nächsten Woche zurückgewiesen werden, worauf der Tohrschreiber bei Vermeidung ernstlicher Ahndung, nicht weniger

4.

darauf Achtung zu geben hat, daß der eingelaßene Jude des Abends wieder hinausgehe, inmaßen der Jude nicht bemächtiget, in der Stadt die Nacht zu bleiben.

5.

Dieweil diese permißion nur bloß zu Einkauffung der nöthigen provision und Lebensmittel ertheilet, so soll der Jude welcher hereingelassen wird, sich aller Handlung in der Stadt und Landwehr enthalten, bey Verlust dieser conceßion und wann der Commandirende officier am Tohr desfalls einigen Verdacht in ein oder ausgehen hat, kan er ihn visitiren laßen, und was Er findet anhalten, auch davon an den Herrn Cunsulen so des Tohr in Verwaltung hat und sonst gehörigen orths bericht geben laßen, wie dann auch

6.

Keinem Juden erlaubet in der Landwehr und auf den Krügen vor denen Töhren sich aufzuhalten und da seine Schacherey zu treiben, bey willkührlicher Straffe und abnahm der wahren,

7.

Damit alles desto ordentlicher zugehe, so soll dem Juden welcher hereingelaßen wird, in der Wache ein gewisses Zeichen oder Pfennig gegeben werden, welchen er beym Ausgang wieder abliefern soll und woferne ein Jude aus Moisling in der Stadt ohne solchen pfennig gefunden würde, soll er sofort in Haft genommen werden.

8.

Fleisch, Meel gruben oder andere Wahren so Zoll und accise geben, sollen die Juden durchaus nicht einbringen bey Straffe der Confiscation

9.

Da ferne ein Jude Krankheit halber /: als welcher casus eintzig und allein exipiret/: in der Stadt des Nachts bliebe, so er doch sofort bey dem Herrn Consule, welchem das Holstentohr anvertraut, anzuzeigen, auch der Wacht im Holstentohr davon Nachricht zu geben hat, so soll des andern Tags kein andrer hereingelaßen werden.

10.

Damit kein Jude sich mit der Unwissenheit entschuldigen kann, so sollen ihm obige puncta, wenn er hereingelassen wird, von dem Tohrschreiber vorgelesen werden. auch davon copey an die Herren des Gerichts, die Herren des Marstalls und die Herren Kriegskommissarien gegeben werden, unmaßen die bey solchen officiis sitzenden Herren hiermit authorisirt sind hierüber alles ernstes zu halten."

Übersendung der Liste der Moislinger Juden

Nach diesen Bestimmungen sollte der Eintritt der Moislinger Juden in Lübeck erfolgen. v. Weddercopp übersandte daher dem Rat eine Liste, eine „Designation", auf der alle Namen der Moislinger Juden aufgegeben waren; diese Liste wurde dann in der Wache am Holstentor angeschlagen, um die Identität der Moislinger Juden festzustellen. Aus dieser Designation können wir die Zahl und Namen der im Jahre 1709 in Moisling wohnenden jüdischen Familien ersehen.

„Designation derer Juden, welche zu Meusling wohnhaftig sein und wie dieselben mit Nahmen heißen:

Jacob Plaut
Salm Jochim Levi
Marx Levin
Simon Abraham
Heineman Gruußfeld
Heineman Hartig
Simon Fernabuck
Arend David
Isaac Moses
Isaac Matthias
David Jacob
Jacob Marx."

Es waren demnach 12 jüdische Familien in dieser Zeit in Moisling ansässig.

Die Verordnung von 1709 bildete die Grundlage und den Ausgangspunkt für alle Verfügungen, die der Rat in der Folgezeit über die Behandlung der Moislinger Juden erlassen hat. Ihre Grundzüge blieben während des ganzen 18. Jahrhunderts für den Eintritt und Aufenthalt der Juden Moislings in Lübeck maßgebend, wenn auch einzelne Bestimmungen in der späteren Zeit erweitert oder eingeschränkt wurden. Natürlich kamen hin und wieder Verstöße gegen dieses Reglement vor, die unliebsame Rückwirkungen auslösten.

Zurücknahme der Erlaubnis, Moislinger Juden einzulassen

Als ein Moislinger beim Eintritt in Lübeck in widerrechtlicher Weise eine Partie Tabak hereinbringen wollte und dabei abgefaßt wurde, wies der Rat am 12. Juni 1709 nochmals ausdrücklich darauf hin, daß das Zugeständnis „wieder cassirt werden solte, fals sie sich nicht des Kaufschlagens enthalten würden, wie denn auch Herr Daniel Müller (der Sekretär des Senats) darüber Herrn v. Weddercopp schreiben wird".

Diese Drohung sollte schneller als man glaubte in Erfüllung gehen. Der Rat zog in der Tat am 14. März 1711 die erteilte Erlaubnis wieder zurück und verbot allgemein die Zulassung fremder Juden. Er machte insbesondere das den Moislinger Juden bewilligte Zugeständnis rückgängig und hob die Geltung der Zeichen wieder auf, weil sich verschiedene gesetzwidrige Vorfälle ereignet hätten.

„Demnach Ein Hochw. Raht dieser Stadt höchst schädlich und gefährlich erachtet, daß einige Juden auß- und eingelassen werden, als hat derselbe hiemit decretiret und verordnet, daß von nun an kein frembder Jude in diese Stadt gelaßen werden, auch der Mäusslinger bisherige Concession nunmehr wieder ceßiren und aufhören, auch solches des Dirigenden H. Cons. Magn. eröffnet werden solle, damit dieselbe dazu nicht weiter permißion verstatten wollen; und werden die H. H. Kriegs Commissarii in der Wache vom Holstenthore die Anstalt verfügen, daß den Mäuslinger Juden solches längstens am künftigen Montag eröffnet und keine Zeichen mehr gelten mögen."

Diese Verfügung wurde am 14. Januar 1722 dahin abgeändert, „daß hinkünftig kein Jude auß Meußling ohne erhebliche Uhrsachen eingelaßen" werden dürfe. Gleichzeitig machte der Rat auf die Bestechungsversuche aufmerksam, und wies darauf hin, daß es der Wache ausdrücklich verboten sei, irgendwie Geld für den Einlaß zu fordern oder anzunehmen. Nur der Schutzjude habe Anspruch auf eine Abgabe beim Einlaß eines fremden Juden. Da der Rat allen Vorstellungen v. Weddercopps nicht nachgab, wandte sich dieser an den König von Dänemark und bat um den Erlaß von Maßnahmen gegen das Vorgehen Lübecks.

„Das Gut Moisling habe von langer Zeit her das Privilegium recipiendi Judaeos gehabt, welche dann jederzeit in der Stadt Lübeck so wie die Wandsbeker Juden in Hamburg den freyen Eingang gehabt; nachgehends ist es abseiten der Stadt Lübeck dahin bey meinem Antecessori, dem H. von Wickede, verändert worden, daß man auf jeden Tag einen Juden frey in die Stadt paßiren lasse: anietzo aber und vor wenigen Jahren hat daßiger Magistrat sich gantz neuerlich unterfangen, die anstalt in denen Thoren zu machen, daß überall keiner von meinen Juden mehr in die Stadt hineingelassen werden soll, es sey denn, daß er dem Lübeckischen Schutz Juden täglich neun Schilling Lübsch bezahle. Da dies aber gleichsam ein neuer Zoll ist und wider meine von vielen Jahren gehabte posession läuft, auch gegen Territorial Hoheit Ew. Majestät streitet, bittet um Schutz Ew. Majestät den freyen Eingang in die Stadt Lübeck nicht verwehren möge."

Auf Grund dieser Eingabe erhob Dänemark entschiedene Vorstellungen beim Rat der Stadt Lübeck. Es kam daher gegen Ende des Jahres 1723 zu Verhandlungen, die vom dänischen Etats-Rat v. Hanneken und den Deputierten Lübecks, Schaevius und Lindholtz, geführt wurden. Bei diesen Beratungen ließ der Senat den dänischen Räten eröffnen, „daß es mit dieser Stadt und der Stadt Hamburg wegen Einlaßung der Moislinger Juden gantz andere Bewandtniß habe, auch deßfalß mit Herrn v. Wickede niemals das geringste tractiret", daß man auch Herrn v. Weddercopp die Zulassung eines Juden unter gewissen Bedingungen zugestanden habe, „doch könne man die intention des Herrn v. Weddercopp der Stadt nicht zumuten, doch wäre man erbötig, mit v. Weddercopp auf eine oder andere Art, wan er hierher käme, sich zu setzen".

Die nunmehr folgenden Verhandlungen führten zu einer Einigung. Der Rat verstand sich am 1. Februar 1724 zu dem Zugeständnis, daß künftig zwei Juden und einer Frau täglich der freie Eintritt zum Einkauf in Lübeck offenstehen solle, daß sie sich aber allen Handelns enthalten müßten. v. Weddercopp hatte also sein Ziel erreicht und seinen Rechtsanspruch auf die Zulassung mehrerer Moislinger Juden am Tage durchgesetzt. Die Abmachung regelte nach der Vorlage des Dekrets von 1709 den Einlaß und Aufenthalt der Moislinger Juden und ging in einzelnen Punkten noch darüber hinaus. Die neu festgesetzten Bestimmungen wurden in einem ausführlichen Protokoll niedergelegt.

„Demnach der Königl. Dänische Envoyé und Cammerherr von Weddercop wegen Ein- und auslaßung derer Juden zu Moisling anregung gethan; als hat Ein Hochw. Rath aus specialem egard vor dessen Persohn und Ihnen zu gefallen vergönstiget, dass Täglich zweene derer wirklichen Moislingischen und keiner andern Juden, auch allenfalls mit einem Weibe zu Einkaufung ihrer Nothdurft und zwar nur ins Holstenthor frey und ohne einiges Entgelt eingelassen werden sollen; jedoch unter diesen Bedingungen, dass sie zuvörderst ein gewisses Zeichen, deren drey dem Herrn von Weddercopp hiemit zugestellet werden, in der Wache nebst ihrem Nahmen und Quartier ab und angeben; dann, so man etwan bey sich habender Sachen wegen Verdacht haben möchte, die Visitation an der Wache geschehen laßen, alles übrigen Handelns und Kaufschlagens sich enthalten, auch an Sonn- und Festtagen zurück und keine Nacht in der Stadt, es sey denn die höchste Nothsache, nicht bleiben müssen; dabey der Herr von Weddercop es dahin richten würde, dass mit denen Einkommenden eine Abwechslung gehalten werde. Gleichwie aber übrigens diese Vergönstigung gedachtermaßen aus besonderem egard vor mehrerwehntem Herrn von Weddercop hiemit erteilet wird, also reservirt sich ein Hochw. Rath so wohl gegen diejenige, so diese Concession missbrauchen oder überschreiten sollten, die Ahndung, als auch sothane Freyheit bei etwanige contagieusen und sonst gefährlichen Zeiten, da es die Noth und dieser Stadt Umstände erfordern sollten, zu suspendiren oder hinwieder aufzuheben."

Trotz der Einigung und der klaren Bestimmungen nahm der Rat jede Gelegenheit wahr, diese wieder außer Kraft zu setzen. Als in Danzig die Pest ausgebrochen war, wollte man auch den Moislinger Juden gleich den auswärtigen das Betreten Lübecks verbieten. Doch v. Weddercopp legte sofort Verwahrung gegen diese Sperre ein, „da sie sich doch täglich als solche legitimiere". Andererseits untersagte er „den zu Moisling tolerierten Juden alles ernstes und leib ja Lebens Strafe keinen fremden Juden zu beherbergen". Von dieser Ausschließung sollten aber die Hamburger Juden und Bekannte ausgenommen sein.

Der Rat ließ nunmehr eine besondere „Specification" ausarbeiten, damit die Zulassung in Lübeck ohne Übergriffe und in voller Ordnung vor sich gehe und jede Unzuträglichkeit ausgeschaltet werde.

„Specification
Wie die Juden bey ein und ausgehen in Lübeck sich zu verhalten haben.

1. Es sollen nach der Reihe, wie sie wohnen, 2 Männer und Frauen Persohn Täglich das Zeichen abgeben, daß Sie beym eingehen ins Thor an den Commandirenden officier abgeben und denselben Abend beym aus kommen es wieder zu sich nehmen und auf dem Hofe an die Herrschaft lieffern sollen, damit diejenigen Nahmen, so den folgenden Tag hineingehen können, aufgezeichnet werden.

2. wird bey Vermeidung Schwerer Strafen verboten, mit denen Zeichen keinen Unterschlauf zu gebrauchen, als daß man frembden Juden, die nicht in unserem Schutz noch in Moisling wohnen, damit durchhelfen wollen.

3. Sollen keine Wahren als Carthun oder Nesseltuch oder sonsten Zeug in Lübeck zu verkaufen gebracht werden, was aber Haar und alt Silber anlanget und daßjenige, worin Lübeckischer Bürger nicht mit handelt, ist erlaubt.

4. An Sonn- oder Festtagen sollen keine Zeichen ausgegeben werden, es soll sich auch keiner unterstehen, in Lübeck ohne Vergünstigung Ein. Hohen Raht ohne die höchste Noth die Nacht darin zu bleiben.

5. Sollen sie ihre Gewerbe bescheiden verrichten, damit die Herrschaft deshalben keine Unlust und Verdrießlichkeit nehmen dürfen.

6. Wann derjenige, an dem das Zeichen ist, kein Gewerbe und selber nicht nach Lübeck gehen will, so soll er das Zeichen seinem Nachbarn, ohne etwas davor zu nehmen, überlassen und ihm selbiges nicht vorenthalten.

7. wird verboten, kein Geld oder sonsten etwas an die Lübeckische Wache zu geben; auch sollen wißentlich keine gestohlenen Sachen in Lübeck gekaufet werden, viel weniger sich alda selber gelüsten laßen, etwas zu entwenden. Schließlich wird ein jeder angemahnet, diese vorbeschriebenen Punkten nicht zu überschreiten und vor ungelegenheit sich vorzusehen."

Bald liefen wieder Klagen über den Handel und den Geldwechsel der fremden Juden ein. Der Rat traf hierauf am 4. Februar 1729 auf Veranlassung der Krämer-Kompanie die Verfügung, daß die fremden Juden in der Stadt in Zukunft durch einen Soldaten begleitet werden sollten, um jeden unerlaubten Handel zu verhindern, „demnach auf verschiedene derer in diese Stadt kommenden frembden Juden wegen verbotener Geld-Wechseley Verdacht fallen will, als hat Ein Hochw. Rath denen H. H Kriegs Commissariis committiret, sothanen frembden Juden einen Soldaten, welcher dieselben in der Stadt begleiten und auf deren Betrieb acht haben könne, hinführo zuordnen zu laßen". Diese Verordnung wurde am 17. Februar 1731 durch den ausdrücklichen Zusatz — „der Moislinger Juden" — ergänzt und in ausführlicher Weise begründet: „gedachten Moislinger Juden künftig sowohl einen Soldaten, der auf ihre hiesige Gewerbe acht haben könne, zuordnen, als was dieselben in die Stadt bringen und wieder heraustragen, in der Wache visitiren und dadurch den angebrachten Beschwerden Wandel geben zu laßen".

Die Moislinger Juden hatten irrtümlicherweise den Lübecker Schutzjuden Ruben Magnus in Verdacht, daß er diese Maßregel veranlaßt habe, um sie in ihrer Handelstätigkeit zu schädigen. Sie hatten ihn daher bei dem jüdischen Rabbinats-Gericht angeklagt und bewirkt, daß er in den Bann gelegt wurde[7]).

[7]) siehe „Schutzjudentum", S. 106.

Visitation der Schiffe und Boote

Die Aufsicht über die Moislinger Juden wurde noch strenger gehandhabt, als die Krämer-Kompanie sich weiter über sie beschwert und sie des geheimen Einverständnisses mit den Traveschiffern und Wirten angeklagt hatte. Um der Sache auf den Grund zu gehen, hatte der Rat am 4. April 1731 eine Visitation der Schiffe und Boote und eine Haussuchung bei den Wirten angeordnet. Er betonte weiter, daß die Bestimmung über die Begleitung der Moislinger Juden durch einen Soldaten in Kraft bleibe.

„Auf Suppliciren der Krahmer Compagnie entgegen die Moislinger Juden hat Ein Hochw. Rath decretiret, daß sowohl bey der gemachten Verfügung, die Moislinger Juden in der Stadt durch einen Soldaten beständig begleiten zu laßen, es sein Bewenden haben, als hiesiger Milice sich durch Geschenk oder sonsten davon nicht abwendig machen zu laßen, bey Straffe des Gaßen Laufens und der Cassation untersaget. Sodann eine Visitation deren von Moisling in die Stadt fahrenden Schiffsboten bey Triangel angeordnet, und waß an Waaren man darinnen etwa finden möchte, biß es gebührend verzollet anhalten, nicht weniger denen Wirthen in der Landwehr, sonderlich denjenigen vom sogenannten Reuter Kruge, kein Ablager von Waaren denen Moislinger Juden bey sich zu gestatten bey Strafe injungiret, allenfalls bey denen selben von Zeit zu Zeiten Haussuchung angestellet und mit Abnahme solcher Waaren bewandten Umständen nach verfahren werden solle. Im maßen obiges zu verfügen, denen Herren Kriegs Commissariis und des Marstalls committiret."

Es ist begreiflich, daß der Gutsherr v. Weddercopp gegen diese Ausnahmebehandlung und Beschränkung „seiner Juden" mit mehr oder weniger Erfolg protestierte. So erreichte er vor allem durch seinen Einspruch, daß die Verfügung über die Begleitung der Moislinger durch einen Soldaten am 30. Juli 1734 wieder aufgehoben wurde. „Auf den abseiten des Hr. Geh. Raths v. Weddercop durch Hr. Doctor Schumacher ad Directorium geschehenen Antrag hat Ein Hochw. Rath resolviret und nunmehr verstattet, daß denen würcklichen in Moisling angesessenen Juden — worüber man eine Liste oder Designation eingereichet erwartet — der Eintritt in diese Stadt ohne Soldaten oder sonstige Begleitung freigelassen werde."

Diese Verfügung des Rats bedeutete einen vollen Erfolg für v. Weddercopp. Dieser ließ daraufhin eine Liste der in Moisling wohnberechtigten Juden zusammenstellen und dem Rat mit dem Bemerken übersenden, daß sie von Jahr zu Jahr erneuert würde. Eine Abschrift dieser Liste wurde dann nach einer Anweisung des Rats am 16. November 1735 in den Toren für die Wache angeschlagen, damit „darnach mit Abweisung oder Einlaßung der Juden verfahren werde".

Die Liste von 1735 enthielt die Namen von 36 jüdischen Familien, während 1709 nur 12 jüdische Haushaltungen in Moisling vorhanden waren.[8])

Aufenthalterlaubnis nur bis 12 Uhr mittags

Wenn der Rat auch die zuerst angeordnete Begleitung der Moislinger Juden durch einen Soldaten wieder aufgehoben hatte und hierdurch das Verhältnis zur Moislinger Gutsherrschaft wieder friedlich geworden war, sollte doch dieser harmonische Zustand nicht von allzu langer Dauer sein. Denn als die Goldschmiede sich am 19. Juni 1735 über die Konkurrenz der Moislinger Juden wiederum be-

[8]) „Spezifikation" im Anhang, S. 185.

schwerten, erneuerte der Rat am 22. Juni 1735 das Verbot des Hausierens und verfügte weiter, daß die Moislinger Juden sich nur am Vormittag zum Einkauf in Lübeck aufhalten dürften, daß sie aber bis 12 Uhr mittags die Stadt wieder verlassen haben müßten. Es erging daher an den Offizier des Holstentores am 16. August 1735 folgende Ordre:

„zwei Moislinger Juden nebst einem Weibe, wenn sie jedweder ein dem Herrn v. Wedderkop gegebenes Zeichen, davon ein gleichförmiges in der Wache vorhanden, abgeben und Ihren Namen und quartier angeben, täglich ungehindert einzulaßen und soll ihnen des Mittags gemeldetes Zeichen wieder zurückgegeben werden. Zugleich soll der Thorschreiber alle Abend auf dem Thorzettel specificiren, was für Moislinger Juden ein- und auspassiret sind."

Gegen diese neue Beschränkung des Aufenthalts wandte sich v. Weddercopp mit einer Beschwerde wiederum an den König von Dänemark. Von dieser Eingabe v. Weddercopps gab der dänische Resident den Deputierten Lübecks, Hinrich Rust und Georg Hinrich Gercken, in einer gemeinsamen Besprechung Kenntnis.

Der König von Dänemark habe erfahren, daß die Moislinger Juden in den früheren Jahren bei ihrem Aufenthalt in Lübeck von Soldaten begleitet worden seien und daß sie nach Aufhebung dieser verletzenden Bestimmung jetzt einer neuen Beschränkung unterworfen worden seien, daß sie sich nur bis mittags 12 Uhr in Lübeck aufhalten dürften. Der König ersuche daher um eine grundsätzliche Änderung in der Behandlung der Moislinger Juden. Der Rat legte darauf in einem Memorandum vom 24. November 1736 dem Residenten seine Auffassung über diese Frage und über seine Stellungnahme dar, die auf folgendem Rechtsstandpunkt beruhe:

Memorandum des Lübecker Rats

„Dieser Stadt stehe als einem unmittelbaren Reichsstand unstreitig das Recht zu, wegen Aufnahme und Toleranz der Juden gleich andern Ständen ihren Verfaßungen nach zu verordnen, diese aber nur einen einzigen und zwar privilegirten Schutz Juden in der Sadt admittirten, mithin allen fremden Juden alhie zu commerciren jederzeit untersagt hätten; die mit dem Geh. Raht v. Weddercop gemachte Convention der Moislinger Juden halber — deren Abschrift zu communiciren — auch aus bloßer Gefälligkeit für denselben eingegangen und so beschaffen sey, daß sie, ihrem klaren Inhalt nach, jedesmal nach diesseitiger convenience könne aufgehoben werden, welches jedoch ungeachtet der vielfältigen wider solche Juden eingekommene Klagen noch nicht geschehen, vielmehr ihnen nach wie vor freygelaßen worden, so lange hieselbst des Tages zu verweilen als zu Einkaufung der benötigten Victualien hinlänglich; daß man aber gegen die Juden mehr praecaution gebrauche, sei um so viel mehr erforderlich als insonderheit die Moislinger Juden sich mit Heelung und Ankaufung entwendeter Sachen bekanntlich zu beregen pflegten: weswegen zu Ihro Königl. Majestät Senatus das zuversichtliche gehorsamste Vertrauen hegete, es würden höchstdieselben dem Hr. Geh. Raht v. Weddercop den Unterschied unter den Juden und den anderen Einwohnern, mithin auch gnädigst an Hand legen, daß er wegen der Juden ein mehres als bishero noch verstattet, nicht begehren könne."

Aus diesen Ausführungen ist zu ersehen, daß selbst der Rat, der doch immerhin gegen den ausgesprochenen Willen der Bürgerschaft das System des Schutzjudentums eingeführt hatte, sich nicht von der Vorstellung freihalten konnte, daß die Behandlung der Juden nach einem andern Maßstab erfolgen müsse. Zur Rechtfertigung

seiner Maßnahmen legte er dar, daß sich die Juden besonders mit Hehlerei und Ankauf von gestohlenem Gut abgäben. Dieser Vorwurf wurde jedoch durch die feststehende Tatsache entkräftet, daß weder der Gutsherr von Moisling noch die dänische Regierung diese Neigung der Juden, die sie unter ihren Schutz gestellt und aufgenommen hatten, bisher wahrgenommen hatten, obgleich sie doch ständig mit ihnen in Berührung kamen.

Andererseits kann man begreifen, daß sich der Rat bei dem fortgesetzten offenen und versteckten Widerstand der Bürgerschaft in der Gewährung von Zugeständnissen an die Juden zurückhielt, da er andernfalls offene Widersetzlichkeit befürchten mußte. Er suchte daher den Klagen und Beschwerden der einzelnen Stände durch seine Maßnahmen zu begegnen und diese vor den ausländischen diplomatischen Vertretern durch Anklagen gegen die Juden zu rechtfertigen.

v. Weddercopp ließ sich durch die Ausführungen der Ratsvertreter von seiner Anschauung nicht abbringen, daß es ein fundamentales Unrecht sei, zwischen den Juden und den anderen Menschen in der Aufnahme und der Behandlung einen Unterschied zu machen. Er vertrat diesen rechtlich begründeten Standpunkt mit aller Entschiedenheit, solange er die Gutsherrschaft führte. Aus seiner konsequenten Haltung und seinen Handlungen geht deutlich hervor, daß nicht etwa eine besondere Vorliebe für die Juden ihn zu dieser Stellungnahme bewogen hatte, sondern lediglich das Gerechtigkeitsgefühl, dem er auch wiederholt Ausdruck gegeben hatte. Andererseits muß betont werden, daß die holsteinische Regierung eine andere Haltung gewiß nicht gebilligt und zugelassen hätte. Die Regierung legte aber Wert darauf, daß die persönliche Auffassung ihrer Vertreter voll und ganz der Haltung entsprach, die sie in ihrer Politik einnahm. Bei v. Weddercopp deckte sich die von ihm vertretene Stellung der Regierung ganz mit seiner persönlichen Anschauung.

Trotz aller Hindernisse und Beschränkungen hatte sich zwischen Lübeck und Moisling ein lebhafter Verkehr herausgebildet, soweit er sich überhaupt unter den hemmenden Bestimmungen entwickeln konnte. Nach der Order vom 16. August 1735 sollte der Torschreiber an jedem Abend die Namen der ein- und ausgehenden Moislinger Juden aufschreiben. Gemäß der Verordnung durften täglich zwei Männer und eine Frau nach Lübeck hereinkommen, deren Namen gewissenhaft durch ihn verzeichnet wurden.[9])

Nur in der Frage des Durchgangsverkehrs hatte der Rat eine entgegenkommendere Haltung den Moislinger Juden gegenüber eingenommen. Denn in dem Dekret von 1741 verfügte er, „auf glaubhafte Anzeige, daß ein Meußlinger Jude nach einem oder anderen Jahrmarkt zu reisen gedenke, soll ihm der Ein- und Durchgang durch die Stadt nebst bey sich führenden Waaren gegen Erlegung des ordentlichen Zolls vergönnet werden".

Schlesische Kriege, Wechsel in der Moislinger Gutsherrschaft

Allmählich hatte die jüdische Bevölkerung Moislings zugenommen, und die Anzahl der Familien war im Jahre 1745 auf 42 gestiegen. Die Namen dieser Familien wurden nach der Vereinbarung mit Lübeck vom 19. Mai 1741 in der Form der „Designatio" dem Rat jährlich mitgeteilt.

In dieser Zeit waren bekanntlich die Schlesischen Kriege zwischen Preußen und Österreich ausgebrochen, die besonders für die jüdische Bevölkerung in diesen

[9]) Verzeichnis der vom 8. Juni bis zum 8. Juli 1740 „passierten" Juden Moislings im Anhang, S. 185/186.

Ländern schwierige Folgen nach sich ziehen sollten. Denn Maria Theresia hatte die Juden in Böhmen und Mähren des geheimen Einverständnisses mit dem König von Preußen beschuldigt und sie deshalb am 2. Januar 1745 aus den österreichischen Kronländern ausweisen lassen. Wenn sich auch die Kaiserin bald von der ungerechtfertigten Anklage des Verrats überzeugen konnte und das Dekret der Ausweisung wieder zurückgenommen worden war, hatten doch viele Juden in diesen Ländern inzwischen den Wanderstab ergriffen und sich anderswo eine Zuflucht gesucht. So waren auch mehrere dieser böhmischen und mährischen Flüchtlinge nach Moisling gekommen, wo sie von ihren Glaubensgenossen und der Gutsherrschaft freundlich aufgenommen wurden. Hierdurch gewann die jüdische Bevölkerung einen beträchtlichen Zuwachs, und die neuen Familien der Schlomer, Böhmer und Susemann wurden bald hier heimisch[10]).

In diesen Jahren wechselte die Gutsherrschaft in Moisling ihren Besitzer. Die Nachfolger des Herrn v. Weddercopp übernahmen nicht nur die Gutsherrschaft, sondern teilten auch den rechtlichen Sinn des früheren Besitzers. Der neue Gutsherr v. Brockdorff nahm bald Gelegenheit, dem Rat, wenn auch in maßvoller Form, zu zeigen, daß er die gleiche Stellung in der Judenfrage wie sein Vorgänger einnehme. Am 5. April 1745 sandte v. Brockdorff ein Schreiben an den Rat, in dem er über drei Bestimmungen lebhafte Klage führte:

1. Daß die Moislinger Juden nach einmaliger Zulassung in Lübeck nicht wieder vor dem zwölften Tag die Stadt aufsuchen dürften.

2. Daß sie sich vor dem Glockenschlag 12 Uhr mittags aus der Stadt entfernen müßten. Andernfalls würden ihnen die metallenen Zeichen, die sie beim Eintritt in die Stadt jedesmal bei der Wache abgeben müßten, gänzlich entzogen, so daß sie das Recht zum ferneren Eintritt überhaupt verlieren würden.

3. Daß sie beim Ausgang aus der Stadt durch die Wache visitiert würden.

v. Brockdorff äußerte hierbei die Meinung, daß diese Verfügungen wohl erlassen worden seien, um eingetretene Mißbräuche abzustellen. Wenn ihn der Rat von diesen in Kenntnis gesetzt hätte, würde er die Übeltäter streng bestraft haben. Der Rat beschloß aber, dieser Vorstellung gegenüber nicht nachzugeben, sondern es bei den Zugeständnissen zu belassen, die er seinerzeit am 1. Februar 1724 dem Herrn v. Weddercopp eingeräumt hatte. Es sei ihm aber nicht möglich, über diese hinauszugehen, da er mehr Freiheiten für die Moislinger Juden nicht gewähren könne. Er würde es daher bei der Zusage, die er den Moislingern gegeben hätte, auf gewisse Art in diese Stadt zu kommen, zur Zeit bewenden lassen.

Memoria des dänischen Residenten

Die holsteinische Regierung gab indessen den Versuch nicht auf, den Rat zu einer Änderung seiner Haltung und zu einer freundlicheren Behandlung der Moislinger Juden zu bewegen. Der dänische Resident Etatsrat v. König wandte sich daher mit einem Pro Memoria 1748 an den Rat, in dem er darum ersuchte, daß den Moislingern „inskünftige ein ungehinderter freyer Eintritt in diese Stadt und Aufenthalt in selbiger bis zum Abend verstattet oder doch zum wenigsten .... mehrere Persohnen als bishero geschehen Täglich in die Stadt gelaßen auch darin biß an den Abend zu verweylen ihnen frey gestellet werde." Dieser Antrag wurde am 8. Februar 1748 ebenso wie die früheren Anträge vom Rat abgelehnt, desgleichen

[10]) siehe S. Carlebach: Geschichte der Juden in Lübeck und Moisling, Lübeck 1898, S. 37.

das spätere Gesuch vom 1. März 1748, daß von jetzt an 4 Männern und 2 Frauen täglich der Eintritt in die Stadt gestattet werde. Das Memorandum sollte erst ein halbes Jahrhundert später seine Verwirklichung finden, für diese Zeit und ihre Anschauungen kam es zu früh.

Die Klagen der Goldschmiede liefen wieder ein, daß die Moislinger Juden zu zahlreich in Lübeck aufträten und sich um keine Verordnung kümmerten. So seien an einem Tage, am 8. März 1747, folgende Moislinger Juden nach Lübeck gekommen:

„Levin Moses, Meyer Jacob,
Nathan Levin, Salomon Salomon,
Isaac Marcus, Meyer Ahrens,
David Effrahim, dem diese Stadt verboten ist und Moses Adolph,
und dem Juden Alexander Ruben macht der hiesige Schutzjude das Thor frey, dieser Schutzjude hilft fremden Juden herein — Levin Joseph aus Altona und Beidt aus Hamburg, dann Simon Levy aus Hamburg und Joseph Filter aus Altona."

Die Goldschmiede hatten auch die alte Beschwerde über den Ankauf von Silber durch die Moislinger Juden wieder vorgebracht, und lebhaft darüber geklagt, daß der Rückgang im Gewerbe durch die Konkurrenz der fremden Juden verursacht worden sei. Der Rat setzte aber in einem äußerst interessanten Dekret vom 28. Juli 1747 den Goldschmieden die wahren Gründe auseinander, die den Rückgang verschuldet hätten.

„Auf Suppliciren des Amts der Goldschmiede wegen der Moislinger und anderer allhier sich einfindenden fremden Juden befiehlt der Rath der Aufkaufung des alten Silbers durch Visitation der Juden möglichst zu wehren, den hiesigen Juden Stern vorzubescheiden, daß er seinem Privileg gemäß sich verhalte, dabey aber auch die supplicirende Goldschmiede erinnert werden, bey Erhandlung des alten Silbers den Verkäufern einen billigen Preiß zu gönnen und nicht selbst zu veranlassen, daß hiesige Bürger und Einwohner ihr altes Silber anderweitig zu verkaufen genöthiget werden." Dieses Dekret beweist zur Genüge, daß die Goldschmiede völlig zu Unrecht den Handel der Juden für die schwierige Lage ihres Gewerbes verantwortlich machten, es zeigt vielmehr, daß sie selbst die eigentlichen Schuldigen waren, weil sie ihr Monopol in selbstsüchtiger Weise ausnützten, um von den Bürgern einen möglichst niedrigen Ankaufspreis zu erreichen.

Den Vertretern der Krämer-Kompanie schienen gleich den Goldschmieden die einschränkenden Bestimmungen und die Ausschließung der Juden nicht weit genug zu gehen. Sie fühlten sich besonders durch die Beteiligung der Juden an Auktionen beeinträchtigt und ersuchten daher den Rat am 11. Mai 1753, fremde Juden zu Auktionen nicht zuzulassen. Gleichzeitig sollte nach ihrem Antrag die frühere Anordnung wieder erneuert werden, nach der den Juden der Zutritt in Lübeck nur unter Geleit eines Soldaten zu gestatten sei.

Teilnahme von Juden an Auktionen

Der Rat konnte sich aber nicht entschließen, zugunsten eines einzigen Standes die Juden grundsätzlich von der Teilnahme an Auktionen auszuschließen, da wirtschaftliche Gründe hiergegen sprachen. Man wollte die Juden nicht daran hindern, ihre Einkäufe auf Auktionen vorzunehmen und hoffte den geschäftlichen Umsatz hierdurch zu fördern. Gegen die Erfüllung des anderen Wunsches, die Juden durch Soldaten wieder begleiten zu lassen, sprachen politische Gründe, die der Rat offen darlegte. Er antwortete daher am selben Tage,

„daß Ein Hochw. Rath den Juden, so hieselbst etwas einkaufen und Also ihr Geld in die Stadt bringen wollen, die Einlaßung nicht verwehren könne, hingegen aber darüber halten werde, daß solche durch Hausieren oder sonstiges Verkaufen Supplicantibus so wenig als sonsten jemand in seiner Bürgerl. Nahrung beeinträchtigen sollten." Aus politischen Ursachen würden die Juden nicht mehr mit Soldaten begleitet, weil der König von Dänemark und Norwegen „solches ausdrücklich und unter Bedrohung verdrießlicher Gegenverordnungen verbitten laßen."

Die Ablehnung dieser Forderung der Krämer-Kompanie geschah gewiß nicht aus Vorliebe für die Juden, „von solchen Anwandlungen wußte auch der Rat sich frei", sondern nur aus Gründen der Staatsräson. Man fürchtete nicht mit Unrecht, daß die politischen Nachwirkungen eines allzu schroffen Vorgehens gegen die Juden nicht ausbleiben würden und „Gegenverordnungen" Dänemarks zur Folge haben würden.

Trotz dieser aufrichtigen und klaren Begründung der Maßnahmen des Rats gab sich die Krämer-Kompanie nicht zufrieden und veranlaßte die gesamte Bürgerschaft, gegen die Entscheidung des Rats Stellung zu nehmen. Am 31. August 1753 richtete daher die Bürgerschaft eine Denkschrift an den Rat gegen die wieder erleichterte Zulassung der Juden. Der Rat setzte ihr aber in einer Antwort vom 5. September 1753, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, nochmals auseinander, daß das Geleit der Juden durch Soldaten deshalb aufgehoben worden sei, weil es der König von Dänemark unter Androhung von Gegenmaßregeln gefordert habe. Wenn aber die Bürgerschaft trotzdem auf ihrem Verlangen bestehen sollte, würde der Rat die Begleitung der Juden durch einen Soldaten wieder anordnen, doch die Verantwortung für die hieraus entstehenden politischen Verwicklungen müsse dann auch die Bürgerschaft übernehmen. „E. Ehrl. Bürgerschaft auch sodann dasjenige, was daraus entstehen möchte, über sich nehmen und E. Hochw. Rat außer Verantwortung bleiben müsse."

Dieses entschlossene Auftreten des Rats blieb auf die Entschließung der Bürgerschaft nicht ohne Wirkung. Die Kollegien beriefen sich auf die Verfassung und behielten sich vor, ihre Meinung und ihre Beschlüsse per vota zu übergeben.

Stellungnahme der Kollegien

Die *Schonenfahrer* ersuchten am 16. Oktober 1753, die alte Ordnung wieder herzustellen, nach der die Juden „morgens frey eingelaßen worden, sich aber mittags 12 Uhr wieder zu retiriren und zu dem Ende in der Wache dem Offizier ihre Passierzettel vorzuweisen gehalten gewesen, und sei nur ein Schutzjude zugelassen, jetzt aber verschiedene Familien dieses Vorrecht nähmen", daher forderten die Schonenfahrer, daß die anderen Juden aus der Stadt entfernt werden sollten.

Die *Rigafahrer* waren der Meinung, daß man die Juden ohne Geleit durch einen Soldaten in die Stadt hereinlassen solle, daß sie sich aber des Hausierens und des Verkaufs von Waren gänzlich enthalten und spätestens am Abend die Stadt wieder verlassen müßten.

Die *Novgorodfahrer* forderten, „daß es bey der alten im Jahre 1669 gemachten Ordnung sein Verbleiben haben müßte".

Die *Brauerzunft* wollte 3 bis 4 Juden auf Tageszetteln in die Stadt einlassen.

Die *Krämer-Kompanie* verstand sich mit Rücksicht auf die politischen Bedenken des Rats zu dem Zugeständnis, daß man 3 Juden den Eintritt ohne Geleit zum Einkauf von Lebensmitteln gestatten solle, doch müßten sie sich bis Mittag wieder aus der Stadt entfernen.

Die *Stockholmfahrer* waren mit der Zulassung von 3 bis 4 Juden einverstanden und wollten ihnen das Recht des Aufenthalts bis zum Abend zugestehen.

Dauernde Beschwerden

Alle diese verschiedenen Meinungen der Kollegien konnten den Rat im Bewußtsein seiner Verantwortung als führende Körperschaft nur in seiner einmal eingenommenen Stellungnahme bestärken. Für die Politik des Rats blieb nach wie vor der Gesichtspunkt maßgebend, die wirtschaftliche Entwicklung Lübecks möglichst zu fördern, seine Stellung als Handelsempore weiter auszubauen und seine Bedeutung als seefahrender Staat zu heben. Auswärtige Verwickelungen suchte man, solange keine Lebensinteressen auf dem Spiel standen, in maßvoller Betonung der eigenen Belange möglichst zu vermeiden. Innere Gegensätze hingegen bemühte man sich durch entschiedenes Auftreten unter Einsatz und Wahrung seiner vollen Autorität zu lösen. Der Rat hielt deshalb an seiner früheren Entscheidung fest und faßte nach Eingang aller Voten der Bürgerschaft am 22. März 1754 den Beschluß, „daß bei einkommenden Juden es nach wie vor keiner Begleitung bedarf, indessen aller Mißbrauch durch die Wette abzustellen sei."

Diesem Auftrag kam denn auch die Wette mit aller Entschiedenheit nach. Dennoch wollten die Klagen nicht verstummen, Beschwerde folgte auf Beschwerde und eine Vorstellung löste die andere ab. Einmal war es 1755 die zu häufige Zulassung der Juden und der große Anhang des Schutzjuden Stern, über den man sich beklagte, ein andermal hieß es, daß die Juden in zu großer Anzahl in der Stadt herumschwärmten, Schacherei und Schleichhandel trieben und viele Warenlager in der Stadt hielten. 1763 wurde Klage erhoben, daß der Einlaß ohne Order des Bürgermeisters vom Tore erfolge, 1766 forderten die Krämer, daß die Juden aus der Stadt ausgewiesen und die Moislinger Schiffsboote am Triangel untersucht werden sollten.

Zunahme der Beschwerden über den Handel der Juden

Der Rat erließ darauf am 19. September 1766 die strenge Weisung, keinen Juden ohne ausdrückliche Erlaubnis des Consuls vom Tore hereinzulassen, den Wirten vor dem Tore die nächtliche Beherbergung der Juden mit Ausnahme der Durchreisenden zu untersagen und die Schiffsboote zu visitieren. Als sich die Stände wiederum 1767 über die „herumschweifenden vielen Juden" aufhielten, ließ der Rat am 2. September 1767 den Wirten vor den Toren den Befehl zukommen, „die Verfügung zu treffen, daß keine Juden daselbst etwas feilhalten oder ausstellen dürffen", außerdem sollten die Kriegskommissare nachforschen, „wie es komme, daß die Stadt so sehr mit Juden angefüllt werde." Als am 8. Juni 1768 wieder eine Klage der Krämer über die zahlreiche Menge der Juden in der Stadt und über ihren Schleichhandel einlief, berief sich der Rat auf die früheren Dekrete und wies darauf hin, daß „die Herren Consules jetzo mehr menagement darinnen gebrauchen, wie in vorigen Zeiten gewöhnlich gewesen."

Am 9. Februar 1770 erhoben wieder die Krämer Protest über die Zustände, „selbst der Bediente Ihro Magnificence, des Ältesten Herrn Consul unterstehet sich, Freybriefe für Geld zu ertheilen, worin er Fremden die Freyheit, hausiren zu gehen, verstattet." Aber trotz allem „menagement" der Herren Consules klagte die Bürgerschaft am 14. Juni und 18. November 1770, daß alle Mäßigung nichts helfe, daß die Verfügungen gegen die Juden nicht durchgeführt wurden, „trotz aller Vorstellung haben wir bisher nicht die geringste Änderung bemerken können". Diese Behauptung traf gewiß nicht zu, da ständig Bittgesuche von ausgewiesenen Juden einkamen, in denen diese um Zurücknahme der Ausweisung oder des Haftbefehls baten.

So reichte Herrsch Levin am 11. Februar 1763 ein Gesuch ein, sich bei Zahlung der gewöhnlichen Abgaben weiter hier aufhalten zu dürfen, da er plötzlich Befehl erhalten hätte, die Stadt zu verlassen. Das gleiche Schicksal der Ausweisung aus der Stadt traf 1767 Levin Joseph, der seit 20 Jahren in Lübeck ansässig war. Selbst hochbetagte Männer wie Alexander Rube und Abraham Jacob, die mehr als 50 Jahre in der Stadt „geruhig und öffentlich seßhaft gewesen" waren, blieben von dieser Maßregel nicht verschont. Alle Bemühungen, die Ausweisungen rückgängig zu machen, blieben erfolglos.

Diese wenigen Beispiele, die sich um viele andere vermehren ließen, zeigen zur Genüge, daß die Verordnungen des Rats nicht nur auf dem Papier standen, sondern zumeist auch durchgeführt wurden. Gewiß wurden nicht alle Dekrete völlig ausgeführt, wenn es die unteren Organe hin und wieder an der nötigen Sorgfalt und Energie fehlen ließen. Andererseits ist es verständlich, daß die Ausgewiesenen alle Mittel anwandten, um eine Zurücknahme der ergangenen Verordnung zu erreichen.

Decretum Cardinale

Einen gewissen Abschluß in dem Erlaß der Bestimmungen bildete das sogenannte decretum cardinale, das der Rat am 25. Januar 1771 erließ. Dieses faßte alle einschlägigen Verordnungen nochmals zusammen, die für die nächsten Jahrzehnte als Reglement und Grundlage für die Beziehungen der Juden zu Lübeck maßgebend blieben.

„Auf wiederholte Vorstellung der Kaufleute Compagnie, Schonen-, Novgorodts-, Bergen-, Riga-, Stockholmfahrer, Gewandschneider und Kramer Compagnie, Brauerzunft und Schiffer Gesellschaft, die Einlassung und das Hausiren der Juden betreffend, ertheilet Ein Hochw. Raht hiemit zum Bescheid und lässet der Ehrliebenden Bürgerschaft unverhalten, daß, wie wohl Ein Hochw. Raht gar sehr wünschte, alle Juden von dem Eintritt in diese Stadt auszuschließen; dennoch da dieses sowohl wegen der Moislinger als auch wegen der Königl. dänischen Schutzjuden, bekannter Ursachen und Umstände wegen, keineswegs thunlich, indessen Ein Hochw. Raht die Vorbeugung alles Nachtheils und demselben, so viel nur immer möglich Einhalt zu thun, in besonderen Augenmerk stadt-väterlicher Vorsorge nehmen werde.

Und wie dahero die Einlassung der dänischen Schutzjuden oder der in dänischen Landen angesehenen und Kaufhandel treibenden Juden von den Herren Consulibus beschränket und solche auf Vagabonden wie bishero, also auch in Zukunft so wenig extendiret werden wird, als in Hinsicht der Moislinger Juden zugegeben werden soll, daß die Zahl derjenigen, welche am Holstenthor auf ein Zeichen zu Einkaufung der Victualien eingelassen werden, die in Ao. 1724 geschehene Bestimmung übersteige.

So ist den Herren der Wette und des Marstalls, wie auch den Herren Kriegs-Commissarien hiemit aufgegeben, die Juden bei verspürtem oder angegebenem Verdacht, daß Sie Waaren bey sich führen, in den Wachen visitiren, dergleichen Visitationen auch bei den von Moisling fahrenden Schiffsböhten, wenn sich Juden darauf befinden, am Triangel, nicht weniger auf dem Reuterkruge vornehmen zu lassen, immaßen den Wirthen in der Landtwehr, insonderheit dem Wirthe auf dem Reuterkruge, bey Gefängnis Strafe hiemit verboten sein soll, einiges Ablager der Waaren bey sich, noch weniger einigen Verkauf derselben weder an Sonn- noch an anderen Tagen bey sich zu verstatten, viel mehr er, falls sich ein Jude dergleichen unternehmen solte, solches an gehörigen Orte ohne Anstand zu denuntiiren.

Dann aber auch die Wirthe vor den Thören, welche überführet würden, daß sie Handlungsjuden, insoferne sie nicht durchreisen, zur Nachtzeit beherberget, mit Verlust der Krüger gerechtigtkeit, diejenigen Bürger und Einwohner hingegen,

welche den frembden Juden Vorschub geleistet oder sich derselben zu irgend einer Schacherey bedienet, nachdrücklich angesehen, die von den Juden erweislich in der Stadt verkaufte Waaren confisciret und dem Denuncianten der dritte Teil davon zuerkandt, der Jude aber, welcher sich in der Schacherey erfinden lassen und davon überführet worden, niemals in die Stadt wieder gelassen werden soll. So ist übrigens dasjenige, was die Ehrliebende Bürgerschaft von der Haltung des Gottesdienstes in heimlichen Synagogen, in ihrem Exhibito angeworffen den Herren der Wette zur gründlichen Untersuchung und zur Abstellung dieses unleidlichen Unwesens committiret."

Die Bestimmungen des Kardinaldekrets blieben bis zur endgültigen Aufhebung aller einschränkenden Verfügungen, bis zum Erlaß des Dekrets vom 9. Dezember 1808 in Kraft, durch das den Juden der freie und unentgeltliche Eintritt in Lübeck gestattet wurde.

Die Durchführung der Dekrete des Rats vollzog sich stets nach einer bestimmten Ordnung. Der Rat erließ Instruktionen an die Herren der Wette, des Marstalls und an die Kriegskommissare. Diese gaben dann die Ordres für die unteren Organe aus:

1. für die Wachen an den Toren, welche die Anweisungen in die Ordres-Bücher einzutragen hatten;
2. für die Wette-Diener und Knechte, die auf Schleichhändler und Hausierer zu achten hatten und ihnen die widerrechtlich mitgeführten Waren abnehmen sollten;
3. für den Trave-Vogt, der auf die an der Trave und um die Schiffe herumschleichenden Juden achten sollte;
4. für den Visitator der Kramer, der die Aufsicht über die hereinkommenden fremden Juden zu führen hatte, aber bei Fortnahme ihrer Waren keine Gewalt anwenden durfte.

Ankauf der holsteinischen Gutsherrschaft Moisling durch Lübeck

Durch die staatliche Zugehörigkeit Moislings zu Holstein, das unter dänischer Regierung stand, waren die Verhältnisse in Moisling jedem Einfluß Lübecks entzogen. Oft standen die Interessen Holsteins und Lübecks im Gegensatz zueinander und führten zu unangenehmen politischen Verstimmungen, die für beide Teile von Nachteil waren. Das Streben Lübecks ging daher schon viele Jahre dahin, die Gutsherrschaft in Moisling käuflich zu erwerben, um hierdurch auf die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse Einfluß zu gewinnen und so weit als möglich auch auf die politische Entwicklung einwirken zu können.

Endlich sollte es Lübeck im Jahre 1763 gelingen, seine langgehegten Pläne zu verwirklichen. Durch die Senatoren Joachim Peters[11]) und Johann Friedrich Schaevius wurde die Gutsherrschaft Moisling für 90 000 Rhlr. käuflich erworben und der Verkauf am 22. Juli 1763 durch den König von Dänemark bestätigt. Bei diesem Kauf vergaß man nicht, sich das Recht der Judenaufnahme ausdrücklich zu sichern.

„Wie Ihro Königl. Majestät die den vorigen Besitzern des Guths wegen Reception der Juden confirmiren und den daselbst wohnenden mit den zu Altona wohnenden in dero Reichen und Fürstenthümern gleiche Freyheit im Handel und Wandel zustehen wollten." Erst nach mehrjährigen diplomatischen Verhandlungen mit Dänemark gelang es Lübeck, den Widerspruch der dänischen Krone zu beseitigen, den sie gegen die Ausübung der gutsherrlichen Rechte durch Lübeck erhoben hatte. Die Landeshoheit Dänemarks über Moisling blieb durch den Kauf des Guts unberührt, sie bestand weiter bis zum Abschluß des Vertrages zwischen Lübeck und Dänemark am 22. Januar 1802, in dem Dänemark die Territorialherrschaft über Moisling an Lübeck abtrat. Die Ratifizierung dieses Vertrages erfolgte erst 1806.

[11]) Peters wurde am 5. Mai 1773 zum Bürgermeister in Lübeck gewählt.

Aller Grund und Boden Moislings war durch den Kauf Eigentum der neuen Gutsherrschaft geworden, auf die nunmehr auch die Polizeigewalt übergegangen war.

Durch die Erwerbung der Gutsherrschaft Moisling hatte Lübeck zweifellos einen großen politischen Erfolg errungen. Denn jetzt konnte es seine Pläne, ohne von einem fremden Gutsherrn behindert zu werden, zielsicher durchführen. Jetzt hatte es die Möglichkeit, auf die Entwicklung der jüdischen Niederlassung in Moisling Einfluß zu nehmen und den Zug nach der Stadt aufzuhalten. Die fortgesetzten Beschwerden der Gutsherrschaft über die Zurücksetzung und schimpfliche Behandlung der Juden durch die Machthaber Lübecks mußten aufhören, wenn die Stadt selbst die Rechte der Gutsherrschaft ausübte.

Der Hauptbeweggrund dieses Ankaufs lag darin, daß man es in der Hand haben wollte, den Andrang der Juden zu hemmen, auf der andern Seite aber nahm die neue Gutsherrschaft angelegentlichst darauf Bedacht, sich die Befugnisse der Juden-Rezeption bestätigen zu lassen und diese als Finanzquelle zu gebrauchen.

Einspruch Lübecks gegen die Aufnahme von Juden in Stockelsdorf

Diese ausgesprochene Absicht Lübecks wurde auch durch sein Eingreifen bei der Gründung einer andern jüdischen Ansiedlung deutlich offenbar. Lübeck hatte in Erfahrung gebracht, daß ein Moislinger Jude sich in dem nahe gelegenen Stockelsdorf, das der Verwaltung des dänischen Etatsrats Lübbers unterstand, niedergelassen hatte und nun als dänischer Schutzjude ständig Einlaß in Lübeck begehrte, „daß ferner der Gutsherr von Stockelsdorf Justiz Rat Lübbers ein privilegium de recipiendis Judaeis suche und eine ganze Judengasse anlegen wolle." Der lübeckische Agent Meinig in Kopenhagen wurde daraufhin beauftragt, alle Mittel anzuwenden, um dieser „drohenden Gefahr" vorzubeugen.

Meinig teilte dem Rat am 24. Juli 1774 mit, daß noch nichts zu befürchten sei, da man den Juden überhaupt nicht sehr geneigt zu sein scheine. Der Rat solle sich sogleich mit einem scripto pro memoria pro inhibitorio an den Justizrat Lübbers wenden, da nur der Besitzer von Moisling allein befugt sei, Juden zu dulden und Lübbers schon zu weit darin gegangen sei, daß er einen Moislinger Juden aufgenommen hätte.

Meinig machte dann einen Entwurf für ein Memorial, das für den dänischen Staatsminister v. Bernstorff bestimmt sein sollte, das er aber vorerst zur Einsichtnahme nach Lübeck schickte. Der Rat ließ aber einstweilen die Angelegenheit auf sich beruhen; als dann aber 1771 bekannt wurde, daß Lübbers schon drei Juden in Stockelsdorf aufgenommen hätte, erhob der Rat Vorstellungen bei Lübbers. Der Rat hatte die Genugtuung, daß sein Einspruch von Erfolg begleitet war. Lübbers erklärte sich am 21. Februar 1771 bereit, die den Juden erteilte Genehmigung, sich in Stockelsdorf niederzulassen, wieder aufzuheben.

So hatte man die Gefahr einer zweiten jüdischen Ansiedlung in der Nähe von Lübeck nochmals beschworen, und niemand aus der Umgegend war berechtigt, dem Gutsherrn von Moisling das Monopol, „Juden zu dulden", streitig zu machen. Die einzige jüdische Niederlassung vor den Toren Lübecks stand unter dem Einfluß Lübecks, die Gründung einer zweiten Ansiedlung, die sich frei und unabhängig von der Machtsphäre Lübecks hätte entwickeln können, war aufgehoben worden. Alle Schwierigkeiten und diplomatischen Verwicklungen, die sich voraussichtlich daraus ergeben hätten, waren beseitigt und unbesorgt konnte der Rat der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen.

Unterschiedliche Behandlung der Moislinger und fremden Juden

Die Bestimmungen über den Einlaß der Moislinger Juden waren bekanntlich viel strenger gefaßt als jene für auswärtige Juden. Die Moislinger Juden versuchten daher häufig, mit fremden Pässen nach Lübeck zu gelangen, um den drückenden Beschränkungen, die nur für sie galten, zu entgehen. Der Rat ergriff deshalb 1776 zur Abstellung dieser Mißstände strenge Maßregeln. Das Recht zum Eintritt, das auf einem Erlaubniszettel vermerkt wurde, konnte auf keinen anderen übertragen werden. Später verbot der Rat in einem Dekret vom 17. September 1777 ausdrücklich, daß ein Moislinger Jude auf fremden Paß unter dem Namen eines reisenden Juden eingelassen werde. Um jeden Irrtum von vornherein auszuschließen, sollte der wachthabende Offizier am Holstentor folgenden Vermerk eintragen: „vorstehender Jude mit dem hierbey ergehenden Paß ist ein Moislinger oder — ist er solches nicht — ein frembder Jude."

Die Tendenz, die Moislinger Juden als solche kenntlich zu machen und möglichst fernzuhalten, zeigte sich gleichfalls in der einige Jahre später erlassenen Verfügung von 1782, daß bei den Moislinger Juden, die nicht auf Zeichen sondern auf Pässe eingelassen würden, folgende schriftliche Bemerkung in den Paß eingetragen werde: „producirt von dem Moislinger Juden N. N. an der .... Thorwache und ist solcher Paß an den Consul des Thores zu befördern."

Kleinhandel

Die Genehmigung zum Kleinhandel mit besonderen Waren, die in der Stadt nicht vorhanden waren, wurde durch Erlaubniszettel für bestimmte Tage erteilt, „daß Vorzeiger dieses auf 3 Tage mit seine perspectiv Gläser und andere Waaren zu hausiren die Erlaubnis erhalten, bescheinigt dieses, Lübeck, den 21. Dec. 1769, des Herrn Consul Haaks Diener A. S. J. Hagedorn." Aber selbst gegen diesen Handel mit Perspectiv-Gläsern wandten sich die Kaufleute mit einer Beschwerde an den Rat, der ihnen den Bescheid zukommen ließ, „der Landkrämer habe mit perspectiv Gläsern gehandelt, dergleichen die Krämer nicht feilhalten."

Obgleich alle diese Ausweise beim Eintritt in Lübeck erforderlich waren, gab es eine Reihe von Moislinger Juden, die täglich oder mehrmals in der Woche das Holstentor „ohne rapport passirten." So hatte die Jüdin Sara gebeten, zweimal wöchentlich in Lübeck eingelassen zu werden, um die von den Moislinger Juden in Lübeck eingekauften Lebensmittel nach Moisling zu befördern. Der Rat hatte es am 9. Januar 1779 dem Consul des Holstentores überlassen, „nach Befinden darunter zu gratificiren."

In einem Protokoll der Kriegsstube vom 12. März 1776 wird über den Hergang des „Passirens" berichtet: „Würde einem Moislinger Juden der Einlaß gestattet, dann geschehe es wohl, daß in Abwesenheit des ersteren Juden der passier-Zettel auf einen anderen dirigirt würde, wie desfalls zween Zettel producirt worden. Dann gingen hier einige Juden Kinder in die Schule, welche zum Theil bereits erwachsen wären und handelten. Drey Juden und die Fischfrau würden täglich eingelassen und täglich hätten zwei Moislinger Hebräer Erlaubnis in die Stadt zu gehen. Noch passirten einige Tage in der Woche der Juden Schlachter ohne rapport ein- und aus. Weiter werde des hieselbst vor einigen Jahren erschlagenen Moislinger Juden Levin Salomons Sohn, etwa 14 Jahre alt, welcher durch seinen Handel eine Mutter und 5 Geschwister ernähre, so oft er sich melde, etwa 2 mal in der Woche, ohne rapport eingelaßen. Mitglieder der Cramer Compagnie hätten auch oft Einlaß von Juden ohne Zettel verlangt."

Besonders auffallend ist bei diesem Kriegsstuben-Protokoll der Nachsatz, daß Mitglieder der Krämer-Kompanie häufig die Zulassung von Juden ohne Passierscheine gefordert hätten, obgleich doch kein Stand so schroff gegen jeden Einlaß von Juden aufgetreten war wie die Krämer. Es bleibt dabei ohne Bedeutung, daß der Rat am 26. Juni 1776 die Kriegskommissare beauftragte, die Namen der betreffenden Krämer festzustellen. Aus diesem Verlangen der Krämer ging hervor, daß sie mit den Juden Moislings geschäftliche Verbindungen unterhielten und daß für solche Beziehungen auch die verfemten Juden Moislings als Partner willkommen waren. Sie stellten ihnen vielfach Räume für ihre Warenlager zur Verfügung, obgleich dies streng verboten war, und übernahmen gleichfalls die Vermittlung mit den Käufern.

So wurde Hinrich Christian Mester zur Zahlung von 10 Reichstalern verurteilt, weil er einem Juden erlaubt hatte, ein Warenlager in seinem Hause anzulegen und ihm bei einem verbotenen Handel Beihilfe geleistet hatte. Die Strafe wurde ihm aber auf sein Gesuch erlassen und ihm nur am 14. August 1789 eine Verwarnung erteilt, „daß Supplicant gestalten Sachen nach, mit der Strafe zu verschonen, übrigens aber derselbe sich nach dem ihm gewordenen injuncto keinem Juden ein Waarenlager in seinem Hause zu erlauben, noch demselben zum unerlaubten Handel einigerweise Vorschub zu leisten, bey Vermeydung obrigkeitlicher Strafe zu achten schuldig sey."

Das „Ausstehen an der Börse" war den Juden gleichfalls nicht erlaubt, alle Versuche, einigen Juden diese Vergünstigung zu verschaffen, schlugen fehl. So wurde der Antrag der lübeckischen Kaufleute Dillmann und Maas, den Juden Fränckel und Schnabel das Ausstehen an der Börse zu erlauben, vom Rat am 8. Oktober 1785 abgelehnt.

Den bürgerlichen Kollegien erschienen diese geschäftlichen Verbindungen mit den Juden als Übergriffe, die nicht geduldet werden durften. Sie suchten die Zulassung der Juden immer mehr zu erschweren, ihren Hausierhandel ganz zu unterdrücken und die Niederlassung ihrer Warenlager möglichst aufzuheben. Der Rat kam ihrem Verlangen am 28. September 1785 weit entgegen :„In Ansehung der Moislinger und anderer frembden Juden bleibt es, so viel deren Einlaßung betrifft, bey der den Herren consulibus zustehenden Befugnis, des verbotenen Hausierens der Juden wegen werden die Herren der Wette den vorigen Verordnungen nachgehen, auch den Trave Vogt zur Gelebung seiner Pflicht anhalten, nicht weniger auch dahin sehen, daß frembde Lager haltende nur eine Zeit von drey Tagen ihre Waren nur en gros, nicht en detail, auch nicht an Frembde, auf dem Zimmer verkaufen und denen Wirthen, welche solche Juden beherbergen, bey namhafter Straffe gebieten, solchem wenn diese 3 Tage verflossen, nicht weiter Vorschub in der Handlung zu tun."

Vorschläge der Kollegien

Die Kollegien waren aber der Meinung, daß diese Maßregeln nicht genügten, um den jüdischen Kleinhandel zu unterdrücken, sie machten daher neue Vorschläge, um seinen völligen Ausschluß zu erreichen. In einer Eingabe vom 29. Februar 1792 wiesen sie erneut darauf hin, daß die Juden trotz aller Gegenmaßregeln Schleichhandel trieben, zahlreich in die Stadt kämen und an 3 Stellen Warenlager hielten. In den letzten Tagen hätten sich täglich 22 Juden in Lübeck eingefunden. Sie ersuchten daher den Rat, folgende Bestimmungen festzusetzen:

1. Nach der Regelung von 1724 durften täglich drei Juden auf Zeichen nach Lübeck kommen. Die Consuln am Tore sollten nur dann berechtigt sein, eine größere Anzahl einzulassen, wenn jemand für sie die Sicherheit übernehmen würde. Sie schlugen daher vor, daß jeder, der mündlich oder durch „Vorbitte Zettel" um Einlaß eines Juden einkomme, für das einwandfreie Betragen dieses Eingelassenen bei Strafe von 100 Rthlr. einzustehen hätte.
2. An jedem Stadttor sollten ein bis zwei Aufseher stehen, die bei dem geringsten Verdacht eine Visitation vornehmen sollten. Diese Aufseher wollten sie selbst stellen und besolden.
3. Die Aufsicht des Trave-Vogts sollte auch auf die an der Trave belegenen Krughäuser ausgedehnt werden.

In dem Bericht, den die Wette am 7. Juli 1792 über diese Vorschläge der Kollegien abgab, billigte sie nur den ersten Punkt, den Vorschlag der Bürgerschaft, die ein Bürger für einen auf eigene Veranlassung zugelassenen Juden übernehmen wollte, doch müsse das Gesuch schriftlich eingebracht werden. Für die Beschlagnahme der unerlaubterweise mitgeführten Waren würde ein einziger Aufseher völlig ausreichend sein. Es sei auch nicht zu empfehlen, die Befugnisse des Trave-Vogts, der bisher nur die Aufsicht über die Schiffe ausübe, zu erweitern, da dies leicht zu Exzessen führen könnte. Der Rat versprach am 21. Juli 1792, vorkommende Übergriffe zu untersuchen, und hiernach zu verfahren und ersuchte um Angabe der drei Stellen, an denen die Juden Warenlager hielten, da auf dieses Vergehen die Strafe der Beschlagnahme stand, alle weitergehenden Vorschläge müsse er aber ablehnen.

Gründe für die Behandlung der Juden

Nichts ist so charakteristisch für die Auffassung und Einstellung der maßgebenden bürgerlichen Kreise den Juden gegenüber wie ein Gesuch vom 29. Februar 1776, das die Krämer-Kompanie wegen des Schleichhandels an den Rat richtete und in wirklich bezeichnender Weise begründete.

„Die Juden brauchen nicht für Wohlstand zu sorgen, auch nicht ihre Kinder in Künsten und Wissenschaften zu erziehen, sie brauchen viel weniger und sind daher mit dem geringsten Verdienst zufrieden." Aus diesem Grunde könnten die Juden ihren Schleichhandel erfolgreich betreiben, weil sie nur einen kleinen Verdienst beanspruchten und hierdurch den Preis niedriger hielten.

Der Antrag der Krämer ist ein wertvolles Kulturdokument für diese Zeit. Zuerst wandte man alle Maßregeln an, um die Juden in ihrer Entwicklung und Ausbildung zu hemmen und ihre Lebensbedürfnisse möglichst niedrig zu halten, dann aber klagte man über die selbst verursachte Wirkung. In diesen Ausführungen der Krämer lag die beste Charakteristik und Verurteilung des ganzen mittelalterlichen Systems, nach dem man die Juden behandelte. Von allen Gewerben und Berufsarten hatte man die Juden ausgeschlossen und sie gezwungen, sich dem Hausier- und Geldhandel zuzuwenden. Dann aber klagte man, daß sie aus niedriger Gewinnsucht Schacher und Hausiererei betrieben. Man erfand Gesetze und Bestimmungen, die in liebloser Gesinnung allein die Juden von allen menschlichen Errungenschaften der Bildung und Kultur fernhalten und ihre Lebenshaltung herabdrücken wollten. Dann aber stellte man sie als verworfen hin und behandelte sie als Ausbund aller Niedrigkeit, wenn sie diese Bestimmungen übertraten, die ihr menschliches Ehrgefühl und Selbstbewußtsein aufs tiefste verletzen mußten.

Juden als Handwerker

Wenn man auch die Juden im Mittelalter aus jedem Gewerbe und zünftigen Handwerk ausgeschlossen hatte, gab es doch viele Juden, die trotz aller Ausschließung ihrer Neigung gefolgt waren und sich dem Handwerker-Beruf, der ihrer eigenen Anlage entsprach, zugewandt hatten. Gewiß traf diese das schwere Schicksal, daß sie überall verschlossene Tore fanden; nur einigen, die in ihrer Fertigkeit sich besonders auszeichneten, gelang es durch besondere Fürsprache, in den Städten Beschäftigung zu finden und ihrem Beruf nachzugehen.

In Lübeck fanden sich hin und wieder jüdische Handwerker, die besonders geschickt waren und ihre Kunst als Angestellte oder als selbständige Handwerker ausübten.

Im Jahre 1727 ersuchte die Witwe von Friedrich Klette um freien Eintritt für den Juden Samuel David Kalff aus Hamburg. Kalff war Haarbleicher und sollte in der Haarbleichefabrik der Witwe Kletten diese Kunst lehren. In seinem Vertrage mußte er sich verpflichten, nur für die Fabrik zu arbeiten und „keine Handlung" zu treiben. Der Rat lehnte das Gesuch am 27. August 1727 ab und verfügte, daß Kalff in 3 Tagen die Stadt verlassen müsse, „dabey Ein Hochw. Rath, weil die fremde Juden immer mehr und mehr ab- und zugehen, resolviret, daß mit Einlaßung derselben sparsamer und ohne besondere umstände nicht verfahren werden möge". Auch auf die Appellation der Witwe Kletten gab der Rat den Bescheid, „daß die angemaßte appellation als unzulässig nicht statt, also es bey vorigen decretis sein Bewenden habe".

Am 28. April 1735 klagte der jüdische Goldschmied Perl Victor gegen Jean de Pierre wegen Beleidigung. Pierre habe ihn geschlagen und ihm Schimpfworte zugerufen. Pierre wurde zu 10 Rhtlr. und Victor auf Widerklage zu 5 Rhtlr. verurteilt.

Der Steinschneider und Kupferstecher Seeligmann Benjamin aus Moisling bat am 9. November 1739, daß er außer der Reihe in Lübeck Einlaß finde, da er dort als Hofjude des Kronprinzen von Preußen Arbeiten auszuführen habe. Der Rat lehnte trotz dieser Begründung sein Gesuch ab.

Der „Aquavit Schenker" Joel Berend aus Moisling ersuchte am 3. April 1776 um Zuteilung eines Quartalszettels zum Einkauf.

Dem Levin Philipp aus Gadebusch wurde am 16. September 1789 sein Wohlverhalten und seine Geschicklichkeit im Ausnehmen von Leichdörnern und Warzen attestiert.

Forderung Kaiser Karls VII., die Kronsteuer und den güldenen Opferpfennig von Lübecks Juden einzuziehen

Wenn man auch die Juden in dieser Zeit von allen Rechten der Staatsbürger ausschloß, hielt man sie doch für wertvoll genug, um als Einnahmequelle zu dienen. „Die Funktion der Juden bestand darin, dem Kaiser oder dem jeweiligen Inhaber des jüdischen Regals Geld zu zahlen".[12]) Als servi camerae, als kaiserliche Kammerknechte, mußten sie diesen Schutz durch hohe Steuern erkaufen. Da Lübeck keine jüdische Bevölkerung hatte, fiel die Erhebung der Judensteuer fort. Dieser Umstand gab zu einem interessanten Zwischenfall Anlaß, der sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts abspielte.

[12]) Josef Kastein; Eine Geschichte der Juden. Berlin 1931. S. 369.

Karl VII., der Maria Theresia die römische Kaiserwürde streitig machte, forderte die Reichsstadt Lübeck auf, von den Lübecker Juden die Kronsteuer einzuziehen, die ihm nach der Krönung zum römischen Kaiser deutscher Nation zustehe. Desgleichen sollte die Stadt den Opferpfennig der Juden jährlich an ihn abführen. Es war dies der sogenannte güldene Opferpfennig, den Ludwig der Bayer 1342 als Kopfsteuer eingeführt hatte. Diesen mußte jeder Jude und jede Jüdin, wenn sie über 12 Jahre alt waren und 20 Gulden an Wert besaßen, bezahlen, „jeglicher und jegliche alle Jahr dem König einen Gulden geben soll zu Zins von ihrem Leib". Der neugekrönte Karl VII. wollte auf diese Steuer nicht verzichten. Er richtete daher im Mai 1743 folgendes Schreiben an die Bürgermeister der Reichsstadt Lübeck:

„Denen Ehrsamen Unseren und des Reichs Lieben getreuen H. Bürgermeister und Rath der Stadt Lübeck.

Karl der Siebente, von Gottes Gnaden erwehlter Römischer Kayser, zu allen Zeiten Mehrer des Reiches.
Ehrsame, Liebe getreue!

Nachdem Unsere Höchste Kayserl. Würde erheischet, die Jura Imperii in alle Weege zu conserviren und nun das uhralte Herkommen mit sich bringt, daß die in des heyl. Römischen Reichs-Landen, Besonders in Kayserlichen und des Reichs-Städten wohnhafte Juden und deren Familien, als von alters her so genannte Cammer Knechte, einem jedesmahligen Römischen Kayser, als dero obersten Schutz Herrn zur unterthänigsten Erkantnus nicht nur nach dero Kayserl. Crönung die Cronsteur, sondern auch alle Jahr den Opffer Pfenning zu erlegen schuldig seyen; als tragen Wir Euch hiemit gnädigst auf, ein solches der Bey Euch wohnenden Judenschafft zu bedeuten, und uns über den Befund und Beschaffenheit der Sache euren fordersamsten Bericht in Unterthänigkeit tzu erstatten, verbleibende Euch mit Kays. Gnaden gewogen. Geben zu München den dreyzehenden May, Anno Siebenzehn Hundert drey und Viertzig, unserer Reiche des Römisch und Böheimischen in zweyten."

Der Rat antwortete am 15. Juni 1743 auf das Verlangen Karls VII., daß es nach der Verfassung Lübecks keine Judenschaft dort gebe, sondern nur einen Schutzjuden, der auf Grund eines Schutzbriefs aufgenommen worden sei; eine größere Anzahl von Juden befände sich aber in dem nahegelegenen Moisling.

„Alss haben darauf in tiefstschuldigster Antwort allergehorsamst anzuzeigen ohnermangeln sollen, wie den hiesigen Verfassungen nach, allhier Keine gantze Judenschafft wohnen, sonder nur ein einziger Schutzjude nebst seiner Familie sich hieselbst aufhalte, und der ietzige in gantz schlechten und zurückgekommenen Umstenden lebe; dahiro Ew. Kayserl. Majestät allergnädigste intention bey demselben nicht erreicht werden mag. Indessen erachten wir es unserer tiefschuldigsten Obliegenheit zu seyn, hiedurch zugleich alleruntherthenigst zu eröffnen, dass in dem nahe bey dieser Stadt gelegenen, unter Königl. Denischer iurisdiction — worüber bey Ew. Kayserl. Majestät Reichs Hof Rahte annoch lis pendens ist — gezogenen Dorfe Moisling gar viele sich daselbst häuslich niedergelassene Juden samt ihren Familien sich befinden, welchen aber jetzigen Umstenden nach Ew. Kayserl. Majestät allergnädigste Willens-Meynung von uns nicht insinuiret werden kann."

Karl VII. mußte einsehen daß er die Forderung an den Lübecker Rat wegen des güldenen Opferpfennigs vergebens gestellt hatte, und er mußte auf diese den Lübecker Juden zugedachte Steuer verzichten. Durch den Hinweis des Rats hatte er von den Juden Moislings Kenntnis erhalten. Wenn diese auch gewohnt waren, in reichlicher Weise Abgaben zu zahlen, hielten sie sich doch als dänische Schutz-

befohlene nicht für verpflichtet, diese Steuer zu entrichten, da sie nur den Schutz ihrer Landesherrschaft in Anspruch nahmen.

Vorstellungen dänischer Behörden gegen Erhebung von Geldern beim Eintritt von Juden

Alle Maßregeln Lübecks gegen den Einlaß und die Handelstätigkeit der Juden hatten die beabsichtigte Wirkung, wenn sie rechtmäßig begründet waren und bestimmungsgemäß durchgeführt wurden, sie mußten aber ohne Wirkung bleiben, wenn sie nach Willkür ausgeübt wurden und nur als Mittel gebraucht wurden, von den Moislinger Juden ungerechtfertigte Zahlungen zu erpressen. Gegen diese Mißstände wandten sich wiederholt die Vertreter fremder Länder.

So erhob der dänische Resident v. Jessen Einspruch dagegen, daß der Schutzjude Aron Berendt aus Heiligenhafen jedesmal beim Eintritt in Lübeck den Soldaten und Bedienten am Tore Einlaßgeld zahlen mußte. Die gleiche Beschwerde brachte v. Jessen im Namen zweier dänischer Schutzjuden, Jonas Philipp und Israel Levin, vor, von denen man gleichfalls bei ihrem Eintritt in die Stadt Geld gefordert hatte. In diesem Fall kam noch hinzu, daß man Philipp und Levin zwei volle Stunden auf die Erlaubnis zum Eintritt hatte warten lassen. Bei der Untersuchung ergab sich, daß der Korporal Lehmann zwei Schilling unberechtigterweise von ihnen erhoben hatte.

Noch am 15. April 1803 wurde der dänische Gesandte Graf Eyben bei dem Lübecker Rat vorstellig, daß der von dem dänischen Schutzjuden Jacob Meyer aus Hamburg stets abgeforderte Leibzoll ihm erlassen werde. Als man den Tatbestand untersuchte, stellte sich heraus, daß die fremden Juden folgende ungerechtfertigte Zahlungen zu leisten hatten: 3½ Schilling als Meldegeld an die Soldaten und 8 Schilling an die Diener des Bürgermeisters, demnach insgesamt 11½ Schilling für eine Person. Da Jacob Meyer immer in Begleitung eines Angestellten nach Lübeck reisen mußte, betrugen die Einlaßgebühren für ihn und seinen Begleiter bei jeder Reise 23 Schilling.

Der Rat bestritt in seiner Antwort am 25. April 1803 entschieden, daß ein Leibzoll erhoben werde, „Die Juden, denen die Einlassung zugestanden wird, müssen der Wache und den Bediensteten für die Anmeldung und das Gewerbe ein leidliches vergüten. Die Natur eines Leibzolls hat dies nie gehabt, weil dem Publico nichts davon zugute kam, sondern es nur eine Vergütung an Unterbehörden für Gänge und Bestellungen war." Diese Gebühr sei seit undenklichen Zeiten für die Meldung gefordert worden, von einem Leibzoll der Juden wisse man hier nichts. Dieser Polizeibestimmung müßten sie sich nach der Verfassung Lübecks unterwerfen.

Verletzung der Privilegien der Moislinger Juden

Seit der Übernahme der Moislinger Gutsherrschaft durch Lübeck waren die althergebrachten Rechte der Juden, die von den früheren Gutsherren stets bestätigt worden waren, weniger beachtet worden. Die Moislinger Juden klagten daher über Verletzung ihrer Privilegien und brachten über die unberechtigten Eingriffe der Gutsherrschaft ihre Beschwerden bei der dänischen Regierung vor. So hatte die frühere holsteinische Gutsherrschaft ihnen das Vorrecht eingeräumt, an dem

Nachlaß verstorbener Gemeindemitglieder selbst das Siegel anzulegen, wenn die Erben abwesend oder unmündig waren. „Es sind daher auch die Sterbbuden unserer Glaubensgenossen, wenn abwesende oder unmündige Erben daran theil genommen, von den Ältesten unter Siegel genommen und von selbigen ohne alle Behinderung der Moislingschen Guts Obrigkeit regulirt worden." Nachdem aber der Lübecker Bürgermeister Peters die Moislinger Gutsherrschaft übernommen hatte, brach bald der Streit aus, als der Justitiar des Bürgermeisters das Moislinger Gerichtssiegel an einem Nachlaß 1786 hatte anlegen lassen. Die Ältesten der Moislinger Gemeinde wandten sich daraufhin mit einer Beschwerde an den König Christian VII. von Dänemark[13]).

In dieser Eingabe führten die Ältesten darüber Klage, daß ihre Privilegien durch Anbringung des Moislinger Gerichtssiegels an den Nachlaß des am 8. Oktober verstorbenen Levi Nathan verletzt worden seien, obgleich dieser Nachlaß bereits von den Ältesten der Gemeinde versiegelt worden war. Sie beriefen sich hierbei

1. auf das alte Vorrecht, „durch ihren Rabbiner und ihre Ältesten ohne alle Concurrentz der Moislingischen Guths Obrigkeit die unter ihren Glaubensgenossen vorfallende Sterbbuden zu behandeln und nach ihren Gesetzen zu reguliren",
2. machten sie geltend, daß der vormalige Gutsherr Geh. Rath v. Brockdorff ihre Privilegien ausdrücklich bestätigt habe,
3. daß die Sterbbuden von dem Rabbiner und den Ältesten jederzeit reguliert worden,
4. daß sie unstreitig die Befugnis der alleinigen Regulierung der Moislingischen jüdischen Sterbbuden hätten,
5. daß die Handlung des Supplicatus, durch seinen Justitiar mitregulieren zu lassen, eine Verletzung ihrer Privilegien bedeute,
6. daß der Supplicatus selbst ihre Privilegien anerkannt habe.

Aus diesen Gründen baten sie

7. um Schutz ihres Besitzes und um Abnahme der gerichtlichen Siegel. Hierbei bezogen sie sich
8. auf die Landgerichtsordnung (Part. 1 tit. 3 § 11), nach der Gutsherrschaft Streitigkeiten nur auf dem Wege des Rechts austragen dürfe. Daher baten sie
9. um Erlaß eines allerhöchsten Mandats, da die Witwe und die Kinder Gegenstände aus dem versiegelten Behältnis brauchten. Vor allem aber ersuchten sie um Schutz ihres Privilegs.

Christian VII. übertrug hierauf die Verteilung dieses Nachlasses 1787 dem Oberrabbiner Raphael Cohen zu Altona, der die Rechte der Moislinger Judenschaft mit aller Entschiedenheit vertrat.

Wenn die Moislinger Juden durch diese Entscheidung die Regelung des Nachlasses auch nicht in eigener Hand behielten, hatten sie doch die Genugtuung, daß hierdurch die äußeren Eingriffe der Gutsherrschaft erfolgreich abgewehrt und ihre Privilegien geschützt worden waren.

---

[13]) „Eingabe der Ältesten der Jüdischen Gemeinde zu Moisling, David Heymann Spanier, Jacob Meyer und Hirsch Levi, Supplicanten wider den H. Bürgermeister der Stadt Lübeck Petersen als Besitzer sothanen Guthes Supplicaten an Christian VII. von Dänemark" im Oktober 1786.

Klage der Moislinger Juden

In allen Verordnungen des Rats, die das Verhältnis zu den Juden Moislings im 18. Jahrhundert regelten, kehrte stets die gleiche Grundtendenz wieder, den wirtschaftlichen Wettbewerb Moislings auszuschließen und jede Ansiedlung in Lübeck unmöglich zu machen. Alle Bemühungen und Klagen der Moislinger Juden um Milderung und Aufhebung dieser beschränkenden Bestimmungen waren stets an der unnachgiebigen Haltung von Rat und Bürgerschaft gescheitert. Obgleich die Lage der Juden immer drückender und die Verhältnisse zwischen Lübeck und Moisling allmählich unhaltbar geworden waren, war der Rat dennoch zu keiner grundsätzlichen Änderung seiner Stellungnahme zu bewegen. Aus einer Eingabe vom 2. April 1776 der Moislinger Juden lernen wir den trostlosen Zustand der Verhältnisse kennen und können daraus ersehen, wie schwer dieser Druck auf ihnen lastete.

„Wir wohnen zu Moisling an einem Ort, wo wir in vielerley Betrachtungen diese Stadt Lübeck ohne unsern größten Nachtheil an Leib und Leben nicht entbehren können und öfters, wenn wir es am wenigsten vermutet, allerhand unerwarteter Umstände halber hieher zu eilen uns gedrungen sehen, aber leider zu unserm größten Schaden, öfters ohne eingelaßen zu werden, betrübt zurückkehren müssen. Bey uns zu Moislingen gehen keine Posten durch, wir müssen also alle unsere Briefe, welche tag-täglich ankommen, von den hiesigen Posthäusern haben. Wir stehen in Geschäften mit den Lübeckern Kaufleuten, bei Krankheiten können wir keine Hilfe holen, so daß wir Lebensgefahr ausgesetzt sind, bitten deshalb die Anzahl der wöchentlichen Thorzettel zu verdoppeln und uns zu erlauben, daß wir sie nach Gleichheit unter uns verteilen."

Der Rat ließ sich trotz der Eindringlichkeit dieser Schilderung in keiner Weise zu einer Änderung seiner Haltung bewegen und behielt seinen ablehnenden Standpunkt bei. Diesen gab er schon am folgenden Tage in einem Bescheide zu erkennen, in dem er es nicht einmal für nötig hielt, auf die angeführten Verhältnisse und Tatsachen irgendwie näher einzugehen. „Auf Suppliciren der sämtlichen Juden Gemeine zu Moisling, den Eintritt in diese Stadt betreffend, ertheilet Ein Hochw. Rath zum Bescheid, daß dem Gesuch nicht deferiret werden kann."

So blieb den Moislinger Juden der freie Eintritt in Lübeck noch länger als drei Jahrzehnte verschlossen. Besonders schmerzlich wurde es empfungen, daß der Rat einen erkennbaren Unterschied zwischen den Moislingern und den auswärtigen Juden machte. Auf eine Eingabe des Patrimonial-Gerichts zu Wandsbek, in welcher der Vorsteher der dortigen Gemeinde Levi Moses um Einlaß für seinen Schwiegersohn Sadai Heimann Mendel aus Moisling bat, der für ihn die Geschäfte führte, lehnte der Rat die Zulassung für Mendel als Moislinger ab, während er sie für Levi Moses wie für alle andern fremden Juden gestattete. Diese Ausschließung der Moislinger Juden wurde nicht einmal in Krankheitsfällen aufgehoben.

Als Joseph Meyer aus Moisling am 18. Oktober 1791 wegen eine schweren Krankheit seiner Frau um eine General-Concession zum freien Eintritt bat, wurde er abschlägig beschieden, obgleich der Arzt die Gefährlichkeit der Krankheit bescheinigt hatte. Erst am Anfang des 19. Jahrhunderts, als die freieren Anschauungen der neuen Zeit aufkamen, zeigte der Senat mehr Entgegenkommen. Als der Jude G. L. Nathan aus Moisling im Jahre 1808 darum bat, sich während seiner Krankheit in Lübeck aufhalten zu dürfen, gewährte ihm der Rat am 6. Januar 1808 das Recht, bis nach Beendigung der Stahlbäder-Kur in der Stadt zu bleiben, doch knüpfte er die Verpflichtung für ihn hieran, sich in dieser Zeit allen Handelns zu enthalten.

Bestimmungen über die Moislinger Juden im 18. Jahrhundert

Durch die verschiedenen Einzelfälle, die allmählich eine Ergänzung und Änderung der bestehenden Bestimmungen erforderlich machten, entstand allmählich aus den verschiedenen Dekreten und Verfügungen eine Art von Gelegenheits-Gesetzgebung, die mehr auf die Ordnung der Einzelfälle zugeschnitten war, als auf die allgemeinen Verhältnisse. Die Bestimmungen über die Moislinger Juden ergeben durch die Zusammenstellung aller einschlägigen Dekrete und Zusätze ein buntes Bild von Verfügungen, die mehr als ein Jahrhundert Geltung hatten.

„Meußlinger Juden.

I. H. H. Krigs Kommissarien sollen der wegen täglicher Einpaßierung der Meuslinger Juden getroffenen Convention mit dem Herrn von Wedderkop stricte nachgehen. /1740. 29. July/

II. Alle (1) Tage soll Ein (2) Jude (3) auf Zeichen in der Stadt kommen. /1709. 1. Juni./

(1) Sonnabend und Sontag /ib. eod./ auch Festtage /1724. 1. Febr./ ausgenommen.

(2) Auf zwein allenfalls *mit einem Weibe* extendiren /1724. 1. Febr./ das Gesuch des Königl. Dän. Residenten v. König, um die Zahl etwan auf 4 Männer und 2 Weiber zu setzen, abgeschlagen /1748. 1. März/ und der Bürgerschaft, daß eine Bestimmung nicht überschritten werden solle, zugesichert. /1771. 25. Jan./

(3) sollen wirklicher Meußlinger und kein anderer seyn. /1724. 1. Febr./ /1734. 30. Jul./

III. Mit den einkommenden Juden soll eine Abwechslung (x) gehalten werden und keiner dem andern seinen Rang überlaßen. /1709. d. 3./

(x) daher das Gesuch des *Petschierstechers* Benjamin, um behuf seiner Arbeit auch außer der ihn treffenden Ordnung eingelaßen zu werden /1739. 17. Nov./, des *Aquavit Schenkers* Joel Berend um Ertheilung eines Quartals Zettels zum Einkauf der erforderlichen Materialien /1776. 3. Apr./, der gesamten Juden Gemeine, um der Vorwickelung mit hiesigen Kaufleuten willen und um ihrer Briefe von der Post und Hülfe bey Krankheiten willen habhaft zu werden /1776. 3. Apr./ im gl. des Joseph Meyers um freyen Eintritt /1776. 24. Apr./ abgeschlagen worden.

IV. Wenn ein Jude Krankheitshalber des Nachts in der Stadt bleibet, soll des andern Tages kein anderer eingelaßen werden. /1709. d. 9/.

V. Ihm soll in der Wache ein Zeichen (x) gegeben werden, welches er beym Ausgang wieder abliefern muß; wer ohne solches in der Stadt gefunden wird, soll in Verhaft genommen werden /ib. d. 7/ (x) deren sollen drey d. H. von Wedderkop zugestellet /1724. 1. Febr./ solches ihnen in der Wache ab und des Abends wider zurückgegeben werden /1734. 6. Aug./.

VI. Sollen nur allein ins Holstenthor, nicht aber ins Mühlenthor, oder sonst zu Waßer oder Lande in die Stadt kommen /1709 d. 2. / 1724. 1. Febr./ und desfalls eine designation (x) der zu Meusling wohnhaften Juden in der Corps de garde affigiret werden. /1709. d. 1./

(x) ist nach hie den H. H. Cons. jeden Thörs zur beliebigen nachricht zugestellet worden, um darnach mit Abweisung oder einlaßung zu verfahren / 1735. 16. Nov./.

Nach solcher waren zu Meusling wohnhaft

1709	12
1735	38
1745	42

VII. Wenn ein Jude die Woche schon einmal in der Stadt gewesen, soll er zurückgewiesen werden. /1709. d. 3./

VIII. Kein Meußlinger Jude soll als ein Dänischer Jude oder auf fremde Päße eingelaßen werden. /1777. 17. Sept./ 1781 31. July/

IX. Soll des Abends (x) wieder hinausgehen und die Nacht über (xx) nicht in der Stadt bleiben. /1709. d. 4/

(x) Soll allemal gegen 12 Uhr sich wieder aus der Stadt begeben /1745. 12. März/ (xx) den einzigen Fall von Krankheit ausgenommen, so jedoch dem H. Consuli wie auch der Wache anzuzeigen ist. 1709. d. 9/, oder es sey die höchste Noth Sache /1724. 1. Febr./.

X. Der Einlaß ist nur dahin erlaubt, um die benötigten provisiones und lebensmittel für sich und die andern in Meußling wohnenden Juden einzukaufen. /1709 d. 5/ 1724. 1. Febr./ 1771 25. Januar./

XI. Soll sich aller Handlung (x) in der Stadt und in der Landwehr enthalten, bey entstehenden Verdacht in der Wache visitiret /1709 d. 5/ 1724. 1. Febr./ /1737. 17. Febr./ und fals er in der Land und auf den Krügen vor den Töhren Schacherey treibt, willkührlich gestrafet, ihm die Waaren abgenommen und er niemals wieder eingelaßen werden. /1709. 1724 1. Febr./ 1734 30. Jul./ 1771. 25. Jan./ /1783. 26. März/ (x) sol endlich an Silber und pretiosis /1734. 30. Jul./ kein altes Silber noch desgleichen mit sich aus der Stadt nehmen /1745. 12. Martz/

XII. Zoll und Accise baar Waaren, namentlich Fleisch, Mehl, Gruben, soll er nicht einbringen, bey Strafe der Confiscation. /1709. d. 8./

XIII. Außerdem täglich auf Zeichen hereinkommenden werden die H. Consules alle mögliche menage gebrauchen. /1766 19. Sept./ (x)

(x) Joseph Meyer kann auf intercession d. H. Residenten wöchentlich /1778. 28. Nov./ die Sara auf Gutfinden d. H. Consules des Holstenthors zweymal /1779. 9. Jan./ Jacob Meyer außer zween Tagen dann und wann auch am dritten Tage /1782. 11. Sept./ in der Woche, jedoch daß diese Concession von ihm nicht gemißbraucht werde, /1783. 26. Martz/ eingelaßen werden.

XIV. Auf glaubhafte Anzeige, daß ein Meußlinger Jude nach einem oder andern Jahrmarkt zu reisen gedenke, soll ihm der Ein- und Durchgang durch die Stadt nebst bey sich führenden Waaren gegen Erlegung des ordentlichen Zolls, vergönnet werden. /1741. 19. May./"

Diese Bestimmungen und Verordnungen eines Jahrhunderts haben den Zweck erfüllt, um dessentwillen sie erlassen worden waren. Sie haben den Zuzug der Moislinger Juden ferngehalten und ihre Tätigkeit in Lübeck in jeder Weise gehemmt. Trotz allem aber haben sie nicht zu hindern vermocht, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Lübeck und Moisling sich weiter entwickelten, so daß allmählich eine festere Verbindung zwischen den beiden Orten und ihren Interessen entstand.

Erkundigung über die in Lübeck wohnenden Juden 1785

Ungeachtet aller strengen Maßnahmen gegen die Niederlassung der Juden in Lübeck war es in den verschiedenen Zeiten immer wieder einigen gelungen, ein Unterkommen in der Stadt zu finden. So sehr sie sich auch bemühten, ihren Aufenthalt geheimzuhalten, blieb dieser dennoch der Öffentlichkeit nicht unbekannt. Die bürgerlichen Kollegien forderten daher wiederholt den Rat auf, diesem verfassungswidrigen Zustand ein Ende zu machen. Der Rat kam stets dieser Aufforderung nach und stellte auf Grund der eingegangenen Klagen eine Untersuchung

über das Wohnrecht und die Beschäftigung der Juden an, die sich in Lübeck niedergelassen hatten. Die Wette erhielt den Auftrag, „zuförderst genau festzustellen, wie viele Juden hier in der Stadt, und wo sie wohnen auch wie lange solche sich allhie aufgehalten und was für einen Betrieb sie haben." Das Ergebnis dieser Untersuchung legte die Wette am 26. September 1785 im folgenden Protokoll nieder:

„Nota von die allhir
in dieser Stadt wohnhaft
befindlichen Juden.

1. Jude *Stern* nebst Frau und Kindern wohnt in des Bötchers Ladewigs Hause oben in der Marlitzgrube, dessen Gewerbe nichts weiter sein soll, als dass, wenn Sabbat herannahet, er sich Fleisch etc. anschaffet.
2. Jude *Zacharias* wohnt mit Frau und Kindern auf dem Pferdemarkt, von dessen Betrieb kann niemand Nachricht geben, weil er sehr geheim getrieben wird.
3. Jude *Meyer,* ein Pettschierstecher und dessen Sohn wohnten unten in der Marlitzgrube, in demselben Hause logiert auch *Meyer David* aus Meseritz, welcher der Schächter des Schutzjuden ist.
4. Jude *Samuel Abraham Hollander* wohnt mit Frau und Kindern in der Lichtendwarstr. zwischen der Dankwarts- und Hartzengrube, schreibt in des Schutzjuden Comtoir, dessen Schwager er ist u. hat lange Zeit hieselbst gewohnt. Bey demselben logieret ein Jude aus Holland der wöchentlich einen Ducaten Kostgeld giebt.
5. Die beiden Gebrüder *Levertoff,* wohnhaft im weissen Schwahn in der Marlitzgrube, haben viele Jahre allhie gewohnt, weil sie vorgeblich einen Prozess mit dem Collecteure Hüsener hätten, des einen Frau nebst 2 Kindern wohnt in Leithoffs Gang in der Hartzengrube.
6. Des Juden *Süskind Meyer Stern* Wittwe wohnhaft in der Fleischhauerstr. hat 2 Söhne bei sich, der eine hat vor 6 Jahren die Tochter eines Juweliers geheiratet, handelt mit Juwelen, der andere unverheiratete Sohn handelt mit Seidentüchern, Beuteln ect."

Über diese Niedergelassenen gab der Schutzjude *Elkan Meyer Stern* folgende Auskunft:

„1. *Lazarus Meyer Stern* sei sein Bruder, der die Tochter seines Bruders Süskind Meyer Stern zur Frau habe und eine kleine Tochter von ihm habe. Innerhalb 3 Monaten seien ihm 3 Brüder gestorben.
2. *Zacharias* hätte seine Schwester zur Frau und hätten ein Kind; sie seien arm, und er müsse sie unterhalten.
3. *Meyer* speise die fremden Juden u. steche die Kupferplatten für die Tobackspinner, bey diesem sei ein anderer Meyer, der ihm als Schächter unentbehrlich sei.
4. *Hollander* sei der Bruder seiner Frau, schreibe in seinem Comtoir, habe 24 Jahre hier gewohnt und er könne ihn nicht entbehren.

   Bey demselben sei *Salomon Jacob Boas,* Sohn eines angesehenen Banquiers im Haag, im Hause, den derselbe, da er ausschweifend gewesen, bey ihm in die Kost gethan und dafür an Kostgeld wöchentlich in Ducaten bezahle.
5. Die zwei Gebr. *Levertoff* wünsche er gerne los zu sein, sie handelten und schienen emporzukommen.

6. seines Bruders Süskind Meyer Stern Witwe Söhne *Jacob Süskind Stern* und *Lazarus Süskind Stern,* wovon ersterer des Juweliers Wallach Tochter zur Ehe habe.

   Annoch solte eine liederliche Jüdin aus Altona deren Namen er nicht wisse, bei einem von seiner Frau geschiedenem Manne sich aufhalten.

   Seine Beschwerde bestand darin, daß täglich so viele Juden von Moisling herkämen und *Abraham Levien* ihm grossen Schaden in der Handlung tue, bat also bei Einlass der Moislinger und anderer fremder Juden mit aller Moderation zu verfahren. Die Nachfrage der Wettediener hat ergeben, dass besagte Jüdin sich *Rosina Johlen* nenne u. 9 Jahre in der Stadt wohne, jetzt aber in der Schmiedestrasse bei der Fischergrube wohne. Sie giebt an, dass sie sich mit Nähen u. Stopfen der Bettzeuge für hiesige Bürger ernähre, bei ihr logire der Gärtner Bohm."

Der Rat übertrug hierauf am 2. Dezember 1785 den Gerichtsherren die Aufgabe „die angestellte Erkundigung weiter fortzusetzen."

In dieser Untersuchung wurde das gleiche Ergebnis festgestellt. Außer den bereits aufgeführten Personen fand man noch einen gewissen *Moses Joseph Cohen,* „der sich seit 25 Jahre in Lübeck aufhalte, im Schilde in der Kurzen Königstrasse wohne u. sich durch Anbringung der hiesigen u. Hamburger Klassenlotteriezettel ernähre u. früher als Petschierstecher beschäftigt war. Er esse alle Samstage u. Feiertage bei dem Schutzjuden Stern u. verziere die Synagoge u. die Laubhütte. Der kurz vor dem Fest aufgegriffene Jude *Joseph Marcus* habe sich auf Befehl bald darauf aus der Stadt begeben."

Die Untersuchungen der Wette über die Anzahl und die Beschäftigung der in Lübeck wohnenden Juden wurden vom Rat angeordnet, wenn Klagen und Beschwerden eingelaufen waren. Dann wurde dem einen oder dem andern „angedeutet", sich aus der Stadt zu entfernen, wenn sich herausgestellt hatte, daß er sich irgendwelche Übergriffe erlaubt hatte. Zu einer eigentlichen jüdischen Ansiedlung in Lübeck ist es aber während des ganzen 18. Jahrhunderts nicht gekommen.

Jacob Meyers Gesuch um Aufnahme in Lübeck

Eine besondere Stellung nahm unter den Moislinger Juden in dieser Zeit *Jacob Meyer* ein. Da er es in Moisling zu Vermögen gebracht hatte, suchte er ein größeres Unternehmen zu beginnen und bemühte sich deshalb um freien Einlaß in Lübeck. Er verstand es, sogar hohe fürstliche Persönlichkeiten für seine Pläne zu interessieren und ihre Vermittlung zu gewinnen. So ersuchte Herzog Friedrich von Mecklenburg den Rat am 13. Mai 1777, Jacob Meyer aus Moisling als Commissionär seines Hofagenten *Joseph Nathan Aaron* „in Geschäften ungehindert in Lübeck passieren zu lassen". Der Rat lehnte aber dieses Gesuch ab. Später bewarb sich Jacob Meyer um eine kaiserliche Agenturstelle in Wien, um als kaiserlicher Agent täglich freien Eintritt in Lübeck zu erlangen. Der Rat, der hiervon Kenntnis erhalten hatte, suchte diese Beförderung auf diplomatischem Wege zu hintertreiben und wandte sich am 15. Dezember 1784 an seinen Agenten *Fischer von Ehrenbach* in Wien mit einem Schreiben des Inhalts, daß bei Ernennung des Jacob Meyer zum kaiserlichen Agenten zu befürchten sei, daß auch andere Juden sich bei den verschiedenen Mächten um ähnliche Stellen bewerben und hierdurch die Kaufmannschaft schädigen würden. Er solle daher sehen, ob beim Fürsten von Kaunitz „schon etwas" angebracht sein möchte. v. Ehrenbach antwortete, daß er alles, was in seiner Macht liege, tun werde, um diese Ernennung zu verhindern. Er wolle sich im Hause des

Fürsten von Kaunitz wie auch bei der kaiserlichen Hofkanzlei in aller Stille erkundigen. In dem darauf folgenden Schreiben bemerkte v. Ehrenbach, daß kein Grund zur Unruhe vorliege, da man dergleichen „Charakter" doch nicht so leicht verleihen könne, zumal man hierdurch einem Stande des Reichs einen Nachteil zufügen würde. Gleichzeitig gab Frhr. von Binder am 4. Februar 1785 dem Lübecker Dompropst die schriftliche Versicherung, daß nach einem beigefügten Schreiben des Fürsten von Kaunitz vom 24. Februar 1785 keine derartige Verleihung geplant sei. Der Rat hatte also das diplomatische Spiel gewonnen und die Gefahr eines Einbruchs in seine Politik und Machtsphäre mit Erfolg abgewandt.

Jacob Meyer machte aber auch weiter Lübeck nicht wenig zu schaffen. Er hielt in der Stadt ein Warenlager und trieb verbotenen Handel, so daß seine Ware beschlagnahmt wurde. Auch der Schutzjude Elkan Meyer Stern fühlte sich durch die geschäftlichen Unternehmungen Jacob Meyers benachteiligt und führte Beschwerde über ihn. Meyer verstand aber trotz aller Gegnerschaft, den Rat für sich einzunehmen, so daß dieser die Beschlagnahme seiner Waren wieder aufhob. Meyer sah aber, daß es ihm bei allem Unternehmungsgeist in Moisling nicht gelingen würde, seine großen Pläne durchzuführen und reichte daher am 13. April 1790 ein förmliches Gesuch ein, sich in Lübeck niederlassen zu dürfen.

Sein Plan ging dahin, in Lübeck eine Kattunfabrik anzulegen, da eine solche Einrichtung in der Stadt bisher fehle. Durch diese Anlage würden auch eine Menge Leute Arbeit und Brot finden, und ein großer Teil der Aufträge auf Lieferung von Kattun würde nicht mehr Hamburg sondern Lübeck zufallen. „Unter welchen Bedingungen mir meine Bitte um Aufnahme in der Stadt gewährt werden soll, überlasse ich gänzlich dem geneigten Ermessen eines Hochw. Raths, da ich überzeugt bin, daß Hochderselbe von Toleranz, Billigkeit, Gerechtigkeit erleuchtete Begriffe hat, und Beförderung des allgemeinen Besten der Stadt dessen einziger Zweck ist."

Stellungnahme des Rats

Der Rat nahm das Gesuch in seiner Mehrheit wohlwollend auf, wollte aber die Entscheidung nicht allein auf sich nehmen, da es sich hier um eine grundsätzliche Änderung seiner bisherigen Stellungnahme handelte. Er verband deshalb die Entscheidung über diesen Einzelfall mit der allgemeinen Frage über die Aufnahme wohlhabender Juden in Lübeck und berief zu diesem Zweck am 26. Mai 1790 die 12 kaufmännischen Senatoren zusammen, um diese Frage zu prüfen, „sämtliche Herren Senatores mercatores werden die Frage: Ob die Aufnahme wohlbemittelter Juden überhaupt oder doch des Moislinger Juden Meyer auf die in dessen Supplicis enthaltene Äußerungen für diese Stadt und deren Commerz rathsam sey, genau prüfen, ihre Gedanken schriftlich aufsetzen und solche ad magnificum Directorium befördern".

Die zwölf Senatoren nahmen daher zu der Frage Stellung und legten ihre Meinung schriftlich nieder. Ihre Ansichten stellten ein getreues Spiegelbild des herrschenden Zeitgeistes dar, der damals auch die führenden Kreise des Senats und der Bürgerschaft erfaßt hatte.

Für die Aufnahme sprachen sich *fünf Senatoren aus:*

1. Senator Blohm hielt die Aufnahme der Juden wegen der hierdurch entstehenden Vermehrung der Bevölkerung für vorteilhaft.
2. Senator Plessing wollte nur wohlhabende Juden, besonders solche, die Fabriken anlegten, unter bestimmten Einschränkungen zulassen.

3. Senator Green trat wegen der Bevölkerungszunahme und des Fortfalls des Schleichhandels für die Aufnahme ein.
4. Senator Rodde hielt die Zulassung der wohlhabenden Juden unter gewissen Einschränkungen für richtig.
5. Senator Wildtfanck versprach sich von der Aufnahme Gewinn für die öffentlichen Einkünfte und Vorteile für das Gewerbe, da durch die Juden Fabriken und Manufakturen errichtet würden.

Gegen die Aufnahme der Juden sprachen sich *vier Senatoren* aus.

1. Senator Roeck besorgte, daß jüdische Familien verarmen und der Stadt zur Last fallen könnten und daß außerdem der Handel der Juden den Krämern Abbruch tun würde.
2. Senator Böhme befürchtete, daß die commercirenden Collegia nicht in die Aufnahme willigen würden und viele Familien durch die Zulassung untergehen könnten.
3. Senator Bilderbeck war gegen die Aufnahme und stützte seine Meinung auf die beharrliche Denkungsart der Vorfahren, die sich dieser stets widersetzt hätten.
4. Senator Keusch meinte, daß es bei der bisherigen Ordnung bleiben solle, damit nicht die Geschäfte der Krämer darunter leiden.

Unbestimmt in der Frage der Aufnahme waren *drei Senatoren:*

1. Konsul Wilcken fand es bedenklich, den Versuch auf mehrere auszudehnen, immerhin solle Jacob Meyer aber aufgenommen werden.
2. Senator Voeg beobachtete über die Aufnahme völliges Stillschweigen.
3. Senator Bruns erklärte sich nicht positiv darüber, sondern riet, bei der Bürgerschaft anzufragen.

Hinsichtlich der Aufnahme von Jacob Meyer fiel das Ergebnis der Abstimmung etwas anders aus.

Für seine Aufnahme stimmten 7 Senatoren:
Wilcken, Blohm, Voeg, Plessing, Green, Rodde und Wildtfanck.

Gegen seine Aufnahme sprachen sich 5 Senatoren aus:
Roeck, Bruns, Böhme, Bilderbeck und Keusch.

Der Rat legte nunmehr das Gesuch von Jacob Meyer der Bürgerschaft am 8. Dezember 1790 vor, aber alle Collegien lehnten mit Ausnahme der Kaufleute-Kompanie die Aufnahme ab. Der Senat schloß sich dieser Ablehnung am 4. März 1791 an, da er eine so folgenschwere Entscheidung gegen das Votum der Bürgerschaft nicht treffen wollte.

Die Gründe, die für und gegen die Aufnahme der Juden geltend gemacht wurden, zeigten, daß völlig gegensätzliche Anschauungen in den führenden Kreisen über diese Frage herrschten. Die Stimmen für die Aufnahme der Juden bilden in ihrer Auffassung ein geschichtliches Dokument von hoher ethischer Gesinnung, die von den weit verbreiteten Haßgefühlen dieser Zeit wohltuend absticht. Die angeführten Gründe sind ein wertvolles Zeugnis für die Anschauung dieser Generation und für die Denkweise der Männer, die an der Spitze des Staates standen und für seine Führung verantwortlich waren. Sie sind von christlicher „Duldung und allgemeiner Menschenliebe" beeinflußt und von hohem Verantwortungsgefühl erfüllt.

Die Gründe gegen die Aufnahme der Juden beruhen in erster Linie auf der Besorgnis vor den wirtschaftlichen Folgen, die sich im Niedergang der Krämer-Geschäfte zeigen würden. Neben diesen immerhin möglichen Nachwirkungen machten sich unter den angeführten Gründen auch vielfach Haßgefühle geltend, die den Charakter der Juden und ihre Ehre herabsetzten und entstellten und von einer Aufnahme ganz und gar nichts wissen wollten. Alle Bemühungen, diese Darstellung jüdischer Verworfenheit als ein Zerrbild erkennen zu lassen, waren vergebens, da der Haß zu tief saß.

„Entworfene Gründe für die Aufnahme der Juden hieselbst.

1.

Es ist in der Tat für den, der mit Unbefangenheit und Menschengefühl über das Schicksal und die Behandlung der Juden nachdenket, empfindlich zu bemerken, daß wir Christen, deren Religion doch so sehr Duldung und allgemeine Menschenliebe einflößet, noch so häufig solchen unserer Nebenmenschen, die von Natur gleiche Rechte und gleichen Antheil an dem Erwerb und Genuß der Güter der Erde haben sollten, nicht die Rechte der Menschheit verstatten, nicht dulden wollen, daß sie sich nähren dürfen, womit sie, und niederlaßen mögen, wo sie können und wollen; daß wir durch unser Verhalten, nehmlich durch unsere Vorurtheile, unsere lieblose Gesinnungen, unsere unbillige Verachtung, unsern harten Zwang Schuld daran sind, daß bey ihnen alle natürliche Ehrliebe ersticket und aller angebohrener Adel der Seele verschwindet; daß sie so oft ihre Talente vergraben, ihre Kräfte ungebraucht laßen und, um nicht vor Hunger zu verschmachten, zu niedrigen zum Wucher verleitenden Gewerben, ja zu Rängken, List und Betrug ihre Zuflucht nehmen müssen.

Unser Betragen hat gewiß den größten Einfluß auf den moralischen Charakter eines Theils der jüdischen Nation und Vorwürfe, die wir solches wegen ihrer Unsittlichkeit machen, scheinen eigentlich uns zu treffen. Eben die eingeschränkten Beschäftigungen, die sie größtentheils nur vornehmen dürfen, geben ihrem sittlichen Charakter die nachtheilige Richtung. Man setze nur andere Glaubensgenoßen und andere Nationen in eben die Lage und sie werden gewiß einen ähnlichen Charakter annehmen."

2.

„Noch immer wirckt der alte schwärmerische Religionshaß, den einige Kirchenlehrer anzuzünden bemüht waren, unvermerckt auf so manche Christen, ob man gleich billiger und aufgeklährter denckend geworden, so daß man jetzt nicht mehr, so wie vormahls, alles physische und moralische Übel ihnen aufzubürden sich angelegen seyn läßet. Aber man schildert sie doch noch insgemein mit den schwärzesten Farben. Man beurtheilt nach dem Ausbund von armseeligen, ungesitteten herumwandernden Juden die ganze Nation. Würde man es den Juden wohl verzeihen, wenn sie von kleinen Landkrämern und herumziehendem Pöbel von Christen, das heißt Landstreichern, auf die Kaufmannschaft oder gar die ganze Christenheit schließen wollen? Es ist nicht zu läugnen, es gibt unter den Juden Betrüger, Wucherer, Diebe. Aber nicht alle sind es. Und gibt es deren nicht unter den Christen auch? Man findet vielmehr unter den Juden auch viele rechtschaffene ehrliche Leute.

Die meisten Menschen, das heißt solche, die nicht in großen oder mittleren Städten, wo Juden geduldet werden, leben oder sich daselbst aufgehalten, und bemittelte rechtschaffene Juden kennen zu lernen Gelegenheit gehabt haben, kennen die jüdische Nation nur von der schlechtesten Seite. Wo Juden, wie hier, nicht geduldet werden, wo sie nur Schleichhandel oder Schacherey verstohlener Weise

treiben dürfen, da werden freylich nicht sehr wohlhabende, edelgesinnte, die anderswo ihr reichliches Auskommen haben, sich hinbegeben. Nur arme, schlechtdenkende, anderswo ausgestoßene, oder nicht unterzukommen fähige werden aus Noth gedrungen sich daselbst einzuschleichen, und wenn sie können, auch auf unerlaubte Art und Weise sich Nahrung zu verschaffen Bemüht seyn. Nicht einmahl muß man die ein ordentliches Gewerbe treibende Judenschaft nach den Juden, die in kleinen Flecken oder Dörfern wohnen, beurtheilen. Nur daselbst nehmen sie aus Noth oder weil die Nachbarschaft für sie vortheilhaft ist, ihren Wohnplatz.

Man suche privilegierte bemittelte Juden in Städten und man wird bey ihnen nicht nur Reinlichkeit, Ordnung, Wohlstand, sondern auch ein aufrichtiges rechtschaffenes Betragen wahrnehmen. Und woher kennt man die jüdische Nation so genau? Nur Gerüchte, Erzählungen, einzelne Thatsachen des einen und des andern. Aber welcher Charakter würde von der christlichen Nation herauskommen, wenn man denselben nach den Geschichten, die von einzelnen Personen herumgehen, oder nach den wahren Handlungen dieses oder jenen, nach den schändlichen Banquerotten einiger oder den Übervortheilungen im Handel, Wucher, Veruntreuungen, Hintergehungen bey Zöllen und öffentlichen Gefällen anderer zeichnen wollte?

Man frage den unbefangenen, wahrhaft christlich denkenden Amsterdamer, Londoner, Berliner, Hamburger, Frankfurter, ob die dort angesessene bemittelte Juden eine solche Brut von Menschen, die immer betrügen, stets wuchern, alles an sich reißen, und man wird die zuverlässigsten Zeugnisse vom Gegentheil bekommen. An einzelnen Klagen über die Juden kan es freylich hie und dort nicht fehlen; allein diese sind oft eine Folge von Unwissenheit, bisweilen der Haabsucht; oft veranlasset solche die bloße Gewohnheit und manchmal bedient man sich derselben zum Deckmantel der eigenen Schuld. Wenn unsere Handlung z. B. so in Abnahme wäre wie seit 30, 40 Jahren von so manchen Falliten ist vorgestellt worden, so müßte beynahe gar keine Handlung mehr hier in Lübeck existiren. Selbst die Erfahrung redet gegen den den Juden gemachten Vorwurf. In den Handelsstädten, wo Juden geduldet werden, müßten schon alle Kaufleute und Krämer vertilgt seyn und nichts wie Wucher und Betrug statthaben, wenn die von den Juden so häufig gemachte Schilderung wahr wäre."

3.

„Die Beratschlagung großer Regenten und vieler Minister ist teils für Duldung teils für zu erweiternde Toleranz der Juden ausgefallen. Nunmehr werden in Europa die Juden teils mit teils ohne Einschränkung geduldet. Sie haben in großen Städten den größten Anteil an den Wechselgeschäften, an Fabrik- und Manufakturwaren. Ihre Erziehungsanstalt und Armeninstitut zeichnen sich besonders aus, erregen bei den besten Christen selbst den Wunsch der Nachahmung und widerlegen hierdurch das alte Vorurteil, als wenn sie der Abschaum der menschlichen Gesellschaft und eine Last des Staates seien. Sogar Christen, deren Religion doch allgemeine Liebe und Toleranz predigt, beschämen sie, indem sie selbst diese an ihren Almosensammlungen teilnehmen lassen."

4.

„Es ist der Wunsch aller patriotisch gesinnter Bürger, daß wohlbemittelte Fremde sich hier niederlassen und dadurch mehr Thätigkeit, Gewerbe und Handlung hervorbringen. Was ist für ein Unterschied, ob solche bemittelte Personen Juden oder Christen sind? Keiner, als daß sie nicht unsere Glaubensgenossen sind. Die Juden unterscheiden sich von uns nur durch Religionsbräuche und Sitten. Was kann aber

dies für nachtheiligen Einfluß auf Gewerbe und Handlung haben? Auch Katholiken, Reformirte, sind nicht unsere Glaubensgenossen. Wird bei deren Niederlassung wohl jemand der Gedanke einfallen, daß ihr Etablissement unseren Kaufleuten und Krämern Abbruch tun würde?"

5.

„Das Interesse und Wohl der aufgenommenen Juden ist sodann mit dem Vortheil so mancher Bürger und Einwohner genau so verwebt und vereinigt, als es das Interesse und der Nutzen so mancher Bürger, Handwerker und Arbeitsleute jetzt ist mit dem Wohlstand von Fabrikanten oder andere sonstige gewerbetreibender Einwohner."

6.

„Die Juden sind sehr arbeitsam, thätig, genügsam und sparsam lebende Menschen und daher sehr fähig, der Handlung und den Gewerben Thätigkeit und Leben zu geben und Fabriken und Manufakturen in Gang zu bringen. Auch könnten durch die Juden hier noch manche bisher ungeübte Nahrungszweige, die sie vorzüglich cultiviren, eingeführt werden. Wer weiß es nicht, daß sie an anderen Orten in höchster Vollkommenheit treiben das Petschierstechen, Graviren, Verfertigen optischer Instrumente, Mahlen, Steinschleifen, Sticken und dergl."

7.

„Bei vorsichtiger Toleranz sind immer zwei Grundsätze zu beobachten, die beinahe alle Einwendungen entkräften:

1. man muß nur bemittelte Juden aufnehmen,
2. man muß sie unter gewissen Gesetzen einschränken.

Diese der Aufnahme fähigen Juden sind es, mit denen christliche große Handlungshäuser so beträchtlichen Verkehr haben, die sie selbst empfehlen. Ja eben dieser Verkehr so mancher christlicher einsichtsvoller Kaufleute bestätigt mehr die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der Juden im Handel als alles, was sich darüber sagen läßt.

Bei einer weise eingeführten Duldung einer Anzahl von Juden, wie sehr hat man sie da nicht in seiner Gewalt? Man ist Herr über sie, man hat mehr Gewalt über sie als über andere Einwohner, bei welchen durch gewisse Verhältnisse manchmal dem Richter die Hände gebunden sind."

8.

„Auch lokale Umstände sprechen für die Aufnahme der Juden. Unsere nahe Lage bei Moisling, das fast ganz mit Juden bevölkert ist, wodurch das Eindringen der Juden sehr gefördert wird, so daß man ihren Schleichhandel nicht verhindern konnte. Die vielen fremden Juden werden bei ihrem Schleichhandel von hiesigen Bürgern begünstigt und entrichten keine Abgaben und Zölle. Bei der Aufnahme von bemittelten jüdischen Familien müßten notwendig diese fremden Juden hier alle verschwinden.

Was würden aber nicht unsere Krämer dabei gewinnen, wenn der Schleichhandel der fremden Juden gänzlich gehemmt und den hier Privilegierten Grenzen angewiesen würden, die sie nötigten, mit den Krämern gleiche Preise zu halten."

„Gesammelte Gründe gegen die Aufnahme der Juden hieselbst.

1.

Es klebt der jüdischen Nation die Gewohnheit an, auf unlauterem Wege ihren Vortheil zu suchen und die Gewerbe zu verderben oder an sich zu reißen.

2.

Die Idee, daß man nur bemittelte Juden und solche, die Fabriken anlegen, sich setzen lassen will, hat viel glänzendes. Allein deren Familie und Nachkommen würden bei der Fruchtbarkeit der Nation eine kleine Kolonie ausmachen, die doch nicht so bemittelt seyn wird ....

3.

Die Juden behelfen sich dürftig, leben von kleinem Gewinn, auch oft vom Wucher und Betruge. Mit solchen Einwohnern aber ist uns nichts gedient.

4.

Jetzt könnten die Juden zwar zu wohlfeileren Preisen ihre Waaren verkaufen wie die christlichen Bürger hieselbst, da sie sie hereinstöhlen und keine Abgaben davon entrichten; allein dieser Vortheil würde für den Verkäufer auch wegfallen; wenn sie auch auf eine gewiße Art in Contribution gesetzt würden, so müßten sie auch ihre Waaren zu höheren Preisen verkaufen ....

5.

Durch die Juden würden viele Bürger insonderheit Krämer in Verfall der Nahrung kommen ....

6.

Auch die Juden würden Speditions Geschäfte an sich ziehen, weil sie mit einem kleinen Vortheil verlieb nehmen ....

7.

Amsterdam, Hamburg, Preußen, Frankfurt ziehen Vortheil von der Toleranz der Juden, weil sie dort durch die Banken Wechselgeschäfte ihren Verdienst haben, Lübeck kann man damit nicht vergleichen, unsere Lage und Handlung ist nicht darnach, Wechselgeschäfte hier einzuführen.

8.

Das Beispiel vom Betrug durch die Juden kann leicht anstecken und die Rechtschaffenheit im Handel und Wandel hier in der Stadt noch seltener machen.

9.

Die Einnahme des Guts Moisling wird vielleicht leiden, wenn sich einige der daselbst wohnenden Juden bei künftiger Toleranz dort weg und unter hiesigen Schutz begeben werden.

10.

In Hamburg klaget man sehr über den Abbruch, den die Juden dort den Krämern thun.

11.

Die Juden in Moisling werden ihren Schleichhandel fortsetzen und andererseits wird man das Hinauswandern nach Moisling, um dort einzukaufen, nicht verhüten. Daher wird das hiesige Commercium beeinträchtiget werden.

12.

Unsere Vorfahren haben hier Juden nicht geduldet und diesen Grundsätzen unserer Vorfahren müssen wir getreu bleiben."

Die hier angeführten Gründe gegen die Aufnahme der Juden zeigen, auf welchen Anschauungen und Empfindungen der Kampf gegen die Juden in der damaligen Zeit beruhte. Die Ideen der Aufklärung und Humanität waren in diese Kreise noch nicht eingedrungen oder doch zu schwach, um sich gegen die herrschende Abneigung und die Konkurrenzfurcht der betreffenden Stände durchsetzen zu können. Später als in den meisten deutschen Städten und Ländern sollte in Lübeck der Gedanke des gleichen Menschenrechtes Wurzel schlagen und sich verwirklichen. Der Geist der mittelalterlichen Tradition hielt diese Menschen noch zu sehr umfangen, als daß neuauftretende Ideen eine Änderung der bestehenden Verhältnisse hätten herbeiführen können. Das Gewicht des von alters her bestehenden Zustandes und die konservative Grundeinstellung der führenden Männer verstärkte den Einfluß all der Elemente, die jeder Neuerung im Staatswesen ablehnend gegenüberstanden und die in der Einbürgerung der Juden einen verhängnisvollen Schritt sahen, der zu revolutionär auf die gesamten Verhältnisse einwirken würde.

Der Geist des „cuius regio eius religio" beherrschte noch zu sehr die Gemüter, als daß man sich mit der Vorstellung hätte befreunden können, eine jüdische Bevölkerung in ein rein christliches Staatswesen aufzunehmen. Es kam hinzu, daß man zu geringschätzig auf die Kulturstufe der Juden herabblickte und ihre Sitten und Gewohnheiten als störend für ein Gemeinschaftsleben empfand. Endlich glaubte man, daß die Handelsinteressen der alten Hansestadt durch die Regsamkeit der Juden stark gefährdet würden. Diese ernste Besorgnis gab dann endlich bei allem Für und Wider zuletzt den Ausschlag.

Wenn die Juden alle die schlechten Charaktereigenschaften, die man ihnen damals wie auch in den früheren Zeiten andichtete, in Wirklichkeit besessen hätten, dürfte man nicht die Juden, sondern jene Gesetzgebung und menschliche Gesellschaft schuldig sprechen, welche die Juden so gehässig und inhuman behandelt hat.

„Wenn es wahr ist, daß sie alle Gebrechen eines gedrückten Volkes haben, so ist es auch erwiesen, daß ihre Herabwürdigung meist nur die Folge der Härte war, womit sie hier und da behandelt wurden."[14])

Liste aller in Lübeck wohnenden Juden

Nachdem der Senat sich entschlossen hatte, auch die bemittelten Juden, wie Jacob Meyer, auf Grund der Entscheidung der Bürgerschaft nicht aufzunehmen, führte er die bisher verfolgte Politik wieder entschieden durch. Die Haltung des Schutzjuden gegenüber seinen Glaubensgenossen war durchaus unfreundlich, er sah in der Zulassung der Moislinger eine Konkurrenz, die er ausschalten wollte. Der Rat beauftragte daher die Wette am 4. März 1791, ein Verzeichnis aller Juden

[14]) Intercessionsschreiben des russischen Geschäftsträgers zu Hamburg an den Senat zu Lübeck am 12./24. August 1815.

aufzustellen, die sich zur Zeit in Lübeck aufhalten würden. Die von der Wette angefertigte Liste umfaßte außer dem Schutzjuden Elkan Meyer Stern folgende Personen:

1. Lazarus Meyer Stern — Bruder des Schutzjuden — und Frau, Fleischhauerstraße.
2. Salomon Lewertoff, 70 Jahre alt, und Sohn, Marlitzgrube, seine Frau in der düsteren Domstraße.
3. Levin Philipp mit Frau und Kindern, Dankwartsgrube (aus Gadebusch).
4. Marcus Levin Lazarus aus Hamburg am Klingenberg.
5. Zacharias Levin und Sohn, Wahmstraße.
6. Juden aus Hamburg logieren in der Fleischhauerstraße: Simon Warburg, Isaac Hamburg, Hirsch Berend Dessau und Mendel Posselburg.

Schutzjude beklage sich über die vielen Moislinger Juden.

Nachfolgende seien zur Religionshandlung des Schutzjuden unentbehrlich:

7. Abraham Hollander mit Frau und Kindern, Dankwartsgrube.
8. Meyer Levin, 76 Jahre, Petschierstecher, und Sohn, Marlitzgrube.
9. Lazarus Levin, Dankwartsgrube, im schwartzen Adler.
10. Salomon Oppenheimer seiner Schwester Sohn.
11. Meyer Isaac Stern seines Bruders Sohn.
12. Joseph Hirsch seiner Schwester Sohn.
13. Meyer Elkan Stern sein eigener Sohn.

Diese in Lübeck wohnenden jüdischen Familien ließ der Rat unbehelligt, aber die gesetzlichen Beschränkungen für die Fremden und Moislinger Juden blieben nach wie vor in Kraft.

Obgleich der Rat das Aufnahmegesuch von Jacob Meyer endgültig abgelehnt hatte, setzte Meyer seine Handelstätigkeit in Lübeck weiter fort. Aber bald kam er durch die Art seines Geschäftsbetriebs mit der Wette wegen seines gesetzwidrigen Verhaltens in Konflikt. So wurden ihm im Oktober 1793 ein Stück Kattun und Manschester beschlagnahmt. Meyer versuchte vergebens, die Aufhebung dieser Beschlagnahme zu erwirken. Jahre hindurch zog sich die Angelegenheit in die Länge, bis der Rat endgültig am 23. April 1800 die Entscheidung traf, daß es bei der Anordnung der Wette vom 30. Oktober 1793 verbleibe, „und wird die dort erkannte Confiscation bestätigt."

Meyer mietete später bei dem Brauer Kracht auf ein Jahr ein Zimmer, in dem er ein ständiges Warenlager unterhielt, „dessen Waren er en detail an jedermann" verkaufte. Immer wieder verstand es Meyer mit besonderem Geschick, hochgestellte Persönlichkeiten und Beamte für sich einzunehmen und die Fürsprache von Gesandten und Regierungen für seine Pläne zu gewinnen. Trotzdem sollte es ihm nicht gelingen, den Rat zu einer anderen Stellungnahme zu bewegen, seine Aufnahme und Niederlassung in Lübeck war und blieb ihm versagt.

Alle Bemühungen des Rats, den Schleichhandel abzustellen, waren bisher erfolglos geblieben. Die bürgerlichen Kollegien hielten es daher für erforderlich, schärfere Maßregeln zu seiner Bekämpfung zu ergreifen. Es war öfter vorgekommen, daß die Aufsicht führenden Consuln eine größere Anzahl von Juden auf Zureden und die Bürgschaft von Bürgern eingelassen hatten. Aus diesem Grunde schlugen die Collegien am 29. Februar 1792 vor, daß jeder, der sich mündlich oder durch „Vorbitte Zettel" um Einlaß eines Juden bewerbe, für das einwandfreie Betragen dieses Zugelassenen bei einer Strafe von 100 Reichstalern einzustehen habe. Ferner

sollten an jedem Tor ein bis zwei Leute Posten stehen, die beim geringsten Verdacht eine Visitation vornehmen sollten; diese Aufpasser würden von ihnen selbst gestellt und besoldet. Außerdem müßte die Aufsicht des Trave-Vogts auf die an der Trave gelegenen Krughäuser erweitert werden.

Der Senat ließ diese Vorschläge zuerst durch eine Kommission prüfen und ein Gutachten darüber ausarbeiten.

Warenlager der Juden in der Stadt

Eine Kommission des Senats kam zu einem anderen Vorschlag, sie war der Meinung, daß das Hausieren nicht das Wesentlichste wäre, das zu bekämpfen sei, es käme vielmehr auf die Niederlagen und Warenlager der Juden in der Stadt an. Diese müßten aufgehoben werden, da sie alle Waren aus diesen Lagern herbeiholten und die Leute zur Besichtigung dorthin weisen würden. „Ob ein oder andermahl durch Hausiren Kleinigkeit abgesetzt werde, sey im gantzen nicht wesentlich. Die Hauptsache bestehe in den ansehnlichen jüdischen Warenlagern und in dem dadurch dem Juden geschehenen Vorschub. Auf diese Niederlagen in der Stadt komme es an, denn was von den Juden an der Trave und in der Stadt verschachert werde, brächten sie nicht unmittelbar herein, sondern sie nämen es aus jenen Niederlagen."

Alle Beratungen in den Kommissionssitzungen führten immer wieder zu der Feststellung, daß durch das Bestehen der Warenlager in den Bürgerhäusern alle Maßregeln seit 1698 unwirksam geblieben wären, wie z. B. jene bei dem Brauer Kracht und dem Kerzengießer Mester. Der Rat schritt auch diesmal wieder mit aller Energie gegen diese Verstöße ein, doch trotz aller Maßnahmen blühte der Schleichhandel weiter und führte fortwährend zu neuen Unzuträglichkeiten.

Stellungnahme gegen auswärtige Juden

Die gleiche Haltung und Politik, die Senat und Bürgerschaft den Moislinger Juden gegenüber verfolgten, führten sie grundsätzlich auch gegen die auswärtigen Juden durch. In allen Bestimmungen kam die gleiche Tendenz zum Ausdruck, jede jüdische Niederlassung zu verhindern, und genügende Sicherungen gegen ihre Konkurrenz zu treffen.

Dennoch bestand ein bemerkenswerter Unterschied in der Haltung gegen die Moislinger und gegen die auswärtigen Juden. Bei den letzteren war die Gefahr einer Niederlassung weniger zu befürchten. Sie kamen nur nach Lübeck, wenn ihre Handelsbeziehungen es erforderten, oder wenn ihr Reiseweg sie über Lübeck führte. Die Stadt hatte sogar ein gewisses Interesse an der Verbindung mit den auswärtigen Juden, da sie einigen Nutzen daraus zog. Für die Stellungnahme Lübecks war gleichfalls die Tatsache bestimmend, daß die fremden Mächte keine Übergriffe gegen ihre Schutzbefohlenen duldeten und mit Gegenmaßregeln drohten. Aus allen diesen Gründen waren die Bestimmungen über den Einlaß und die Aufnahme der auswärtigen Juden weniger streng gefaßt, wenn auch die Grundrichtung die gleiche blieb, ihren Wettbewerb im Handel möglichst auszuschalten. ihn nur zu dulden, wenn er vorteilhaft für Lübeck war. Hier galt der Grundsatz: „frembden Juden überhaupt ist hier nichts weiter als das bloße unschädliche Durchreisen verstattet".

Während die Moislinger Juden nur durch das Holstentor eingelassen wurden, durften die fremden Juden nach dem Gutbefinden der drei ersten Consuln die Stadt

durch alle Haupttore betreten. „Ordentliche Handlung oder Schacherey oder Geldwechseley“ sollten sie nicht betreiben, „doch mögen sie zum Einkauf bey Waaren, — auch Silber und Juwelen auctionen zu — und des Endes in die Stadt gelaßen werden.“ Ein Warenlager durften sie in der Stadt nicht halten, damit sich nicht hierdurch ein Detailhandel entwickelte, der bekanntlich streng untersagt war. Die fremden Juden waren gleichfalls den Visitationen an den Stadttoren ausgesetzt und ihre Waren wurden, wenn man sie bei ihnen fand, beschlagnahmt.

Erst allmählich trat durch die Vorstellungen der fremden Regierungen eine gewisse Milderung in diesen Bestimmungen ein. Man erlaubte ihnen den Verkauf von Waren en gros für drei Tage und gestattete ihnen, ihr Warenlager bei Lübecker Kaufleuten einzurichten. Aber das Recht, das man anderen fremden Krämern einräumte, mit ihren Waren jährlich drei Tage an der Börse „auszustehen“, verweigerte man ihnen. Sie durften diese an keiner Stelle der Stadt en detail „in Stücken“ verkaufen, am wenigsten aber an der Börse. Nach der Leihhaus-Ordnung von 1789 war fremden Juden das Leihen auf Pfänder gänzlich verboten, „und dürfen sie so wenig das Gewerbe treiben als sich von andern zum Versetzen gebrauchen lassen“.

Handelsverbindungen Lübecks mit auswärtigen jüdischen Kaufleuten. Bevorzugte Behandlung der dänischen Juden

Da Lübeck als alte Hansestadt eine bedeutende Seefahrt und einen ausgebreiteten Handel trieb, waren schon in früher Zeit mannigfache Verbindungen mit jüdischen Kaufleuten der östlichen Länder entstanden. Juden aus Kurland baten am 30. August 1680 um das Recht, sich in Lübeck aufzuhalten, um dort ihre Handelsgeschäfte zu erledigen.

„Kommen zu Schiff mit Insiegel von Libau, daß wir von gesunden Orten kommen und keine Bettel Juden oder Vagabonden sondern Jüdische Kaufleute seien,

Veitel Mendelowitz,
Isaac Moses,
Meyer Samuel,

Polnische Juden bei Churlandt.“

Nach kurzem Aufenthalt in Lübeck ging Mendelowitz nach Hamburg und kehrte am 4. Oktober wieder nach Lübeck zurück, um hier Waren einzukaufen und sie nach Kurland zu befördern.

Als im Jahre 1697 drei polnische Juden Jacob Mayer, Levien Vielips und Levien Lazarus auf der Fahrt von Kopenhagen durch einen Sturm nach Wismar verschlagen und zu Fuß nach Lübeck gekommen waren, ersuchten sie um die Erlaubnis, sich bis zur Ankunft ihrer Schiffe in Lübeck aufhalten zu dürfen. Zwei Jahre später bat Isaac Kanter auf kurze Zeit um Aufenthalt und freie Handlung in Lübeck, um Ochsenhäute, Schafs- und Kalbsfelle einzukaufen.

Die dänischen Juden erfreuten sich eines besonderen Schutzes ihrer Regierung gegenüber den Maßnahmen des Rats. Die dänischen Residenten unternahmen sehr häufig diplomatische Schritte und erhoben wegen der Zurücksetzung und Behandlung dänischer Juden eindringliche Vorstellungen. So hatte der dänische Resident v. Stradtmann 1734 den Rat ersucht, „dass denen Juden, die in dänischen Landen wohnen, die freie Passage ohne Begleitung der Wache“ gestattet werde. Daraufhin ließ der Rat am 25. August 1735 dem dänischen Residenten versichern, daß bei den Juden, die mit „special dänischen Passbriefen versehen seihn, eine Ausnahme ge-

macht werden solle, aber nicht auf alle daher kommenden Juden ausgedehnt werden könne, sondern nur nach Umständen der Persohn zu verfahren sei".

v. Stradtmann setzte auch 1736 durch, daß die Juden mit Pässen des Statthalters von Schleswig-Holstein denen mit königlich dänischen Pässen gleichgestellt wurden. Als dann später v. Stradtmann verlangte, „den Altonaer Juden in dieser Stadt freye Handlung zu verstatten, widrigenfalls Ihro Majestät dagegen andere Meßures vorkehren würde", versuchte der Rat dieser Forderung in diplomatischer Weise auszuweichen und gab seinem Vertreter am 27. November 1737 die Anweisung, „vor der Hand hierauf eine dilatorische Antwort zur geben und sollen inzwischen die Decreten, die in dieser Sache ergangen, aufgesucht und nachgesehen werden".

In seiner Antwort vom 4. Dezember 1737 bezog sich der Rat auf seine frühere Erklärung vom 30. Juli 1734, nach der er den ordentliche Kaufmannschaft treibenden Juden, die beglaubigte Pässe Sr. Majestät oder des Präsidenten in dero Landen hätten, den freien Ein- und Ausgang nicht verwehre, daß er aber nicht gestatten könne, daß sie über Nacht sich hier aufhielten, da es gegen die Verfassung sei, nach der nur Schutzjuden zugelassen seien, „zumal jedem Reichsstande und mithin auch jeder Stadt das ius recipiendi et non recipiendi Judaeos beykomme, Se. königl. Majestät für die in dero Landen etablirte Juden ein mehreres gnädigst nicht begehren, noch solche mit andern Christlichen Unterthanen, deren Commercium mit dieser Stadt man möglichstes maßen zu befördern und zu facilitieren jederzeit beflissen sey, in Vergleichung zu stellen."

Einige Wochen später, am 15. Januar 1738, unterstrich der Rat nochmals dieses Zugeständnis der freien Ausübung des Gewerbes in der Stadt für die dänischen Juden. Desgleichen sollten sie, wenn sie einmal das Recht des Einlasses erhalten hätten, „bei anderweitiger Producierung ihrer Pässe nicht aufgehalten werden, sondern ohne fernere Anmeldung eingelassen werden". Diese Bestimmung wurde in die Ordre an die Ober- und Unteroffiziere aufgenommen und an den Toren angeschlagen. In einer ähnlichen Bestimmung wurde am 3. Februar 1738 verfügt, sie „ohne weitere Vorfrage bei dem Bürgermeister einpassieren zu lassen, jedoch ihnen in Erinnerung zu bringen, daß sie bei Schließung der Thore sich aus der Stadt zurückbegeben und überhaupt keine Nacht in der Stadt bleiben sollen".

Die Brüder Maier und Ruben Engel aus Burg auf der Insel Fehmarn wurden 1740 unter der Bedingung sofort eingelassen, daß sie nachweisen könnten, daß sie dänische Juden und Handelsleute seien. Die Rücksichtnahme ging soweit, daß die deutsche Kanzlei zu Kopenhagen 18 Jahre später, am 9. Dezember 1758, diesem Ruben Engel, seinem Sohn Hertz Engel und seinem Schwiegersohn Hertz Grundsfeld die Zusicherung gab, daß „alle Nachsicht gegen die dänischen Schutzjuden gebraucht werden soll".

Das Entgegenkommen des Rats ging aber nur soweit, wie die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben waren. Interessant ist in dieser Hinsicht ein Vorgang, der sich im Jahre 1746 am 12. August abspielte. Dänische Juden aus Nakskov, welche sich einige Tage in Handels-Angelegenheiten mit Erlaubnis des aufsichtführenden Konsuls in Lübeck aufhalten wollten, ersuchten den Rat, ihnen schon am Freitag den Eintritt zu gestatten, damit sie den Sabbat im Hause des Schutzjuden feiern könnten. Der Rat hielt aber diesen Grund nicht für stichhaltig und lehnte das Gesuch ab. „Auf geschehene Anzeige, daß einige dänische Juden von Naschau .... zur Feyrung ihres morgenden Sabbaths mit dem hiesigen Schutz-Juden Stern ins Holstenthor eingelassen zu werden ersuchet haben, hat Ein Hochw. Raht sothanes der Juden von Naschau Gesuch abgeschlagen, um so mehr, da dieselben ihren Sabbath zu Moisling feyren können."

Im allgemeinen kam aber der Rat den dänischen Schutzjuden sehr entgegen, weil die dänische Regierung die Interessen ihrer Schutzbefohlenen mit Energie wahrnahm und den Grundsatz vertrat, daß für die dänischen Juden nur die Einschränkungen gelten dürften, die auch für andere Fremde zutreffen würden.

Als jüdische Kaufleute aus Altona Anspruch auf freien Eintritt in Lübeck und auf gute Behandlung machten und dieses Verlangen in einem Schreiben am 5. Februar 1768 an den dortigen Oberpräsidenten v. Gähler zum Ausdruck brachten[15]), richtete v. Gähler am 16. Februar dieses Ersuchen an den Rat, in dem er für die dänischen Juden aus Altona, die im Besitz beglaubigter Pässe seien, um Gewährung freien Eintritts gleich den andern Fremden bat, „da er ungern sähe, daß sonst die Juden sich deshalb an den König direkt wenden würden". Der Rat nahm dieses Gesuch am 22. Februar 1768 wohlwollend auf. Ebenso entgegenkommend nahm er später, am 30. Dezember 1772, das Schreiben des dänischen Residenten de la Pottrie auf, in dem dieser das gleiche Verlangen für den portugiesischen Juden und dänischen Hofagenten Abraham Moses Henriques und die übrigen dänischen Schutzjuden wiederholte, daß sie auf Grund obrigkeitlicher Pässe ungehindert wie andere Reisende in die Stadt eingelassen werden sollten. Der Rat erwiderte am 8. Januar 1773, „daß der freie Einlaß der Verfassung zuwider, daß aber den dänischen reisenden Juden mit aller Moderation begegnet und ihnen keine Ursache zu klagen gegeben werden sollte."

Der Rat hörte nicht auf, den untergeordneten Behörden die Befolgung seiner Anordnung einzuschärfen, die dänischen Juden höflich und entgegenkommend zu behandeln. In der Ordre vom 1. Mai 1773 an die Torwachen hieß es ausdrücklich, „allen mit guten Pässen versehenen königl. Dänischen reisenden Juden mit aller nur möglichen Beförderung an die Hand zu gehen und in keine Wege unglimpflich zu begegnen".

Im Gegensatz zu den dänischen Juden warteten die Juden anderer Länder vergebens auf den Schutz und die Fürsorge ihrer Regierungen, sie hatten keinen Annehmer, und fühlten daher die ganze Schwere des Ausnahmezustandes, denn die bestehenden Bestimmungen wurden gegen Ende des 18. Jahrhunderts noch strenger durchgeführt, „als die Herren Consules jetzo mehr menagement gebrauchen, wie in vorigen Zeiten gewöhnlich gewesen", so am 8. Juni 1768.

Einlaß und Aufenthalt fremder Juden in Lübeck im 17. und 18. Jahrhundert

Die Bestimmungen, die im 17. und 18. Jahrhundert über den Einlaß und Aufenthalt der fremden Juden in Lübeck erlassen wurden, ergeben in ihrer Zusammenfassung folgendes Gesamtbild:

„1. Es soll kein Jude unangemeldet und ohne Erlaubnis des Bürgermeisters eingelassen werden (am 28. März 1687). — Nach dem Decret vom 9. August 1699 soll ein Erlaubniszettel des Bürgermeisters vom Tore vorgezeigt werden. Mit dem Einlaß soll sparsamer und ohne besondere Umstände nicht verfahren werden. Dieses Verbot des Einlasses ohne Erlaubnis wird den Offizieren bei Strafe der Cassation anbefohlen (am 8. Juni 1768).
2. Wenn selbige zwei oder drei Tage nach einander eingelaßen worden und ferner eingelaßen zu werden begehren, sollen sie die Kaufleute, womit sie zu

[15]) Daniel Salomon Wallich, H. Bürgel, Herschel Lazarus, Wolf Levin Popert, J. Moses Schlesinger, Hertz Bened. Beifus, Jsajas Jaffe, Michael Levy del Banco, Levin Gottschalck Levi, Nathan Nathan.

tun haben, anzeigen und dem Befinden nach die Verfügung ergehen (7. Oktober 1744).

3. Sollen allhier keine ordentliche Handlung oder Schacherey oder Geldwechseley treiben, nicht hausiren gehn, widrigenfalls ihnen die Waren abgenommen, sie bestrafet und aus der Stadt geschaffet werden (14. Mai 1698, 15. Februar 1727). Doch mögen sie zum Einkauf bey Waren, — auch Silber und Juwelen auctionen zu — und des Endes in die Stadt gelaßen werden (11. Mai 1753).

4. Wegen Einlaßung Dänischer Juden soll den Umständen und deren Beschaffenheit nach einige Dispensation verstattet, alle mögliche Nachsicht gebrauchet und denselben mit aller moderation und Beförderung begegnet werden. Das Verlangen des Oberpräsidenten zu Altona, daß diejenigen dänischen Juden, welchen einmal die Freiheit hereinzukommen gegeben worden, bei anderweiter Producierung ihrer Pässe nicht aufgehalten, sondern ohne ferneres Anmelden hereingelaßen werden sollen.

   Dies zur Ausübung zu bringen, dürfte nicht ratsam sein, weil die Kantzlei zu Copenhagen die Ändrung der alhier eingeführten Gewohnheit des Anmeldens als verfassungswidrig selbst anerkannt hat, und solches bei den Wachen gar leicht gemißbraucht werden dürfte. Sie müssen mit beglaubten Pässen ihrer Obrigkeit versehen wirklich in dänischen Landen angesessen und ordentliche Kaufmannschaft treibende Schutzjuden, nicht aber Schacherer oder Vagabonden seyn.

5. Doch müssen sie nicht über Nacht und viele Zeit sich aufhalten (4. Dezember 1737), mit den Altonaern will man es in dem Falle so genau nicht nehmen, wenn sie in der wirklichen Absicht weiter zu reisen so bald nicht fertig werden könnten, auch hiesigen Bürgern zum Abbruch keine Schacherey treiben (4. März 1768).

6. Ohne permission des H. H. Bürgermeisters soll kein fremder Jude sich allhir aufhalten (14. Mai 1698),
   a) diese soll schriftlich sein, etwan auf einige wenige Tage nach erheischender Nothdurft (1698) nicht weiter als einen Tag (18. Dezember 1728),
   b) die sich ohne dergleichen Erlaubnis oder längere Zeit, als ihnen vergönnt worden, finden lassen, sollten eingezogen, bestraffet und ohngesäumt aus der Stadt geschaffet, auch die befindlichen Waaren angehalten werden (15. Oktober 1698).

7. Des Nachts über soll kein Jude in der Stadt gelitten werden, er habe denn E. Hochw. Raths consensum erhalten“ (5. September 1677).

Diese Bestimmungen Lübecks über die Zulassung fremder Juden hatten während des ganzen 17. und 18. Jahrhundert Geltung.

Die Ausschließung und Aufenthaltsbeschränkung der fremden Juden wurden denn auch im allgemeinen nach diesen Verordnungen durchgeführt, obgleich sie im Einzelfall wiederholt außer acht gelassen wurden.

Erwerb der Landeshoheit über Moisling

Der Charakter und das Wesen der Stadtbewohner, ihre geistige Eigenheit wie ihre wirtschaftliche Struktur, hatte sich meist frei von fremdem Einfluß entwickelt. Trotz der engen Berührung mit fremden Anschauungen hatten die Bewohner dieser seefahrenden Stadt ihr eigenständiges Wesen nicht geändert und ihre besonderen

Sitten und Gewohnheiten bewahrt. Der alte Hansegeist trat nach wie vor in Erscheinung sowohl in den äußeren Beziehungen als auch in der ständischen Gliederung, die das innere Leben der Stadt bestimmte. Da trat ein unscheinbares politisches Ereignis ein, das aber für Lübecks weitere Entwicklung von großer Bedeutung werden sollte.

Das Ziel Lübecks lag seit langer Zeit darin, das benachbarte Moisling auch staatlich mit der Stadt zu verbinden. Nachdem Lübeck bereits 1763 die Gutsherrschaft erworben hatte, gelang es ihm endlich, auch die staatliche Landeshoheit über Moisling zu gewinnen. Am 22. Januar 1802 schloß Lübeck mit der dänischen Regierung einen Territorial-Vergleich, nach dem die Landeshoheit über Moisling an Lübeck überging. Durch den Abschluß dieses Vertrages hatte Lübeck einen bedeutenden politischen Erfolg erreicht und sein Gebiet um einen beträchtlichen Teil vergrößert. Mit der politischen Grenze fiel nunmehr auch die wirtschaftliche Trennung zwischen Lübeck und Moisling fort, da diese beiden Ortschaften nunmehr ein einheitliches politisches und wirtschaftliches Staatsgebiet bildeten. Dieser Territorial-Vertrag wurde 1806 ratifiziert und hiermit diese Erwerbung endgültig bestätigt. Eine wichtige Änderung war hierdurch für die Juden Moislings eingetreten, sie waren jetzt Staatsangehörige Lübecks und hielten sich deshalb für berechtigt, die Rechte, die sie bisher unter der dänischen Herrschaft besessen hatten, nunmehr von Lübeck zu fordern.

Der vierte Artikel des Vertrages enthielt folgende Bestimmungen über die Moislinger Juden:

„Ferner überlassen Ihro Königl. Majestät der Reichsstadt Lübeck die Territorial-Botmäßigkeit:

a) über das Gut Moisling mit ausdrücklicher Renunciation auf die wegen desselben bis hiezu in dero Kasse erlegte Recognition und Prinzessinsteuer, wobei wegen der Moislinger Juden festgesetzt wird, daß die Civilgerichtsbarkeit des Altonaischen Ober Rabbiners über dieselben sofort aufhören auch ihre bisherige Verbindung mit gedachtem Ober Rabbiner in Sachen, die das jüdische Kirchenwesen und Ceremonien betreffen, aufgehoben seyn solle.

b) über die Güter Niendorf und Reecke."

In diesem Artikel ist alles enthalten, was über die Moislinger Juden bestimmt wurde, andere Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

Die politische Gestaltung des Lübecker Staatsgebietes hatte durch diesen Territorial-Vergleich eine bedeutsame Änderung erfahren, aber die Gesinnung der maßgebenden Kreise Lübecks gegen die nunmehr staatsangehörigen Juden Moislings war die gleiche geblieben. In Form und Ausdruck des äußeren Umgangs zeigte man wohl hin und wieder ein anderes Gesicht, aber dem Wesen nach hatte sich der Standpunkt der Kollegien in der Judenfrage nicht geändert.

Ausweisung fremder Juden

Noch kurz vor Abschluß des Vertrags hatten 11 Kollegien der Bürgerschaft am 24. August 1801 gegen den Aufenthalt „fremder Juden, die hier wohnen", Einspruch erhoben, obgleich ihre Zahl nicht mehr als vier betrug; deren Namen sie in der Eingabe anführten:

„1. Levin Sal Sadoc wohnt zwischen Dankwarts- und Marlitzgrube, vorher wie verlautet in Moisling.

2. Levin Joseph aus Naschau wohnt in Kiesau.
3. Aaron Gabriel aus Schwerin wohnt bei dem Bauer Leithof.
4. Raphael Meyer wohnt in der Wahmstraße."

Die Kollegien forderten die Ausweisung dieser fremden Juden innerhalb von vier Wochen. Der Rat stimmte dieser Forderung zu und verfügte die Ausweisung von Aaron Gabriel und Levin Joseph.

Eine treffende Charakteristik der im Wesen unveränderten Gesinnung gegen die Juden findet sich in den „Notamina ad Suppl. Eilf bürgerl. Collegiorum" vom gleichen Tage: „Amplissimus Senatus hat oft und schon frühe mildere Gesinnungen und die auch wirklich besser mit der Politik bestünden, Eingang zu verschaffen gesucht; allein vergeblich. Ist gleich in neueren Zeiten der Ausdruck bürgerlicher collegiorum oder des Amts der Goldschmiede weniger inhuman, spricht man nicht mehr wie ehedem von Judengeschmeiß, Schandgezücht und dergl., melirt sich Ein Ehrw. Ministerium in Christlichem Eifer nicht mehr darin, den Mund voll unchristlicher Injurien gegen die sogenannten Jesusschänder, die so ein hors de lois muß auf sich sitzen lassen, stehen gleich gegen einen jüdischen Einwanderer die Nachbarn mit zugehaltenen Nasen nicht mehr auf — so ist dennoch im Wesentlichen alles so ziemlich das Alte."

Diese unveränderte innere Abneigung gegen die Juden wirkte auf die weitere Entwicklung eines freundlichen Verhältnisses naturgemäß hemmend ein und machte jeden Fortschritt in Gesetz und Rechtsauffassung in der staatsrechtlichen Stellung der Juden unmöglich. Obgleich die Ideen der Freiheit und Gleichheit seit der Französischen Revolution überall Fuß gefaßt und die Verhältnisse umgestaltet hatten, war die Verfassung und Gesetzgebung im Staate Lübeck davon unberührt geblieben. Aber dennoch sollte bald ein Umschwung eintreten und der Stein von einer anderen Seite her ins Rollen gebracht werden.

Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Juden, Änderung in der politischen Stellung Lübecks

Die politische Lage Europas hatte sich um die Wende des 19. Jahrhunderts grundlegend geändert und auch Lübeck konnte sich dem Einfluß der neu entstandenen Gewalten auf die Dauer nicht entziehen. Aus dieser veränderten Situation heraus sollte der Anstoß zur weiteren Entwicklung kommen, die sich in besonderer Weise in einer Änderung der Lage der Juden auswirken sollte.

Nachdem Lübeck die staatlichen Hoheitsrechte über Moisling erworben hatte, drängte vor allem die Frage des freien Eintritts der Juden in die Stadt zur Entscheidung. Aber nur allmählich und immer wieder durch Rückfälle gehemmt, konnte sich der Geist der neuen Zeit in der alten Hansestadt durchsetzen. Die Lösung der Judenfrage sollte auch hier zum Prüfstein für die freiere Entwicklung des Staates werden und den Gradmesser dafür bilden, wie weit er von den Ideen und Anschauungen der Zeit erfaßt worden war, denn in dieser Frage schieden sich die Geister.

Schon vor zwei Jahrzehnten hatten sich führende Persönlichkeiten für die Aufnahme der Juden eingesetzt, aber noch einmal hatte die engherzige Anschauung der Kleinbürger über die weitsichtigere Politik des staatsmännischen Hansegeistes den Sieg davon getragen. Als man aber jetzt in allen Ländern der neugewonnenen Freiheit den Weg frei machte, konnte auch Lübeck nicht mehr auf dem alten Standpunkt stehen bleiben. „In neueren Zeiten werden die Juden überall um uns her günstiger als vorhin behandelt, wir können also nicht füglich allein zurückbleiben."

Die Wortführer der neueren Anschauung drängten sich kühn hervor und traten entschieden für die Aufhebung der trennenden Schranken ein. Einer der staatlichen Führer, Senator Richertz, verwandte sich offen dafür, daß man die Folgerungen, die sich aus der veränderten Lage ergeben würden, auch ziehen sollte.

Gutachten des Senators Richertz

„Da seit A. 1790 außer dem Privat Eigentum auch die Hoheit über das Gut Moislingen an die Stadt verfallen ist und wir uns von der dortigen Judenschaft doch nicht losmachen können, so ist der Unterschied geringer, ob wir eine Juden Gemeine in der Stadt oder in dem Staatsgebiet haben, und liegt dem Staat auch die Sorge ob, wenn seine Judenschaft ihre Privilegien in dem Territorio ihres vorigen Landesherrn verlohren hat, auf andere Art für ihr Fortkommen zu sorgen. Entweder ist mit der größten Strenge darauf zu halten, daß außer der Schutzjudenfamilie kein Jude seine Wohnung in der Stadt habe, oder es ist auch die Aufnahme allgemein unter bestimmten Bedingungen zuzustehen. Bey jetzigem Verhalt ziehen sich nur dürftige Juden als Anhang des Schutzjuden in die Stadt. Bisher hatten die Moislinger Juden auf Nebenwegen alle Vorteile des handelnden Bürgers ohne die Lasten. Deshalb sollte man sie aus Moisling fortbringen, und sie nötigen, sich in der Stadt niederzulassen, als daß man ferner darauf bestehen sollte, sie von der Wohnung in der Stadt auszuschließen.

Richertz."

Die Juden selbst blieben in der Behandlung dieser wichtigen Lebensfrage nicht untätig. Durch den Übergang Moislings an Lübeck war die Art ihrer rechtlichen Stellung von Grund auf geändert worden, sie waren jetzt „Gebiets-Eingesessene" geworden. Sie stellten daher die eindringliche Forderung, daß man nach der veränderten politischen und rechtlichen Lage auch ihre Stellung verbessere. Die politischen Ereignisse überstürzten sich in dieser Zeit. Napoleon stand auf der Höhe seiner Macht und die Staatenkarte Europas sowie Deutschlands änderte sich von Jahr zu Jahr. Auch Lübeck wurde bald in den Strudel des hereinbrechenden Unglücks mit hineingerissen. Nach der Schlacht bei Jena und Auerstädt, in der die Macht Preußens zusammenbrach, hatte sich Blücher bis Lübeck durchgeschlagen, das die Franzosen am 6. November 1806 erstürmten und drei Tage lang plünderten. Dem Scheine nach behielt zwar das bisher neutrale Lübeck seine Selbständigkeit, in Wirklichkeit hatte es mit den anderen Ländern und Städten seit jenem Novembertage seine Freiheit und Selbstbestimmung verloren.

Durch diese veränderte Machtlage wurde auch die Autorität des Senats und der Bürgerschaft stark erschüttert und die auf Verfassung und Verwaltung beruhenden inneren Verhältnisse waren der Auflösung nahe. Noch immer aber hielt man an der Ausschließung der Juden fest und versagte ihnen den freien Zutritt. Dennoch wurde diese Forderung der Zeit auch in Lübeck von angesehenen Bürgern, wie durch Richertz und andere mehr, unterstützt, die Paria-Stellung der Juden, zu der man sie erniedrigt hatte, aufzuheben und sie als gleichberechtigte Bürger aufzunehmen. Der erste Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel ging von den Juden selbst aus.

Gesuch der Moislinger Juden um freien Eintritt in Lübeck

Am 23. Februar 1808 reichten die Juden Moislings ein Gesuch ein, in dem sie um freien und unentgeltlichen Eintritt in Lübeck baten. Ihr Verlangen ging von dem Gesichtspunkt aus, daß man sie bisher in Lübeck ungerecht behandelt habe

und daß ihre Stellung unwürdig sei. Aus menschlichen und rechtlichen Gründen müßten sie ihre Forderung nach der Gewährung des freien und unentgeltlichen Eintritts in die Stadt erheben. Die Auffassung und der Rechtsanspruch der Moislinger Juden war in der Tat gut begründet und entsprach durchaus der Änderung der politischen und staatsrechtlichen Lage.

> „An einen Hochweisen Rath der freyen Hansestadt Lübeck. Ehrerbietigste Vorstellung und dringende Bitte abseiten der zu Moisling eingesessenen Juden den freyen und unentgeltlichen Eintritt in diese Stadt betreffend."

„Die verschiedenen Systeme, nach welchen die Gottheit von den Erdbewohnern verehrt wird, enthalten, an sich betrachtet, keinen Grund die Mitglieder dieses oder jenes Religionstheils der Rechte zu berauben, worauf sie sonst nach der ihnen anklebenden bürgerlichen Eigenschaft Anspruch machen können.

Dieser Satz ist nirgends wahrer als in der protestantischen Hirarchie, denn bei den Protestanten ist der Staat nicht in der Kirche, sondern die Kirche im Staate, der dadurch an Einheit, Umfang und Sicherheit der Gewaltsübung gewinnt und den Staatsbürgern eine größere Freyheit im Denken und Handlungen gewährt.

Nicht immer diesen theoretischen Grundzügen entsprechend zeigt sich die Staatsgewalt in ihrer Anwendung. Dies zum Beyspiel nicht bey der bisherigen Behandlung der Juden. Falsche von einer angeblichen Knechtschaft hergenommenen Begriffe des Mittelalters und Religionshaß haben hier eingegriffen, haben die natürlich gute Stimmung des menschlichen Geistes verwirrt und den Verstand dem Vorurtheile untergeordnet.

Auf dem Rechte, Juden im Staate aufzunehmen, welcher hier und da den Regalien beygezählt ward, beruhte der bisherige Unterschied der einheimischen Schutz- oder vergleiteten Juden und der fremden oder unvergleiteten. Wenn letztere in andere Länder reisen, so müßen ihnen, der Regul nach, die Recht zugestanden werden, deren alle Fremde theilhaftig sind.

In Ansehung der Fremden — sagt Runde[16]) — „darf die Verschiedenheit ihrer Religion in gar keine Betrachtung gezogen werden, sondern diejenigen Privatrechte, welche allen Fremden überhaupt zugestanden sind, müßen ihnen, auch ohne Rücksicht auf ihre Religionsbegriffe zu gute kommen."

Mit diesem Satze bleiben die polizeylichen Verfügungen, welche — so wie gegen alle Landläuffer und Vagabunden — auch wider die nirgends vergleiteten oder Betteljuden u. dgl. mit Fug angewandt werden, ganz vereinbar; aber nicht so der Leibzoll, welchen man von den reisenden Juden ohne Unterschied begehrt, eine Abgabe, wobey man in dem Juden den Menschen verkennt, und ihn dem Thiere gleichsetzt.

Nicht wenige Regierungen haben schon früherhin sich durch die Annahme einer solchen Auflage zu beschimpfen geglaubt und sie daher längst abgeschafft[17]); andere haben, trotz dem Gefühle der dem menschlichen Wesen dadurch zugefügten Schmach, sich dennoch zu deren Abstellung nicht erheben können, sondern haben sich begnügt, dem Dinge einen anderen Namen zu geben, haben die Abgabe eine Vergütung für Überbringung und Nachsicht der Päße u. dgl. genannt, aber die Sache ist geblieben, die nemlich nicht zu rechtfertigende Sache.

---

[16]) Handbuch d. heutig. deutsch. Privatrechts ... Stuttgart 1796—1803, § 636.

[17]) z. E. in Franckreich, Holland, Salzberg, Deßau, Hamburg

Wenn Fremde überhaupt dergleichen Beschwerungen nicht kennen, warum soll es denn allein das vormals haebraeische Volk? wie kann dies ausschließlich gehalten seyn, die Kosten einer unbezweifelten Staatspflicht, der Ausübung einer Handlung der Polizeygewalt in Deutschland zu tragen? wenn alle anderen Reisenden frey und ohne Aufenthalt das Land, die Stadt betreten, und erst vom Wirtshause aus, sich als unverdächtige Persohnen rechtfertigen, warum soll denn allein der von der Reise ermüdete Jude, dessen Aeußeres nicht zu besonderen Vorsichts-Maasreguln berechtigt, in die Wachtstube abtreten und sich aus diesem mit üblen Dünsten erfüllten Orte, oft nach Stunden langem Harren erst mit Gelde lösen!

In neueren Zeiten ist die Abschaffung dieses unbegründeten Unterschiedes und der Abgabe algemein geworden; fast in allen Ländern und Städten Europens, überall, wohin sich der Einfluß des französischen Adlers, algemein und namentlich seines Gesetzbuches erstreckt; auch um uns her in Holstein, Lauenburg und Mecklenburg und in den Schwesterstädten der Hanse. Selbst für Lübeck ist es factisch, daß fremde reisende Juden gegenwärtig ungehindert ein und auspassieren.

Diese zum Verständniße des Gantzen nötige Ansicht geht uns jedoch nicht zunächst an. Unser Verhältnis zur Stadt Lübeck ist bekanntlich seit wenigen Jahren verändert. Vormals war die Oberherrlichkeit über das Guth Moisling dem Königl. regierenden Hause Holstein zuständig und nur wie Guthsherrschaft concurrirte hiebey die Stadt Lübeck, und übte ihre Rechte mittelbar. Als holsteinische Landes-Unterthanen mögte damals in staatsrechtlicher Beziehung zur Stadt Lübeck, nur der Begrif der Fremden auf uns anwendbar seyn; aber umgewandelt sind diese Beziehungen durch den am 22 ten Jan. 1802 mit des Königs von Dännemarck Majestaet abgeschloßenen Verein.

Wir, so wie alle Bewohner Moislings, haben die Eigenschaft der Holsteiner, haben die unbeschränkten für Hollstein und Dännemarck gültigen Unterthanen Rechte verlohren; wir sind dagegen von der Stadt Lübeck, freywillig in die Landeshoheit aufgenommen, und hier müßen wir die Unterthanen Rechte wieder finden, die wir dort eingebüßt haben. Dieser, schon im Begriffe eines blos landeshoheitlichen Wechsels liegende Satz berechtigt uns, neben den andern Einwohnern, im Staate frey umher zu wandeln, ohne dies jedesmal erkauffen zu dürffen, und der Vorwand von Päßen und deren Untersuchung und deren mühsames Schicken und Bringen wird so unnötig als unzuläßig, weil der Staat ja seine Unterthanen kennen und vor deren Aufnahme ihre Zuläßigkeit und Rechtlichkeit gewürdigt haben wird[18]).

Wir trauen der Gerechtigkeit unserer Sache, wir bauen auf die billigen Gefühle unserer Obrigkeit. Daher beruffen wir uns nicht auf das Recht, was aus der auch hier geschehenen Annahme des Code Napoleon für alle Religions-Verwandte ohne Unterschied hervorgeht; daher benutzen wir nicht die Anerbietung unserer Glaubensgenossen in Franckreich zu viel vermögenden fürbitten oder sonst mächtigen Intercessionen. Nein! die Stadt Lübeck, durch landeshoheitliche und guthsherrliche Bande mit dem Guthe Moisling innigst vertraut, wird gerne die Feßeln lösen, die ein durch Jahrhunderte verfolgtes und noch immer gedrücktes Volk herabsetzen und zu höherer Cultur unfähig machen, und die Geschichte wird diese Stadt nicht als die letzte nennen, welche die Ungerechtigkeit verfloßener Zeiten zu heben und eine Gleichheit der Unterthanen vor dem Gesetze, wie anerkannte Basis jeder guten Staatsform, wieder herzustellen bemühet gewesen sey.

---

[18]) Um nicht mißverstanden zu werden, bemerken wir selbst, daß hier nicht von dem Genuße des freyen Handels sondern nur von der Aushebung eines persöhnlich schimpflichen, mit dem Begriffe eines Unterthanen unvereinbaren Leibzolles oder einer anders benannten Abgabe die Rede sey.

Wir schließen diese unsere ehrerbietige und dringende Darstellung mit der zutrauungsvollen Bitte, Ein Hochweiser Rath geneige den im Guthe Moisling wohnenden Juden den freyen und unentgeldlichen Eintritt in diese Stadt, zu allen Zeiten, gleich den übrigen Staatsangehörigen zu gestatten und beharren mit der vollkommensten Verehrung.

d. 23. Februar 1808

Die gesamte Judenschaft in Moisling"

„Pro memoria" des Possessors von Moisling, des Consuls Rodde

Das Gesuch der Moislinger Juden ist ein bedeutsames geschichtliches Dokument in ihrem Kampf um die elementarsten Menschenrechte. Ihren Anspruch auf die unveräußerlichen Grundrechte leiteten sie aus dem Grundsatz des deutschen Privatrechtes her, nach dem die Verschiedenheit der Religion bei der Stellungnahme gegen die Fremden nicht in Betracht gezogen werden dürfe, schärfsten Protest erhoben sie ferner gegen die immer abgeleugnete Erhebung eines Leibzolls, „der in dem Juden den Menschen verkennt". Tief empfanden sie die Schmach der Ausnahmebehandlung, die nur den Juden gegenüber angewandt wurde. Als Untertanen des Staates, dem sie seit 1802 staatsrechtlich angehörten, fühlten sie sich berechtigt, „im Staate frey umherzuwandeln ohne dies erst jedesmahl erkauffen zu dürffen". Besonders charakteristisch für ihre Auffassung war, daß sie ihr Recht nicht auf Grund des jetzt geltenden Code Napoleon erreichen, sondern daß sie die Erlangung der Gleichberechtigung allein der freien Entschließung Lübecks verdanken wollten.

Der Rat stellte das Gesuch der Moislinger Juden zuerst dem Consul Rodde, dem „possessori von Moisling", zu und bat ihn sein Gutachten hierüber zu erstatten. In einem Pro memoria vom 5. Dezember 1808 äußerte Rodde „freymüthig" seine Ansicht und versuchte, „die facta anschaulich zu machen, deren Kenntniß amplissimo Senatui nothwendig ist". „Es ist Einem Hochw. Rath gefällig gewesen, mir als Possessori von Moisling die Bittschrift der dortigen Judenschaft den freyen und unentgeldlichen Einlaß in hiesige Stadt betreffend zu communiciren."

Folgende Tatsachen mußten berücksichtigt werden:

„1. Sämtliche Moislinger Juden sind Miete Leute und es erscheint daher zweifelhaft, ob ihnen die Benennung der eingesessenen Gutsbewohner zukomme, da sie kein unbewegliches Eigentum in Moisling mehr besitzen.

2. Es wohnen 74 jüdische Familien in Moisling und deren Hausväter bestehen
   a) aus 15 — 20 Handelsleuten, die mehr oder weniger wohlhabend sind und täglich in Lübeck handeln und sehr an Wohlstand, Kultur und Lebensweise gewonnen haben,
   b) aus 15 — 20 teils minder begüterten, teils dürftigen, die auf dem Lande leben,
   c) aus 8 Schlachtern, die sich von ihrem metier ernähren,
   d) aus einigen zum Gottesdienst und zum Schulunterricht gehörigen Personen und endlich
   e) aus armen Familien, die von der Gemeinde unterstützt werden."

Rodde gab ohne weiteres zu, daß die Juden Moislings durch den Übergang in ein anderes staatliches Verhältnis, unter die Staatshoheit Lübecks, das Recht erlangt hätten, gleich den anderen Untertanen behandelt zu werden und „des freyen Eintritts in die Stadt ungehindert zu genießen". Die Bestimmungen, die diesem Recht noch hindernd im Wege ständen, müßten aufgehoben werden.

Eine andere Frage wäre, ob die Juden dann nicht zu dem aerario publico beisteuern müßten und je nach Vermögen eine billige Abgabe zu entrichten hätten; andererseits müßte aber die Behandlung aufhören, welcher die besten und schlechtesten unter den Moislinger Juden in der Wache ausgesetzt wären. „Eine Haupt Betrachtung erfordern gewiß die Folgen, welche die Gewährung des supplicantischen Gesuchs auf die Meinung der Commercirenden Collegiorum von den daraus entstehenden Verhältnissen der Moislinger Juden haben dürfte."

Nicht ohne Grund hatte sich der Senat an Rodde gewandt und ihn um seine Meinungsäußerung gebeten. Der Rat wußte, daß kaum ein anderer so berufen war, in dieser schwerwiegenden Frage ein maßgebendes Urteil abzugeben wie der Possessor von Moisling, denn sein Wort würde nicht ungehört verhallen. Seinem Standpunkt konnte man die Anerkennung nicht versagen, der grundsätzlich die Forderungen der Moislinger Juden nach Gleichstellung mit den anderen Staatsangehörigen Lübecks für berechtigt erklärte. Seine Ausführungen wirkten durch die Sachkenntnis und durch die ehrliche Überzeugung, von der sie getragen waren, kein Wunder, daß sie für die Haltung des Senats bestimmend wurden. So fällte denn nur wenige Tage später, am 9. Dezember 1808, der Senat seine bedeutsame Entscheidung und gewährte den Moislinger Juden das Recht des freien und unentgeltlichen Eintritts in Lübeck.

Genehmigung des freien unentgeltlichen Eintritts der Moislinger Juden in Lübeck

„Auf hiebevoriges Suppliciren der zu Moisling wohnhaften Juden, den freyen unentgeldlichen Eintritt in diese Stadt betreffend, auch von dem Herrn Possessori des Guts Moisling erstatteten Bericht, hat Ein Hochw. Rath decretiret, daß den Supplicanten der freye unentgeldliche Eintritt in diese Stadt gebetenermaßen von nun an gestattet seyn solle, jedoch daß diejenigen unter ihnen, welche den Thorwachen noch nicht als Moislinger Einwohner bekannt sind, sich zuvörderst als solche durch Vorzeigung eines von dem Moislinger Gerichte ausgestellten Receptionsscheines zu legitimiren haben, übrigens aber in Ansehung des ihnen verbotenen Handels es bey den desfalls bestehenden Verordnungen unverändert verbleibe."

Endlich war das Ziel erreicht, das von den Moislinger Juden so heiß umstritten worden war, das Recht hatten sie nunmehr errungen, um das sie mehr denn ein Jahrhundert gekämpft hatten. Eine Forderung der Juden war hiermit erfüllt, deren innere Berechtigung selbst eine kühl erwägende Staatsraison nicht mehr zu bestreiten wagte. Wenn auch mit dem Rechte freien und unentgeltlichen Eintritts noch nicht alle Schranken gefallen waren, die der Gleichberechtigung der Juden und ihrer bürgerlichen Geltung entgegenstanden, so war doch der erste Schritt getan und die erste Etappe auf dem Wege der rechtlichen Anerkennung der gleichen Stellung mit den anderen Bürgern des Staates erreicht.

Durch das Dekret von 1808 war für die Juden Moislings die unsichtbare Grenze gefallen, die bis dahin noch zwischen Lübeck und Moisling vorhanden war. Das von Natur aus zusammenhängende einheitliche Wirtschaftsgebiet stand jetzt allen Einwohnern des Staates Lübeck gleichermaßen offen, wenn auch die einseitigen Bestimmungen der verbotenen Handelstätigkeit für die Juden noch bestanden. Vor allem war ihnen das Recht der Niederlassung in Lübeck noch verwehrt. Die Entwicklung der öffentlichen Meinung war für den Gedanken, in dem Juden den gleichberechtigten Mitbürger zu sehen, noch nicht reif. Zu allen Zeiten war es schwierig, gegen alte eingewurzelte Vorurteile anzukämpfen, neuen Ideen die

Bahn frei zu machen und andere Verhältnisse zu schaffen. Aber das vorerst gewährte Recht des freien Eintritts bestärkte die Juden in der Hoffnung, daß es ihnen auch bald gelingen würde, das ersehnte Endziel der völligen bürgerlichen Gleichberechtigung zu erreichen.

Bestimmungen über den freien Eintritt in Lübeck

Noch am selben Tage ließ der Senat das Dekret den Consuln der Tore zustellen, „welche das Erforderliche verfügen sollen". Der Senat ließ Wette, Marstall und den Kriegs-Commissaren nunmehr am 9. Dezember 1808 den Auftrag zugehen, „jetzt nach verstattetem freien Eintritt der Juden Moislings gleichwohl die wegen des den Juden verbotenen Handels bestehenden Verordnungen aufs strengste zu handhaben, auch den Wachen die genaueste Aufmerksamkeit auf die Betteljuden zur Verhütung des Einschleichens derselben einzuschärfen." Hierdurch glaubte der Rat, die schädlichen Folgen des Dekrets, die sich in einer Zunahme des Hausierens und des verbotenen Handelns bemerkbar machen würden, zu verhüten.

In Ausführung des Dekrets erließ der Rat zwei Tage später am 11. Dezember folgende Ordre an die Torwachen: „Alle Moislinger Juden, welche dem Wachhabenden als Moislinger Einwohner bereits bekannt sind, passieren von nun an frey ein und aus der Stadt, ohne an der Wache einen Erlaubnisschein vorzuzeigen. Sie dürfen also nicht mehr in die Wache gerufen, auch darf ihnen unter keinerley Vorwand irgend ein Trinkgeld abgefordert werden". Wer aber der Wache als Moislinger unbekannt ist, muß sich durch einen vom Moislinger Gericht ausgestellten Receptions-Schein legitimieren. „Es versteht sich übrigens wohl von selbst, daß Bettel Juden hierunter nicht mit begriffen sind, als welche, sie mögen herkommen, wo sie wollen, nach wie vor allemal zurückgewiesen werden." Durch diese Ordre war den ausführenden Organen jeder Vorwand zu Übergriffen, die sie sich bei der Behandlung der Moislinger Juden wiederholt hatten zuschulden kommen lassen, entzogen und die ordnungsgemäße Durchführung der neuen Ordnung gesichert.

Das Moislinger Gericht stellte den Juden nunmehr einen Aufnahmeschein zu ihrer Legitimierung aus, den sie auf Verlangen vorzeigen mußten. Auf diesem Aufnahmeschein war ausdrücklich bemerkt, „daß es in Ansehung des ihnen verbothenen Handels bei den deßfalls bestehenden Verordnungen unverändert verbleibe".

Mitteilung des Senats an die bürgerlichen Kollegien betr. freien Eintritts der Moislinger Juden

Noch am Tage des Dekrets, am 9. Dezember 1808, hatte der Senat die Senatoren Dr. Johann Friedrich Hach und Ludwig Mentze beauftragt, den bürgerlichen Kollegien mitzuteilen, daß der Rat den Moislinger Juden auf ihre Eingabe den freien Eintritt gestattet habe, da sie jetzt der hiesigen Staatshoheit unterständen und daher auf die den Staatsangehörigen „zuständigen Rechte" Ansprüche hätten, die Beschäftigung mit dem Handel würde ihnen jedoch wie bisher in der Stadt verboten sein. Der Rat erwäge auch, die Moislinger Juden in Kontribution zu setzen.

Gemeinsame Kommission von Rat und Bürgerschaft gegen den Hausierhandel

Mit dem Augenblick, da den Juden Moislings der Eintritt in die Stadt offen stand, hörte eine Reihe von Mißständen auf, die sich bei der Ausnahmebehandlung herausgebildet hatten. Der Eintritt in die Stadt war allerdings mit keiner öffentlichen Abgabe belastet gewesen, hingegen aber mit einem „Accidens der Wache und der Bedienten, das fortfiel, wenn ihnen der Einlaß versagt wurde". Die Folge war natürlich, daß die Bedienten und die Wache die Zulassung der Juden stets mehr begünstigt als erschwert hatten. Ferner war durch den Aufenthalt, der durch die Anmeldung entstand, sehr häufig eine Verletzung des Paß- und Heerstraßenrechts hervorgerufen worden und eine unnötige Behinderung der Reisenden eingetreten, denn „der Jude mußte allein vom Postwagen steigen, wenn seine Reisegefährten ihre Fahrt fortsetzen konnten". Endlich waren durch die erniedrigende Behandlung der Juden und durch die Ausnahmebestimmungen fortdauernd Verwicklungen mit den fremden Regierungen entstanden, die für ihre Schutzverwandten mit Nachdruck eingetreten waren.

Alle diese unerfreulichen Begleiterscheinungen des früheren Zustandes fielen nunmehr durch den freien Einlaß der Moislinger Juden fort. Aber eine andere unerfreuliche Wirkung trat ein, die man allerdings vorausgesehen hatte. Der Hausierhandel nahm trotz des Verbotes zu und machte sich bald in solch starkem Maß bemerkbar, daß die Bürgerschaft eingriff und den Rat um Einsetzung einer gemeinschaftlichen Kommission ersuchte, um diesem Übel zu steuern.

„Seit dem den Moislinger Juden zugestandenen freyen Einlaße hat das Hausiren hieselbst so sehr überhand genommen, daß auch der noch übrige geringe Handel unseren Bürgern fast entzogen wird.

Die Ehrl. Bürgerschaft erbittet in Rücksicht dieses von Einem HochEdlen Rathe die Niedersetzung einer Commission, um gemeinschaftlich mit bürgerlichen Deputirten zu berathschlagen, durch welche zweckdienliche Maasreguln jenem den Nahrungsstand drückenden Uebel gesteuert werden könne.

Zugleich bringt die Ehrl. Bürgerschaft ihre früheren Anträge in Betref des Guths Moisling in Wiederhohlte Anrege und wünscht zugleich, im Verfolg verehrlichen decreti Ampl. Senatus de 9. Decb. 1808, davon unterrichtet zu seyn, auf welche Art und in welcher Maaße die in besagten Guthe wohnenden Juden in Contribution gesetzt worden seyen" (Gesuch vom 8. Juni 1809).

Auf dieses Memorial der elf bürgerlichen Kollegien antwortete der Rat am 10. Juni 1809, daß er den Antrag zur gemeinschaftlichen Erörterung der Frage angenommen habe, „wie dem aus dem Hausiren der Juden für das Commercium entstehenden Nachtheil vorzubeugen sey", und daß er daher der Ernennung der bürgerlichen Vertreter entgegensehe. Die beiden anderen Gegenstände, die Administration des Guts Moisling und die Kontribution der Juden, würden bereits vom Rat „in sorgfältige Überlegung genommen".

Die Bürgerschaft ernannte daraufhin am 28. Juni 1809 als Mitglieder der gemeinsamen Komission folgende Deputierte:

Hermann Bilderbeck,
Ernst Hermann Kurtzhals,
Johann Adolph Havemann,
Johann Sigismund Mann,
Dethlev Nicolaus Stresow
und Hinrich Wilhelm Schlüter.

Der Rat entsandte seinerseits die Senatoren:

Stephan Hinrich Behncke,
Georg David Richertz,
Johann Christoph Coht
und Christian Heinrich Kindler

in die Kommission. Diese trat am 8. September 1809 zu ihrer ersten Sitzung zusammen und beschloß, den Senat vorerst um Erlaß einer provisorischen Verfügung zu ersuchen, „um dem immer ärger um sich greifenden Unfug des Hausirens der Juden Einhalt zu thun."

Der Senat kam dem Ersuchen der Kommission nach und erließ am 30. September 1809 ein besonderes Dekret gegen das Hausieren mit der Bestimmung, daß unrechtmäßig geführte Waren zu beschlagnahmen seien.

Dieses Dekret wurde dem Gutsherrn von Moisling mitgeteilt und zur Warnung der Juden in der Synagoge angeschlagen.

Beratungen der Kommission

Die Kommission setzte inzwischen ihre Beratungen fort, und behandelte alle Fragen, die sich aus den veränderten Verhältnissen, die durch die Genehmigung des freien Eintritts der Moislinger Juden entstanden waren, ergaben. Ihre Aufgabe war

1. Mittel ausfindig zu machen, die das Überhandnehmen des Hausierhandels verhindern würden,
2. über das Ausstehen fremder Handelsleute an der Börse ihr Gutachten abzugeben und endlich
3. die Entscheidung in der Frage zu treffen, ob die Aufnahme der Juden ratsam sei.

Die Kommission stellte fest, daß in den „Juden Verhältnissen" inzwischen große Veränderungen eingetreten seien. Während früher nur unbemittelte Juden hierhergekommen seien, die sich vom Hausierhandel und dem Einwechseln von Gold und Silber ernährten, hätten sich allmählich viele Juden in den benachbarten Städten und Gegenden niedergelassen, „die wirkliche Kaufmannschaft treiben"; auch hätte der Kommissionshandel zugenommen. Man könne es den fremden Juden ebenso wenig wie den fremden Christen verwehren, bei hiesigen Kaufleuten eine Niederlage ihrer Waren einzurichten.

Es käme hinzu, daß durch die veränderte Lage und durch den jetzt herrschenden Zeitgeist die Juden veranlaßt würden, sich anderen Berufen zuzuwenden. Es sei eine selbstverständliche Forderung, daß man das Recht des freien Eintritts, das man den Moislinger Juden gewährt habe, auch allen andern fremden Juden, die beglaubigte Pässe hätten, zugestehen müsse. Vor allem habe sich der Zustand des Schutzjudentums tatsächlich geändert; denn bisher hätte die Stadt nur einen Schutzjuden aufgenommen, seitdem aber Lübeck die Territorialhoheit über Moisling erworben habe, sei eine ganze Judenschaft mit öffentlicher Religionsübung und Synagoge, wenn auch nicht in ihren Mauern so doch in ihrem staatlichen Gebiet, ansässig geworden.

Lübeck habe hierdurch alle Vorteile erhalten, die mit der Aufnahme der Juden verbunden sei. Andererseits falle ihm aber hierdurch die Verpflichtung zu, diesen Leuten wenigstens die Möglichkeit einer Existenz zu verschaffen. Früher hätten die Juden Moislings in allen dänischen Ländern das Recht und die Freiheit des Handelns

gleich den Altonaer Juden besessen, dieses Vorrecht sei ihnen jetzt genommen; infolgedessen treibe sie nunmehr wahrhafte Not in die Stadt, um hier ihren Lebensunterhalt zu gewinnen.

In der Frage des Hausierhandels schlug die Kommission strenge Maßregeln zu seiner Bekämpfung vor. Sie ersuchte den Rat, die sich hier aufhaltenden fremden Juden, denen man keinen besonderen Schutz schuldig sei, aus der Stadt zu entfernen. Das Ausstehen fremder Kaufleute an der Börse sollte völlig aufgehoben und an dessen Stelle ein Jahrmarkt eingerichtet werden, an dem auch die Moislinger Juden teilnehmen dürften. Bisher hatte man den fremden Krämern gestattet, „jährlich drei Tage mit ihren Waren an der Börse auszustehen und sie dort bey Stücken und Kleinigkeiten zu verkaufen", nur den Juden hatte man diese Erlaubnis verweigert. Diese ungleiche Behandlung sollte jetzt aufhören.

In dem Dekret vom 9. Dezember 1808 hatte der Rat davon gesprochen, daß die Moislinger Juden gleichzeitig „in Contribution gesetzt werden sollen". Es wurde deshalb von der Kommission beschlossen, den Herrn Possessor des Gutes Moisling über Erwerb und Vermögen der Moislinger Juden um Auskunft zu ersuchen, und ihn aufzufordern, Vorschläge zu machen, „wie sie in der Folge in Contribution zu setzen seyen, biß nach Eingang deßen diesen Punkt aber auszusetzen."

Rundfrage über die Aufnahme der Juden in Lübeck

Als letzten Punkt hatte der Rat der Kommission aufgegeben, „einen Plan über die Bedingungen zu entwerfen, unter welchen die Niederlassung der Juden in der Stadt etwa ausführbar wäre". Bei der Beratung über diesen Auftrag war mehrfach die Frage aufgeworfen worden, „ob die Reception der Moislinger und anderer Juden zur Niederlassung in der Stadt als ein wirksames Mittel gegen das Hausiren derselben anzusehen und daher E. H. R. zur Proposition ad cives in Vorschlag zu bringen sey!"

In dieser Frage gingen die Meinungen der Kommissionsmitglieder am weitesten auseinander. Senator Richertz ließ die verschiedenen Gutachten, die schon 1790 in der gleichen Frage erstattet worden waren, nochmals ohne Namen zusammenstellen. Senator Behncke ließ diese Gutachtensammlung den Mitgliedern zur Kenntnisnahme vorlegen. Die Kommissionsmitglieder sollten dann ihre eigene Stellungnahme auf einem besonderen Blatt vermerken und die Gründe, die nach ihrer Meinung für oder wider die Aufnahme in Betracht kämen, schriftlich niederlegen.

Diese erste Rundfrage über die Aufnahme der Juden zu Beginn des neuen Jahrhunderts hatte kein einheitliches Ergebnis.

Senator *Coht* war gegen die Aufnahme, weil die Stadt keinen Vorteil davon habe. Der Handel der Juden würde die Krämer ruinieren.

Behncke war der Meinung, daß sich viele Gründe für und gegen die Aufnahme vorbringen ließen, man könne wohl bemittelte Moislinger zulassen, solle aber die Reception vorläufig nicht auf fremde Juden ausdehnen.

Berend Bruns, der an Stelle des abgegangenen Bilderbeck am 8. März 1810 in die Kommission eingetreten war, trat für die Aufnahme der Juden ein. „Alles was dagegen geschrieben worden, selbst wenn wir noch wären, was wir gewesen sind, scheint mir nicht bedeutend. ... Die Gründe dagegen würden meiner Meynung nach sehr leicht zu widerlegen sein."

Senator *Kindler* trat entschieden und mit ausführlicher Begründung für die Aufnahme der Juden ein und wandte sich gegen die Vorurteile und die Intoleranz, die man gegen die Juden übe. Man frage bei der Aufnahme anderer Religionsverwandter auch nicht, „weß Glaubens" sie seien und ob sie sich im Lande redlich ernähren wollten, man solle die Aufnahme auf 15—20 Familien beschränken. „Warum will man gerade die Juden aus der Zahl der Kaufleute ausschließen? Etwa weil sie nicht unseres Glaubens sind? Allein, was hat der Glaube, die Religion mit Handelsunternehmungen zu thun, wenn sie nur nicht Betrug, Unredlichkeit und Diebstahl erlaubt und predigt? Dieses wird man aber der jüdischen Religion nicht vorwerfen können. Finden sich dennoch Gauner und Unredliche im Volk, so rechne man sie nicht ihrem Glauben zu und bedenke doch, daß auch christliche Kaufleute und Glaubensgenossen nicht alle Engel sind."

Da bei den verschiedenen gegensätzlichen Meinungen eine einheitliche Stellungnahme für die Aufnahme der Juden nicht zu erzielen war, hielt man es „allgemein für rathsam, daß zur Zeit über die Aufnahme der Juden sich noch nichts bestimmen laßen, solche E. H. Rath nicht in Vorschlag zu bringen seyen, und dieser Gegenstand vor der Hand noch ausgesetzt bleiben möchte."

Die verschiedenen Vorschläge und Beschlüsse der Kommission nahm der Senat als willkommene Grundlage für seine Entscheidung in der Judenfrage an, da sie ihrem Inhalt nach mit der Tendenz seiner Staatsführung übereinstimmten. Der Rat wich nur insofern grundsätzlich von den Vorschlägen der Kommission ab, als er diese Verordnungen nicht allein auf die Juden, sondern auf alle fremden Handelsleute beziehen wollte. Gleichfalls sollte nächtliche Beherbergung der Juden vor den Toren nicht durch eine spezielle, sondern durch eine allgemeine Polizei-Verfügung geregelt werden.

In dieser Stellungnahme des Senats zeigte sich schon das Bestreben, keine Sonderbestimmung gegen die Juden allein treffen zu wollen, sondern Auswüchse aller Art durch allgemeingültige Verordnungen abzustellen. Man wollte auch nach außen hin den Anschein erwecken, daß nunmehr auch in Lübeck eine freiere Anschauung herrsche und eine humanere Politik gegen die Juden befolgt würde.

Die Anzahl der Juden, die in dieser Zeit in Lübeck ansässig waren, war gering. Nach der Angabe des Schutzjuden Meyer Elkan Stern hatten sich bis zum 28. September 1809 elf jüdische Familien in der Stadt niedergelassen:

Levin Salomon,
Mendel Levy,
Meyer Isack Stern,
Isack Josephsohn,
Gumpel Levi Nathan,
Abraham Isack,
Lazarus Levertoff,
Selig Samuel,
Levin Philipp,
Liffmann Levi,
Levin Joseph.

Gesuch von Juden um Aufnahme in Lübeck

Alle andern sahen sich nach wie vor gezwungen, ihren Wohnsitz in Moisling zu behalten und alle Entbehrungen, die hiermit verbunden waren, auf sich zu nehmen. Es ist daher begreiflich, daß in dieser Zeit zahlreiche Gesuche der Moislinger Juden einliefen, in denen sie um die Erlaubnis baten, sich als Bürger in Lübeck niederlassen zu dürfen. So kamen „die hebräischen Kaufleute" Heymann Liefmann und Moses Bloch um Verleihung des Lübecker Bürgerrechts ein, desgleichen die Gebrüder Mendel und Gebrüder Behrens und viele andere mehr, die ihren Wohnsitz nach Lübeck verlegen wollten.

Der Rat übergab diese Gesuche den Kommissaren zur Prüfung, da die Frage der Niederlassung und Besteuerung der Juden vor der letzten Entscheidung stand. Er ließ daher die Bedingungen für die Aufnahme entwerfen und beauftragte den Senator Mentze, diese mit den Kommissaren zu beraten. Doch die endgültige Lösung aller dieser Fragen sollte durch die politischen Ereignisse dieser stürmischen Zeit entschieden werden.

Einverleibung Lübecks in Frankreich 1810, Aufhebung aller Ausnahmegesetze gegen Juden

Am 10. Dezember 1810 erschien das Dekret Napoleons, nach dem Lübeck mit Beginn des Jahres 1811 dem französischen Kaiserreich einverleibt wurde. Durch die hierdurch erfolgte Vereinigung von Lübeck mit Frankreich verlor Lübeck seine Selbständigkeit in Verwaltung und Gesetzgebung. Mit anderen Beschränkungen, die nunmehr aufgehoben wurden, fielen auch die Ausnahmegesetze gegen die Juden fort. Die Einrichtung des Schutzjudentums hatte nunmehr jeden Sinn verloren und die Zahlung des Schutzgeldes wurde ihrem Vertreter fortan erlassen.

Gleichzeitig fielen die Abgaben fort, die bisher die Moislinger Juden der Gutsherrschaft der Stadt Lübeck zu entrichten hatten. In erster Reihe gehörten hierzu die Gebühren von 3 Courant-Mark für Hochzeiten und Beerdigungen sowie das sogenannte Zungengeld von 8 Schillingen, das für jedes geschächtete Stück Vieh erhoben wurde[19]). Alle diese Gebühren wurden von der französischen Regierung für ungesetzlich erklärt. Fortan galt das französische Bürgerrecht, das jedem Einwohner des Staates ohne besondere Leistungen gewährt wurde und ihn von jeder Sonder-Abgabe befreite.

Die letzten Schranken, die bisher der Niederlassung der Moislinger Juden noch hindernd im Wege standen, waren hiermit gefallen, und die jüdischen Mitbürger waren in Pflichten und Rechten den anderen Staatsbürgern völlig gleichgestellt. Tief bedauerlich war nur, daß diese Errungenschaft gleichen Rechtes nicht der freien Initiative des heimischen Staates, sondern der französischen Fremdherrschaft zu danken war.

Übersiedlung vieler jüdischer Familien von Moisling nach Lübeck

Die erste Wirkung dieser neuen Ordnung zeigte sich darin, daß sofort viele jüdische Familien, die bisher, dem Zwang gehorchend, in Moisling ihren Wohnsitz hatten nehmen müssen, nach Lübeck übersiedelten und sich hier als Handelsleute, Krämer, niederließen. Um Handel und Gewerbe zu betreiben, bedurfte es nur der Ausstellung eines Patentes, dieses wurde von den französischen Behörden für einen geringen Betrag bereitwilligst gewährt. Auf Grund dieses Patentes war der Inhaber berechtigt, im ganzen französischen Kaiserreich ein Gewerbe zu betreiben.

Nicht gewöhnliche Landflucht veranlaßte die Juden Moislings, diesen Ort, der ihnen doch über anderthalb Jahrhunderte eine Heimat geworden war, zu verlassen und in die nahe gelegene Stadt zu ziehen. In jener Zeit fehlte es Moisling noch an allen Einrichtungen, die zur weiteren Ausbildung und zum wirklichen Lebensbedürfnis unerläßlich sind. Es war „der Mangel bequemer Wohnungen und guter Unterrichtsanstalten, die Entfernung des Arztes und Apothekers sowie allgemein die Entbehrung vieler zum Bedürfnis gewordenen Bequemlichkeiten des

[19]) s. Carlebach: Geschichte ... S. 47.

Lebens", die viele Familien in die größere Stadt ziehen ließ. Alle diese Einrichtungen waren in Lübeck, das als alte Stadt von Bedeutung und Kultur seinen Einwohnern alle Bildungsmöglichkeiten für die Zukunft bot, vorhanden. Es war daher gewiß erklärlich, daß Lübeck eine starke Anziehungskraft auf die Bewohner seines Vorortes Moisling ausübte.

„Als 1810 Napoleon Lübeck einverleibte und 1811 die Verfassung Lübecks aufhob, verschaffte sich ein großer Teil der Moislinger Juden die französischen Patente und ließen sich in Lübeck als Krämer und Handelsleute nieder. Die Patente wurden bei den französischen Behörden für Jahresfrist gelöst und mußten jährlich erneuert werden und sicherten Gewerbefreiheit. 53 selbständige aus Moisling hierhergezogene Israeliten siedelten sich auf diese Weise an. Mit denen, die 1810 schon hier waren und mit denen, die 1811 vom Ausland hierherzogen, waren es insgesamt 70 hier Anwesende in 61 verschiedenen Familien, deren Gesamtzahl 260 betrug."[20])

Freie Berufswahl für die Juden

Noch eine bedeutsame Wandlung trat in dieser Zeit unter den Juden ein. Bisher waren sie fast alle „der Not gehorchend nicht dem eigenen Triebe", in der Welt des Handels aufgewachsen, weil das gesamte zünftige Handwerk und Gewerbe ihnen verschlossen war. Als nunmehr die Gewerbefreiheit auch den Juden zugestanden wurde, machten sie bald von der ihnen jetzt möglichen freien Berufswahl Gebrauch. Naturgemäß konnte sich diese Umschichtung nicht von heute auf morgen vollziehen, weil der Jahrhunderte alte Zwang sie von Handwerk und Gewerbe ferngehalten und sie fast ausschließlich dem Handel zugeführt hatte. Aber von diesem Zeitpunkt an hatte das Gesetz auch ihnen die Wahl jeder Berufsart freigestellt. Jetzt konnte ein jeder nach Anlage und Neigung einen Beruf ergreifen und den Versuch machen, nach eigenem Willen seinen Lebensweg zu gehen.

Unter den 70 ansässigen jüdischen Familien und selbständigen Haushaltungen in Lübeck fanden sich neben 38 Handels- und Kaufleuten 3 Lehrer, 2 vormalige Lotteriepächter, 3 Gemeindediener, 2 Schlachter und je 1 Zahnarzt, Petschierstecher, Porzellankitter und Polizeidiener. Aber selbst in der früheren Zeit finden wir vielfach trotz aller Beschränkungen Handwerker und Arbeiter unter den Juden Lübecks und Moislings, Optiker, „Kitter, Distilleure", Zahnärzte und Graveure.

Unter den Lübecker Juden befand sich 1785 auch der Petschierstecher Meyer Levin, der in der Marlesgrube wohnte. Diese Kunst scheint damals unter den Juden weit verbreitet gewesen zu sein, da wir häufig jüdischen Petschierstechern begegnen. Auch der Beruf der Schneider und Schlachter war vielfach unter ihnen vertreten. Unter den 1822 wieder nach Moisling zurückgekehrten Juden befanden sich 2 Schneider, 2 Mützenmacher und gegen 20 Schlachter.

Diese wenigen Beispiele zeigen zur Genüge, daß bei den Juden Anlage und Neigung für das Handwerk vorhanden war, daß nur die bestehende Ausschließung sie von der Ausbildung und Ausübung irgend eines Gewerbes ferngehalten hatte. Dieser Zustand änderte sich erst mit der Einführung der Gewerbefreiheit.

Gleichberechtigung der Juden

So war die Emanzipation der Juden in Lübeck nach Recht und Gesetz zur Tatsache geworden, endlich waren sie als gleichberechtigte Bürger in den Kreis der Mitbürger aufgenommen, ihr höchster Wunsch war erfüllt. Doch trotz dieser Erfüllung ihres

[20]) Erklärung der Stadt Lübeck auf die Denkschrift der Juden an die Bundesversammlung vom 9. Mai 1821, § 14.

Sehnens blieb eine bittere Nachwirkung zurück. Diese Emanzipation war nicht von ihnen erkämpft worden, sondern von selbst ihnen zugefallen, sie war ein Geschenk, aber nicht die Erfüllung einer rechtlichen Forderung durch ihre Mitbürger, um deren Zuneigung sie so lange geworben hatten.

Wenn aber auch diese Gleichberechtigung stets den Stempel ihrer Herkunft als Gnadengeschenk eines fremden Eroberers aufwies, brauchten die Juden diese Gabe doch nicht zurückzuweisen. Denn ein großer Teil der deutschen Fürsten, in erster Linie die Könige Bayerns und Württembergs und etliche Großherzöge verdankten die Erhöhung ihrer Würde und den neuen Glanz ihrer Kronen gleichfalls diesem Napoleon, dessen Vasallen sie in den schicksalsschweren Jahren dieser Zeit geworden waren, ohne seine Gnadenbeweise abzulehnen.

So waren denn die Mauern des Moislinger Ghettos gefallen, in dem bisher das Leben der Juden in Leid und Freud sich abgespielt hatte. Aber mit der äußeren Niederlegung dieser Mauern hoffte man, daß nunmehr eine innerliche Annäherung und gegenseitiges Verstehen der beiden bisher gegensätzlichen Gruppen der Bevölkerung sich vollziehe.

Nicht Glaube und Abstammung sollten in Zukunft bei der Gestaltung staatlichen und bürgerlichen Lebens entscheidend sein, sondern gleiches Recht und gleiche Pflichterfüllung gegen diesen Staat, der alle seine Bürger zu einer großen Gemeinschaft zusammenfaßte und ihnen allen ohne Unterschied den gleichen Schutz verbürgte. Liebe und Treue zum heimatlichen Boden sollten fortan die Bürger zueinander führen, die gemeinsames Schicksal und gleiche Interessen miteinander verband.

Aufhebung der Gleichberechtigung

Doch Menschen und Zeiten waren für die Errungenschaft der Gleichberechtigung noch nicht reif, weil diese Grundsätze nicht aus ihrem eigenen Denken und ihrer Erkenntnis hervorgegangen, sondern fremden Ursprungs waren. Die alteingewurzelten Vorurteile und die ständischen Interessen machten sich bald wieder geltend und die Anschauung von herrschenden und unterdrückten Klassen war noch zu stark in den Menschen dieser Zeit lebendig, als daß sie einen Staat mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten für alle seine Bürger auf die Dauer lebensfähig gemacht hätten.

Nach dem Sturz der Fremdherrschaft in den Freiheitskriegen, in denen auch die Juden ihr Leben für die Befreiung des Vaterlandes eingesetzt hatten, hatte auch Lübeck seine Freiheit wiedergewonnen. Die Lübecker Juden zeigten sich trotz aller Rückschläge der gewonnenen Rechte in den Freiheitskriegen würdig. Denn als 1813 auch Lübeck seine Bürger zum Freiheitskampf wider die Fremdherrschaft aufrief, nahmen auch die Juden der Stadt vollen Anteil am Kampf, und jüdische Jünglinge traten als Freiwillige in die Hanseatische Legion ein.

Dieser gehörten an die Freiwilligen zu Fuß Moses Jacob, der auf dem Felde der Ehre fiel, Israel Levy, Samuel Israel aus Fürstenberg in Mecklenburg, Joseph Raphael Berges und Moses Daniel Danielsohn[21]). Als Freiwilliger zu Pferde machte Levin Cohen[22]) den Feldzug mit[23]).

---

[21]) Danielsohn, der anfangs als freiwilliger Jäger, dann als Unteroffizier bei den Füsilieren der Hanseatischen Legion die Feldzüge von 1813 und 1814 mitmachte, kehrte als Feldwebel aus dem Kriege zurück. — Siehe Denkschrift der Israelitischen Gemeinde zu Lübeck 1820, S. 12.

[22]) 5. Escadron der Hanseatischen Cavallerie.

[23]) Carlebach, S. 55, führt als Kriegsteilnehmer nur Moses, Cohen Berges und Danielsohn an. Cohen starb 1821 an den Nachwehen der im Felde ausgestandenen Strapazen. Siehe gleichfalls Erklärung der Stadt Lübeck, § 17.

Am 5. Dezember 1813 wurde Lübeck endgültig von der französischen Gewaltherrschaft frei, und sofort setzte die Reaktion in Gesetzgebung und Verwaltung wieder ein, die sich in erster Reihe gegen die kaum gewonnene Gleichberechtigung der Juden wandte.

Am 16. Februar 1814 hob der Senat alle Verordnungen aus der Franzosenzeit auf und führte die früheren Gesetze und die alte lübeckische Verfassung wieder ein. Mit der Wiederherstellung der früheren Verfassung hatte die Gleichberechtigung der Juden ihre Rechtsgrundlage verloren. Am 2. März 1814 erließ der Senat im Anschluß an die Verfügung vom 16. Februar das sogenannte Propositionsdekret, in dem er freimütig die Revisionsbedürftigkeit der alten Verfassung nach den veränderten Zeiten und Umständen zugestand. Durch diese Anerkennung zeigte der Senat volles Verständnis für die Erfordernisse der Zeit und bekundete in mannhaften Worten den ehrlichen Willen, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. „Daß nach gegenwärtig veränderten Zeiten, Umständen und Bedürfnissen eine Revision unserer Verfassung nothwendig werde, damit unsere Stadt vor Zeitgegenossen und Nachkommen ihrer wiedererlangten Selbständigkeit sich würdig zeigen möge."

Die Juden Lübecks erkannten aber sofort, daß nach der Wiederherstellung der alten Verfassung die Grundlage ihrer gleichberechtigten Stellung erschüttert sei und versuchten deshalb, den drohenden Gefahren zu begegnen. Sie richteten daher eine ausführlich begründete Eingabe an den Rat[24]), in der sie um Bewilligung des Bürgerrechts und um Aufnahme in die bürgerlichen Kollegien baten. In diesem Gesuch führten sie die Proklamation des Kaisers von Österreich und das Reskript des Königs von Preußen an, indem sie darauf hinwiesen, daß die Kaufleute-Kompanie sich bereits erboten hätte, „sie unter die Zahl seiner Brüder aufzunehmen ... Die deutschen Regierungen in Oestereich, Preußen, Sachsen, Hannover, Mecklenburg und Holstein hätten in wahrer Humanität die Juden den christlichen Unterthanen gleichgestellt ... Ein Hochw. Rath wolle geruhen zu verfügen, daß unter allen Bedingungen und Erfordernissen, welche das Regulativ vom 27. Oktober 1810 vorschreibt, hinfort auch die jüdischen Glaubensgenossen zur Gewinnung des Bürgerrechts dieser Stadt zugelassen seyn..." Denn niemand durfte, ohne im Besitz des Bürgerrechts zu sein, „bürgerliche Nahrung oder Gewerbe treiben, zum wirklichen Genusse der Rechte eines Mitglieds hiesiger bürgerlicher Collegien oder Zünfte zugelassen werden".

Der Rat forderte hierauf ein Verzeichnis aller Juden mit Angabe ihres Gewerbes, die während der französischen Herrschaft in Lübeck aufgenommen worden waren. Dieser Aufforderung kam die jüdische Gemeinde bald nach und ihre drei Vorsteher N. A. Cohen, Moses Bloch und Heymann Liefmann überreichten am 8. Mai 1814 ein Verzeichnis der auf französische Patente zugelassenen Juden und legten die Patente selbst vor, um deren Konzession sie nachsuchten. Einige Wochen vorher, am 19. April, hatten sie die Liste sämtlicher Juden Lübecks mit Angabe ihres Gewerbes dem Rat übergeben.

Im Gegensatz zu der Haltung des Rats stellten sich die Kollegien der Bürgerschaft auf den Standpunkt der entschiedensten Judenfeindschaft. Die alten Vorurteile, an deren Bestehen man nicht mehr gedacht hatte. lebten wieder auf, und gar bald machten sich die Folgen bemerkbar. Die Bürgerschaft trat bereits am 20. Juni 1814 für die Entrechtung der Juden ein, und die Niederlassung der 66 jüdischen Familien in Lübeck sollte wieder aufgehoben werden.

---

[24]) Die Eingabe war von Dr. Buchholz verfaßt und wurde am 26. März 1814 eingereicht.

Der Rat beauftragte daraufhin die Kommission zur Ordnung des Patentwesens, die durch Vertreter der Bürgerschaft erweitert worden war, die rechtliche Stellung der Juden zu untersuchen. Diese Kommission faßte am 17. Oktober 1814 eine Entschließung, daß es ungerecht und unduldsam wäre, die 66 jüdischen Familien aus Lübeck auszuweisen und empfahl deshalb, einen Teil der Juden unter gewissen Bedingungen aufzunehmen.

Besonders bemerkenswert war hierbei, daß die Juden nach diesem Vorschlag nicht als gleichberechtigte Bürger sondern nur als „Schutzverwandte" aufgenommen werden sollten. Wenn ein Schutzverwandter durch den Tod ausscheide, solle nur e i n Sohn an die Stelle des Verstorbenen treten. Mehr als 25 jüdische Familien sollten nicht aufgenommen werden, diesen sei jedoch zu gestatten, Gottesdienste in einer Synagoge abzuhalten.

Entscheidung durch den Wiener Kongreß und Deutschen Bundestag

Unterdessen trat am 3. November 1814 der Wiener Kongreß zusammen, um die Staatenkarte Europas neu zu ordnen. Dort sollte der eigentliche Kampf um die rechtliche Stellung von Juden in den deutschen Ländern geführt werden. Der Widerstreit der Meinungen wurde immer heftiger und spitzte sich oft dramatisch zu. Der Vertreter Lübecks war Senator Dr. Hach, der den Auftrag erhalten hatte, jeden Versuch, die Gleichberechtigung der Juden gesetzlich festzulegen, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Hach führte dieses Mandat im Sinne seiner Auftraggeber tatkräftig aus.

Im Gegensatz zu Hach trat der Anwalt Dr. Buchholz, als Bevollmächtigter Vertreter der Judenschaft der drei Hansestädte, mit Nachdruck und Energie für die Rechte der Juden ein. Wenn ihm auch der endgültige Erfolg seiner Mühe und Arbeit versagt geblieben ist, „muß man noch heute diesem edlen und vorurteilslosen Kämpfer Dank und Anerkennung für seine aufopfernde und selbstlose Arbeit zollen".

Da die Regelung der Judenfrage inzwischen an den Deutschen Bundestag verwiesen worden war, wurde der Kampf um die Rechte der Juden dort fortgesetzt.

Die Stellungnahme Lübecks kam in charakteristischer Weise in der Instruktion vom 19. August 1815 zum Ausdruck, die der Senat seinem Vertreter Dr. Hach für die Bundesversammlung in Frankfurt am Main 1815 erteilt hatte.

„Die besondere Lage dieser Stadt gibt zu dem Wunsch Anlaß, daß inbetreff der jüdischen Glaubensgenossen keine Allgemeine Gesetze gegeben werden, sondern jedem Bundesstaate die ihm selbst zustehende Autonomie ganz besonders auch in diesem Punkte ungeschmälert verbleibe. Sollte dies nicht zu erreichen seyn, so ist doch auf alle tunliche Weise dahin zu wirken, daß der Aufenthalt und die Berechtigungen der Juden in den freien Städten so wenig als irgend möglich durch allgemeine Anordnungen begünstigt werden."

Die Tendenz dieser Instruktion zeigte deutlich, daß Rat und Bürgerschaft sich in der Erreichung des einen Ziels jetzt zusammengefunden hatten, die Niederlassung der Juden in Lübeck wieder rückgängig zu machen. Hach handelte nach diesem Auftrag, der vollkommen seiner eigenen Gesinnung entsprach.

Der Kampf um die Rechte der Juden wurde mit allen offenen und geheimen Mitteln geführt. Männer wie Wilhelm von Humboldt und Fürst Hardenberg traten in edelster selbstloser Weise für die Gleichberechtigung der Juden ein. Preußen und Österreich hielten gemeinsam an diesem Ziel fest. Doch die erste von Wilhelm von Humboldt vorgeschlagene Formel für die Gleichberechtigung der Juden ging den engherzigen Geistern der kleinen Staaten zu weit. Man einigte sich deshalb auf eine andere Fassung, die ein Kompromiß darstellte und nur eine provisorische Lösung

enthielt. „Die Bundesversammlung oder der Bundestag wird in Berathung nehmen, wie auf möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Juden zu bewirken sei und wie insonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaten verschafft oder gesichert werden könne. Jedoch sollen den Juden bis dahin die denselben i n den Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten bleiben."

Der erste Teil dieser Fomel bedeutete nichts, da er nur ein Versprechen darstellte, das zu nichts verpflichtete, der zweite Teil sicherte aber den Juden alle Rechte zu, die sie unter der französischen Herrschaft erhalten hatten. Hiergegen wandten sich vor allem die Vertreter der vier „freien" Städte Frankfurt, Hamburg, Bremen und Lübeck.

Der Abgeordnete Smidt von Bremen übernahm in dem Kampf hinter den Kulissen die Führung und schlug eine scheinbar unverfängliche Änderung vor, um den Sinn und die Bestimmung der vorgeschlagenen Formel in ihr Gegenteil zu verwandeln, indem man an Stelle von „in den Bundesstaaten" die Fassung „von den Bundesstaaten" setzte. Diese scheinbar nichtssagende Änderung des Wortlauts wurde in das Protokoll aufgenommen und in dem Artikel 16 der Bundesakte als endgültige Bestimmung am 8. Juni 1815 festgesetzt.

Hierdurch war das Schicksal der Juden in den betreffenden deutschen Ländern besiegelt. Die Träger der judenfeindlichen Politik hatten durch einen verwerflichen Kunstgriff das Spiel gewonnen und die Juden mit einem Federstrich um ihre Rechte betrogen. Dieses Vorgehen war keine ehrliche Handlungsweise sondern ein Erfolg, der auf Schleichwegen errungen war. Nur in Preußen, Mecklenburg und Baden war den Juden „von den Bundesstaaten" Bürgerrecht verliehen worden, in den andern deutschen Staaten waren ihnen diese Rechte von den französischen Machthabern eingeräumt worden. Am 8. Juni 1815 wurde die Bundesakte unterzeichnet und hiermit auch die Entrechtung der Juden gesetzlich festgelegt.

Kampf in Lübeck um die Niederlassung der Juden

In Lübeck war die kleine jüdische Gemeinde zum Kampf um ihre Rechte entschlossen. Naturgemäß mußte dieser ungleiche Kampf zwischen Macht und Recht zuungunsten der Juden ausgehen. Trotz aller Bemühungen von Dr. Buchholz und der Verwendung der Großmächte war es nicht gelungen, das Schicksal der Juden in Lübeck zu wenden. Nach langem, wechselvollem Kampf ums Recht, in dem ihre Lage bald hoffnungsvoll, bald verzweifelt erschien, sollte sich ihr Geschick in tragischer Weise erfüllen.

Am 6. März 1816 erließ der Senat das verhängnisvolle Dekret, nach dem sämtliche Juden, die sich in Lübeck niedergelassen hatten, die Stadt wieder verlassen sollten.

„Den Juden wird mitgeteilt, daß sie spätestens vier Wochen nach Ostern die Stadt verlassen und entweder nach Moisling zurückziehen oder sich ins Ausland begeben müßten, widrigenfalls sie hieselbst nur als Fremde angesehen und behandelt, ihnen auch der Betrieb bürgerlicher Nahrung gänzlich verboten werden würde."

Dieses Dekret wurde auf die Vorstellung des preußischen und österreichischen Vertreters hin nicht durchgeführt, doch wurde den Juden alle Handelstätigkeit in Lübeck untersagt. Die Bürgerschaft war der treibende Faktor in diesem Kampf gegen die Juden. Sie wollte nicht davon lassen, bis das Ziel der Vertreibung der Juden erreicht war. Nach immer wiederholten Versuchen der lübeckischen Juden und ihres unermüdlichen Fürsprechers Dr. Buchholz, das Verhängnis der Auswei-

sung aufzuheben, ging das Trauerspiel zu Ende. Noch ein letzter Versuch sollte den tragischen Schlußakt aufhalten.

In der an die Frankfurter Bundesversammlung gerichteten Denkschrift[25]) der Israelitischen Gemeinde zu Lübeck vom Dezember 1820 „nachgesuchte Vollziehung des sechzehnten Artikels der Bundesakte u.w.d.A. betreffend" hatte sich die Gemeinde auf die Tendenz berufen, die der Bundesakte zugrunde lag

„1. die bürgerliche Lage der Juden in Deutschland soll verbessert und der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten ihnen verschafft und gesichert werden."

„2. Bis dahin, daß die Berathungen der Bundesversammlung ein Resultat geliefert haben werden, sollen die Jüdischen Glaubensgenossen in Rechten nicht beeinträchtigt werden, in deren dermaligen Besitz sie (zur Zeit der Errichtung der Bundesakte) sich befanden."

Dann wandte sich die Denkschrift gegen die Deutung der Schlußbestimmung des 16. Artikels, „nach welcher die v o n Bundesstaaten eingeräumten Rechte provisorisch erhalten werden sollen". Diese Fassung des Artikels rechtfertigte wohl dem Buchstaben nach das Verfahren der Stadt Lübeck, in dem sie behauptete, „daß v o n ihr nicht eingeräumt sey, was i n ihr geschehen seyn möchte".

Gegen diese Denkschrift der Israelitischen Gemeinde erließ der Senat eine ausführliche gedruckte Erklärung, in der er sein Vorgehen gegen die Juden zu rechtfertigen suchte und auf ihre frühere Stellung und das seit 1701 bestehende Schutzjudentum hinwies.

„Seit 1701 fand man es gerathen, Einen Schutzjuden aufzunehmen mit vorbehaltener halbjährlicher Aufkündigung und mit dem Verbote des Handels sowie der wucherischen Zinsen gegen Bezahlung eines jährlichen Schutzgeldes und Übernahme der Verpflichtung auf einschleichende Juden aufmerksam zu seyn, war ihm erlaubt durch Geldwechseley, Trödeley und Anleihen auf Pfänder sich zu nähren, auch in seiner Wohnung Gottesdienst zu halten und zu solchen Zwecken, sowie zur Beobachtung anderer Religionsgebräuche und zur Unterweisung seiner Kinder einigen dazu bestimmten Juden den Aufenthalt in der Stadt zu erwirken.

Auch wenigen anderen Israeliten gestattete man nach und nach den hiesigen Aufenthalt und Nahrungsbetrieb, jedoch nur insoweit sich dieser auf gewisse Kunstfertigkeiten und unzünftige Gewerbe erstreckte, wohin Zahnärzte, Siegelstecher u. a. zu rechnen sind, zum Beweise, daß in der späteren Zeit nicht Religionsverfolgung sondern nur die Besorgnis einer Verletzung verfassungsmäßiger ausschließlicher Handels- und Gewerbe-Gerechtsamen — wozu auch kein Christ, der nicht Bürger und als solcher nicht Collegist oder Zunftgenosse war, gelassen werden konnte — die Juden aus Stadt und Gebiet längst entfernte."[26])

Diese offizielle Darstellung sollte die Haltung Lübecks gegen die Juden rechtfertigen. Der Hinweis auf das Schutzjudentum sollte zeigen, daß nicht durch Religionshaß, sondern nur durch die Gefährdung des privilegierten Handels und Gewerbes die Politik des Staates stets bestimmt worden sei. Die Lübecker Juden sollten bald erfahren, daß die Politik des achtzehnten Jahrhunderts in der neuen Zeit der leitende Grundgedanke des Staates geblieben war, und daß alle ihre Bemühungen auf Anerkennung der einmal erlangten Gleichberechtigung vergeblich waren.

---

[25]) Die Denkschrift war von den Gemeinde-Ältesten und Vorstehern Nathan Heimann Hesse und Mendel Heymann unterzeichnet.

[26]) Erklärung der Stadt Lübeck ... an die Bundesversammlung vom 9. Mai 1821, (§ 10).

Am 8. September 1821 erließ der Senat ein Dekret, daß bis zum 1. November sämtliche Juden, die seit 1810 nach Lübeck gezogen waren, die Stadt wieder verlassen sollten. Diese Frist wurde auf eine Eingabe hin nochmals bis auf 4 Wochen nach Ostern 1822 verlängert, dann aber wurde dieses Dekret der Ausweisung trotz aller Widerstände nach und nach durchgeführt. Die Juden mußten in das Moislinger Ghetto zurückkehren und sich mit ihrem Geschick abfinden.

Ende März 1824 waren 37 jüdische Familien mit insgesamt 165 Personen wieder nach Moisling gezogen, vier Familien mit 29 Personen hatten sich nach auswärts gewandt und nur 8 Familien mit 31 Personen hatten das Recht erhalten, in Lübeck als „Schutzverwandte" zurückzubleiben, weil sie schon vor 1810 in Lübeck gewohnt hatten, und daher nicht von der Ausweisung betroffen worden waren.

Der rechtliche Zustand der Juden in der Hansestadt Lübeck war somit nach dem früheren Stand des 18. Jahrhunderts wiederhergestellt und der kurze Traum der Gleichberechtigung war allzuschnell wieder ausgeträumt. Wenn man ihnen nicht vor einem Jahrzehnt die Tore der Freiheit geöffnet hätte, wäre ihnen diese schwere Enttäuschung erspart geblieben. So mußten die Juden Lübecks nach dem kurzen Freiheitsrausch die Wandlung von freier Gleichberechtigung zur Rechtlosigkeit und Unfreiheit über sich ergehen lassen. Sie mußten sich wieder in die Rolle der Parias hineinfinden und sich das Amtssiegel der Fremden und der Minderwertigkeit aufprägen lassen.

Einen richtigen Einblick in die Verhältnisse und die Gemütsstimmung der aus Lübeck Ausgewiesenen gewährt das Gesuch des Mendel Heymann, der seit zehn Jahren in Lübeck ansässig gewesen war und nunmehr am 12. März 1822 darum einkam — um der Ausweisung zu entgehen —, als „Schutzverwandter" aufgenommen zu werden. Unter anderem wies er in seinem Gesuch darauf hin, daß die Juden in Moisling gute Unterrichtsanstalten und bequeme Wohnungen entbehren müßten, daß Arzt und Apotheker wegen zu großer Entfernung nicht zu erreichen seien und daß sie dort auf alle Annehmlichkeiten des Lebens verzichten müßten.

„Allen desfalsigen Wünschen der Moislinger Juden war abgeholfen, als man ihnen vergönnte, sich in der Stadt häuslich niederzulassen. Über zehn Jahr nunmehr haben sie diese Wohlthaten genossen . . . mit einem Worte, sie haben alle Vorzüge practisch kennen gelernt, die der Aufenthalt in der Stadt zwischen gebildeten Menschen gewährt. Jetzt sollen sie zurück nach dem Orte, wo sie nicht einen der bisher genossenen Vortheile und Bequemlichkeiten, wohl aber ein Heer von Beschwerden treffen, die nun doppelt drückend für sie sind." So treffend diese Gründe auch sein mochten, auf die Entschließungen des Rats blieben sie ohne Eindruck, das Gesuch wurde „unter den gegenwärtig obwaltenden Umständen" am 16. März 1822 abgelehnt.

Derartige Gesuche mehrten sich in großer Zahl, so hatte Joseph Falk um das Wohnrecht in Lübeck gebeten und, als Beweis für die Dringlichkeit seines Gesuches, auf den Schulbesuch seines Sohnes in der Bürgerschule zu Lübeck hingewiesen und das Schulzeugnis beigelegt. Seine Bitte ging dahin, ihm doch die weitere Ausbildung seines Kindes in Lübeck zu ermöglichen, da sie durch die erzwungene Rückkehr nach Moisling unterbleiben müßte. Auch dieses Gesuch wurde vom Senat abgelehnt. Den gleichen ablehnenden Standpunkt hatte der Senat eingenommen, als Salomon Nathan, Sohn des Nathan David aus Moisling, im April 1820 um die Genehmigung seiner Trauung mit Maria Hess, Tochter der Witwe von Jacob Heymann Hess, nachgesucht hatte. Die Erlaubnis zur Eheschließung wurde ihm verweigert und ihm mitgeteilt, daß er erst nach Moisling ziehen solle, dann würde ihm die Genehmigung zur Eheschließung erteilt. Der Senat achtete streng darauf, daß keine jüdischen Ehen in Lübeck geschlossen würden und er erließ daher am 18. September 1824 eine dahin-

gehende Verfügung, darauf zu sehen, daß aus der Mitte der hier wohnenden Juden keine neuen Ansiedlungen sich bildeten und „alle ins Mannesalter heraufgerückten Individuen für die Dauer ihres hiesigen Aufenthaltes das Zölibat beobachten".

Mit dieser Verfügung verfolgte der Rat die gleiche Politik, die er schon früher mit Erfolg angewandt hatte und wie er es in seiner „Erklärung an die Bundesversammlung" ausgeführt hatte. „Die Juden suchten durch Ehen, die sie außerhalb der Stadt schlossen, in welche sie sodann mit ihren Weibern zurückkehrten, hier neue Israelitische Familien zu gründen. Es wurde ihnen verbothen, wenn sie auswärts ehelichten, in die Stadt zurückzukehren, weil der status quo vor der französischen Herrschaft dadurch verrückt würde. In Moisling dürften sie Ehen schließen und dorthin bleiben."[27])

Dieser Grundsatz blieb während der nachfolgenden Jahre bis zur Emanzipation der Juden in Lübeck in Geltung. Noch im Jahre 1835, am 20. Januar, berichtete die Wette, daß sie streng das Dekret des Senats erfüllt habe, „und alle ins Mannesalter heraufgerückten Individuen noch jetzt das Zölibat beobachten, welches ihnen für die Dauer ihres hiesigen Aufenthaltes auf wiederholten Antrag der Ehrl. Bürgerschaft durch jenes Dekret auferlegt worden ist".

Den Wechsel in der Behandlung und in der Gesetzgebung mußten die Juden um so bitterer als Rückschlag empfinden, als man ihnen gegenüber vor zehn Jahren jeden Unterschied in der Einstellung und Wertung als gleichberechtigte Bürger aufgehoben hatte.

Trotz des mannhaften Widerstandes und der energischen Vertretung ihrer Rechtsansprüche auf dem Wiener Kongreß und der deutschen Bundesversammlung waren die Juden in dem ungleichen Kampf um Behauptung ihrer Rechte unterlegen, obgleich die deutschen Großmächte, Österreich und Preußen, sie aufrichtig in diesem Kampf unterstützten. So mußten sie der Gewalt weichen und die Stadt Lübeck, in der sie ihre Heimat gefunden hatten, wieder verlassen. Moisling wurde wieder, wie in den vergangenen Zeiten, das jüdische Ghetto. Erst einer fortgeschrittenen Zeit sollte es vorbehalten bleiben, auch in Lübeck andere Anschauungen zur Herrschaft zu bringen. Um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts verstanden sich Rat und Bürgerschaft aus eigenem freien Entschluß dazu, auch den Juden Menschen- und Bürgerrechte zu verleihen und suchten hierdurch das Unrecht wieder gutzumachen, das die Träger einer vergangenen Zeit ihnen zugefügt hatten.

Denn die Vorboten einer neuen Zeit und Anschauung machten sich allmählich auch in Lübeck bemerkbar und bestimmten nach und nach den Senat zu einer mehr entgegenkommenden Haltung in der Judenfrage.

---

[27]) Erklärung der Stadt Lübeck ... an die Bundesversammlung v. 9. Mai 1821 (§ 21).

II.

Das Schutzjudentum in Lübeck

Das Recht des „Judenschutzes" war ursprünglich ein kaiserliches Reservat, das der Kaiser selbst ausübte oder einzelnen Ständen nach freiem Ermessen verlieh, erst in der Goldenen Bulle wurde das Judenregal auch den Kurfürsten rechtlich zugestanden, „ebenso sollen sie Juden halten dürfen und die Einkünfte von den Zöllen erheben". Allmählich erhielten auch andere Landesherren und Städte das Recht, Juden aufzunehmen.

Die Reichs-Polizei-Ordnungen von 1548 und 1577 schrieben das Recht der Juden-Aufnahme denen zu, die vom Kaiser und dem Heiligen Römischen Reiche Regalien besaßen. Durch die weitere Entwicklung und Ausbildung der Landeshoheit ging das Recht des Judenschutzes und der Juden-Aufnahme dann an alle Reichsstände ohne Unterschied über, aber erst im Westfälischen Frieden wurde dieses Recht, „Juden zu halten", als Teil der Landeshoheit und als landesherrliches Regal bestätigt.

Die freie Reichsstadt Lübeck hat dieses Recht niemals gesucht, noch in Anspruch genommen. Die alte Hansestadt, deren Blüte und Entwicklung von der Ausbreitung ihres Handels abhing, hatte sich stets gegen eine Niederlassung von Juden erklärt, weil sie hierdurch eine Schädigung ihres Handels befürchtete. Allmählich entstanden natürlich geschäftliche Verbindungen mit auswärtigen jüdischen Kaufleuten, doch diese blieben auf die allgemeine Haltung der Stadt den Juden gegenüber ohne Einfluß. Diese Einstellung Lübecks kam in allen Verordnungen über Handel und Verkehr mit Juden zum Ausdruck. Erst einige Jahrzehnte nach dem Westfälischen Frieden trat in der Haltung Lübecks ein Systemwechsel ein, der aber keineswegs eine Gesinnungsänderung bedeutete.

Der Rat verstand sich auf wiederholte Gesuche dazu, einen einzelnen Juden mit seiner Familie aufzunehmen und ihm seinen Schutz zuzusichern. Durch diese Aufnahme gewährte der Rat dem einzelnen eine Reihe von Rechten, die er den andern Juden versagte. Diese Vorrechts-Stellung wurde dem „Schutzjuden" auf Grund bestimmter Bedingungen eingeräumt, die in einem förmlichen Schutzbrief niedergelegt wurden. Der Schutzjude verpflichtete sich seinerseits, diese Bedingungen gewissenhaft zu erfüllen und für die Aufnahme ein jährliches Schutzgeld zu zahlen, dessen Höhe im Schutzbrief festgesetzt wurde. Der Vertrag wurde auf Gegenseitigkeit geschlossen und war für beide Teile verpflichtend. Nach diesem Vertrage war der Schutzjude der einzige Vertreter des Judentums in der Stadt, der alle Pflichten und Rechte seiner Stellung auf Grund dieses Rechtstitels ausübte.

Die Geschichte des Schutzjudentums in Lübeck weist keine besondere Entwicklung auf, seine Einrichtung erfolgte unter dem Widerstand maßgebender Bürgerkreise, der allmählich zu einem vollkommenen Gegensatz zwischen Rat und Bürgerschaft und sogar zum völligen Bruch führte. Wenn auch die Bürgerschaft in gewalttätiger Weise ihren Willen durchsetzte und dem Schutzjudentum bald ein vorzeitiges Ende bereitete, beharrte der Rat doch auf seinem Standpunkt und führte das System wieder aufs neue ein.

Dieses Schutzjudentum blieb dann während des ganzen 18. Jahrhunderts bis zur Aufhebung der städtischen Verfassung bestehen. An der allgemeinen Einstellung des Rats gegen die Zulassung fremder Juden wurde hierdurch grundsätzlich nichts geändert. Eine engere Beziehung zwischen dem Schutzjuden und den Bürgern der Stadt konnte durch die Abneigung der Bürger gegen ihn nicht entstehen und von einer wirklichen volkstümlichen Einrichtung oder Einbürgerung konnte nie die Rede sein.

Größere Bedeutung hat in der fortlaufenden Reihe der Schutzjuden keiner gewonnen, Kreis und Umfang ihrer Tätigkeit war zu eng begrenzt und ihre Zwitterstellung ließ eine weitere Entwicklung nicht zu. Den Bürgern der Stadt war er in keiner Weise gleichgestellt, an ihrem kulturellen und geistigen Leben ließ man ihn nicht teilnehmen, eine unsichtbare Schranke erhob sich zwischen ihm und den anderen Bewohnern der Stadt, die keinerlei innere Gemeinschaft oder heimatliches Gefühl aufkommen ließ. Andererseits war die Verbindung mit seinen Glaubensgenossen in Moisling sehr locker und seine Beziehung zu ihnen sogar oft gegensätzlicher Natur, da sie wirtschaftlich als Konkurrenten einander gegenüberstanden. So fehlte ihm der starke Rückhalt irgend einer größeren Gemeinschaft, er stand mit seiner Familie einsam und verlassen auf „fremdem" Boden. Alle Kämpfe und Widrigkeiten seiner Stellung mußte er allein ausfechten. Zu größerem Besitz und Einfluß hat es kein Schutzjude in Lübeck gebracht, seine Stellung blieb immer unfrei und abhängig, das Zeichen der Duldung war ihm allzusehr aufgeprägt, so daß keine schöpferischen Kräfte vom Schutzjudentum ausgehen konnten.

Dem Lebensunterhalt des Schutzjuden fehlte eine sichere Grundlage, die meisten Berufszweige waren ihm verschlossen, weder Handel noch Handwerk durfte er treiben, in den Zünften und Ämtern fand er keine Aufnahme. Nur Geldwechsel, Trödelei und Anleihen auf Pfänder waren ihm erlaubt, ausgesuchte Berufsarten, die ihm den Haß der Bevölkerung zuziehen mußten. Die Rechte und Pflichten des Schutzjuden, die in ihren Grundzügen niedergelegt waren, sind im allgemeinen während des 17. und 18. Jahrhunderts gleichgeblieben, wenn auch im Laufe der Jahre auf Grund bestimmter Vorfälle noch eine Reihe von ergänzenden Verfügungen vom Rat erlassen worden sind, in denen die Rechte des Schutzjuden erweitert oder beschränkt wurden.

Schon bei den ersten aufgenommenen Schutzjuden wurde 1687 ausdrücklich festgesetzt, daß sie bei Erbschaften kein Gold und Silber „an sich handeln dürften, bevor es den Goldschmieden zu Kauf gestellt" worden sei. Nach den getroffenen Bestimmungen war ihnen das Hausieren und Feilhalten von Kramwaren verboten, und in der Tat wurde nur ein einziges Mal, im Jahre 1739 über das Hausieren des Schutzjuden Klage geführt und Strafe über ihn verhängt. Andererseits wurde ihm im gleichen Jahre gestattet, bei öffentlichem Aufruf, gleich seinen Vorgängern, auf die angebotenen Waren mitzubieten.

Desgleichen verstand sich der Rat 1745 dazu, dem Schutzjuden in gleicher Weise wie jedem Kaufmann und Bernsteindreher „freizustellen, den Bernstein von Ein- und Ausheimischen an sich zu handeln".

Immer wieder wurde auf die auch in den Schutzbriefen aufgenommene Bestimmung aufmerksam gemacht, daß er weder fremde Juden an sich ziehen noch sie in seinem Hause beherbergen dürfe. Nur die Personen, die zu seiner Familie gehörten, oder bei ihm in Lohn und Brot standen, dürfe er auf Grund des Schutzverhältnisses in sein Haus aufnehmen. Da der Geldwechsel auch zum erlaubten Gewerbe des Schutzjuden gehörte, ließ ihn der Rat 1775 darauf hinweisen, „daß er mit öffentlicher Einwechselung frembden Geldes zu niedrigerem Preise als es ausgemünzt worden, vorsichtig seyn solle".

Die Pflichten und Rechte des Schutzjuden wurden bekanntlich in einem Schutzbrief zusammengefaßt. Inhalt und Form des Schutzbriefs wurden in der langen Periode des Schutzjudentums wenig geändert. Neben dem Verbot des eigenen Handels kam 1764 auch das des Kommissionshandels hinzu, außerdem wurde 1798 noch bestimmt, daß er nicht mehr als die in der Leihhausordnung vorgeschriebenen Zinsen nehmen dürfe. Die Höhe des Schutzgeldes, das zuerst 600 Courant Mark betrug, wurde bald darauf auf 400 C. M. und zuletzt auf 100 C. M. festgesetzt.

Die ersten „Schutzjuden" in Lübeck 1681—1699

Die ersten Vertreter eines offiziellen „Schutzjudentums" waren Samuel Frank und Nathan Siemsen. Frank hielt sich bereits seit 1645 in Lübeck auf. Er war der erste Jude, dessen Name in einem amtlichen Lübecker Schriftstück, vom April 1658, aufgeführt wurde. Dieses besagte, daß ihm nach dem Dekret vom 26. März 1658 bei Strafe der Ausweisung verboten worden sei, in Lübeck Handel zu treiben. Frank war auf Grund dieser Verwarnung dann nach Hamburg gegangen, aber bereits im Jahre 1660 wieder nach Lübeck zurückgekehrt.

Nathan Siemsen war erst 1677 nach Lübeck gekommen und hatte sich in gleicher Weise wie Frank mit dem An- und Verkauf von Gold und Silber befaßt. Daher hatten sich beide die heftige Feindschaft der Goldschmiede zugezogen. Diese wandten sich besonders seit 1680 gegen die Handelstätigkeit von Frank und Siemsen, die sich allmählich das Vertrauen der Bürger erworben hatten und am 3. August 1680 eine eigene Vorstellung an den Rat hatten ergehen lassen, daß die Vorwürfe und Klagen der Goldschmiede nur aus Neid und Mißgunst wider sie erhoben worden seien.

Wenn ihnen auch der Inhalt der Beschuldigungen nicht bekannt geworden sei, „uns aber von ihnen nichts Guthes vermuthen können nach dem gemeinen Sprüchwort: „figulus figulo invidet et faber fabro" und also besorgen müssen, daß sie durch solche unß annoch unbekannte Calumnien wider uns Unschuldige ein Widriges außwirken möchten. So haben wir nicht unterlassen wollen, Ew. Hoch Edl. Herrl. demütigsten gehorsams anzuflehen, Sie wollen solchem einseitigen unbefugten Vorgeben nicht deferieren sondern zum wenigsten uns erstlich copiam davon communiciren und uns auch darüber hören".

Im vollen Bewußtsein ihres Rechts hatten sie dieses Schreiben an den Rat gerichtet, der ihre Hoffnung auf gerechte Beurteilung nicht enttäuschte. Denn trotz der Klagen und Beschwerden der Goldschmiede gab der Rat Samuel Frank und Nathan Siemsen die Genehmigung im August 1680, nach wie vor in der Stadt „ab und zuzureisen". Frank und Siemsen richteten darauf am 17. August 1680 ein Dankschreiben an den Rat für diese Erlaubnis, „daß sie uns beeden in dieser guten Stadt ab- und zuzureisen vergönnen wollen" und verwahrten sich gegen die Beschuldigungen der Goldschmiede, „daß sie solche betriegerische Leute wären undt in dieser Stadt nichts anders practicireten, als die Bürger um das ihrige undt in schaden zu Bringen". Dann wandten sie sich gegen die Bemerkung der Goldschmiede, daß ihre Forderungen und Interessen vom Rat berücksichtigt werden müßten, weil sie die Lasten der Stadt mittrügen, während die Juden doch von allen Lasten der Stadt befreit wären. Diesen Vorwurf suchten Frank und Siemsen dadurch zu entkräften, daß sie sich bereit erklärten, ein jährliches Schutzgeld zu zahlen.

„Und ob zwar die Goldschmiede vorgeben, daß sie die Stadt onera mittragen müßen, wir aber von solchen frey, so erbieten wir unß, dieser Stadt jährlich ein gewißes Schutzgeld zu geben, damitt sie sich desfalls über unß nicht zu Beschweren

haben, weil wir dieser guten Stadt undt denen Bürgern nicht gedänken schädlich .. sondern vielmehr nützlich zu sein." Weiter wiesen sie darauf hin, daß sie „allemahl ehrliche Bürger und mit keiner Diebery, schindery oder Bubenstücken, welches Unß fälschlich will aufgebürdet aber nimmer kann erwiesen wären, umgehen". Niemals sei eine Klage über sie vorgefallen, ungeachtet „ich Samuel über 35 Jahre in der Stadt mich aufgehalten".

Aus den beiderseitigen Eingaben geht hervor, daß das Moment der Geldleistung zuerst von der Seite der Goldschmiede geltend gemacht wurde, auf Grund dessen sie den Anspruch erhoben, daß der Staat auch verpflichtet sei, ihre Interessen zu vertreten und zu berücksichtigen. Dem gegenüber boten Frank und Siemsen dem Rat die Zahlung eines jährlichen Schutzgeldes an, weil sie nicht Nutznießer des Staates sein wollten, ohne seine Lasten mittragen zu helfen. Es war in Wirklichkeit, wenn auch unausgesprochen, der erste Schritt zum Schutzjudentum, das der Form nach erst einige Jahre später in Lübeck eingeführt werden sollte.

Die Goldschmiede hörten aber nicht auf, ihre Klagen über die Zulassung der Juden weiter vorzubringen. Am 12. April 1681 wurden sie dagegen vorstellig, daß in „dieser Stadt verderbliche Juden Samuel Frank und Nathan Siemsen nicht allein immerhin erduldet, sondern auch noch itzt ein anderer Jude, Moyses genannt, ein geraume Zeit alhier ist tolerirt und geheget worden". Sie forderten daher die Ausweisung dieser drei Juden. Frank und Siemsen baten diesen fortgesetzten Bedrohungen gegenüber um den Schutz des Rates, „was Moses anbelangen thut, solches geht uns beiden nichts an". Moses, der mit Zunamen Michelsen hieß, wurde denn auch nicht in die Stadt aufgenommen, anders war es bei Frank und Siemsen.

Genehmigung zur Niederlassung 1681

Der Zustand des Hangens und Bangens nahm bei beiden ein Ende, als ihnen der Rat am 4. Mai 1681 förmlich die Genehmigung erteilte, sich in Lübeck niederzulassen. Die Begründung, die der Rat für die Zulassung anführte, machte dieses Dekret zu einem amtlichen Ehrenzeugnis für die ehrliche Handelstätigkeit der Juden, indem er gegenüber den Beschuldigungen der Goldschmiede offen anerkannte, daß sich diese so sehr verfehmten Juden keinerlei Übergriffe im Handel erlaubt hätten:

„Auf Suppliciren der Goldschmiede und Gegen Suppliciren Samuel Franke und Nathan Siemsen eingleichen Moses Michelsen Juden hat Ein Hochw. Rath denen Herrn des Gerichts committiret, wenn mehr und frembde Juden in die Stadt kommen solten, sollen dieselben aus der Stadt geschafft werden; Samuel und Nathan aber, *weil sie so lange alhie trafiquiret und keine Ungebühr im Handel begangen,* sollen, da sie sich ferner also verhalten, erduldet werden. Moses Michelsen belangend läßt zwar Ein Hochw. Rath es bey dem gegebenen Geleit bewenden, daß er in der Stadt aus- und eingehen mag, biß er die Creditores, so damahls für ihn suppliciret, contentiret haben wird. Er soll aber innerhalb vier Wochen a dato Züchtigkeit daran zu treffen schuldig sein oder das Geleit alsdann cessiren."

Entscheidend für die Bedeutung dieses Ratsbeschlusses war, daß er trotz gleichzeitiger Beschwerde der Goldschmiede erfolgte und hierdurch vor aller Öffentlichkeit bezeugt wurde, daß ihre Anschuldigungen haltlos waren. Die Anerkennung der einwandfreien Führung durch den Rat muß daher besonders hoch bewertet werden.

Durch diese Entscheidung hatte sich der Rat in einer grundsätzlichen Frage über alle Widerstände und Klasseninteressen hinweggesetzt und hatte hierdurch gezeigt, daß allein die Rücksicht auf das Verhalten der Antragsteller für sein Urteil und seine Stellungnahme maßgebend sei.

Durch das Dekret von 1681 hatten Frank und Siemsen endlich die rechtliche Grundlage für ihre Niederlassung in Lübeck gewonnen. Es war vorauszusehen, daß die Kollegien der Bürgerschaft und insbesondere die Goldschmiede in ihrer feindseligen Haltung gegen die Aufnahme der beiden Juden nunmehr erst recht bestärkt würden.

Als im Jahre 1683 im Johanniskloster ein Diebstahl erfolgte, erhoben sie gegen die Juden die Klage, daß sie aus allen Erbschaften Gold und Silber aufkauften, Geldmünzen verschacherten und sogar gestohlenes Kirchengut von Kirchendieben käuflich erworben hätten. Der Rat erkannte natürlich die tiefer liegenden Beweggründe dieser Anklage, und war davon überzeugt, daß Judenhaß und Geschäftsneid die eigentlichen Triebfedern für diese schweren Beschuldigungen waren.

Frank und Siemsen fühlten sich in ihrer Ehre getroffen und schwiegen zu diesen Anklagen nicht still. Sie verwahrten sich mit aller Entschiedenheit am 8. Februar 1683 dagegen, daß sie Hehler und Stehler seien. Nathan Siemsen wies darauf hin, daß er sofort das aus dem Johanniskloster entwendete Geld, sobald es zu seiner Kenntnis gekommen sei, angegeben und ausgeliefert habe. Das Verlangen beider ging nur dahin, daß sie in dieser Stadt nach wie vor ihren Erwerb „ohne Ungebühr" suchen dürften, „weill wir auch erbötig, daß Ich, Nathan, jährlich 100 Mark und Samuel dieser Stadt Cämmerey oder Wette entrichten wollen".

Die Folge der Anklage war immerhin, daß der Rat den Juden den Ankauf von Gold, Silber und Perlen verbot. Die Goldschmiede hatten somit ihr Ziel erreicht und die unbequeme Konkurrenz der Juden ausgeschaltet. Das Aufenthaltsrecht von Frank und Siemsen ließ der Rat aber in vollem Umfange weiter bestehen, doch Moses Michelsen und den andern in der Stadt weilenden Juden ließ er durch die Wette 1687 den Befehl zukommen, „daß sie sich aus dieser Stadt wegmachen sollen bey hoher straffe".

Über das Ergehen und die Tätigkeit von Samuel Frank ist uns Näheres nicht bekannt; Nathan Siemsen ließ sich aber endgültig in der Stadt nieder und kaufte 1686 ein Haus, obgleich die Wette im Juni 1686 sich dagegen ausgesprochen und ihm das Recht des Hausbesitzes in der Stadt streitig gemacht hatte. „Nachdem Jochim Bruens sein Hauß oben in der St. Illienstraße in der schwartzen Krähe genant an den Juden Nathan Siemßen verkaufft" ....

Der Rat schützte Siemsen in seinem Vorgehen und dieser gab seinem Dankgefühl in einem Gesuch vom 20. Juni 1687 entsprechenden Ausdruck, „Indem Ew. .... mir die hohe Gnade bisher erwiesen, daß ich für meine Person ungehindert alhier subsistiren möge".

Am 1. Dezember 1688 gab der Rat Nathan Siemsen die Erlaubnis, seinen Schwiegersohn Nathan Goldschmidt bei sich aufzunehmen und sicherte diesem die spätere Nachfolge zu. „Auf Suppliciren Nathan Siemßen hat E. Hochw. Rath decretiret und verstattet, daß sein Tochtermann Nathan Goldschmidt alhie bey ihm im Hause sich aufhalten und nach des Supplicanten Tode, gleichergestalt alhie subsidiren möge. Er soll aber nicht Befugt seyn, einige Juden an sich hieher zuziehen."

Wiederholt versuchte auch Nathan Goldschmidt ein Haus zu kaufen, doch die Bewohner der Nachbarhäuser und die Goldschmiede legten hiergegen Protest ein,

dem sich das geistliche Ministerium mit herben Worten anschloß: Die Juden würden an ihrer Bekehrung gehindert und in ihrer Torheit verstärkt werden, wenn man ihnen erlaube, in der Stadt zu wohnen. Außerdem würde es der Stadt Schaden bringen, und die Christen würden durch den Wucher der Juden und durch ihre Verfälschung der Münzen und Waren um das Ihrige kommen.

Erst beim dritten Versuch genehmigte der Rat den Kauf, obgleich die gleichen Widerstände sich auch hier wieder geltend machten. Hier zeigte sich deutlich, mit welchen Widrigkeiten die Juden, obgleich der Rat sie aufgenommen hatte, zu kämpfen hatten. Das Leben, das sie in der Stadt führten und das sie durch hohe Abgaben und schwere Demütigungen erkaufen mußten, wurde ihnen gewiß nicht leicht gemacht.

Goldschmidt war überhaupt vom Unglück verfolgt. Denn wenige Jahre später, 1694, wurde er beschuldigt, einen schweren Einbruch, der bei dem Kaufmann Jürgen Hübner erfolgt war, veranlaßt zu haben. Das Verfahren, das sich an diesen Einbruch anschloß und in dessen Verlauf sogar der kaiserliche Reichshofrat in Wien eingriff, dauerte viele Jahre hindurch und endete mit der Verurteilung Goldschmidts, der bis zur Vertreibung der Juden aus Lübeck 1699 in Haft verblieb.

Durch das Dekret vom 4. Mai 1681, in dem der Rat Samuel Frank und Nathan Siemsen das Recht der Niederlassung verliehen hatte, war das Schutzjudentum dem Wesen nach in Lübeck begründet worden, wenn es auch der Form nach erst einige Jahre später durch Ausstellung eines besonderen Schutzbriefes und der amtlichen Bezeichnung „Schutzjude" eingeführt wurde. In Wirklichkeit hatten Frank und Siemsen bereits die bevorrechtigte Stellung eines Schutzjuden, ohne daß dieses Recht vertragsmäßig festgelegt worden war. Wenn auch der Rat das Recht der Niederlassung dieser beiden trotz aller Beschwerden nicht rückgängig machte, ließ er andere Juden nicht zu und verfügte daher, den Einlaß dieser mit allen Mitteln zu verhindern.

Siemsens Streit mit der jüdischen Gemeinde in Wandsbek

Durch die Aufnahme des Nathan Siemsen war eine unliebsame Auseinandersetzung mit seiner früheren Gemeinde Wandsbek entstanden. Isaak Francke, Ältester der jüdischen Gemeinde Wandsbek, ließ Nathan Siemsen eine Forderung von 40 Rthlr. Schutzgeld zugehen, die er der Gemeinde Wandsbek noch schuldig sei. Da aber Siemsen die dortige Mitgliedschaft abgegeben hatte, weigerte er sich, diesen Betrag zu zahlen. Francke ließ daraufhin über Siemsen den Bann aussprechen. Siemsen wandte sich nun an den Rat Lübecks und bat am 2. Juni 1692 um ein Fürschreiben an den Hamburger Senat wegen des von den hamburgischen Synagogen über ihn ausgesprochenen Banns.

„Kan hiermit ungeklagt nicht laßen, waßgestalt Isaak Francke in Hamburg wohnend, und zugleich Eltister von der Jüdischen Gemeine in WandsBeck, von mir 40 Rthlr. Schutzgeld, als der gemeine daselbst schuldig, gefordert; und da ich mich solches wegen längst aufgesagter Gemeinschaft, zu zahlen geweigert, es hierauf Bey denen Beyden in Hamburg Befindlichen Synagogen dahin zu bringen gewusst habe, daß ich von allen Beyden Bin excommuniciret und in Ban gethan worden. Wan ich nun davon also Berichtet worden Bin, daß, nach gemeinen Keyserl. Rechten und Juden Ordnungen, wenn ein Jude mit den andern zu rechten hat, solches nicht für die Eltesten der Judengemeine, sondern für die Obrigkeit des Ohrts müsse gebracht, und davon decidiret werden ...."

„Noch viel weniger aber einer unter Christlicher Obrigkeit lebenden Jüdischen Gemeine heutigen tages dergleichen Macht, jemanden zu excommuniciren zukommen kan; absonderlich in solchen Geldsachen wie diese ist; dannenhero auch mir berichtet worden ist, daß E. Hochw. Rath in Hamburg ihre dortige Juden einsmahl darümb rechtschaffen soll bestraffet haben, wie sie dergleichen excommunication gegen einen daselbst wohnenden Juden unternommen hatten ...."

„Daher gereichet auch an Einen Hochw. Rath meine unterthänigste Bitte. Sie geruhen sich meiner hier unter Obrigkeith anzunehmen und deshalber an H. H. Bürgermeister und Rath in Hamburg nachdrücklich zu schreiben, daß sie nicht allein ihre Jüdische Gemeine dahin halten sollen, daß sie diesen wider mich ohne Macht, fug und Ursach, erkandten Ban und excommunication alsofort aufheben müssen, sondern auch dass gedachter Raht den Isaak Francke als Uhrheber und anstifter deßelben zur wollverdienten Straffe ziehen lassen möge."

Der Rat nahm die Vermittlerrolle an, um die Siemsen ihn gebeten hatte, aber Wandsbek wollte auf die Einlösung der Schuld nicht verzichten und bestand auf deren Zahlung. — Ob Siemsen sie geleistet hat, ist nicht bekanntgeworden.

Verpflichtung, die Namen der fremden Juden in der Stadt anzugeben

Um ausreichende Sicherung gegen den Eintritt unerwünschter Elemente zu erreichen, scheute man sich nicht einmal, Schergendienste von den aufgenommenen Schutzjuden zu verlangen, indem man ihnen ausdrücklich die Verpflichtung auferlegte, die Namen der fremden Juden, die sich in der Stadt aufhielten, anzugeben. Später wurde diese Verpflichtung als besondere Formel in den Schutzbrief aufgenommen.

Diese gewiß anfechtbare Zumutung des Staates konnte auf die Vertreter des Schutzjudentums keineswegs günstig einwirken, weil man hierdurch Angeberei von ihnen forderte. Anderseits muß gerechter Weise festgestellt werden, daß dieses Verlangen der Stadt vielfach willfährig von den Schutzjuden aufgenommen wurde, weil es ihrem Bestreben entgegenkam, die Konkurrenz fremder Juden fernzuhalten. Denn es war eine feststehende Tatsache, daß der Handel der Moislinger Juden ihnen großen Abbruch tat und die Rentabilität des Schutzjudentums in Frage stellte.

Schon Siemsen, der erste Vertreter des Schutzjudentums, benutzte seine privilegierte Stellung dazu, den Handel der fremden Juden nach Möglichkeit auszuschalten, wenn er auch die Not der eigenen Lebensunterhaltung als Grund für sein Vorgehen vorschützte. Diese Vorkommnisse sind gewiß aus der völlig unsicheren Stellung der Juden in dieser Zeit zu erklären, weil ihre wirtschaftliche Lage gänzlich haltlos war. Denn diese war stets von dem Willen und der Laune der Machthaber abhängig und anderseits jedem Wechsel in der Stimmung der Bevölkerung unterworfen.

Siemsen, der sich in seiner Stellung durchaus als Schutzjude fühlte und sich demgemäß in seinen Eingaben als „schutzverwandter" Jude bezeichnete, empfand die Unsicherheit seiner Existenz und hielt sie durch den lebhaften Handel der Moislinger Juden für äußerst bedroht. Er wandte sich deshalb wiederholt mit seinen Beschwerden an den Rat und bat um Abhilfe. Am 3. Dezember 1695 reichte er in dieser Angelegenheit ein ausführliches Gesuch ein:

„Ich habe ohnlängst Ein unterthäniges Memorial zu rahte übergeben und darin breiter angezeiget, wie mein itziger Zustandt leyder schlecht sey und mein Kummer dadurch Täglich größer werde, das die frembden Juden und insonderheit die von Moißling so häufig in die Stadt kommen und daßjenige, welches ich als dero Schutz-

verwandter zu meiner und der meinigen höchstnöhtigen unterhaltung annoch erwerben könte, mir gleichsahm wegnehmen und entziehen. Inmittels kommen die obgedachten Juden Täglich in die Stadt, und wie berichtet worden, so nimbt der Junker von Moißling selbige mit in seiner Kutsche und bringet sie also durch die Soldatesca sicher anhero. Wann aber bey solchem Zustand und daferne deßfalß Keine remedyrung geschieht, ich gewiss bald gäntzlich crepiren muß.

So selbsten gereichet an E. Hoch Edl. H. H. meine wiederhohlte unterthänigste Bitte, Sie geruhen mir die hohe Gnade zu erweißen, dass Ich in meinem Alter und Bey meinen kränklichen Zustand unter dero Schutz ferner mein bißlein Brodt in dieser guten Stadt haben möge und zu dem Ende hochgeneigt, in denen Thören zu veranstalten, daß die Moislinger Juden gar nicht und die frembden Juden, so etwa durchreisen wollen, auf solche arth, wie es bisher damit gehalten, daß sie nemblich so fort sich bey mir angeben und mir wegen Ihres Hierseyns rede und Antwort geben, herrein gelassen werden."

Schon drei Monate später, am 8. März 1696, wiederholte Nathan Siemsen seine Beschwerde über den Handel der fremden und der Moislinger Juden in Lübeck, „dass insonderheit in meiner nachbarschaft die frembden Juden frey geherberget werden". Er wies auf den großen Schaden hin, der ihm als „Schutzverwandter" hierdurch entstehe und bat darum, daß der alte Zustand streng durchgeführt werden müsse, „dass Sie bey denen Herren Consulibus vorhero angemeldet worden und die Moislinger Juden nicht ohne special permission in diese Stadt gelassen werden sollen. dass insonderheit für dem Mühlenthor die Verordnung Eines Hochw. Rahts nicht so stricte, wie es decretiret und Befohlen ißt, nachgelebet, sondern die fremden Juden fast frey und ohn unterscheidt daselbst hereingelaßen werden".

Einen Erfolg seiner Anklagen hat Nathan Siemsen nicht mehr erlebt, im Jahre 1697 starb er. Seine Witwe Rahell, die gleicher Gesinnung war, richtete am 4. Juni 1697 dringende Vorstellungen an den Rat, dem es doch nicht unbewußt sei, „wie dass mein Seel. Mann Nathan Siemhsen eine Zeit von 20 Jahren alhier in dieser Stadt unter dero hohen Schutz sich aufgehalten und bürgerliche Gerechtigkeiten gethan, sich auch dermassen verhalten, daß keine Klage über ihne gekommen, auch die Freiheit genossen hat, alhier alleine Handel und Wandel zu treiben und keine fremde Juden hier haben handeln mögen: Es auch damahl in solchenstande gewesen, das man keine hat in der Stadt gelassen ohne Consens der hohen Obrigkeit, nuhmero aber so häufig einschleichen, dass viele Handel treiben, die nicht zu loben stehen, das inskünftig vieleicht der schuldige mit den unschuldigen es werden entgelten müssen". Daher bitte sie dringend den Rat, „das inskünftig dergleich vagirende Juden nicht alhier eingelassen, viel weniger frey handeln und wandeln mögen, welches inskünftig nicht eben mir sondern vielmehr der Bürgerschaft zur praejuditz gereichen wird".

Der Rat bedurfte dieser Anträge nicht, da Zünfte und Kollegien der Bürgerschaft eine ausreichende und scharfe Kontrolle ausübten und dafür sorgten, daß jeder Zuzug von fremden Juden ferngehalten und ihre Handelstätigkeit möglichst eingeschränkt würde. Immerhin erreichte die Witwe Siemsen durch das Gesuch, daß der Rat schon am andern Tage, am 5. Juni 1697, der Sache nachging[1]) und ein ausdrückliches Verbot erließ, daß fremde Juden irgendwie Handel in Lübeck trieben.

Nathan Goldschmidt, der Schwiegersohn Siemsens, der sich, wie schon berichtet wurde, in Haft befand, erfuhr von dieser Eingabe und richtete aus dem Gefängnis am 8. Juni 1697 die Bitte an den Rat, daß er dem Knecht seines Schwiegervaters

[1]) siehe Carlebach: Geschichte der Juden ...

gestatten möge, seinen Handel für seine Frau und Kinder fortzusetzen, „damit Sie und ihre Kinder nicht crepiren und Hunger sterben dürfen". Der Rat blieb aber auf dem einmal eingenommenen Standpunkt stehen und ließ sich zu keiner Änderung seiner Haltung bewegen.

Nach dem Tode des Nathan Siemsen im Jahre 1697 hatte sich seine Witwe Rahell mit dem ehemaligen Tochtermann des Hartig Joel aus Altona, mit Moses Isaac Seligmann wieder verheiratet. Zufolge dieser Heirat erhielt Seligmann bereits am 18. August 1697 das Wohnrecht in Lübeck:

„Auf Suppliciren Moses Isaac Seligmanns Juden umb die Freiheit, sich hier häuslich niederzulaßen hat E. H. Rath decretiret und dem Supplicanten in Ansehung, er deß Nathan Siemsen Witwe heyrathet, auch sonst gute attestata beygebracht, verstattet, alhir, biß eine hochweiser Raht *aus triftigen Uhrsachen* anders verordnen wird, zu wohnen, doch mit dem anhang, daß er zuforderst bey der Kammery sich anmelde und wegen eines gewißen jährlichen schutzgeldes sich vergleiche, sich auch übrigens gäntzlich enthalte, andere frembde juden ohne E. Hochw. Raths ausdrückliche permission zu beherbergen."

Die Worte *„aus triftigen Uhrsachen"* fehlten ursprünglich, bis Seligmann nochmals beim Rat darum einkam und um diesen Zusatz bat, damit er nicht Gefahr laufe, jeden Augenblick ausgewiesen zu werden. Das Schutzgeld Seligmanns wurde am 1. Februar 1698 auf jährlich 24 Reichsthaler festgesetzt, andere Abgaben kamen außerdem noch hinzu. Diese Festsetzung erfolgte durch die Kämmerei,

„daß er Jahrlich auf Michaelis 24 Rthlr. Schutzgeld fur schoß, Monathgeld und andere contributiones der Cammery geben und entrichten soll, und zwar zum ersten mahl auf Michaelis dieses laufenden 1698 sten Jahres; dabey derselbe sich anheischig gemacht und erbothen, wenn Ihm der liebe Gott in seiner Handlung gesegnen würde, Er ohne weiteres anfordern künftig ein mehreres zu geben bereit seyn wolle".

Zum ersten Mal wurde in diesem Dekret die Entrichtung eines förmlichen Schutzgeldes bestimmt und der Schutz des Staates von der Aufführung Seligmanns abhängig gemacht. In der Wahrnehmung seiner Privilegien folgte Seligmann dem Beispiel seiner Frau Rahell und seines Vorgängers Siemsen. Am 10. Mai 1698 richtete er eine derartige Beschwerde an den Rat, in der er darauf hinwies, daß bisher kein Jude ohne besondere Erlaubnis eingelassen worden sei und mit dieser Genehmigung sich höchstens zwei bis drei Tage ohne Handel zu treiben hier aufhalten durfte, „in specie beginnt es aber mit den Hamburger und Moislinger Juden so gemein zu werden, daß sie ganze und halbe Jahre sich hier aufhielten, gar nicht mehr in Wirtshäusern abstiegen sondern bey hiesigen Bürgern Cammern in Beständnis nehmen". Er bat deshalb um eine Bestimmung des Rats, daß die fremden Juden „vorhero sich bey mir angeben müssen, damit denen Herren Consulibus ich Nachricht geben könne, was es für Juden seyn und was von ihnen zu halten, weil ich doch die meisten davon kenne".

Seligmann hatte die Genugtuung, daß der Rat sein Verlangen wenigstens teilweise erfüllte und am 14. Mai 1698 anordnete, „daß kein frembder Jude ohne schriftliche permission der Herren Consulum etwan auf einige wenige tage aufhalten solle, viel weniger zuzugeben, daß selbige alhir ordentliche Handlung treiben". Am 5. Oktober 1698 verschärfte der Rat diese Bestimmung noch durch den Zusatz „wofern sich aber einer ohne dergl. schriftliche permission oder längere Zeit als etwan darin bestimmt finden laßen solte, werden die Herren des Gerichts und der Wette ... die befindlichen wahren anhalten, solche Juden einziehen, straffen und sodann ohnesäumt auß der Stadt schaffen laßen".

Seligmann fühlte sich durch diese Unterstützung des Rats in seinen Rechten gesichert und ging nunmehr in seinem Vorhaben entschiedener vor, die Konkurrenz anderer Juden aus dem Felde zu schlagen. Er beschränkte sich aber in seinen Beschwerden nicht nur auf allgemeine Angaben, sondern führte die ihm mißliebigen Personen auch namentlich auf. So brachte er am 6. September 1698 eine Klage über Simon Salomon von der Port aus Hamburg vor und wies darauf hin, daß dieser in Lübeck Handel treibe und sowohl heimlich als auch öffentlich mit dem Geldbeutel an der Börse herumgehe, um Silber, Gold und Geld einzuwechseln und aus der Stadt zu führen. Von der Port unterhalte gleichsam zwei Niederlassungen, eine in Hamburg und die andere in Lübeck und mißbrauche die Vergünstigung, sich einen, zwei, oder drei Tage hier aufhalten zu dürfen, da er Jahr und Tag daraus mache.

Den Versuch von der Ports, sich gegen diese Vorwürfe zu rechtfertigen, ließ der Rat unbeachtet und stellte sich in seiner Verfügung vom 5. November 1698 auf die Seite Seligmanns: „Auf Suppliciren des hiesigen Schutzjuden .... hat E. H. Raht decretiret .... daß wer außer den hiesigen Schutzjuden keine speciale permission von denen H. H. Consulibus vorzuzeigen, nicht geduldet, sondern aus der Stadt alsobaldt geschaffet werden soll ....“ Von der Port sollte angewiesen werden, seine Angelegenheit schnell zu erledigen, sonst müßte „er sich von hinnen machen und per Mandatarium seine Sache alhir fortsetzen“. Sehr bemerkenswert ist, daß der Ausdruck „Schutzjude“ in diesem Dekret zum erstenmal offiziell gebraucht wurde und daß die Bezeichnung des Schutzes fortan stets für dieses Vertragsverhältnis angewandt wurde.

Somit hatte Seligmann seinen Willen durchgesetzt und den unbequemen Rivalen beseitigt. In seinen Familienverhältnissen scheint Seligmann aber weniger vom Glück begünstigt gewesen zu sein. Nach dem Tode seiner Frau verschlechterten sich seine Beziehungen zu ihren Verwandten immer mehr. Aus der ersten Ehe seiner Frau mit Nathan Siemsen waren zwei Kinder zurückgeblieben, die noch unmündig waren. Auf diese beiden Kinder bezog sich Ruben Siemsen, der Bruder des verstorbenen Nathan Siemsen in einem Schreiben, aus dem hervorgeht, daß die Einrichtung der Vormundschaft auch für die Kinder des Schutzjuden Geltung hatte.

Ruben Siemsen, der in Hamburg wohnte, glaubte, daß die Rechte dieser Kinder gefährdet seien und wandte sich daher in einer Eingabe vom 2. März 1699 an den „Raht der weitberümbten Stadt Lübeck“: „ich Kan mit schuldigstem respect vorzutragen nicht umbhin, waßgestalt meines verstorbenen Bruders nathan Siemsens / in seinem Leben dero Schutzverwandter / nachgelassene wittibe sich nachgehendts mit Moses Isaac Seligman wieder verheirathet und aber ihren von meinen Bruder gebohrnen beyden Kindern nicht, wie ihr wäre obgelegen, begegnet; Wannenhero ich alß der Kinder Vormundt dieserwegen von Ihr rechnung verlanget aber biß dahin nicht erhalten können; So bin ich genöthiget, weil Sie nunmehro auch mit Tode abgegangen, von ihrem itzigen hinterbliebenem Wittiber dieser Kinder halber Satisfaction zu suchen und vermittelst Ihr Magnif. Hoch- und wohlwß. Herrl. Hohen aßistenz dahin zu halten, daß Er diesen beyden unmündigen gerecht zu werden, und mir dießfalls rechnung und reliqua abzustatten müsse gehalten sein“. In seinem Gesuch bat er deshalb um das Recht, auf die Güter und Effecten des Seligmann „einen arrest zu erlauben, daß er sich mit mir abfinde“[2]).

Dieses Schreiben warf ein bezeichnendes Licht auf die wenig erfreulichen Familienverhältnisse Seligmanns, jedenfalls glaubte Ruben Siemsen, die Rechte der

[2]) Ruben Siemsen unterschrieb hebräisch Ruben bar Simeon, und nannte sich demgemäß auch Ruben Simson.

hinterbliebenen Kinder seines Bruders gegen die Übergriffe Seligmanns schützen zu müssen.

Gewaltsame Vertreibung der Juden aus Lübeck

Aber auch die äußeren Verhältnisse des Schutzjudentums spitzten sich bald so bedrohlich zu, daß dieses in kurzer Zeit ein jähes Ende nehmen sollte. Es ist kein Zweifel, daß die Stellungnahme der Goldschmiede und der Geistlichkeit gegen die Juden die Kollegien der Bürgerschaft in ihrer feindseligen Haltung gegen die Juden bestärkte.

Bereits im Jahre 1696, am 18. August und 20. Oktober, hatte sich die Bürgerschaft in entschiedener Weise gegen die Zulassung der Juden gewandt, da diese Stadt im ganzen römischen Reich durch die Juden berüchtigt geworden sei. Die Bürgerschaft hatte den Rat aufgefordert, die uralten Privilegien und Gerechtsame der Stadt „zu mainteniren", der Rat müsse Ruhe und Wohlfahrt der Stadt höher als einen privaten Nutzen einschätzen und müsse einen Beschluß fassen, daß die Juden Lübeck innerhalb eines Zeitraumes von acht Tagen auf ewig bei Gefängnisstrafe oder Güterkonfiskation zu räumen hätten. Diese Vorstellung hatte der Rat seinerzeit unbeachtet gelassen.

Nach dem Tode von Nathan Siemsen und der erfolgten Aufnahme Seligmanns, von der die Bürgerschaft erst später erfahren hatte, erhob diese wiederum einen entschiedenen Einspruch gegen die Niederlassung der Juden. Da der Rat aber seine Stellungnahme nicht ändern wollte, richteten sämtliche bürgerlichen Kollegien am 20. Dezember 1698 ein energisch gehaltenes Memorial an den Rat, in dem sie ausführten, daß sich früher keine Juden in Lübeck niederlassen durften, „sondern solche allemahl zeitlich wieder ausgeschaffet werden mogten". Der Geiz habe es dahin gebracht, daß diese Nation jetzt hier wohne und ihrer Religion nach nichts anderes tue, als den Heiland zu lästern und die Christen zu betrügen. Der Rat solle darauf bedacht sein, „damit gleich nach den heiligen Feiertagen dies Judengeschmeis miteinander aus dieser guten Stadt geschaffet und ihnen nimmer wieder darin zu kommen bey Strafe der Gefängnis und Stadtverweisung injungiret und auferlegt werden möge". Der Rat erwiderte darauf am 20. Januar 1699, daß er die früheren Dekrete jetzt renovieren wolle und die Wette und Kriegskommissare streng angewiesen habe, darauf zu achten, „damit kein frembder Jude, so keinen specialen Schutz oder permission hette, sich hier aufhalte ...".

Die Bürgerschaft ging aber in ihrem Memorial vom 31. Januar 1699 in ihren Forderungen weiter als der Rat zugestehen wollte und bestritt entschieden das vom Rat beanspruchte Recht, ohne Zustimmung der Bürgerschaft Juden aufzunehmen. Es handle sich nicht allein um die fremden sondern auch um die beiden hier hausgesessenen Juden „und wegen des dritten neuen Einkömmlings, so sich gleichfalls rühmet, specialen Schutz und Permission zu haben. Diese drey Familien begehren wir ausgeschaffet zu haben, und daß von dieser vermaledeyten Nation und Religion in dieser Stadt überall keine Mutter-Seele weder auf eine kurtze noch lange noch perpetuirliche Zeit mehr admittiret und aufgenommen und in allen Thören die ernstliche Anordnung verfüget werden möge, keinen Juden einzulassen ... So kann auch Ein Hochw. Rath solch Geschmeis ohne der Collegiorum Consens hier nicht aufnehmen".

Der Rat müsse sich an den Bürger-Rezess von 1669 halten, nach dem er kein Recht hätte, fremde Religionen hier zu dulden. Die Bürgerschaft bitte daher, „alle Juden ohne Unterscheidt, weil sie mit der Bürgerschaft Consens und Willen nie-

mahlen recipiret worden, binnen 14 Tagen mit Weib und Kindt, Sack und Pack aus dieser Stadt zu schaffen oder die gesambte Bürgerschaft wirdt selbst solche Mittel ergreifen, die cräfftig genug seyn werden, sich und diese christliche Stadt von diesem Teufels Geschmeis und Christ Schändern zu exoneriren und zu säubern. Wir erwarten hierauf ein gewieriges Decret und unverzögliche Execution".

Der Rat fühlte sich durch diese Vorstellungen der Bürgerschaft getroffen und wies die ungerechtfertigte Drohung ganz entschieden zurück. Er verteidigte in seiner Antwort vom 11. Februar 1699 seine Maßnahmen und mahnte zur Ruhe. Er hätte dadurch, daß er einigen Juden allhier in dieser Stadt zu wohnen Freiheit und Schutz gegeben habe, nichts Ungewöhnliches getan, es sei „auch nimmermehr gemeint gewesen, sothanen Juden ein freies exercitium religionis zu verstatten, also Ein Hochw. Rath in diesem paßu ein so herbes Memorial von denen Löbl. Collegiis und Zünften wohl nicht vermuthend gewesen wäre, wolte auch dieselben hiemit wolmeynendlich und Stadtväterlich vermahnet haben, an den darin angeführten unjustificirten Drohungen nebst deren Bewerkstelligung keinen Theil zu nehmen und Einen Hochw. Rath auf die Weise hinkünftig nicht zu behelligen."

Die Bürgerschaft dachte aber nicht daran, ihre energische Haltung aufzugeben, sie war entschlossen, es auf eine Machtprobe ankommen zu lassen, und sie ging daher ihrerseits jetzt zum Angriff vor. Sie übersandte dem Rat am 20. Februar 1699 eine Erklärung, daß er die Gesetze und Bürgerrezesse nicht beachtet hätte, sondern willkürlich verfahren und besonders über den Bürgerrezeß von 1669 hinweggegangen sei und „das Judengeschmeis alhie eingeführet undt eine Zeit von Jahren foviret, gehauset und gehegt haben". Daher hätten sich alle Kollegien einmütig zusammengeschlossen und „einer dem andern mit rath und that trewlich adsistiren undt alle undt jede für einen Mann stehen wollen, bis wir entweder durch Güte oder Recht die Ausschaffung der Juden, so bisher wider den beschworenen Bürgerreceß alhie toleriret, von E. Hochw. Rath erhalten haben werden".

Die Bürgerschaft schloß ihre Erklärung mit einem Protest gegen die unrichtige Auffassung und Deutung ihres gemeinsamen Vorgehens.

„Wir protestieren aber hiebey solenniter, daß dise Verbindung Niemandt zu schaden noch denen Rechten zuwider misbrauchet, sondern blos undt allein zu maintenirung des Bürgerrecesses des ao 1669, welche Ein Hochw. Rath in diesem Stücke, die Juden betreffend, zuwider gehandelt angesehen seyn solle. In Urkundt und zu fester Haltung haben wir diesen Union- und Verbindungsschritt eigenhändig von unseren Eltesten unterschreiben undt ein jeder sein Compagnie- und Zunftsiegel daran hengen lassen. So geschehen in Lübeck ao 1699 den 20. Februar.

Junkern Compagnie.	daß Ampt der Becker und dessen Zugehörigen.
Kaufleute Compagnie.	daß Ampt der Schuster und ihr Zugehörigen.
Schonenfahrer.	
Nowgorodfahrer.	das Ampt der schmied und Zugehörigen.
Bergenfahrer.	
Rigafahrer.	
Stockholmfahrer.	das Ampt der Schneider mit den Zugehörigen.
Gewandschneider Compagnie.	
Cramer Compagnie.	
Die Braverzunft.	
die Schiffergesellschaft."	

Diese einheitliche Erklärung aller bürgerlichen Kollegien war eine offene Kampfansage an den Rat, immerhin schien eine Entspannung noch möglich. Aber schon am folgenden Tage erhoben die Kollegien die Forderung, die Juden „binnen dreyen Sonnenschein dieselbe mit Sack und Pack aus dieser Stadt schaffen und zu ewigen Tagen nicht wieder herein kommen lassen wollen."

„Sollte aber ein Hochw. Rath über Verhoffen hierunter anstehen und diese Schriftschänder wider beschworne Rathes- und Bürgerschlüsse und Recesse noch länger alhie protectiren wollen, wird die Ehrliebende Bürgerschaft genöthigt sein, selber Rath zu schaffen und sich von diesem liederlichen Gesindel auf alle zuelängliche Arth und Weise zu entlasten suchen." Die Ältesten würden solange versammelt bleiben, bis sie „eine den Rechten und geistlichem Glauben gemäße Antwort erhalten" würden. Der Rat lehnte trotz der offenen Drohung eine sofortige Entscheidung ab, sagte seinen Beschluß aber für den 1. März zu.

An diesem Tage gab der Rat den vor dem Rathaus versammelten Ältesten der Kollegien bekannt, daß er Kommissare ernannt habe, die am andern Tage mit der Bürgerschaft zusammentreten sollten, um die Streitfrage in befriedigender Weise zu lösen. Die Bürgerschaft verlangte, daß noch am gleichen Nachmittag die Kommission beraten solle, doch der Rat blieb bei seinem Beschluß. Die Kommission trat daher am 2. März 1699 vormittags zusammen, um über die Aufnahme von Juden zu beraten, ohne daß ein grundsätzliches Einvernehmen hergestellt wurde. Immerhin gab der Rat dem Drängen der Bürgerschaft nach und sagte Seligmann am 3. März 1699 den ihm verliehenen Schutz auf und wies ihn mit seiner Familie innerhalb einer Woche aus der Stadt aus. Bezüglich der fremden Juden sollte es bei den früheren Verordnungen bleiben.

„Auf abgestattete Relation Herrn Johann Westken, Herrn D. Joachim von Dahle, Herrn D. Sebastian Gerckens und Herrn Frantz Bernhard Rodden von der gestrigen Conference mit deren Eltesten der bürgerlichen Collegiorum und Zünfte, daß die Ehrliebende Bürgerschaft nicht gemeinet, E. hochw. Rahts iura dem beschworenen Bürger Recess entgegen zu kränken, dennoch aber wegen des Juden Moses Jsaac Seligmann einige gravamina vorkommen, hat Ein Hochw. Rath decretiret und die Herrn der Cämmery committiret, diesen Juden Moses Jsaac Seligmann fordersamst vorzufordern und ihm anzudeuten, daß Ein Hochw. Rath aus besonders bei seiner Person und conduite vorkommende Umstände ihm den gegebenen Schutz hiemit aufgesaget haben wollte, mit dem Anhang, daß er in nächstfolgender Woche mit seiner famille sich von hier begeben solle. Wegen der frembden Juden und deren Ausschaffung läßt Ein How. Rath es bei vorigen Decretis allerdings bewenden."

Diese Entscheidung des Rats genügte der Bürgerschaft keineswegs. In der Frage der Niederlassung von Juden hatte der Rat der Forderung der Bürgerschaft nicht zugestimmt und im besonderen Falle Seligmann hatte er erst für die folgende Woche die Ausweisung verfügt. Die Bürgerschaft legte daher Verwahrung gegen das Dekret des Senats ein und forderte sofortige Entscheidung. Zu dieser Erklärung fügte sie die Drohung hinzu, „wan bey der ohnfehlbar erfolgenden Austreibung der Juden einige Umstandt sich ereignen solte, daran will unbenachtheiliget sein". Der Rat erklärte daraufhin, daß er erst morgen darüber beraten könne, da er jetzt nicht mehr vollzählig versammelt sei. Die Ältesten der Bürgerschaft empfingen diesen ausweichenden Bescheid des Rats mit verhaltenem Unwillen, doch einer aus ihrer Mitte, Barthold Stauber, brach das Schweigen und rief aus, „so bleibt es dabey ... wie dan sogleich danach die deßordre bey den judenhäusern vorgangen".

Mit dem Ausruf Staubers sollte die Drohung der Bürgerschaft wahrgemacht werden, die Juden selbst unter Anwendung von Gewalt zu vertreiben. Noch am

selben Tage, am 3. März 1699, erhielten die Juden von der Bürgerschaft den Befehl, die Stadt sofort stehenden Fußes zu verlassen, da man im andern Falle sie mit Gewalt hinausjagen würde. In der Frühe des andern Tages, eines Sabbaths[3]), den 4. März 1699, wurden alle Juden unter Schmährufen und Mißhandlungen des angesammelten Pöbels aus der Stadt herausgetrieben und über die Grenze gebracht, während man ihr Hab und Gut ins Kloster schaffte und ihnen später nachschickte. Durch diesen Gewaltakt hatte die Bürgerschaft ihren Willen durchgesetzt und eine Entscheidung herbeigeführt, die ausschließlich dem Rat zustand. Durch die Vertreibung der Juden hatte sie den Rat vor eine vollendete Tatsache gestellt, die er vorerst nicht ändern konnte.

Selbst die Geistlichkeit sah sich später in einem Schreiben vom 26. August 1701 veranlaßt, die rohe und gewalttätige Art der Vertreibung nachdrücklichst zu mißbilligen. In den gebildeten und menschlich empfindenden Kreisen, in denen die Geistes- und Herzensbildung etwas galt, sah man in diesem Ausbruch roher Gewalt einen Rückfall in die Zeit des fanatischen Glaubenshasses. Mehrere hochgesinnte Fürsten versuchten, auf Grund einer Beschwerde Seligmanns zu vermitteln und den früheren Zustand wieder herzustellen.

Unter anderen verwandte sich Christian Ernst Markgraf von Bayreuth zugunsten der Juden. Christian Ernst war ein Vetter des Großen Kurfürsten und teilte mit ihm die gleich edle und tolerante Denkungsart. Selbst Kaiser Leopold sandte aus Wien ein Schreiben nach Lübeck, das der Rat mit einer ausführlichen Rechtfertigung beantwortete, ohne der Bürgerschaft von dem Schreiben Kenntnis zu geben.

Mit Nachdruck verlangte die Bürgerschaft diesen Briefwechsel des Rats kennenzulernen, doch der Rat ließ ihre Forderung unberücksichtigt. Das Schreiben, das die Bürgerschaft nunmehr zur Aufklärung des Tatbestandes nach Wien sandte, wurde von der kaiserlichen Kanzlei nicht beantwortet. Alle Schritte, die andererseits zugunsten der Juden unternommen wurden, blieben ohne jeden Erfolg.

So hatte auch Lübeck am Ende des 17. Jahrhunderts seine Judenvertreibung und blieb mit diesem Ausbruch der Volksleidenschaft hinter Frankfurt am Main und Worms nicht zurück. Die Vertreibung war in allen Städten nicht das Werk des leitenden Rats, sondern der Kollegien und Zünfte, die in diesem Punkte die Führung der Stadt an sich gerissen hatten. Der Unterschied bestand darin, daß in Frankfurt und Worms die Juden kurze Zeit nach ihrer Vertreibung durch kaiserliche Verordnung wieder in ihre Wohnstätten zurückgeführt und die Anführer der Bewegung aufs strengste bestraft wurden, während in Lübeck alle Vermittlungsversuche in der Frage der Rückkehr der Juden wirkungslos waren und die Gewalttat selbst ungesühnt blieb.

Rat und Bürgerschaft gingen in der Frage der Judenaufnahme andere Wege, weil sie von verschiedenen Gesichtspunkten sich leiten ließen. Die Bürgerschaft, die sich aus den Vertretern von Handel und Gewerbe zusammensetzte, ließ sich in ihrer Haltung den Juden gegenüber nur von ihren eigenen Interessen bestimmen. Diese sahen sie durch den Handel der Juden geschädigt, da er dem Absatz ihrer eigenen Waren Abbruch tat. Die Sorge und Furcht vor der Schädigung ihrer geschäftlichen Unternehmungen war der leitende Beweggrund für ihre Stellungnahme, Grundsätze des Rechts und der Menschlichkeit sprachen hier nicht mit, da man in den Juden die Verworfenen der menschlichen Gesellschaft sah, die man als Parias behandeln durfte.

---

[3]) Nach S. Carlebach, Geschichte der Juden in Lübeck, S. 25, war es Schabbos Parschas Sochaur.

Es galt sogar als verdienstlich, diese Ausgestoßenen und Verdammten von den ehrbaren bürgerlichen Kreisen fernzuhalten. Nur aus dieser Anschauung heraus läßt sich der geradezu fanatische Haß erklären, der aus jedem Memorial der Bürgerschaft sprach. Es gab keine Schlechtigkeit und Nichtswürdigkeit, die man den Juden nicht andichtete und deren man sie nicht für fähig hielt.

Sie waren „die vermaledeyte Nation und Religion, das Teufels Geschmeiss", und galten als „Christ Schänder und liederliches Gesindel", das Tag und Nacht darüber nachsann, „wie sie die Christen bestehlen, berauben und umb das Ihrige bringen" könnten. „Diese von Gott verfluchte Nation suchet ihrer profession und Handtierung nach aber nichts anders als die Christenleuthe zu betriegen, gestohlenes Gut an sich zu kaufen, zu vertuschen und wieder zu verpartiren".

Man beschuldigte die Juden aller denkbaren Verbrechen, um dann auf Grund dieser willkürlichen Annahme ihre menschenunwürdige Behandlung vor dem eigenen Gewissen zu rechtfertigen. Die Apostel des Hasses wurden nicht müde, die Seele des Volkes mit dem Gift des Judenhasses zu durchsetzen und alle niedrigen Leidenschaften gegen sie wachzurufen. In dieser fanatischen und haßerfüllten Gesinnung lag der wahre Beweggrund für die Judenvertreibung aus Lübeck, die am Ende des 17. Jahrhunderts von der Bürgerschaft ins Werk gesetzt wurde.

Im Gegensatz zur Bürgerschaft nahm der Rat eine grundsätzlich andere Haltung in der Frage der Juden-Aufnahme ein, da er sich von den Haß- und Wahngefühlen der Bürgerschaft in seiner Staatsführung nicht irre machen ließ. Obgleich die Mitglieder des Rats auch Kinder dieses Zeitalters waren, zeigten sie doch den Mut einer freieren und selbständigeren Auffassung, mit der sie staatsmännischen Weitblick verbanden. Nur war der Führungswille des Rats nicht stark genug, da er nicht die Energie besaß, seinen Plan und Willen gegenüber den engherzigen und eigennützigen Absichten der Kollegien und Zünfte durchzusetzen. Die Tatkraft, die der Rat in diesen kritischen Tagen der Judenvertreibung vermissen ließ, hat er kurze Zeit nachher wiedergewonnen und hiedurch die Ehre des Staates durch die Festigkeit und Folgerichtigkeit seiner Politik wieder hergestellt.

Die Bürgerschaft war nicht willens, eine neue Niederlassung der Juden zuzulassen. Nur die Verbindung mit den auswärtigen Juden, die mit Lübeck in Handelsbeziehungen standen, wollte sie nicht aufgeben, weil sie sich geschäftliche Vorteile hiervon versprach. Hierin fand die Bürgerschaft die bereitwillige Unterstützung des Rats, der die Verbindung mit den auswärtigen jüdischen Kaufleuten gleichfalls nicht lösen wollte.

Nur in der Frage des Schutzjudentums blieben die Wege von Rat und Bürgerschaft völlig getrennt. Nach wie vor stemmte sich die Bürgerschaft mit aller Macht gegen die Einführung des Schutzjudentums, während der Rat hierin einen günstigen Faktor für die weitere Entwicklung Lübecks sah und aus diesem Gesichtspunkt heraus den Gedanken einer neuen Begründung des Schutzjudentums weiter verfolgte.

Erneute Einführung des Schutzjudentums

Zwei Jahre nach dem gewaltsamen Zusammenbruch des Schutzjudentums trat ein neuer Bewerber um die schicksalsschwere Stellung des Schutzjuden auf. Am 23. Juni 1701 richtete Ruben Magnus aus Hamburg ein Gesuch an den Rat der Stadt Lübeck, in dem er um Aufnahme als Schutzjude bat.

„Ew. Hoch. Edl. ... soll hiemit in Unterthänigkeit nicht verhalten, wie daß verschiedliche Ehrliche und fürnehme Bürger dieser Stadt gegen mir wohl Erwehnet,

daß sie wohl Uhrsache hetten, alhie in der Stadt einen Juden bey sich wohnen zu lassen, der Ehrlich wäre, keine gestohlene Sachen an sich kauffte, noch sonsten mit verbothenen unziehmlichen Handeln sich zu Ernehren suchte, sondern Redlich Gewerb und Handlung zu treiben Beflißen wäre. Wan ich nun von Jugend auf mich, Gottlob, also Betragen, daß ich deßen in Hamburg und anderer Orthen, bei Christen und Juden, ein gutes Gezeugnis habe und deßwegen der sicheren Hoffnung lebe, wann E. HochEdler und Hochw. Rath, alhie Einen Juden wieder zu recipieren und bey sich in dieser Stadt wohnen zu laßen geneigt seyn solte, Sie keine Uhrsache finden würden, mich zu verwerffen oder Mir einen andern vorzuziehen, weil ich resolviret bin, nicht allein wegen meines wolverhaltens Caution zu bestellen sondern auch dem Publico, für diese Vergönstigung entweder gleich für der Hand Eintausend Rthlr. zu bezahlen oder auch Jahr für Jahr für diese Vergönstigung dem publico 200 Rthlr. zu Erlegen und waß mein Hauß belanget, die Bürgerliche Onera abzustatten, jedoch daß auch kein andrer Jude mir Eingriff thun müße, in meiner Handlung noch zu wohnen.

Ersuche demnach E. H. Rath unterthäniglich, mir auff vorgeschlagene Conditiones mit freyer wohnung und Handlung in dieser guten Stadt Hochgeneigt zu begönstigen und dero obrigkeitlichen Schutzes und Schirmes genießen zu laßen ..."

Der Rat nahm vorerst dieses Gesuch entgegen, ohne sofort Stellung zu ihm zu nehmen, und faßte dann am 12. August 1701 den Beschluß, die einzelnen Kollegien der Bürgerschaft um ihre Meinungsäußerung in schriftlicher Form zu ersuchen. Als allmählich das Gerücht sich immer mehr verbreitete, daß das Gesuch eines Juden um Aufnahme in Lübeck vorliege, wandte sich die gesamte Geistlichkeit, Senior und Pastoren, am 26. August in einer sehr ausfallend und schroff gehaltenen Eingabe an den Rat, in der sie um Ablehnung des Aufnahmegesuchs ersuchte: „Magnifici, Hoch und Woll Edle Hoch und Woll Weise Großachtbare und Hochgelahrte sonders Hochgeehrte Herren."

„Es geht ein stark Gerücht in der Stadt, daß man damit umbgehe, wie man wiederumb hieselbst einen Juden zu setzen und demselben eine beständige Wohnung einräumen möge ...

Hienebst können wir nicht absehen, wie es zu rahten sey, daß man sich mit diesen Leuten abgebe

1. Weil wir ihrer einmahl los sind. Denn ob wir zwar die Art und weise, wie wir ihrer los geworden, nie gebilliget, sondern auch solche einestheils bey gegebener Gelegenheit öffentlich in der gemeine gestraffet haben, so kan uns doch die Sache Selbst anders nicht als lieb und angenehm seyn, weil wir dadurch von aller unordnung, welche diese leute bey uns vorhin so wohl in ihrem vermeinten, aber Gott dem Herren nunmehr sehr verhasseten Gottesdiensten als ihrer Beschneidung, Jahrfesten wie auch öffentlich Copulationibus und abergläubigen Trauungen als allem Bösen, welches dieselbige wider Gott und ihren Nächsten mannigfältig verübet und dadurch die sünden in dieser stadt gehäufet haben, seidt befreyet worden ..."
2. Dieses Volk sei gotteslästerlich, welches den Heiland schände und schmähe, wie dies aus ihren „Beth-Büchern" hervorgehe. Daher solle eine christliche Obrigkeit ihre Tore solchen Lästerern des Heilands nicht öffnen.
3. Dieses Volk sei recht unnütz, wie es in Scotus heiße, „daß unter den Christen die Juden so nütze sein als die Mäuse unter dem Waitzen". Und man müsse zusehen, nicht durch dieses Volk zu schanden zu werden, das nichts nütze sondern nur zu Schande und Spott führe.

4. Dieses Volk sei den christlichen Einwohnern der Stadt schädlich, weil es kein ehrlich Handwerk gelernt sondern sich vom Schweiß und Blut der Christen nähre. Dieser Jude, der aufgenommen sein wolle, rühme sich zwar, daß er ehrlich sei, keine gestohlenen Sachen kaufe sondern ein redliches Gewerbe treibe. „Allein wie ist dieses bey einem Juden zu vermuthen?"

„Es sei bekannt, daß sie die ihrigen lehrten, es sei keine Sünde, wenn einer einem Christen etwas stehle. Dieser hungrige Wolf werde den Rachen nach dem Gut der Christen in der Stadt auftun. Deshalb möge der Rat nicht zulassen, daß diese Stadt mit der Last des gotteslästerlichen und ungerechten Judengeschmeißes aufs Neue beschwert werde, sondern das Gesuch um Aufnahme abweisen, damit die Ehre des Heilandes an diesem Ort ungeschändet bleibe."

Auf diese Ausführungen der Geistlichkeit, die in ihrer gehässigen Feindseligkeit selbst auf den Rat abstoßend wirkten, erfolgte zwei Monate später eine sehr entschieden gehaltene Absage, in welcher der Rat mit einem derben Verweise nicht zurückhielt und jede Einmischung der Geistlichkeit ablehnte.

„Auf das eingegebene Memorial deß Ehrw. Ministerii wegen reception eines juden in diese Stadt, giebt E. H. R. zum Bescheid, daß E. H. R. dergl. unverdiente herbe expreßiones von E. Ehrw. Ministerio nicht vonnöthen gewesen wäre und in der sache Kraft Obrigkeitl. Ampts schon zu verfahren wißen würde".

Stellungnahme der Kollegien und Zünfte

Inzwischen hatten die einzelnen Kollegien dem Rat ihre Beschlüsse schriftlich eingereicht, in denen sie ihre Stellungnahme zu dem Aufnahmegesuch des Ruben Magnus ausführlich begründeten.

Die *Junker-Kompanie* stimmte für die Aufnahme auf 10 Jahre unter besonderen Bedingungen, „Alß gehet Collegii meinung dahin, daß es zwahr consentirte, daß dieser Jude auf 10 Jahr recipirt werde". Er dürfe aber den Christen mit seinem Judentum kein Ärgernis geben und müsse sich Sonntag zu Hause halten, solle keinen Wucher treiben und kein gestohlenes Gut kaufen.

Die *Kaufleute-Kompanie* entschied sich dahin: „Es ist der Kaufläute Compagnie Bestendiger wille, daß alle Juden gänzlich ausgeschaffet werden mögen, wen aber Solches unmöglich zu Erhalten, achten Sie Beßer Einen alß viele Juden zu dulden."

Die *Schonenfahrer* lehnten die Aufnahme von Juden entschieden ab: „Glauben demnach die Schonenfahrer bey der Ungeenderten festen Resolution, daß hinfort kein judengeschmeis wieder alhier geduldet werden solle und können folglich in recipirung eines einigen oder mehr Juden durchauß nicht consentiren, auß Gottes Wort und der erfahrung genugsam überzeuget, daß solches angebothenes Judas-Gelt dieser guten Stadt vielmehr fluch und Unsegen als profit und Nutzen bringen ...."

Die *Novgorodfahrer* antworteten, daß „Sie vielmehr wider diejenigen, so darein consentiren möchten feyerlichst Protestiren, wollen auch Entschuldiget sein, des Unheils, so deßwegen über Kurtz oder Lang daraus Entstehen möchte ...."

Die *Bergenfahrer* stimmten dem Antrag nur bedingt zu: „consentiren die Bergenfahrer insoweit darin, wann der Jude am Sonntage geruhig lebe, keinen übergebührlichen Wucher nehme und fleißig die andern einschleichenden Juden anmeldet ...."

Die *Rigafahrer* nahmen dagegen Stellung; da sie „in keinerley weiße noch wege consentiren können noch wollen, daß Juden in dieser Stadt wieder eingenommen werden ...."

Die *Stockholmfahrer* antworteten, „daß man hohe uhrsache hat, gegen dem höchsten Gott dank abzustatten, daß nach vieler und großer Mühe das Judengeschmeis auß der Stadt geschaffet, wozu Ein hochw. Raht das ihro mitt Contribuiret, alß daß man hohe uhrsache hat, sich bei Zeiten vorzusehn, daß solch Geschmeis und Verächter Christi nicht wieder einwurzeln ...."

Die *Gewandschneider-Kompanie* stimmte nur unter der Bedingung zu, daß der Jude Ruben Magnus nicht in der Stadt wohne, sondern „wen derselbe außer der Landwehr sich aufhielte, des Tages alhir in der Stadt Ehrlich Gewerbe und Handel treibe, deß Nachts aber außer der Stadt sey ...."

Die *Krämer-Kompanie* „wollen und können darumb in Einnehmung dieses gottlosen Diebesgesindel nicht willigen .... und wollen dies Geschmeiß völlig aus unserer guten Stadt treiben ...."

Die *Brauer-Zunft* war für die Aufnahme auf 5 Jahre: „Wenn nun vorgedachter Ruben Magnus sich hierzu anheischig machen, auch Jährlich dem Publico 1000 Thaler geben will, so dan consentiret die Brauerzunft, Ihm vorerst auf 5 Jahre zu admittiren."

Die *Schiffergesellschaft* sprach sich gegen die Aufnahme aus und „geben allesambt einhellig zur andwort, daß eß große Mühe erfordert hatte, dieselben auß der Stadt zu schaffen und dabey wollten sie es in Gottes Nahmen laßen, könnten also in deren wieder einnehmung nicht consentiren".

Die vier Ämter der *Schmiede, Schneider, Bäcker* und *Schuster* faßten eine Resolution, „das sie damit einig wehren, das ein Jude auf gewiße Jährliche recognition hieselbst sein möchte: Jedoch daß Er sich Ehrlich verhielte. Keine gestohlene Sache an sich Kauffe, Keine andere Juden, außer so Er bei seinen Diensten nöthig hette, an sich zöge und die Leute mit den Zinsen nicht übersehete".

So war die Stellungnahme der bürgerlichen Kollegien ganz verschieden, teils zustimmend, teils ablehnend. 6 hatten sich für die Aufnahme des Rubens Magnus und 5 dagegen ausgesprochen. Der Rat zog aus diesen sehr geteilten Meinungen den Schluß, daß ihm nunmehr allein das Recht der Entscheidung zustehe und entschied sich daher für die Aufnahme des Ruben Magnus als Schutzjuden am 3. Dezember 1701.

Schutzjudentum des Ruben Magnus

Das Dekret des Rats, in dem er Ruben Magnus die Aufnahme bewilligte, entsprach inhaltlich dem Schutzbrief vom 6. Dezember 1701, den er ihm ausstellte. Die hier ausgesprochenen Bedingungen haben für alle späteren Aufnahmen von Schutzjuden als Vorlage gedient. Mit der Niederlassung von Ruben Magnus begann die neue Periode des offiziellen Schutzjudentums in Lübeck. Der Schutzbrief hatte folgenden Wortlaut:

„Es hat Ein hochw. Rath auff des Juden Ruben Magnus vorhin eingekommenes Supplicatum und dabey erwogenes Monitis der Bürgerlichen Collegiorum resolviret, daß gedachter Jude Ruben Magnus sich hieselbst aufhalten, wohnen und sein Gewerbe treiben möge, doch daß er sich bey Sonn- und Festtagen unter wehrenden Gottesdienst in seinem Hause halten und an selben Tagen sonst mit seiner Gewerb niemand einige Ärgernis geben.

2. dabey keinen übermäßigen Wucher Treiben, sondern mit solchen Zinßen wie Stadt üblich, zufrieden seyn,

3. kein gestohlenes Guth wißentlich an sich kaufen, vielmehr, wenn er deshalb Verdacht hat, solches dem Gerichte anmelden, auch
4. keine fremde Juden außer diejenige, so er würcklich in seinen Diensten Brauchet, an sich ziehen und haußen, sondern
5. wann er einige frembde Juden alhier vermerket, solche bey denen Officiis, damit sie fortgeschaffet und dem Befinden nach gestraffet werden mögen, angeben, dazu
6. sampt sein Nachtbahr Recht jährlich 600 Mark der Casse bezahlen, undt zwar solcher Gestalt, daß er allemahl gegen Thomas Tag solche 600 M. praenumeriren und voraußzahlen solle.

Inmaßen Ihm dan, wann er solchen also nachkomme, Schutz gegeben werden solle. Es behält sich aber Ein Hochw. Rath bevor, wan es etwan dieser guhten Stadt Nothwendige Angelegenheit oder sonst einige erhebliche Uhrsachen erfordern solten, dem Befinden nach ein halb Jahr zuvor diesen ertheilten Schutz zu revociren und aufzusagen,"

Die Bürgerschaft hatte diese Entscheidung des Rats nicht erwartet und sah sich vor eine vollendete Tatsache gestellt, die sie aber nicht als unabänderlich hinnehmen wollte. Die Kollegien, die sich gegen die Aufnahme ausgesprochen hatten, vor allem die Schonenfahrer, wollten die abgegebenen Voten selbst kenenlernen. Der Rat ging zwar auf dieses Verlangen ein, wahrte aber gleichzeitig seinen grundsätzlichen Standpunkt, „obwohl Ein Hochw. Rath nicht verbunden wäre, ihnen sothane Vota zu communiciren ... wie auch daß die Reception des Juden iuxta recessum dem magistratui allein zukomme und ad Vota Collegiorum nicht verbunden sey".

Von den Kollegien hätten sich überdies sechs für die Aufnahme und fünf dagegen ausgesprochen, da die Novgorodfahrer ihr Votum zu spät abgegeben hätten. Die Kollegien stellten aber am 20. März 1702 durch Einsichtnahme in die abgegebenen Voten fest, daß 4 Vota für die Zulassung und 6 gegen die Aufnahme abgegeben worden seien, die Aufnahme sei daher gegen die Mehrheit der Kollegien erfolgt und nicht zulässig. Der Rat nahm aber den Protest der Kollegien nicht an und hielt in seiner Antwort am 6. Mai 1702 an der einmal getroffenen Entscheidung als zu Recht bestehend fest.

„Der Rat habe die Meinung der Collegien gern eingenommen und die Erinnerungen so viel möglich attendiret auch den Schutzbrief darauf eingerichtet. Collegien sollen aber Ruhe stehen und ihn nicht weiter behelligen. Der Rath wolle nicht verfassungsmäßige Concurrenz der Collegien in Sachen, worin sie solche hätten, beeinträchtigen." Der Rat stellte sich auf den Standpunkt, daß ihm die Führung des Staates zustehe und daß er berufen sei, die Interessen des Staates nach seiner Entscheidung zu wahren. Die Voten der Kollegien wollte er aber nur als Ausdruck ihrer Meinung zur Kenntnis nehmen und, soweit es sich mit seiner Stellungnahme vereinigen lasse, berücksichtigen, aber in seiner verfassungsmäßigen Führung wollte er keine Einmischung dulden.

Vergleich des Ruben Magnus mit dem Gutsherrn von Moisling

Ruben Magnus hatte sein Ziel erreicht und Aufnahme als Schutzjude in Lübeck gefunden. Er machte aber bald die Erfahrung, daß diese bevorrechtigte Stellung keineswegs den Erwartungen entsprach, die er daran geknüpft hatte. Den Grund für die wenig einträgliche Lage des Schutzjudentums führte er auf die zunehmende Konkurrenz der Moislinger Juden zurück, die trotz aller gegen sie gerichteten

Bestimmungen ihre Waren in großer Menge in Lübeck absetzten. Ruben Magnus setzte zwar durch, daß die fremden Juden nur mit seiner Zustimmung Einlaß in die Stadt erhielten, so daß der Gutsherr von Moisling am 5. März 1709 gegen dieses Vorrecht Beschwerde einlegte.

Aber andererseits schloß Ruben Magnus mit dem Gutsherrn von Moisling, v. Weddercopp, am 28. August 1714 einen förmlichen Vergleich, in dem dieser ihm freies Aufenthaltsrecht in Moisling zugestand, die Teilnahme am dortigen Gottesdienst freistellte und ihm das Bestattungsrecht auf dem Friedhof zu Moisling zusicherte.

„Zu wißen sey hiemit, daß Heute unter gesetztem dato Ein Unwider Ruflicher Vergleich und Schutz-Consens zwischen Ihr Exellentz dem Herrn Geheimbten Raths Presidenten von Wedercop und dessen Successoren zu Meußling Einer und Ruben Magnus SchutzJude in Lübeck andern Theils geschloßen, nembl. Er versprochen, Seiner Exellentz und mit Beschriebene obgedachten Juden Ruben Magnus, daß Er möge nebst Frau und allen Seinen Kindern in dem Meußlingschen Gebiethe frey, Sicher und ungehindert auß und Eingehen, auch nach Seinem Belieben mit denen anderen daselbst wohnenden Juden Seinen Gottesdienst halten, auch an dem Orthe, wan Er und die Seinigen worden verstorben, Ihro Begräbniß haben.

Jedoch daß vor jedem Todten Klein oder Groß, Manß oder Weiblicher Geschlechts allemahl vier Spec. Rthlr. und über dem Jährlich auff Michaelis Sechs Reichsthaler in Specie auf dem Meußlingschen Hoff außzuzahlen, dagegen wird ihm Ruben Magnus und den Seinigen aller Schutz versprochen, alß daß Sie daselbst mit keinem Arrest zu Belegen, sondern frey und ungehindert kommen und wieder abgehen mögen und daß dieselbe, welche gegen Sie waß zu praetendiren oder zu suchen vermeinen, an Seine Ordentliche Obrigkeit in Lübeck zu verweisen, alwo Sie geseßen und wohnhafftig sein, Aller ohne List und gefehrde, zu mehrer Versicherung ist dieser vergleich von Beyderseits Contrahenten unterschrieben und Besiegelt, auch davon jedem Theil Ein Exemplar zugestellt worden".

Durch diesen Vertrag mit der Gutsherrschaft Moisling glaubte Ruben Magnus, den religiösen Anforderungen Genüge geleistet zu haben, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schutzjudentums hatte er aber durch den freien ungehinderten Verkehr und Aufenthalt in Moisling nicht bessern können und alle seine Versuche, eine größere Rentabilität durch seine Maßnahmen zu erzielen, waren bisher ohne Erfolg geblieben. Sogar die spätere Verordnung zu seinen Gunsten, daß die Moislinger Juden bei ihrem Eintritt in die Stadt ihm selbst 9 Schilling zahlen mußten, blieb ohne Wirkung.

Alle diese Maßnahmen, die nur getroffen worden waren, um die Stellung des Schutzjuden wirtschaftlich zu heben, konnten seine mißliche Lage nicht ändern. Ruben wies am 17. Januar 1724 in einer Eingabe auf den Schaden hin, der ihm durch die Tätigkeit der Moislinger Juden erwachse und machte vergeblich geltend, daß seine Stellung wenig einträglich sei.

„Den die Moißlinger Juden Thun mir gahr zu grossen Schaden, indehm sie nicht allein des Tages in der Stadt auß und eingehen, Besondern gahr zu nachts drinnen Bleiben, nicht allein Eine Nacht sondern, da Ihro Magnif. Einige am verwichenen Mittwochen auff dero hohen Befehl seint ein Passiret, so seint dieselbige nur am freytag gegen abendt erstlich wieder hinaußgegangen, daß sie also mir sehr großen eingriff Thun, Ich dahingegen Mein Schutzgeldt wie gebühret allemahl entrichte, auch habe ich jederzeit, wovor ich nochmals unterthänigen Dank abstatte, auch die Gnade gehabt, welches auch in Meiner Bestallung mit verfasst

ist, daß wann ein Jude vors Thor gekohmen ist, daß es mir gesaget ist worden, wann ich ihm alßdann nicht gekandt, oder daß er mir schädlich ist gewesen, da ich dann an dem orth, da daß Territory ist gewesen, habe angemeldet, so hat er wieder müßen zurückgehn, Es ist überdehm wenig zu Thun und ich werde auch alt, daß ich nicht viell verdienen kann.

Es ist mir auch bewußt, daß vor ungefähr 16 Jahren Ihro Königl. Mayest. zu Denmark und Norwegen auch an hiesigen Magistrat geschrieben, daß er wolte hier einen Juden haben, weille aber Ein Edler Hochw. Rath es dazumahl abgeschrieben, umb dero und dieser Stadt freyheit vor sich zu Behalten, alß ist es dazumahl dabey geblieben".

Auf Grund dieser Eingabe verfügte der Rat, daß die Angelegenheit untersucht werde, ohne daß die Wünsche des Rubens Magnus in Erfüllung gegangen wären.

Um die gleiche Zeit, 1724, fand eine neue Regelung der Bestimmungen über den Einlaß der Moislinger Juden statt, bei der manche Verordnung aus Entgegenkommen gegen den Gutsherrn von Moisling, v. Weddercopp, gemildert wurde, wie es offiziell betont wurde, während auf die Wünsche des Schutzjuden keine Rücksicht genommen wurde.

Das Verhältnis, in dem Ruben Magnus zu Moisling stand, sollte sich aber mit den Jahren noch mehr verschlechtern. Denn als im Jahre 1731 Lübeck eine Verordnung erließ, die bestimmte, daß ein Soldat zur Verhütung unerlaubten Handels die Moislinger Juden bei ihren Einkäufen in Lübeck begleiten sollte, hielten die Juden Moislings Ruben Magnus für den eigentlichen Urheber dieser Verfügung und taten ihn deshalb in den Bann.

Magnus beschwerte sich deshalb bei dem Rat in Lübeck am 17. April 1731, daß durch diese Verhängung des Banns sein Name gebrandmarkt würde. „Als Euer Magnificenses HochEdl. . . . gegen die auswertige Meußlinger Juden die Stadtväterliche Verordnung daßelbigen zur Verhütung ihrer unerlaubten Schacherey zur Absicht ein Soldate durch die Stadt mitgegeben . . . . so geben die Meußlinger Juden, wie Sie ihre Rache gegen niemand anders auszuüben vermöcht, so weit ihre Boßheit gehen laßen, daß Sie mich nebst allen Lübeckern, so Theil an solcher Verordnung gehabt, in den Bann Josua des Sohnes Nun gethan haben. Nun wird zwar ampl. Senatus solchen Bann so wenig als ein eintziger Lübecker regardiren, ich würde auch, da ich zu solcher Verordnung nichtes Beygetragen oder so ich es auch gethan, kein Unrecht daran begangen hätte, wenig mich darumb bekümmern, wann dieße Meußlinger Juden mich in ihren Büchern als einen Verächter nicht aufgezeichnet und ein Verbot hätten ergehen laßen, daß mich keiner in Meußling haußen noch bei 10 Rthlr. Straffe einmahl mit mir reden solte."

Magnus bat deshalb den Rat, die Ältesten Moislings zur Aufhebung des Banns zu veranlaßen, „Auch desbehuffs die Eltesten der Judenschafft aus Meußling, Jacob Meier, den Kleinen Lewin Hanach und Lewin Landspurg, hochgeneigst alhier anhalten zu laßen, daß Sie den Bann gegen mich aufzuheben und die mir imputirte Verächterey aus ihren Büchern bey Straffe anders der Stadt untersaget und mit Harten Straffen beleget zu werden, gäntzlich zu deliren schuldig und gehalten wären."

Es ist erklärlich, daß das Verhältnis zwischen dem Lübecker Schutzjuden und den Moislingern im allgemeinen recht gespannt war, weil ihre gegenseitige Konkurrenz keine freundschaftlichen Beziehungen aufkommen ließ, aber in diesem Fall taten die Moislinger Ruben Magnus Unrecht, da die Veranlassung zu dieser Verfügung nicht von ihm ausgegangen war.

Niederlegung des Schutzjudentums durch Ruben Magnus

Durch das Mißgeschick in seiner Familie wurde Ruben Magnus gleichfalls hart betroffen. Sein Schwiegersohn Chaim Moses Spanier war auf Ansuchen der Schonenfahrer am 18. Dezember 1728 aus der Stadt ausgewiesen worden und das Verbot seiner Niederlassung war sogar nach Jahren am 30. Januar 1737 ausdrücklich erneuert worden. Alle Versuche Rubens, dieses Verbot aufheben zu lassen, blieben erfolglos, und Ruben mußte auf die Durchführung seines Plans verzichten, seinem Schwiegersohn die Nachfolge im Schutzverhältnis zu sichern. Vergebens hatte Ruben darauf hingewiesen, daß v. Weddercopp seinen Schwiegersohn zum „Eltesten und Vorsteher der Judenschafft in Moisling neuligst erwehlet haben", vergebens war auch seine Behauptung, „Spanier sei fälschlich angeschwärzt worden". Ebenso wirkungslos blieb sein Hinweis auf sein hohes Alter von 75 Jahren. Die Goldschmiede traten für die weitere Aufrechterhaltung des Verbots ein, und der Rat bestätigte am 6. März 1737 aufs neue die Ausweisung von Spanier.

Erst am 1. November 1737 ließ sich der Rat auf Intervention des dänischen Residenten von Stradtmann dazu bewegen, Chaim Moses Spanier den Eintritt in die Stadt wieder zu erlauben, mit der ausdrücklichen Bemerkung „verstattet ihm nur, was allen Moislinger Juden vergönnt sei".

Trotz aller Bemühungen konnte Ruben Magnus seine Absicht nicht verwirklichen, seinen Sohn als seinen Nachfolger einzusetzen und seine Familie auf die Dauer in Lübeck einzubürgern. Alle diese Fehlschläge veranlaßten ihn, sein Schutzjudentum um 1738 aufzugeben, wenn er auch bis 1745 in Lübeck wohnen blieb. Seinem Sohn Joseph wurde sogar auf Beschwerde der Goldschmiede der Eintritt in die Stadt verwehrt, denn am 15. März 1745 erhielt der Offizier am Holstentor die ausdrückliche Anweisung, darauf zu achten, „daß der Jude Joseph Ruben gar nicht wieder in die Stadt komme".

So ging das Schutzjudentum des Ruben Magnus, das bei seiner Einführung so hart erkämpft worden war, sang- und klanglos zu Ende. Nichts als Enttäuschungen hatte es seinem Träger gebracht, von allen Hoffnungen war auch nicht eine einzige in Erfüllung gegangen. Erst dem Nachfolger von Ruben Magnus, dem Frankfurter Meyer Isaac Stern gelang es, eine Art von Erbfolge den Mitgliedern seiner Familie im Schutzverhältnis zu sichern. Seine Bewerbung um die Stelle des Schutzjuden in Lübeck lag bereits 1738 vor.

Schutzjudentum des Meyer Isaac Stern

Am 20. Januar 1738 hatte *Meyer Isaac Stern* ein Gesuch um Aufnahme als Schutzjude in Lübeck eingereicht und am 4. Februar sein Gesuch unter Aufstellung neuer Vorschläge wiederholt. Die Stadtkasse hatte am 10. Februar empfohlen, den alten Ruben Magnus nicht zu verstoßen, sondern ihn neben Stern beizubehalten und Stern bei einem Schutzgeld von 400 Mark jährlich aufzunehmen. Die Höhe des Schutzgeldes hatte man heruntergesetzt, denn Ruben Magnus hatte noch 800 Mark zahlen müssen.

Am 26. Februar 1738 beschloß der Rat, das Gesuch des Meyer Isaac Stern anzunehmen und ihn als Schutzjuden aufzunehmen. Es solle ihm gleichzeitig ein Schutzbrief ausgestellt werden, der nach Form und Inhalt dem früheren des Ruben Magnus entsprechen solle. „Nach Einhalt des dem Juden Ruben Magnus ertheilten privilegii und den übergebenen monitis gemäß ein Schutzbrief solle ausgefertiget werden".

Meyer Isaac Stern, der aus Frankfurt am Main stammte, hatte als Schutzjude nicht mehr Glück und Erfolg als sein Vorgänger. Er fand die gleichen offenen und geheimen Widerstände in den Handelskreisen der Bürgerschaft, wenn ihm auch der Rat in seinen Wünschen und Forderungen mehr entgegenkam.

Denn kurze Zeit nach seiner Niederlassung in Lübeck hatte Stern an den Rat am 24. Oktober 1738 eine Eingabe gerichtet, in der er einige Wünsche zum Ausdruck brachte.

„Nachdehm Ew. Magnificenses ... mich zu dero Schutzjuden anzunehmen geruhet und mir hieselbst Handel und Wandel zu Treiben erlaubet haben; So veranlaßen mich einige Umbstände und Vorfälle, dieselben Supplicando unterthänig anzutreten. Dann, da 1. unser Gesetz uns verbiethet, zur Zeit unseres Sabbaths keine Geschäfte außerhalb Hauses zu verrichten und daher keine Briefe nach der Post zu bringen oder davon abzulangen, noch sonst etwas zu unserer unumbgänglichen Bedürfniß zu besorgen woferne nicht die hohe Obrigkeit des orts, wo wir leben, uns gegen Erlegung einer wilkührigen Gabe an die Arme solcher wegen dispensiret."

Im Anschluß hieran forderte er außerhalb der Tore einen Begräbnisplatz für sich und seine Familie. In der Fortsetzung der Eingabe bat er um das Recht, bei öffentlichem Verkauf mitbieten zu dürfen. „... die Bey hiesigen öffentlichen ausrufen sich nebst mir einfindende Käufer mich zu behindern suchen, daß ich nicht mit auf die zu verkaufende Sachen Biethen soll, welches mir aber umb so weniger gewehret werden mag, als es eines Theils publique ausrufe seyn, wo einen jeden, wer es auch ist, zu biethen und zu kaufen frey stehet, andern Theils es denen Eigenthümern solcher Sachen, welche größentheils in pupillen oder verarmten leute güther bestehen, daran gelegen, daß solche Sachen aufs höchste ausgebracht werden, so sehe ich mich gemüßiget, E.H. Rath unterthänig zu ersuchen, dieselben geruhen zuvörderst darin, daß ich und die Meinigen auf unsern Sabbath unsere nothwendigen Geschäfte außer Hause ausrichten mögen, großgünstig zu dispensiren, nienegst mir und den Meinigen zur Beerdigung einen Ort außer der Stadt anweisen zu laßen und endlich darin mich obrigkeitlich zu schützen, daß mir bei publiquen ausrufen keine Hinderniß geleget noch gewehret werde, nach der allgemeinen Freyheit, auf die ausgerufene Sachen gleich anderen Biethen und solche kaufen zu können."

Auf dieses Gesuch antwortete der Rat am 16. Januar 1739, daß ein Begräbnisplatz vor der Stadt noch nicht statthabe, „übrigens aber vergönnet, daß er sowohl an seinen Sabbathtagen Briefe nach der Post bringen oder ablangen und sonsten alle nötigen Hausgeschäfte verrichten als auch gleich sein Verweser in öffentlichen Anruf auf die daselbst zu verkaufenden Sachen mit bieten und selbige an sich erhandeln könne."

Die Stellung des Rats war demnach durchaus wohlwollend gegenüber den Wünschen des Schutzjuden. Er legte schon hier, besonders im dritten Punkt den Standpunkt fest, den er einige Jahrzehnte später trotz aller Widerstände durchaus eingehalten hat, als es sich um die Teilnahme des Schutzjuden bei Auktionen handelte. Die Stände dachten aber anders, sie suchten seinen Handel in jeder möglichen Weise zu unterbinden.

Gewiß kamen hin und wieder kleine Verstöße Sterns vor, über die sofort Beschwerden einliefen. So beschuldigte ihn am 4. März 1739 die Krämer-Kompanie, daß er seinen Jungen Lazarus Nathan mit „Brocade" habe hausieren lassen. Der Rat hatte darauhin diese Stücke für „confiscable" erklärt und der Wette aufgetragen, darauf zu achten, „daß sowohl der hiesige Schutzjude als auch die Moislinger

Juden sich des Hausieren Gehens und feilbeutens mit Krahm Waaren Bey nachdrücklicher Strafe enthalten müßen".

Eine weitere Beschwerde reichten die Bernsteindreher über Stern am 15. Dezember 1744 ein, daß er die größten und besten Stücke Bernstein kaufe und ihnen nur die kleinen und schlechten Brocken übrig lasse.

Die Goldschmiede klagten am 12. März 1745, daß Stern altes Silber und Gold ankaufe und einen fremden Juden Israel Joseph in seinem Hause halte.

Endlich beschwerten sich 1755 die Kollegien über seinen großen Familienkreis und Anhang von Bekannten, den er an sich ziehe. Die Klage hatte zur Folge, daß die Wette über die fremden und die insgeheim in der Stadt wohnenden Juden eine Untersuchung anstellte.

Da Stern bei seinen geschäftlichen Unternehmungen stets auf Widerstand stieß und die Konflikte mit den verschiedenen Ständen sich mehrten, wurde seine geschäftliche Lage immer schlechter. In dieser Not wollte der alte Stern die Bürde des Schutzjudentums nicht länger tragen.

Er bat daher in einem Gesuch 1759, seine beiden Söhne als Schutzjuden aufzunehmen. Der Rat wandte sich deshalb an die Bürgerschaft und ersuchte sie um ihr Votum, ob es geraten sei, die beiden hier etablierten Söhne des Meyer Isaac Stern gegen Zahlung von 400 Mark Lübsch jährliches Schutzgeld als Schutzjuden aufzunehmen. Die meisten Kollegien der Bürgerschaft lehnten die Aufnahme ab, da „nur Ein Schutzjude seyn dürfe". Das Votum der Kaufleute-Kompanie lautete: „Ist in unßerm Collegio beliebt nur Einem, also den alten Stern, zum Schutzjuden auf 400 Mark Jährlich in Schutz zu behalten mit Ausschließung seiner beyden Söhne". Der Rat schloß sich dieser Meinung an und ließ die beiden Söhne Sterns am 22. Februar 1760 auffordern, sich aus der Stadt zu begeben.

Stern ließ sich jedoch durch die Ablehnung seines Gesuchs nicht von seinen Plänen abbringen. In einer neuen Eingabe vom 27. Januar 1761 bat Stern, seinem ältesten Sohn Süßkind seinen eigenen Schutzbrief zu übergeben und seinen jüngsten Sohn Elkan gegen ein billiges Schutzgeld in die Stadt aufzunehmen, „den mir erteilten Schutzbrief in Gnaden wieder abzunehmen und meinen Eltesten Sohn Süßkind Meyer Stern mit dem Privilegio wieder Hochgeneigt zu begönstigen." Er selbst war sich noch nicht schlüssig, wo er seinen Aufenthalt nehmen wollte, „ob Ich nach meiner Heymath und Geburts-Ort, nemlich Franckfurth am Mayn, soll fortsetzen oder ob Ich in obscuro hier biß an mein Ende kann bleiben".

Der Rat ließ dieses Gesuch wiederum der Bürgerschaft zur Meinungsäußerung vorlegen und machte auf die Nachteile aufmerksam, die für die Stadt bei der Ausweisung der beiden Söhne entstehen würden. Sieben bürgerliche Kollegien waren der Ansicht, daß die Niederlassung eines Schutzjuden im Interesse der Stadt liegen könne und daher auch ferner seine Aufnahme zu empfehlen sei. Sie stimmten auch dem Verlangen des alten Stern zu, einen seiner Söhne anzunehmen und einige Bediente zu halten. Anderseits machten sie aber geltend, daß alle übrigen Juden nicht nur überflüssig sondern sogar schädlich seien und aus diesem Grunde forderten sie, daß das Dekret vom 22. Februar 1760 entschieden durchgeführt werden müsse.

Der Rat ging der Sache daher weiter nach und beschloß am 3. Juni 1761, „falls der alte Stern nicht länger Schutzjude bleiben wolle, einen seiner beyden verehligten Söhne wieder dazu aufzunehmen." Die Entscheidung sollte für den Rat und die Bürgerschaft bald von selbst gegeben sein. Denn das Geschäft des älteren Sohnes

Süßkind Meyer Stern brach zusammen, die Gläubiger Süßkinds bestanden am 16. Juli 1761 darauf, daß der Schuldner aufrichtig seine „massam Bonorum" angebe, „weil wir wegen Unwissenheit der Ebräischen Sprache uns nimmer daraus finden können, auch bisher aller Versuch ohngeachtet einen solchen Menschen nicht habhaft weren mögen, der das so genannte Jüdisch-Teutsch verstehe und in Handlungs Sachen darunter ersprießliche Dienste leisten mag." Durch diese geschäftlichen Schwierigkeiten schied Süßkind als ernsthafter Bewerber vorerst aus.

Unter diesen Umständen konnte der alte Stern den Verpflichtungen des Schutzjudentums nicht mehr nachkommen und legte deshalb am Anfang des Jahres 1761 die Stelle eines Schutzjuden nieder. Wenige Monate später ereilte ihn plötzlich am 25. August 1761 der Tod. Der Rat verfügte am nächsten Tag, daß der Verstorbene von dem Rats-Chirurgen Vogel seziert und festgestellt werde, ob keine signa violentiae vorlägen, dann erst sollte seine Leiche den Verwandten zur Beerdigung freigegeben werden „und des Endes das mit versiegelte Todten Hembd denselben extradiret werde."

Ein Vorkommnis aus dem letzten Lebensjahr Sterns beleuchtet am besten die Schwierigkeiten und Hindernisse mit denen er zu rechnen hatte. In einem Protestschreiben des Dr. Hinrich Ernst Siemers vom 24. Februar 1761 an den Rat wurden diese Anfeindungen ausführlich geschildert und auf das schädliche Monopol des Silber-Ankaufs durch die Goldschmiede hingewiesen. Dr. Siemers hatte eine Auktion in seinem Hause veranstaltet, bei der auch eine Partie Silber und Juwelen versteigert werden sollte. Die Goldschmiede und der Schutzjude Stern hatten sich hierzu eingefunden. Kaum hatte man die Bedingungen der Versteigerung verlesen, als sämtliche Goldschmiede, ohne ein Wort zu sagen, das Haus verließen. „Ich ließ mich durch den Makler Burghardi um die Ursach erkundigen und erhielt die schöne Antwort zurück, ich müßte den Juden Stern wegschaffen, wenn sie dableiben sollten. Hierauf zerschlug sich die Auction, weil dieselbe fast mit einem Menschen hätte gehalten werden müssen".

Aus diesem Vorgang könne der Rat entnehmen, „was für ein schädliches Monopolium das Ambt der Goldschmiede alhir zu introduciren vorhabe und wie sehr die Bürger, die Juwelen und Silber zu verkaufen gedrungen sind, gedrückt werden sollen. Mir kommt dieses sehr gefährlich vor, denn gemeiniglich verkaufen die Menschen, welche die Noth drückt oder die auch Erbtheilung halten müssen, nur dergl. Mobilien. Und Nothleidende noch mehr auf eine freye Art drücken zu dürfen oder auch ungescheuet miterben zu können, wozu uns die Vorsehung nicht gerufen, ist gewiß etwas sehr unerhörtes."

Siemers ersuchte daher, zu den Juwelen- und Silber-Auktionen auch die fremden Juden zuzulassen, „ich sollte denken, daß ich hierdurch nichts unbilliges suche. Denn dieses Gesuch hat einen großen Einfluß in dem Wol der hiesigen bedrückten Bürger und ich will nur nicht in dem Verkauf des Silbers und der Juwelen, worauf ich aus Mitleyden Geld vorgeschossen, gehindert oder es nach Hamburg, alwo diese Art der Auktionen alle Freytag genießen, zu senden gedrungen seyn".

Diese Beschwerde zeigte deutlich, welchen eigennützigen Motiven die Klagen der Goldschmiede über die Juden entsprangen. Die Vorstellung Siemers' hatte den Erfolg, daß der Rat den Goldschmieden am 27. Februar 1761 untersagte, Auktionen, bei den Juden zugegen seien, zu behindern, da auch den Juden solcher Einkauf freistehe „und es den Eigentümern unverwehrt bleiben müsse, Juden zu Silber- und Juwelen-Auktionen zuzulassen".

Aufnahme des Elkan Meyer Stern als Schutzjude

Nach dem Tode von Meyer Isaac Stern beschloß der Rat 1763, die Stelle des Schutzjuden öffentlich auszuschreiben. Die Söhne Sterns, Süßkind und Elkan, bewarben sich beide um die Stelle ihres Vaters, desgleichen lief ein Gesuch eines Hersch Levin ein. Der Rat ließ sich Zeit zur Entscheidung und verlängerte am 20. Oktober 1764 die Meldungspflicht nochmals. „Die den Liebhabern zur hiesigen Schutzjudenstelle präfigirte Frist ist auf sechs Wochen a dato extendiret und soll solches durch eine anderweitige notification in den Zeitungen und Anzeigen bekannt gemacht werden."

Erst nach mehr als drei Jahren nach dem Tode von Meyer Isaac Stern wurde auf Grund der von der Stadtkasse festgesetzten Bedingungen der jüngere Sohn Elkan Meyer Stern am 20. Oktober 1764 zum Schutzjuden ernannt. „Auf Suppliciren verschiedener Competenten hat E. Hochw.Rath decretiret und Supplicanten Elkan Meyer Stern unter den an der Stadt Caßa festgesetzten und bekannt gemachten Bedingungen zum hiesigen Schutz Juden erwählet und zur weitern Berichtigung der Sache denselben an d. H. Praesiden Caßae verwiesen."

In dem ausgestellten Schutzbrief wurde auf Grund eines früheren Vorkommnisses das Verbot, mit Kaufmannswaren zu handeln, auch auf den Fall ausgedehnt, wenn die Waren in Kommission übernommen werden sollten. Die einzelnen Abgaben wurden besonders aufgeführt, nur die bisherige Form wurde hier und dort geändert, das Schutzgeld aber wurde in der gleichen Höhe von 400 Mark festgesetzt.

„Schutzbrief für den Juden Elkan Meyer Stern.

Es hat ein Hochweiser Rath dieser Stadt von den verschiedenen Competenten den Juden Elkan Meyer Stern zum hiesigen Schutzjuden erwählet und angenommen, mithin demselben hieselbst zu wohnen und sein Gewerbe zu treiben verstattet, jedoch dergestallt, daß er vermöge der an der Stadt Caßa hiebevor bekannt gemachten Bedingungen,

1. aller Handlung mit Kaufmanns Waaren, welche ihm für eigene Rechnung oder in Commission hier oder über See und Land untersaget bleibet, sich gäntzlich enthalten, sodann
2. an den Sonn- und Festtagen während des Gottesdienstes sich zu Haußе halten und mit seinem Gewerbe an solchen Tagen kein Ärgernis geben, darneben
3. keinen übermäßigen Wucher Treiben, sondern mit Stadt üblichen Zinsen sich begnügen, auch
4. kein gestohlenes Gut wißentlich an sich kaufen, vielmehr bey desfalls habenden Verdachte solches dem Gerichte anzeigen, nicht weniger
5. außer den würklich in seinem Dienste habenden Juden keine frembde an sich ziehen noch solche hausen, vielmehr
6. solche, wann sie hieselbst sich einfinden sollten, bey den officiis zur Fortschaffung und allenfalls zur Bestraffung angeben, und endlich
7. nebst den verwilligten Kopf- Graben- Wacht- und Leuchten-Geldern jährlich auf Michaelis vier Hundert Mark hiesig Courant der Stadt Caßa praenumerando bezahlen solle;

Gestallt ihm dann, in soferne er diesen vorbemeldeten Bedingungen nachlebet, hiemit Obrigkeitlicher Schutz gegeben, dabey aber von Seiten Eines Hochweisen Raths vorbehalten wird, nach Befinden ein halb Jahr zuvor diesen ertheilten

Schutz wiederum aufzuruffen, gleich dann auch beregtem Schutz Juden Elkan Meyer Stern, wann er solchen Schutz nicht länger genießen will, eine halbjährige Aufsage freiybleibet."

„Ex speciali commissione Amplissimi
Senatus Reip. Lubecensis in
fidem subscripsi
C. D. Evers
Ejusdem Reip. Secretarius."

Elkan Meyer Stern fühlte sich bald durch den Handel der Moislinger Juden in seiner Existenz bedroht und beschwerte sich 1766, daß „viele Juden von Moisling bey 10 bis 12 Personen starck täglich sich alhier einfinden und dasjenige Gewerbe hausierend betreiben, auf welches ich mein Privilegium und Schutzbrief erhalten habe. Wobey ich dann insonderheit auch durch den hiesigen Litzenbruder Lühr graviret werde, als welcher den fremden Juden zu ihrer Hereinkunft beförderlich ist und ihnen die Freiyzettel besorget." Der Rat verfügte daraufhin am 15. August 1766, daß „hinführo nicht mehr so viele Juden eingelaßen und des Nachts überall keine fremden Juden in der Stadt geduldet werden. Die Herren der Wette werden allen fremden Juden ernstlich andeuten, sich von hier wegzubegeben. Auch den Wirten in der Tonne, im Steinernen Wolff und in der Dankwartsgrube oder wo sonsten Juden ihre Ablager haben, deren Beherbergung und insonderheit solche dem Litzenbruder Lühr bey nahmhafter Strafe untersagen".

Das Vorgehen Elkan Meyer Sterns gegen die Moislinger Konkurrenz sollte von einer anderen Seite tatkräftige Unterstützung finden. Die bürgerlichen Kollegien beschwerten sich immer wieder über den Aufenthalt der Moislinger Juden in der Stadt, die ganze Warenlager in den Häusern unterhalten sollten. Am 18. November 1767 hatten die Kollegien wiederum eine solche Beschwerde eingereicht, in der sie auch die Lage der Wohnungen, in denen die Juden Einlaß gefunden hatten, anführten: „In der GröpelGrube, Fleischhauerstrasse und Krähenstrasse wohnen Juden, halten hier Warenlager und haben eine ordentlich eingerichtete Synagoge und nehmen fremde Juden bei sich auf".

Der Rat verwies demgegenüber auf das frühere Dekret vom 19. September 1766 und ließ, um die Richtigkeit der Beschwerde nachzuprüfen, die Anzahl der in Lübeck wohnenden Juden durch die Wette feststellen. Dieser Untersuchung vom 3. Dezember 1767 verdanken wir die älteste Aufzeichnung der Juden in Lübeck.

„Nota Von Frembde Juden, die sich allhie in dieser Stadt theils wohnend theils logirend aufhalten:

In der *Fleischhauerstr.* der Jude Stern mit Frau und Kinder ist wohnhaft.

In der *Fleischhauerstr.* bey dem Knochenhauer und Wirt auf der wüsten Stelle Reisner logiren 2 Fremde.

In der *Fleischhauerstr.* im Stein. Wolf bei dem Wirt Ester hinten im Hofe ist wohnhaft der Jude Abraham und seine Tochter. Dieser Jude ist schon zweimal angesagt worden, sich aus der Stadt zu begeben, worauf er nur seine Wohnung verändert hat.

In der Brandtweinbr. *Grahlen Gang* ein Jude Lev. Nathan mit Frau und Kinder ist alda wohnhaft. Dieser ist Vorsänger bey dem Stadt Juden Stern.
In der *Marlitzgrube* bey dem Drechsler Astrack logiren 2 Petschier Stecher Gebrüder Nathan.

In der Marlitzgrube bey dem Tobackspinner Bendtfeld ein Jude mit seiner Tochter namens Zander ist wohnhaft alda.
in dessen Haus logirt ein Jude Moses.

In der *Marlitzgrube* bey dem Mousq. Wiese logiret ein Jude Kusel ist Küster bei dem Stadt Juden Stern.

Bey dem *Litzenbruder Luehr* in *Schottelbuden* logiren 2 frembde Juden aus Altona."

Auf Grund dieser Feststellung gab nunmehr der Rat der Wette am 9. Dezember 1767 den dringlichen Auftrag, „alles Ernstes dahin zusehen, daß bemeldete Juden insgesamt die Stadt räumen, zugleich aber auch darauf acht geben zu lassen, daß hieselbst von Juden keine Versammlung zum Gottesdienste angestellt werden müsse".

Wenn sich Elkan Meyer Stern auch mit aller Entschiedenheit gegen die geschäftliche Tätigkeit der Moislinger Juden wandte und ihnen gegenüber seine Interessen wahrnahm, trat er doch tatkräftig zugunsten der aus Lübeck ausgewiesenen Juden auf und bemühte sich mit allen Kräften, ihre Ausweisung rückgängig zu machen. Es ist begreiflich, daß er seine Brüder Süßkind und Lazarus sowie seinen Schwager Hollander als seine Hausgenossen angab und den Vorsänger Levin Nathan, den Schächter Israel und den Küster Kusel als seine Bedienten bezeichnete, die von der Ausweisung nach seinem bestehenden Vertrage nicht betroffen werden könnten.

Er setzte sich aber mit gleicher Energie für die Aufhebung der Ausweisung von Levin Joseph ein und verwandte sich gleichfalls für die hochbetagten Alexander Ruben und Abraham Jacob, die von ihm gänzlich unabhängig waren und seit zwanzig, fünfzig und mehr Jahren „geruhig und öffentlich seßhaft gewesene und nunmehr darüber alt und unvermögsam geworden". Stern bat den Rat, ihnen den Aufenthalt in Lübeck für ihren doch gewiß kurzen Lebensrest zu gestatten. Der Rat nahm jedoch hierauf keine Rücksicht und lehnte sein Gesuch am 3. Februar 1768 mit folgender Begründung ab, „da in dem Schutzbriefe der Domestiquen gedacht wird, und unter solchen nur diejenigen zu verstehen, die in des SchutzJuden Hause sich aufhalten und in dessen Lohn und Brod stehen, das angebrachte Gesuch nicht statthabe".

Elkan Meyer Stern wachte aber andererseits eifersüchtig auf seine Vorrechte als Schutzjude Lübecks. Als die Ältesten Moislings ihn vor dem Moislinger Gericht verklagten, hob das Appellations-Gericht zu Glückstadt am 17. Juli 1783 diese Ladung auf und verwies die Klage an das jüdische Gericht zu Altona, da Stern dem Moislinger Gericht das Recht abgestritten hatte, ihn zu zitieren.

In seiner geschäftlichen Tätigkeit suchte Stern jede Konkurrenz auszuschalten. Die auswärtigen Juden, die mit Handelswaren nach Lübeck kamen und ihn geschäftlich schädigten, suchte er ohne weiteres ausweisen zu lassen. So erhielten die preußischen Schutzjuden Gebrüder Salomon und Moses Levertoff aus Halle a. S. auf seine Veranlassung am 26. August 1775 die Aufforderung, daß sie „schuldig wären, sich auf das baldigste aus der Stadt zu begeben, weil Amplissimus Senatus wegen der dem hiesigen Schutzjuden ertheilten Privilegii ihnen den Aufenthalt hieselbst nicht weiter verstatten könne".

Den Brüdern Levertoff war bereits 1769 die Niederlassung in Lübeck trotz Ersuchens des preußischen Gesandten v. Hecht in Hamburg vom Senat verwehrt worden, doch 1773 war es ihnen gelungen, Aufenthaltsrecht zu erhalten, um in Lübeck eine Porzellanfabrik zu gründen. Noch im selben Jahr hatte der Rat sie zum Verlassen der Stadt aufgefordert, dann aber die Ausführung des Dekrets verschoben, bis ihr Rechtsstreit mit Christian Hüsener erledigt wäre.

Nunmehr hatte Stern erneut ihre Ausweisung beantragt, aber auch dieses Mal wurde sie nicht ausgeführt. In gleicher Weise forderte Stern die Ausweisung von Lazarus Oppenheimer, der aus Königsberg und Memel vertrieben worden und nach Lübeck gekommen war.

In noch schärferer Form erhob Stern 1788 gegen die Zulassung der Moislinger Juden Einspruch, die er schwerer Übergriffe beschuldigte. In seiner Eingabe zählte er sie alle namentlich auf:

„Aus Moisling kommen allein nachstehende: Jacob Meyer, Hersch Lieffmann mit seinen 4 Söhnen, Joel Berend, Jacob Berend, Jacob Heymann Hess mit 2 Brüdern Levin Heymann Hess, Nathan Heymann Hess, Hirsch Levin, Moses Samson Wulff, König — Wendel Jacob, Jacob Heymann Spanier nebst 2 Söhnen, Wulff Levin ... Abraham Levin, Nathan David und Israel Wulff tagtäglich zur Stadt, derer jungen Leute nicht einmahl zu gedenken, deren Namen Ich nicht angeben kann. Auch aus Hamburg bekommen wir Besuche von Isaac Abraham und Jacob, diese liegen hier mit ihren 8 Consorten von Jahr zu Jahr und treiben ihren Handel und Wandel. Philipp Jochim Levy und Simon Jacob Warburg lassen sich gleichfalls nicht abschrecken, ob Ich Sie gleich schon 2 mahl an der Wette verklagt habe. Diese Leute sind alle mit einander nicht müßig.

Ein jeder macht seine Sachen so gut er kann. Bei Sterbefällen, wo kein öffentlicher Verkauf gehalten wird, drängen sie sich in die Sterbehäuser und bemächtigen sich daselbst meiner Rechte. Wenn was unter der Hand verkauft wird, so ist Jacob Meyer allemal der erste dabey. Er geht beständig an der Börse herum, verwechselt Gelder und schwatzt denen Brautleuten seine Juwelen an.

Joel Berend treybt die Geldwechseley und geht mit seinem Beutel öffentlich in der Stadt herum.

Hirsch Lieffmann mit seinem Sohn Moses Hirsch lauert sogar vor meiner Thüre, um mir meine Kunden, mit denen Ich in Handlung stehe, abspenstig zu machen, und giebt, wenn er zur Rede gestellt wird, zur Entschuldigung an, daß er, um hereinzukommen, täglich 1 C. Mark bezahlen müsse. Solcher gestallt mus ich es mit Thränen ansehen, wie diese meine Nahrungsstöhrer, ungeachtet aller an Ihnen ergangenen Verbote nach dem verehrungswürdigen Dekret von 15 ten August 1766 noch immer fortfahren, sich aller meiner kleinen Handlungszweige zu bemächtigen, wovon soll Ich denn mit den meinigen leben? wovon meine Schutzgelder bezahlen?“

Gewiß muß man zugeben, daß Elkan Meyer Stern mit einer großen Konkurrenz zu rechnen hatte, aber soweit durfte er in der Abwehr unberechtigter Eingriffe nicht gehen, daß er zur Angeberei überging und einen förmlichen Kleinkrieg gegen die Moislinger Juden führte. Hingegen war sein Verhältnis zu seinen auswärtigen Bekannten freundschaftlich, wenn sie seiner Hilfe bedurften und auf der Durchreise nach Lübeck kamen. In diesem Fall war er sogar bereit, wenn es erforderlich war, Bürgschaft für sie zu übernehmen. „Von Hitzhacker 3 Juden handeln mit Pferden Isaac Hertz mit 2 Söhnen Berend Isaac und Philipp Isaac. Wollen durch Paß nach Oldenburg zu Marck. Für dieselben bin ich Bürge“, so am 11. Juli 1796.

Elkan Meyer Stern hielt die privilegierte Stellung eines Schutzjuden doch für so wertvoll und einträglich, daß er den Plan faßte, die Stelle in seiner Familie erblich zu machen. Er erwirkte daher ein Dekret des Senats am 10. Februar 1790, das seinem Sohne die Anwartschaft zusicherte.

„Auf Suppliciren des hiesigen Schutz Juden Elkan Meyer Stern decretiret Ein Hochw. Rath, daß Supplicans seinen Sohn Meyer Elkan, wenngleich derselbe verheyrathet, bey sich behalten könne auch nach des Supplicantis Tode bey Wieder-

annehmung eines Schutzjuden auf denselben, wenn er sich anders durch sein Benehmen die Zufriedenheit E. Hochw.Raths und des Publikums erwerben wird, besonders Bedacht genommen werden solle."

Unterdessen machte Jacob Meyer 1791 aus Moisling große Anstrengungen, um die Stelle eines Schutzjuden in Lübeck zu erlangen. Aber alle seine Mühe war vergebens, der Rat lehnte seine wiederholten Eingaben um Aufnahme in Lübeck ab, nachdem auch die Kollegien der Bürgerschaft sich gegen seine Niederlassung zumeist ausgesprochen hatten. Die Entscheidung des Rats ging daher dahin, „daß des Supplicantis Gesuche nicht deferirt werden könne".

Elkan Meyer Stern hatte mit seinen Bestrebungen mehr Glück. Nachdem es ihm bereits 1790 gelungen war, die Anwartschaft auf die Stelle des Schutzjuden für seinen Sohn zu erhalten, gingen seine Hoffnungen im Jahre 1798 weiter in Erfüllung. Auf sein Gesuch nahm der Rat seinen Sohn Meyer Elkan Stern am 3. November 1798 als Schutzjuden auf, so daß mit diesem die dritte Generation derselben Familie die gleiche Stellung einnahm. „Auf Suppliciren des hiesigen Schutz Juden Elkan Meyer Stern, um bey seinem eintretenden Alter und damit verbundenen Schwachheiten seinem Sohn Meyer Elkan nunmehro vermöge decreti d. 10. Februar 1790 in die ihm verliehene Gerechtsame treten zu lassen, hat E. Hochw. Rath ietzt erwehntes decretum hiemit purificiret und gedachten Meyer Elkan zum wirklichen hiesigen Schutz Juden angenommen ..." Das jährliche Schutzgeld wurde wie bisher auf 400 M. von der Kasse festgesetzt und der Schutzbrief am 14. November 1798 ausgestellt. In diesem wurde als neue Bestimmung nach der Leihhaus-Ordnung von 1789 aufgenommen: „Ihm ist zwar unbenommen, Geld auf Pfänder zu leihen. Er darf aber nicht mehrere als die in der Leihhaus-Ordnung vorgeschriebenen Zinsen nehmen, nämlich von 100 C. Mark und darüber jährlich 6, also halbjährlich 3 p. c., von weniger als 100 Courant Mark für jede C. M. einen Schilling allso monatlich 1 Pfennig. Dabey muß er ordentliche Pfandbücher halten ..."

Doch das Schutzjudentum hatte die Zeit der Blüte, wenn man überhaupt von einer solchen sprechen kann, längst hinter sich. Es hatte politisch und mehr noch wirtschaftlich ausgespielt. Um das Ende des Jahrhunderts, 1799, brach das Handelshaus Elkan Meyer Stern zusammen und stellte seine Zahlungen ein. Dieser Zusammenbruch bewies deutlich, daß das Schutzjudentum kein erfolgreiches geschäftliches Unternehmen mehr sein konnte und als wirtschaftliches Monopol bedeutungslos geworden war. Elkan Meyer Stern ersuchte wiederholt um Erlaß oder Verminderung des Schutzgeldes, hatte aber hiermit vorerst keinen Erfolg.

Der Geist der neuen Zeit machte sich aber bald auch in Lübeck bemerkbar, die politischen Anschauungen hatten sich gewandelt. Das Schutzjudentum war eine Einrichtung der vergangenen Epoche, deren engherzige Auffassung in der Ausschließung der Juden von den allgemeinen Menschenrechten ihren charakteristischen Ausdruck gefunden hatte. Mit der Aufhebung aller anderen Beschränkungen mußte auch das Schutzjudentum fallen. Als daher der Senat am 9. Dezember 1808 den Juden Moislings freien und unentgeltlichen Eintritt in Lübeck gewährte, hatte das System des Schutzjudentums seinen eigentlichen Sinn verloren, wenn es auch formell noch weiter fortbestand.

Meyer Elkan Stern machte bald die Erfahrung, daß das Schutzjudentum der Form nach noch nicht aufgehoben war. Denn als er 1809 darum einkam, ihm auf 3 Jahre das Schutzgeld zu erlassen, ordnete der Senat eine Prüfung der Sachlage an und stellte am 21. März 1809 fest, „daß zur Zeit noch das alte Schutzgeld von 400 Mark zu bestehen scheint".

Doch bald trat eine Änderung dieses ungewissen Zustandes ein und machte allem Zweifel ein Ende. Bisher war es den Juden weder gestattet, sich in Lübeck niederzulassen, noch ohne ausdrückliche Genehmigung in der Stadt zu übernachten. Das Verbot der Niederlassung blieb noch weiter bestehen, obgleich den Moislinger Juden der Eintritt in Lübeck seit 1808 freigegeben worden war. Denn die Verfassung Lübecks blieb dem Namen nach auch in der Zeit der französischen Gewaltherrschaft noch in Kraft.

Als aber durch das Dekret Napoleons die Stadt Lübeck mit Beginn des 1. Januar 1811 dem französischen Kaiserreich einverleibt wurde und hierdurch alle Ausnahmebestimmungen gegen die Juden fortfielen, stand ihrer Niederlassung in Lübeck nichts mehr im Wege. Das Privileg des Schutzjudentums war hiermit wirkungslos geworden und hatte durch das nunmehr geltende Recht der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit jeden Wert und jede Berechtigung verloren. In richtiger Würdigung dieser Tatsache wurde denn auch dem Schutzjuden die Bezahlung des Schutzgeldes am Ende des Jahres erlassen, da die französische Verfassung ein Schutzjudentum nicht kannte. „Die straffe französische Verwaltung bedeutete wohl in vielen Punkten einen großen Fortschritt gegenüber den verzopften und verrosteten Zuständen der früheren Zeit."[4])

So wurde durch die französische Herrschaft und Verwaltung das Schutzjudentum in Lübeck aufgelöst, doch nur kurze Zeit sollte diese Aufhebung bestehen bleiben. Als Lübeck durch die Freiheitskriege seine staatliche Selbständigkeit und Freiheit wiedergewonnen hatte, stellte es zuerst seine frühere Verfassung wieder her. Da aber inzwischen viele jüdische Familien aus Moisling nach Lübeck übergesiedelt waren, war vorerst an eine „Erneuerung des Schutzjudentums nicht zu denken". Nominell bestand das frühere Schutzjudentum des Meyer Elkan Stern weiter fort. Jetzt aber hielt Stern die Zeit für gekommen, sein früheres Privileg wieder geltend zu machen.

Stern war aber nicht die Persönlichkeit, die der Stellung des Schutzjuden zu neuer Bedeutung verhelfen konnte. Er war kaum noch imstande, seine Familie zu ernähren und das jährliche Schutzgeld zu bezahlen, so daß der Senat kurzerhand sein Schutzjudentum am 16. Mai 1834 für aufgehoben erklärte. Durch den Niedergang seines Geschäftes hatte sich auch seine Verbindung mit der Lübecker Kaufmannschaft gelöst, die inzwischen an dem wirtschaftlich strebsamen David Jacob Behrens in Moisling Interesse gewonnen hatte.

Die Kaufmannschaft war deshalb bemüht, Behrens die Stelle des offiziellen Schutzjuden zu verschaffen. Zum Unterschied von der bisherigen Gepflogenheit ging diesmal das Gesuch um Aufnahme eines Schutzjuden nicht vom Bewerber aus, sondern von den christlichen Kaufleuten. Am 31. Dezember 1834 reichten 26 Lübecker Handlungshäuser ein Gesuch um Aufnahme des David Jacob Behrens aus Moisling zur Betreibung eines Geld- und Wechsel-Geschäftes in Lübeck dem Senat ein.

Als Begründung ihres Gesuchs führten sie die Aussage des Kommerz-Kollegiums an, „daß Behrens unter billigen Vortheilen und Bedingungen ausgeholfen habe und daß ein großer Nachtheil entstehe, wenn Herr Behrens von hier wegziehen — nach dem Beispiel fast aller anderen hiesigen wohlhabenden Israeliten — und sein Vermögen und seine Kenntnisse anderweitig geltend machen würde, weil eben dadurch unsere Lokalhandlung diejenige Erleichterung im Verkehre entbehren

[4]) Johannes Kretzschmar: Geschichte Lübecks in der Neuzeit, in: Fritz Endres: Geschichte d. fr. u. Hansestadt Lübeck. Lübeck 1926, S. 96.

würde, welche wir seiner bisherigen nützlichen Täthigkeit verdanken". Der Rat lehnte aber das Gesuch am 18. Februar 1835 unter dem Vorwande ab, daß Behrens es nicht selbst gestellt hätte. Diesen Fehler machte Behrens bald gut und reichte am 24. März 1835 sein Gesuch um Aufnahme gegen Zahlung eines angemessenen Schutzgeldes dem Senat ein.

Das Schutzjudentum von David Jacob Behrens

Die Bewerbung von Behrens wurde der Anlaß zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Rat und Bürgerschaft, da letztere beanspruchte, in dieser Sache zuständig zu sein.

Das Gesuch selbst nahm der Rat wohlwollend auf, doch wollte er vorher das bisherige Schutzverhältnis Sterns endgültig aufheben. Daher forderte er am 28. März 1835 die Wette auf, „dem hiebevorigen Schutzjuden Meyer Elkan Stern die Auflösung dieses Verhältnisses anzudeuten und über die Bedingungen zu berichten, unter welchen Behrens wiederum als Schutzjude anzunehmen sein dürfte". Die Wette kam dieser Anordnung bald nach und berichtete am 3. April 1835, daß sie Stern angedeutet habe, daß er nicht mehr als Schutzjude zu betrachten sei, doch dürfe er seinen Trödlerhandel gegen eine Rekognition von 2 Rhtlr. weiter führen. Über Behrens gab die Wette folgende Auskunft, daß er in Moisling geboren, 44 Jahre alt und unverehelicht sei.

Daraufhin verfügte der Rat am 8. April, daß David Jacob Behrens an Stelle des Meyer Elkan Stern zum Schutzjuden unter den Bedingungen der Wette anzunehmen sei, doch müsse er auch ferner der Moislinger Israelitischen Gemeinde als Mitglied angehören. Die Wette hatte bei den mitgeteilten Bedingungen noch darauf hingewiesen, „daß der hiebevorige Schutzjude Stern zum persönlichen Dienst unter den ehemaligen Bürger Compagnien verpflichtet war, ja sogar die Stelle eines reformirten Corporales bekleidete". Bezeichnend für die Änderung der Gesinnung in dieser Zeit war die nachfolgende Bemerkung der Wette: „Da eine Beschränkung des Schutzjuden hinsichtlich der Ausübung seiner Religion dem Geiste der jetzigen Zeit nicht mehr angemessen erscheint."

Meyer Elkan Stern wollte aber von einem Rücktritt von seiner Stellung nichts wissen und kam am 16. April 1835 darum ein, den ihm erteilten Schutz auch weiter zu gewähren. Der Rat lehnte jedoch sein Gesuch ab und beließ es bei der Andeutung, da er seit Jahren das Schutzgeld nicht entrichtet habe.

Kaum war bekannt geworden, daß der Rat das Gesuch von Behrens angenommen habe, als sofort die Krämerkompanie am 10. April 1835 gegen diese Aufnahme Einspruch beim Senat erhob und verlangte, „daß für die Folge ein Schutzjude in hiesiger Stadt nicht mehr solle angenommen werden". Die Bürgerschaft schloß sich dem Vorgehen der Krämer-Kompanie bald an und forderte, daß der Rat diese Frage vor der Aufnahme gemeinsam mit der Bürgerschaft berate. In Lübeck sei estmalig 1701 ein Schutzjude gegen den Willen der meisten bürgerlichen Kollegien aufgenommen worden, obgleich das Staatsgesetz von 1669 „die Zulassung fremder Religions Verwandte durch die bürgerschaftliche Zustimmung bedingt, ein Grund der stärker noch einwürkte, wenn commercielle Interessen sich daran knüpften ..."

„Spätere Ereignisse haben die Stellung des letzten noch lebenden Schutzjuden, Meyer Elkan Stern hieselbst, unanwendbar, sein Amt wohl ganz überflüssig gemacht. Es ist wenigstens in sich verfallen." Es sei daher verständlich, daß der Rat Meyer Elkan Stern die Erklärung habe zugehen lassen, daß er „nicht mehr als

hiesiger Schutzjude zu betrachten sei". Doch sei die Bürgerschaft kraft des jüngsten Rezesses und der großen Menge von Ratsdekreten zum Widerspruch allgemein und zum Verlangen berechtigt, daß „bevor in dieser Hinsicht einige weiteren Schritte gethan und einige Bestimmungen gefaßt werden, Ein Hochedler Rath diesen Gegenstand mit der Ehrliebenden Bürgerschaft gemeinsam behandle."

Die Bürgerschaft hatte in ihrem Memorandum auf die früheren Vorkommnisse zurückgegriffen und auf die Entstehung des Schutzjudentums hingewiesen, das schon damals zur Streitfrage zwischen Rat und Bürgerschaft geworden war. Man kam daher überein, daß die Verfassungskommission den Streit durch ihr Gutachten schlichten solle. Die Kommission trat bald zusammen und fällte am 14. Mai 1835 folgende Entscheidung: „Regierungs- und Polizeisachen gehören allein vor den Senat. Bei Aufnahme der Bürger, Einwohner und Schutzverwandten ist ausschließlich der Senat zuständig."

Was die Aufnahme der Juden, namentlich der Schutzjuden betrifft, lassen sich nur zwei Stellen des Rezesses von 1669 hier zitieren:

„1. Wenn Sachen vorfallen, die da betreffen fremde Religionen und deren exercitii Verstattung oder Einführung soll das conclusum nach den majoribus — nicht ohne Wissen und Willen der Bürgerschaft gefaßt werden.

2. In allgemeinen Handelsangelegenheiten sind commercirende Zünfte zu vernehmen. Senatus vernimmt die Meinung der Zünfte, ordnet aber nach seinem Gutbefinden."

Die Annahme eines Schutzjuden sei zweimal, 1738 und zuletzt 1798 vom Rat allein ausgegangen, 1701 und 1759 sei nur in kommerzieller Hinsicht Mitteilung an die Bürgerschaft erfolgt, um ihre Meinung zu hören. Gegen die Mitwirkung der Bürgerschaft sprach sich der Senat bestimmt im Dekret vom 6. Mai 1702 aus, das die Bürgerschaft schließlich annahm. 1730 nahm der Senat einen neuen Schutzjuden nur unter Mitteilung an die Stadtkasse auf, 1790 und 1798 unterblieb auch diese.

Die Bereitwilligkeit zur Entgegennahme und Benutzung etwaiger Erinnerungen der Bürgerschaft haben sich wohl durch erlaubten Zutritt der Moislinger Juden geändert. „Doch jene Obsorge war nicht alleiniges Motiv des Schutzjuden Verhältnisses und daß sie auf ausländische Juden immer noch geübt werden kann."

Zwei Tage nach Ausstellung dieses Gutachtens der Kommission in Verfassungsangelegenheiten, am 16. Mai 1835, ließ der Senat der Bürgerschaft seine Entscheidung zugehen: „Die Annahme eines Schutzjuden gehöre zu den verfassungsmäßigen Regierungsrechten des Raths, so sei es bereits von 1681—1699 geübt worden, jedoch so, daß die bürgerliche Meinung zum Zwecke eines darob in Curia zu fassenden Beschlusses eingezogen worden, und die Festsetzung des vom Schützlinge zu erlegenden Schutzgeldes von der Stadtkasse ausgegangen sei."

Wohl habe er bei der Aufnahme des Ruben Magnus 1701 die Erinnerungen der bürgerlichen Kollegien berücksichtigt, aber den Schutzbrief trotz der Gegenerklärung von bürgerlichen Kollegien im Dekret vom 6. Mai 1702 aufrechterhalten. Dann habe der Rat noch während des Lebens von Ruben Magnus den Meyer Isaac Stern am 26. Februar 1738 aufgenommen und ihm einen Schutzbrief ausgestellt. Nach dessen Tod 1763 sei der Schutzbrief seinem Sohn Elkan Meyer Stern am 20. Oktober 1764 erteilt worden.

Dessen Sohn Meyer Elkan Stern wurde wiederum am 3. November 1798 als Schutzjude aufgenommen und ihm der Schutzbrief am 14. November 1798 übergeben. Da letzterer aber längst aufgehört habe, Schutzgeld zu zahlen, sei seine Be-

rechtigung verfallen. Der Rat habe ihm deshalb die Auflösung des Schutzverhältnisses durch die Wette andeuten lassen und beabsichtige nunmehr, den David Jacob Behrens unter bestimmten Bedingungen als Schutzjuden aufzunehmen. Der Rat wolle aber die Erinnerungen der Bürgerschaft vor Erlaß des Dekrets entgegennehmen und bei Aufstellung der Bedingungen im Schutzbrief berücksichtigen.

In diesen Ausführungen hatte der Senat seinen Standpunkt, daß ihm die Entscheidung über die Aufnahme eines Schutzjuden zustehe, voll gewahrt und durch die geschichtliche Darstellung der früheren Vorgänge bei der Einführung des Schutzjudentums begründet.

Die Bürgerschaft wandte sich am 17. Juli 1835 in einem Schreiben gegen diese Stellungnahme des Senats, die sie als nicht verfassungsgemäß bezeichnete und erhob „Dringlichen Widerspruch" gegen die Aufnahme eines Schutzjuden. „Das Recht, Juden in Lübeck aufzunehmen und ihnen bürgerliche Gewerbe anzuweisen, gehöre nicht zum Rechte der Regierung."

Die Bürgerschaft wies darauf hin, daß der Rat bereits am 15. November 1699 die Zusicherung gegeben habe, „daß kein Jude Wohnung und Bürgerrecht in der Stadt haben und genießen solle". Diese Zusage sei durch Dekret vom 7. August 1700 vom Rat bestätigt worden. Aus diesem Grund seien auch die Israeliten, die während der französischen Okkupation zur Wohnung und zum Gewerbebetriebe nach Lübeck gezogen waren, wieder nach Moisling zurückgesetzt worden. Endlich machte die Bürgerschaft auf die Erklärung des Rats aufmerksam, die er 1821 der Bundesversammlung betr. Bestallung eines Schutzjuden gemacht habe.

Der Rat wies den Einspruch der Bürgerschaft schon am folgenden Tage, am 18. Juli 1835, zurück und blieb bei dem am 8. April gefaßten Beschluß, David Jacob Behrens als Schutzjuden aufzunehmen, „ungeachtet des von der Ehrliebenden Bürgerschaft erhobenen Widerspruchs zumal bei gänzlicher Unerheblichkeit der dafür angeführten Gründe".

Am 8. August 1835 führte der Rat seinen Beschluß aus und nahm David Jacob Behrens als Schutzjuden auf und erteilte ihm die alleinige Befugnis, Geld- und Wechselgeschäfte zu betreiben. Der Bürgerschaft teilte der Rat sodann dessen Aufnahme mit. Diese erhob drei Tage später „gemäßigten Widerspruch und Protestation" hiergegen, doch der Rat lehnte diesen Protest am 19. August 1835 ab und hielt an der einmal getroffenen Entscheidung fest, indem er sich auf den Rezeß von 1669 berief, nach dem er das Recht habe, „Seine decreta und conclusa in den Ihm vorbehaltenen Regierungssachen ohne der collegiorum Einrede und Hindernis zu vollziehen".

Noch bei der Beratung des Budgets für 1836 legte die Bürgerschaft gegen die Aufnahme des David Jacob Behrens als Schutzjuden Verwahrung ein, da diese der Staatsverfassung nicht entspreche.

Der Rat blieb aber trotz aller Proteste bei seiner Meinung, weil er in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung sah, die seine Regierungsrechte berührte, und Behrens erhielt am 19. August 1835 seinen Schutzbrief:

„Es hat Ein Hochedler Rath dieser Stadt den Israeliten David Jacob Behrens auf sein desfallsiges Ansuchen zum Schutzjuden hieselbst Obrigkeitlich angenommen und ihm neben der Wohnung in hiesiger Stadt zugleich die Betreibung von Geld- und Wechsel-Geschäften hieselbst gestattet."

Die folgenden Bedingungen entsprachen den früheren, doch enthielten sie verschiedene Abänderungen.

1. Aller Handel mit Kaufmannswaren war verboten, desgl. mußte er sich jeglicher Spedition und Pfandleihe enthalten.
2. Zur Hilfeleistung im Geschäft durfte er nur einen Israeliten annehmen, außer diesem war ihm nur gestattet, einen israelitischen Dienstboten in Kost und Lohn zu halten. Beide durften nicht verheiratet und nicht aus der Fremde sein.
3. Den Aufenthalt fremder Juden in der Stadt sollte er überwachen und ihre „Fortschaffung antragen."
4. Unbeschadet seines Schutzjuden-Verhältnisses müsse „er fortwährend als zur Israelitischen Gemeinde Moisling gehörend angesehen werden, wohin auch seine etwaigen Nachkommen gehören".
5. Als Schutzgeld habe er 450 Courant-Mark zu entrichten außer allen persönlichen oder auf Grundstücken haftenden Abgaben. Die direkte Steuer allein war hiervon ausgenommen.

Die Kündigungsfrist betrug 6 Monate für beide vertragschließenden Teile. Nach deren Ablauf habe sich Behrens mit seinen Angehörigen sofort ins Ausland oder nach Moisling zurück zu begeben.

Behrens hatte sein Ziel erreicht und war trotz aller Widerstände als Schutzjude in Lübeck aufgenommen worden. Zum ersten Mal hatte ein Moislinger Jude dieses Privileg erhalten, obgleich die Mitglieder der eingesessenen Familie Stern die größten Anstrengungen gemacht hatten, diese Stellung ihrer Familie auch für die Zukunft zu bewahren. Auch andere Bewerber hatten sich gemeldet. Noch am 9. Juni 1835 war Levin Jacob Heß um Aufnahme als Schutzverwandter eingekommen, aber auch sein Gesuch war erfolglos.

Die Stellung des Schutzjuden war an und für sich sehr begehrt, weil sie dem Inhaber eine gesicherte Existenz zu bieten schien und ihm den Aufenthalt in der Stadt ermöglichte. In Wirklichkeit aber haben alle Inhaber dieses Privilegs in dieser Stellung eine Enttäuschung erlebt und keine ausreichende Lebensstellung durch sie gefunden. Im achtzehnten Jahrhundert hatte das Schutzjudentum noch eine große Bedeutung und einen über die Stadtgrenze hinausgehenden Einfluß, aber im 19. Jahrhundert hatte es seine Bedeutung völlig verloren und war nichts weiter als ein Dekorationsstück aus der vergangenen Zeit.

Dieses bis zuletzt so heftig umstrittene Privileg des Schutzjudentums war längst in sich zerfallen und in Auflösung begriffen. Der neue Inhaber der Würde fand sich in seinen Hoffnungen auf die geschäftlichen Erfolge der Schutzjudenstelle so sehr enttäuscht, daß er bereits nach anderthalb Jahren am 1. März 1837 das Schutzverhältnis kündigte, „da sein Geschäftsbetrieb weit hinter seinen Erwartungen zurückgeblieben sei." Der Rat nahm die Kündigung an und verfügte, daß nach den Bestimmungen des Schutzbriefs das Schutzverhältnis am 1. September 1837 zu bestehen aufhöre. Behrens verließ Lübeck und siedelte nach Hamburg über, um dort mit größerem Erfolg sein Glück zu versuchen.

Das letzte Schutzjudentum 1838

Sein Vorgänger Meyer Elkan Stern war inzwischen gestorben, so daß kein Anwärter für den Posten vorhanden zu sein schien. Aber noch einmal sollte sich ein Bewerber um die Stelle des Schutzjuden in Lübeck finden. Am 23. Januar 1838 reichte Raphael Levi Nathan aus Moisling ein Gesuch ein, in dem er darum einkam, in Lübeck ein Geld-, Wechsel- und Lotterie-Geschäft betreiben zu dürfen. In Lübeck wohne zur Zeit kein Schutzjude. Meyer Elkan Stern sei gestorben und Behrens

habe seine Stelle wieder aufgegeben. Er sei bereit, ein Schutzgeld zu zahlen und Mitglied der Moislinger Gemeinde zu bleiben. Nach Prüfung seiner Verhältnisse durch die Wette[5]) beschloß der Rat am 20. Juni 1838, ihn aufzunehmen und durch das Finanzdepartement die Höhe des Schutzgeldes bestimmen zu lassen. Dieses setzte das Schutzgeld auf 100 Courant-Mark fest. Wenn man erwägt, daß das Schutzgeld zuerst 600 Mark betrug, dann später auf 400 Mark herabgesetzt wurde, erkennt man an der Festsetzung des letzten Schutzgeldes auf 100 Mark, wie stark die Rentabilität der Stelle zurückgegangen war und wie sehr das Schutzjudentum an Einfluß und Bedeutung verloren hatte. Die Unwirtschaftlichkeit der Stellung war hierdurch klar erwiesen, und das ganze System befand sich in unaufhaltsamem Niedergang; der völlige Zusammenbruch ließ sich nicht mehr vermeiden.

Der letzte Schutzbrief, der am 7. Juli 1838 für den Schutzjuden Raphael Levi Nathan ausgestellt wurde, unterschied sich nicht sehr von den früheren. Er enthielt unter anderen folgende Bedingungen:

1. Nathan müsse sich aller Handlung mit Kaufmannswaren enthalten.
2. Er dürfe nur eine jüdische Dienstmagd halten, die unverheiratet sei und nicht aus der Fremde stamme.
3. Nathan müsse den Aufenthalt fremder Juden in Lübeck überwachen und für deren Fortschaffung sorgen,
4. müsse er der Israelitischen Gemeinde in Moisling als Mitglied weiter angehören,
5. ein Schutzgeld von 100 Courant-Mark jährlich zahlen,
6. eine Frist von 6 Monaten zur Kündigung des Schutzverhältnisses einhalten.

Durch die Ausstellung dieses Schutzbriefs hatte das Schutzjudentum wieder einen Vertreter erhalten, den letzten seines Zeichens.

Am Tage vor der Ausfertigung dieses Schutzbriefes war beim Senat ein Schreiben eingelaufen, in dem sich Abraham Meyer Stern, der Sohn des Meyer Elkan Stern, gleichfalls um die Stelle des Schutzjuden bewarb. Stern glaubte, ein erbliches Anrecht auf diese Würde als Sohn des früheren privilegierten Vertreters des Schutzjudentums zu haben und wies deshalb darauf hin, daß diese Stelle über 100 Jahre hindurch in seiner Familie heimisch gewesen sei; sein Ältervater, Großvater und Vater hätten sie ununterbrochen bekleidet. Der Rat wollte aber eine weitere Erbfolge der Familie Stern nicht zulassen und lehnte das Gesuch des jüngsten Enkels des Ahnherrn Stern ab.

Die Bürgerschaft wollte aber auch diesmal nichts von der Aufnahme eines Schutzjuden wissen und erhob wie früher Einspruch. Sie erklärte deshalb am 24. November 1838 in ihrem Memorial zum Budget für 1839, „wegen des in Stelle des von hier gezogenen Behrens neuerdings angestellten Schutzjuden Raphael Levy Nathan bezieht die Ehrliebende Bürgerschaft sich auf ihren Rechts-Vorbehalt im Memorial zum Budget 1836". Der Senat ging in seiner Antwort auf das Memorial der Bürgerschaft auf diese Bemerkung nicht ein und nahm von ihr keine Notiz.

Die Wette führte inzwischen ihre Aufgabe aus und teilte dem neuen Schutzjuden das Verzeichnis der in der Stadt wohnenden Juden mit und forderte ihn auf, ihr alljährlich zu Michaelis über die vorgegangenen Änderungen schriftlich zu berichten. Außerdem verpflichtete sie ihn, „über den Aufenthalt der hiesiger Stadt nicht an-

---

[5]) Die Aussage des Polizeivogts Kock lautete, daß Nathan zwei Töchter habe, deren eine an Heymann Liefmann in Hamburg verheiratet sei, während die andere unvermählt sei und bei ihrem Vater lebe.

gehörigen Juden hieselbst sorgsam zu wachen und auf deren Fortschaffung Sorge zu tragen".

Raphael Levi Nathan bekleidete bis zur Änderung der Verfassung und bis zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse im Jahre 1848 die Stelle des Schutzjuden.

Noch wenige Wochen vorher hatte Nathan ein Gesuch eingereicht, der Senat möge die Verheiratung seiner Tochter Fanny mit einem Glaubensgenossen, den er als Teilhaber in sein Geschäft aufnehmen wolle, gestatten. Der Senat stimmte am 4. März 1848 seinem Gesuch unter der Bedingung zu, daß sein Teilhaber — von der Aufnahme als Schutzjude abgesehen — den Bestimmungen des Schutzbriefs nachkommen würde. Zur Ausführung dieser Bedingungen kam es jedoch nicht mehr, da kurze Zeit nachher die Umwälzung von 1848 erfolgte.

Ende des Schutzjudentums

Am 18. September 1839 hatte der Senat ein Dekret erlassen, nach dem die Handwerker-Zünfte in Zukunft verpflichtet waren, jüdische Lehrlinge aus dem Staatsgebiet Lübeck anzunehmen. Im Jahre 1842, am 22. Januar, war der Senat zu der Überzeugung gekommen, daß „die Nothwendigkeit dringend sey, dem immer zunehmenden Nothstand der dem hiesigen Staat angehörigen Juden abzuhelfen". Die Ausübung eines jeden an sich erlaubten Gewerbes sollte den Juden auch außerhalb Moislings erlaubt sein und der Besuch der Jahrmärkte ihnen freigestellt werden. Um dieser Notlage der Juden zu begegnen, setzte der Senat am 23. Februar 1842 eine gemischte Kommission ein, die geeignete Maßnahmen vorschlagen sollte.

Nach langen Beratungen gab die Kommission am 17. Februar 1843 ihr Gutachten ab, das mit folgendem Urteil schloß: „Die Commission vermag demnach ihr auf Pflicht und Gewissen und mit der vollsten Überzeugung abgegebenes Gutachten nur dahin auszusprechen, daß den Juden die volle Freiheit, sich auf jede den Christen erlaubte Weise in Stadt und Gebiet ihren Erwerb zu suchen, mit unbeschränkter Wohnungsbefugniß ertheilt werde ..."

Dieses Gutachten wurde zwar nicht sofort ausgeführt, hatte aber immerhin zur Folge, daß die Lösung der Judenfrage in der Stadt Lübeck als dringlich erkannt wurde. Die Einsicht, daß die Lage der Juden gebessert werden müsse, war hierdurch allgemein geworden. Da die Änderung dieser Lage keinen Aufschub mehr zuließ, setzte der Senat am 26. Mai 1847 eine neue Kommission ein um festzustellen, in welcher Weise die allgemeinen Grundsätze der sozialen Ordnung auf die besonderen Verhältnisse Lübecks angewandt werden könnten.

Die völlige Einbürgerung der Juden vollzog sich nun Schritt für Schritt. Das Landgericht hatte am 13. September 1847 beantragt, die Errichtung förmlicher Zivilstandsregister anzuordnen und sämtlichen Israeliten die Annahme bestimmter Familiennamen zur Pflicht zu machen. Daraufhin erließ der Senat am 28. Januar 1848 eine Verordnung, nach der die im lübeckischen Staate ansässigen Israeliten verpflichtet wurden, „bestimmte und unveränderliche Familiennamen anzunehmen und Geburts-, Heirats- und Sterbe-Register zu führen. Durch diese Verordnung wurden die deutschen Familiennamen auch bei den Juden Lübecks eingeführt[6]), nachdem bereits in vielen deutschen Ländern diese Einrichtung getroffen worden war. Die Einführung deutscher Familiennamen sollte auch äußerlich ihre Verbundenheit mit dem Heimatlande beweisen.

[6]) siehe Anhang, S. 220—224.

Am 31. August 1848 hatte die Kommission ihren Bericht fertiggestellt und ihre Entscheidung dahin gefaßt, „daß dem so viel beklagten Nothstande der dem hiesigen Staate angehörigen Juden nur durch eine vollständige politische und gewerbliche Emanzipation derselben nachhaltig abgeholfen werden könne. Daß aber diese Maßregeln nicht auf die Israeliten Moislings beschränkt bleiben dürfen, sondern auf alle Bekenner der Israelitischen Konfession ausgedehnt und somit das Prinzip der Glaubensfreiheit auch in unserem Freistaate zur unbedingten Anerkennung gebracht werde".

Senat und Bürgerschaft schlossen sich dieser Forderung an und erklärten am 9. Oktober 1848 jeden Unterschied in den bürgerlichen und staatlichen Rechten der Christen und Nichtchristen für aufgehoben und erkannten hiermit die Gleichstellung der jüdischen mit ihren christlichen Mitbürgern in bezug auf den Besitz aller Rechte vorbehaltlos an. Hiermit war endlich die volle Gleichberechtigung der Juden in jeder Hinsicht erreicht und die Stellung der Juden als Staatsbürger gleichen Rechtes und gleicher Pflichten festgelegt. Den letzten Abschluß fand diese freiheitliche und rechtliche Entwicklung in dem Gesetz vom 16. Juni 1852: „Die Bekenner der jüdischen Religion sind in dem hiesigen Freistaate mit den übrigen Staatsangehörigen so wie in staatsbürgerlicher so auch in gewerblicher Berechtigung gleichgestellt."

Fortan gewährte der Staat gleiches Recht und gleichen Schutz allen seinen Bürgern ohne Unterschied des Glaubens und der Abstammung. Rat und Bürgerschaft hatten sich in der Gestaltung eines freieren Lübecks mit seinen Bürgern zusammengefunden und eine neue aufstrebende Entwicklung der alten Hansestadt angebahnt.

III.

Der jüdische Gottesdienst in Lübeck und Moisling

Das Wahrzeichen einer jüdischen Gemeinde ist ihr Gotteshaus, die Stätte, in der die Gemeinde ihre Hingabe zu Gott im gemeinsamen Gebet bezeugt. Nach jüdischer Anschauung bilden schon zehn Männer eine Gemeinschaft, die berechtigt und verpflichtet ist, Gottesdienst abzuhalten. Unter den drei Grundlagen, auf denen nach talmudischer Ansicht die Welt beruht — auf Gotteslehre, Gottesdienst und Liebestat — ist der Gottesdienst, die Beziehung des Menschen zum Schöpfer des Alls das zweite Fundament, auf dem die menschliche Gesellschaft sich aufbaut.

Schon im Namen des jüdischen Gotteshauses „Beth ha Kneßet" — „Haus der Zusammenkunft"— liegt ausgedrückt, daß der Gottesdienst das Element darstellt, das die Gemeinde verbindet und das die verschiedenartigen Menschen und Stände, die sich in Ansehen, Bildung und Stellung voneinander unterscheiden, zusammenfassen soll. Wo immer Juden sich niederlassen, gilt daher ihre erste Sorge dem Bemühen, den Lebenden ein Bethaus, den Toten eine ewige Ruhestätte zu schaffen.

Der Stammsitz der jüdischen Gemeinde in Lübeck war bekanntlich das nicht weit entfernte Dorf Moisling, in dem um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts die ersten Anfänge einer jüdischen Gemeinde entstanden. Jüdische Flüchtlinge, die den Wirren des Dreißigjährigen Krieges entflohen waren, hatten hier eine zweite Heimat gefunden. Die Gutsherrschaft hatte sie bereitwillig aufgenommen, und Christian V., König von Dänemark, verlieh ihnen bald das Recht, eine eigene Gemeinde zu bilden und jüdischen Gottesdienst abzuhalten.

„Eben diese Gutsherrschaft ist nicht nur unterm 27. Februar 1686 mit dem Recht der Juden Aufnahme und solcher ihrer Aufgenommenen Judenschafft, eine eigene Synagoge einzuräumen, sie unter eigenem Rabbiner und Ältesten ein Corpus Collegii ausmachen zu lassen begnadigt, sondern sie hat auch für ihre recipirte Judengemeinde unterm 16. Januar 1697 die Allerhöchste Concession ausgewürckt, dass selbige mit dem zu Altona privilegirten Juden gleicher Freyheit im Handel und Wandel in Königl. Majestät Landen unbeeinträchtiget geniessen sollte."

Durch diesen hochherzigen Erlaß eines Fürsten, der durch seine wirklich tolerante Gesinnung der Denkweise seiner Zeit weit vorausgeeilt war, war den Ansiedlern die Erlaubnis zur Bildung einer jüdischen Gemeinde mit dem Recht, einen eigenen Rabbiner anzustellen und eine Synagoge zu errichten, gegeben worden.

In diesem staatsrechtlichen Akt des dänischen Königs zeigte sich der grundsätzliche Gegensatz zur Stellungnahme der benachbarten Hansestadt Lübeck. Diese verstand sich nur dazu, das System des Schutzjudentums einzuführen, wachte aber streng darüber, daß diese Aufnahme eines Schutzjuden nicht zur Bildung einer jüdischen Gemeinde führte.

Die jüdischen Ansiedler in Moisling nahmen bald das ihnen verliehene Recht in Anspruch und bildeten eine Gemeinde. Sie richteten vorerst einen Raum zur Abhal-

tung des Gottesdienstes ein und erwarben ein Friedhofsfeld zur Bestattung ihrer Toten.

Die ersten Ansiedler, die zumeist aus dem Osten stammten, schlossen sich erst allmählich zu dieser Gemeinde zusammen. Es mag wohl einige Mühe verursacht haben, für diese aus den verschiedenen Gegenden hierher verschlagenen Juden einen geordneten Gottesdienst mit einheitlichem Minhag (religiöser Brauch) und Gebetsritual einzuführen.

Ihre Umgangssprache war das bekannte Jüdisch-Deutsch, eine Abart des Mittelhochdeutschen, das mit hebräischen und polnischen Worten vermischt war und das auf ihre ursprüngliche Herkunft aus Deutschland hinweist. „Ebräische Sprache war bei den Nichtjuden wenig bekannt, und die Juden sprachen im Umgang unter einander Jüdisch-Teutsch."

In der ersten Zeit war die Gemeinde wohl ohne besondere Führung, erst später trat an die Spitze der Gemeinde ein Rabbiner, dem in der Leitung und Verwaltung die Gemeinde-Ältesten zur Seite standen. Der Rabbiner hatte die religionsgesetzlichen Entscheidungen zu treffen und das Urteil in Prozessen zivilrechtlicher Art zu fällen. — Die Gemeindeältesten hielten sehr auf Zucht und Ordnung beim Gottesdienst, um die Würde des Gotteshauses zu wahren und scheuten sich nicht, ihren Mahnungen durch Geldstrafen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. In diesem Bestreben, einen würdigen Gottesdienst einzurichten, wurden sie durch den Rabbiner tatkräftig unterstützt, der, wenn es erforderlich war, sogar zur ultima ratio überging und über die widersetzlichen Elemente mit Zustimmung der Gemeinde den Bann verhängte.

Durch den Bann wurde der Übeltäter vom gemeinsamen Gottesdienst und von allen Würden und Ehren der Gemeinde bis zu seiner Aufhebung ausgeschlossen. Sein Name wurde auf der schwarzen Tafel im Vorraum der Synagoge angeschlagen und jeder Verkehr mit ihm streng untersagt. Diese harten Maßregeln, die hin und wieder angewandt wurden, erscheinen bei der Anschauung der damaligen Zeit umso mehr verständlich, wenn man bedenkt, daß diese junge Gemeinde erst eine feste Form gewinnen und zur inneren Gemeinschaft erwachsen mußte.

Um diese Verhältnisse zu ordnen, stellten die Ältesten 1720 eine Reihe von Wünschen zusammen, die sie der Gutsherrschaft einreichten. Sie baten um die Verleihung der Rechte — um die „Jüdischen Gerechtigkeiten" — die bereits den Altonaer Juden zugestanden waren,

„1. demnach die Frau Geheimbte Rähtin und Präsidentin von Wedderkopen uns die Gnade geben, das die Sechs vorgestelte sollten Bemächtig seyn, die Jüdische Sermoni zu führen, als Gebrauch ist auf anderen Platzen.

2. Wann Leute als juden hier wollten sich Besetzen, als wir die Gnade erlangen könten, dass diejenigen sich bey uns auch melden möchten, wegen wir juden seint die Leute Besser Bekant.

3. Das sich keiner unterstehn soll, aus dem Schlag Baum zu gehen, wo der Bauer was zu Kauff Bringt, als Eyer, Butter, Holtz und andere Sachen, das einer den andern nicht nach Lauff und es verteuret, wie auch Bey dem Schlatter mit dem Fleisch.

4. In Gotteshauss soll ordentlich zu gehen, als die Sechs vorgestellte Bemächtig sein möchte, und die Straffe die Helfte an unser gnädigste Obrigkeit und die andere Helfte in unser Jüdische arme Büchse, wen welche waren, die mann nicht um Geld Straafen könte. Als wir Bemächtig seint zu Straafen mit Bandt, als die Jüdische Sermoni Laut.

5. Wenn etwas Streitte wehre, unter jüdische gemeine, als die Obrigkeit nicht überlauffen werden, unter uns ausgemacht werden, sondern was eine Schwere Sache ist, was wir nicht ausmachen können, selbige für die Obrigkeit kommen.
6. Wenn einer nicht wollte Parriren, wenn man in Straffe auflegt und die Obrigkeit nicht hier wehre und das wir den die Gnade erlangen könten, das die gnädige Herrschaft Volmacht geben, uns Behülflich zu sein."

Die Gutsherrschaft stimmte diesen Wünschen der Ältesten zu und übertrug ihnen die Vollmacht zur Ausübung der „Jüdischen Gerechtigkeiten" am 12. September 1720 mit den Worten, die Frau v. Weddercopp, die Gutsherrin, eigenhändig unterschrieb: „Ich Kan dieses alles geschehen Lassen. Hamburg, 12. September 1720.

M. E. v. Wedderkopen."

Diese Rechte sollten der Gemeinde eine feste Ordnung geben und sie auf eine sichere Grundlage stellen. Die Vorsteher hatten jetzt die Möglichkeit, unerwünschte Elemente fernzuhalten und Auswüchse zu unterdrücken. Wenn neue jüdische Ansiedler sich hier niederlassen wollten, waren sie nunmehr verpflichtet, sich zuerst bei der Gemeinde zu melden, damit diese über die Zuverlässigkeit der Ansiedler ihr Urteil abgebe. Beim Einkauf von Lebensmitteln, von Eiern, Butter und Fleisch, durfte einer dem andern beim Kauf nicht zuvorkommen, damit keine Verteuerung eintrete. Die Ordnung im Gotteshaus und Gottesdienst war nunmehr gesichert, da die Vorsteher über disziplinarische Machtmittel verfügten und berechtigt waren, Geldstrafen zu verhängen, im Notfall sogar durch den Rabbiner den Bann über die widersetzlichen Elemente verhängen lassen konnten. Der Ertrag der Geldstrafen fiel dann zur Hälfte der Obrigkeit und zur andern Hälfte der Armenbüchse zu. Alle Streitfragen unter den Juden wurden durch den Rabbiner und die Gemeinde selbst geschlichtet, nur schwere Fälle wurden vor die weltliche Obrigkeit zur Entscheidung gebracht. Zur Zurechtweisung der widerstrebenden Mitglieder hatte die Obrigkeit ihre Mithilfe zugesagt.

Durch die Anwendung dieser Rechte glaubten die Ältesten, alle Maßnahmen getroffen zu haben, um die Entwicklung und die wirtschaftliche Lebenshaltung der Gemeinde zu sichern. Die Gemeinde bildete eine Art von religiöser Volksgemeinschaft, deren verschiedene Interessen und Bestrebungen einer einheitlichen Leitung bedurften. Auch das gottesdienstliche Leben der jungen Gemeinschaft wurde hierdurch in eine feste Form gebracht und vor jeder schweren Erschütterung bewahrt. Die Ältesten bedurften solcher Vollmachten, um der Gemeinde gegenüber ihre Autorität zu wahren und der Gutsherrschaft gegenüber die Verantwortung zu tragen. Die Ältesten der Gemeinde Moisling haben denn auch diese nicht immer leichte Aufgabe mit größter Hingabe in den schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Lagen erfüllt.

Neben den Ältesten standen an der Spitze der Gemeinde-Verwaltung zwei Vorsteher, deren Zahl später auf drei erhöht wurde. Die Vorsteher wurden gewöhnlich auf drei Jahre gewählt. Die Kassenverwaltung wurde durch zwei gewählte Gabboim (Kassenvorsteher) geführt. Die Vorsteher und Gabboim hatten über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Rechenschaft abzulegen, während die Einschätzung der Gemeinde-Mitglieder durch drei vereidigte, zur Verschwiegenheit verpflichtete Mitglieder erfolgte. Diese wurden aus den drei Klassen der Steuerzahler von 300, 500 und 1000 Thlrn. gewählt und auf diese Klassen die Lasten nach einer bestimmten Skala verteilt[1]).

[1]) Carlebach, Geschichte der Juden in Lübeck und Moisling, S. 34.

Eine Eingabe von Mitgliedern der Gemeinde an den Verwalter der Gutsherrschaft um 1742 beleuchtet in interessanter Weise die inneren Nöte und Verhältnisse der Gemeinde. Die Einziehung der ausstehenden Schulden, die Erhebung und Verwendung der Beiträge zur Unterhaltung des Kultus sowie die Aufstellung eines Status über die Befugnisse des Rabbiners und der Ältesten[2]) werden in ihr behandelt. Die Eingabe schließt dann mit der Bitte, der Gemeinde das Recht des Bannspruchs zu überlassen und die Regelung der Schuldentilgung vorzunehmen.

„nachdem daß Ihro HochEdler H. Verwalter verlanget haben, daß wier unßre vorstellen sollten Schriftlich ein Bringen, allesden bitten wir, daß Sie die gnade Mechten Erzeigen und uns die Freyheit geben auff die punc, welche Sie hier finden werden:

1. wegen die Schulden einzufordern alt und neu zum Rabbiner und zu Schuhl Haur, daß wir unser Schulheuer zur rechter Zeit abfüren können.
2. Bitten wier, dass uns ihro HochEdler H. Verwalter solen uns Ein Urdnung Erteyellen wegen dem Rabiner und Elsten, wie weit ihro Macht gehen soll, dass wier ihro Hoch Edle H. Verwalter nicht zu vill überlauffen Megen.
3. bitten wier aus, dass wir Megen den Bann frey zu haben nach unsre Jüdischen Sermunium, wie wier zuvor gehabt haben.
4. wohlen wir gebeten haben, dass sie möchten ein Urtheill darein sprechen wegen die Schuhlden, die die vorege Elsten gemacht haben wegen dem Rabiner und vorsinger und Schuhlen Klepfer, wer die Bezahlen soll, den Sie haben die ein Häbung genossen.
5. wegen die Zeichen, dass Sie Mechten Ein Urdnung machen, wie wier uns verhalten sollen.

Josef Michel
Esajas Marcus
Israel Hirsch.[3])“

Aus dieser Eingabe sind die mannigfachen Schwierigkeiten ersichtlich, mit denen die junge Gemeinde zu kämpfen hatte. Diese waren in erster Reihe finanzieller Natur, da die Gemeinde ganz auf sich gestellt war und alle ihre Einrichtungen durch Erhebung von Beiträgen erhalten mußte. Bei Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten wandte man sich stets an die Obrigkeit, anstatt die eigene Vertretung der Gemeinde entscheiden zu lassen und ihre Autorität anzuerkennen.

Neben den Rabbiner traten zu dieser Zeit zwei besondere Gemeinde-Angestellte, die ihre Tätigkeit für die Gemeinde meistens nur im Nebenamt ausübten: der „Vorsinger“, der die Gebete vortrug und der „Schulklepfer“ oder Schulklopfer, der die Stellung des Gemeindedieners bekleidete. Diesen Namen verdankte er seiner Tätigkeit bei Tagesanbruch, da er Tag für Tag in aller Frühe mit dem Ruf „in Schul rein“ an die Haustür oder das Fenster klopfte, um die Schläfer zum Besuch des Gottesdienstes zu wecken.

Der letzte Punkt der Eingabe enthielt die Bitte, den Einlaß der Moislinger Juden in Lübeck nach einer bestimmten Reihenfolge zu ordnen. Am 1. Mai 1709 hatte bekanntlich Lübeck die Bestimmung getroffen, „daß täglich ein Jude gegen Production eines gewissen Zeichens zur Ankauffung seiner Nothdurfft herein komme“. Vom Jahre 1724 an war auf Antrag des Gutsherrn von Moisling, des Herrn v. Weddercopp, drei Juden täglich der Eintritt gestattet worden. Diese

[2]) Älteste und Vorsteher siehe Anhang, S. 184.
[3]) Die Namen sind in hebräischer Schrift unterschrieben.

Zeichen wurden dem Gutsherrn von Moisling von seiten Lübecks als Ausweis für die Juden zugestellt und von den Moislingern an der Wache beim Eintritt vorgezeigt. Die Gutsverwaltung verteilte diese Zeichen abwechselnd, um allen die Berechtigung zum Eintritt in Lübeck der Reihe nach zu verschaffen. Aus diesem Grunde baten die Ältesten um Aufstellung einer bestimmten Ordnung und Regel, nach der diese Verteilung vorgenommen werden sollte.

Die Grundlage der Gemeindeverhältnisse bildeten nach wie vor die „Jüdischen Gerechtigkeiten", die aber bei jedem Wechsel der Gutsherrschaft aufs neue bestätigt werden mußten.

Um 1740 hatte ein solcher Wechsel in der Gutsherrschaft stattgefunden und Herr v. Brockdorff war als Nachfolger v. Weddercopps als neuer Gutsherr in Moisling eingezogen. An ihn wandten sich die Vorsteher der Gemeinde

Liebmann Moses,
Isias Marcus
und Alexander Ruben

am 15, August 1743 und baten um Bestätigung der „Jüdischen Gerechtigkeiten", die der Gemeinde am 12. November 1720 von Frau von Weddercopp mit Unterschrift und Siegel verliehen worden waren.

„Wir können keinen umgang nehmen, Bey Eur. Hoch wohlgebohren Excellence hiemit unterthänigst Supplicando ein zu kommen umb demüthigst zu Bitten, daß wir gleich den Altonaern Schutz-Juden, die von der wohlseelige Frau geheimbten Räthin von Wedderkoppen gnädigst ertheilten Jüdische Gerechtigkeiten vom 12 ten November 1720 auch gnädigster Confirmation erhalten mögen, zumahle in dem 4ten articulo enthalten, in Gotteshauß soll ordentlich zu gehen, und sollen die 6 vorgestellete Bemächtig sein, die übertreter nach Jüdischer Sermoni mit dem Bandt zu Bestraffen: und in dem 5ten articulo: wann Streit unter unser Gemeine, so soll man die Hohe Obrigkeit nicht zugleich damit überlauffen, und wann es keine Schwere Sache, kan solche unter uns ausgemacht werden, die Straffe aber davon die Helfte an der Gnädigsten Landes-Obrigkeit, die andere in der Jüdischen Armen-Büchse.

Wann nun solches von der Wohlsehligen Frau Geheimbten Räthin von Weddercoppen uns krafft ihrer eigenhändigen Unterschrift und Pettschaft im vorangezogenen gnädigst ertheilet und gegeben worden, So leben wir des festen Vertrauens, Es werden E. Hochw. Excellence, alß unser Landesherr und Hohen Obrigkeit, uns auch damit zu begnadigen, daß wir den Altonaer Schutz Juden gleich, die Jüdische Gerechtigkeiten alhier genießen, und solche Gerechtigkeit aus Hoher Obrigkeitlicher Gnade gnädigst Confirmiret werden mögen ...."

Der neue Gutsherr von Brockdorff ging auf die Wünsche und berechtigten Forderungen der Moislinger ein und bestätigte am 10. November 1744 durch ein ausführliches Reglement ihre Rechte und Privilegien. Hierdurch wurde die Ordnung der Gemeindeverhältnisse aufs neue gesichert und eine feste Grundlage für ihre weitere Entwicklung geschaffen.

„*Reglement* der von *Geh. Rath v. Brockdorff* bestätigten *Privilegien für die Juden Moislings.* (1744)

Demnach die Ältesten derer in meinem Adelichen Guhte Moisling wohnenden Juden sich beschweret, daß ihnen Eingriff in ihren Jüdischen Ceremonien geschehe, und sie behindert würden, in ihren Schulen Sachen, auch in Streitigkeiten unter den Moislinger Juden selbst wegen Schuld Sachen und Gelder Eine Caßirung, Entschei-

dungen zu geben, welches doch an anderer Orten denen daselbst wohnenden ihrer Religion unverwehret sey.

So habe ich für nöthig gefunden, nachfolgendes Reglement abzugeben.

Erstlich soll in Ceremonien Sachen ihrer Religion und Sinagoge ihnen Keine hinderung gemacht werden sondern ihnen desfals erlaubet sein, was von Königl. Mayest. ihnen solcher wegen zu Altona und Wandsbeck ungehindert zugelaßen wird.

Zweitens habe ihre, von ihrer Gemeinde ordentlich zu Erwählende Eltesten macht, so vollenkommenen und definitive als wäre das vom Moislingischen Gericht geschehen, zu erkennen und zu entscheiden nach ihren Gesetzen und Gebräuchen, wann unter ihnen Streitigkeiten entstehen, wegen Testamenten, Erbschaften, Brautschätze und Ehe-Sachen.

Drittens haben gleichfals ihre Eltesten Macht, wegen Ungehorsams in vorbemeldten Ceremonien Sachen, und in andere, zur Erkäntniß der Eltesten nach diesen Reglement gehörigen Streitigkeiten, im gleichen wegen Machtwillens und verübten Gewalt unter ihnen selbst zu Moisling, die Verbrecher nach größe und beschaffenheit des Verbrechens etwa mit einer mäßigen Geld-Straffe zu belegen, oder gar aus ihren Societaeten nach ihrer weise zu stoßen oder auch vermittelß ihres Gesetzes zu *Bandiniren,* doch unpreejudicirlich der von dem Verbrecher dem Moislingischen Gericht zu erlegenden Brüche oder anderer, nach hiesigen Landes Gesetzen verwirckten Criminal Bestraffungen und daß durch die Bandirung oder ausstoßung aus ihren Societeeten das verbieten der Wohnung zu Moisling und des freyen Gewerbs nicht verstanden werde, als welches allein dem befinden und der Erkäntniß der Moislingischen Guths-Herrschaft zustehet.

Viertens wird ihren Eltesten hiemit vor der Hand nur auf ein Jahr erlaubet, daß, wann zwischen denen zu Moisling wohnenden Juden wegen Schuld-Sachen und Gelder ein Caßirung, so nicht über Dreyzig Rthl. betragen, Streit entstehet, darin zu ertheilen und zu erkennen, und soll solche erkäntniß angesehen werden, als wäre sie von Moislingischem Gerichte abgegeben; Höhere Summen, aber, und wan ein nicht zu Moisling wohnender Jude oder ein Christ, er mag zu Moisling oder anderwerts wohnen, einen zu Moisling wohnenden Juden wegen einer Schuld Sache und Gelder ein Caßirung in Anspruch zu nehmen und zu belangen hat oder ein zu Moisling wohnender Jude sich solche Forderung von einen frembden, es sey Christen oder Juden, Cediren oder in Bezahlung ein thun läßt, solches alles wird von Moislingischem Gericht und nicht von den Juden Eltesten entschieden.

Fünftens soll es mit den Drey zeichen zum Eintrit in die Stadt Lübeck nach der Verordnung vom *1. Februar 1724* gehalten, auch demjenigen, was sonst in solcher verfüget, nachgelebet werden, wann solches nicht geschiehet, gehöret es zur Erkäntniß des Moislingischen Gerichts und nicht der Juden Eltesten.

Wornach sich dann die zu Moisling wohnende Juden und ihre Eltesten zu richten haben, bis Ich oder die nach mir kommende Guths-Herrschafft dieses durch anderweitige Verfügungen zu mindern, zu mehren und ändern für diensahm finden.

Moisling den 10 ten Novbr. des 1700 und vieren und Viertzigsten Jahres

J. Brockdorff.
(L. S.)"

Durch das Reglement des Gutsherrn v. Brockdorff hatten die Ältesten ausreichende Vollmachten und Rechte erhalten, die zur Führung der Gemeinde erforderlich waren. Alle Fälle, die ihrer Zuständigkeit entzogen waren, unterlagen der Ent-

scheidung des Gerichtes und der Obrigkeit. Die Befugnisse der Ältesten waren nunmehr genau bestimmt und ihre Autorität gesichert.

Besonders ließen sich die Ältesten die Sorge um die Würde und Ordnung des Gottesdienstes angelegen sein. Sie wollten die disziplinarischen Maßnahmen nicht um der Strafe willen, sondern nur als erzieherisches Mittel anwenden, um einen einheitlichen und würdigen Gottesdienst für diese aus allen Ländern stammenden Gemeinde-Mitglieder zu schaffen. So war unter einigen Mitgliedern die nicht genug zu verurteilende Unsitte verbreitet, nach Beendigung des Gottesdienstes in den Räumen des Hauses zurückzubleiben und sich die Zeit mit Würfel- und Kartenspiel zu vertreiben. Um diesem Unwesen zu steuern, wandten die Ältesten das schärfste Mittel des Bannspruchs an und baten die Gutsherrschaft hierzu um die Genehmigung, die ihnen auch bereitwilligst am 4. Januar 1745 erteilt wurde. „Es wird auf Beschehenes geziemendes Ansuchen derer hiesigen Juden-Ältesten denenselben von gnädiger Herrschaft wegen hiemit concedirt und auch zugleich auferleget, in ihrer Synagoge das unzulässige Spielen mit Würffeln und Charten umb Geld oder Geldeswerth unter ihnen wie gebrauchlich bey dem Cherem[4]) gäntzlich verbiethen zu mögen."

Das Recht, Beiträge zu erheben, gab der Gemeinde die Möglichkeit, die innere Verwaltung ordnungsgemäß einzurichten und die Bedürfnisse für Kultus und Unterricht zu bestreiten. Die Mitglieder der Gemeinde trugen durch ihre Beiträge dazu bei, die Einrichtungen der Gemeinde wie Synagoge, Schule, Ritualbad und Friedhof zu unterhalten und die Besoldung des Rabbiners, Vorsingers und Gemeindedieners zu ermöglichen. Sie fühlten sich für den Aufbau und die Erhaltung der Gemeinde verantwortlich und waren der Überzeugung, daß sie durch die Stärkung der Gemeinschaft auch selbst eigenen Halt gewinnen würden.

Die schlechten äußeren Beziehungen zu Lübeck wirkten auch auf den Zustand der Gemeinde zurück, da die wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Abschließung von Lübeck sehr unerfreulich waren. Die Bestimmung von 1724, nach der täglich nur drei Juden aus Moisling auf Zeichen in Lübeck eingelassen wurden, war noch in Geltung, die Beschränkungen des Verkehrs mit der Hansestadt hatten eher noch zu- als abgenommen, und alle Versuche, sie aufzuheben, waren bisher erfolglos geblieben.

Für die niederdrückende Behandlung und Mißachtung jedoch, die sie in Lübeck erfuhren, fanden die Moislinger vollen Ersatz in dem inneren jüdischen Leben, das sich in der Gemeinde abspielte. Im Familienkreise wie auch im Gotteshaus fühlten sie sich für alle äußere Zurücksetzung reichlich entschädigt. Die Synagoge war ihnen nicht nur das Haus des Gebetes, sondern auch die Stätte der Zusammengehörigkeit, die besonders nach dem Gottesdienst in der freien Aussprache zum Ausdruck kam, die unter den Gemeindemitgliedern dann meistens stattfand, wie es dem eigentlichen Namen des Gotteshauses „Beth ha Kneßeth", „Haus der Versammlung", entsprach. Alles, was sich im Leben begab, fand hier seinen Widerhall. Wenn jemand etwas verloren hatte, wurde es hier bekanntgegeben, wenn ein Mitglied sich gegen die Gemeinde vergangen hatte, wurde es hier zur Kenntnis gebracht, vor Ankauf von gestohlenem Gut wurde hier öffentlich gewarnt. „Daferne es aber als gestolen Guht vorher in der Synagoge publiciret gewesen", mußte das verkaufte oder gepfändete Gut ohne Entgelt wieder zurückgegeben werden.

Es ist verständlich, daß die Festsetzung und Erhebung der Beiträge für die Gemeinde, die bekanntlich durch die Ältesten erfolgte, nicht immer ohne Reibung und Schwierigkeit abging. Wenn auf Anordnung der Ältesten der Name des Widersetzlichen auf dem Schwarzen Brett angeschlagen wurde, erhoben die Gemaßregelten

[4]) Cherem bedeutet Bannspruch.

häufig Widerspruch gegen diesen Anschlag bei der Gutsherrschaft, die sodann ihre Entscheidung nach Untersuchung der Angelegenheit traf.

„Demnach die Juden Samuel Salomon, Simon Arend, Levien Salomon und Wulff Levien mir klagend vorgebracht, daß ihre Nahmen von denen Eltesten aus der Ursache ans schwartze Brett geschlagen, weilen Sie die ihnen *über ihr Vermögen zugetheilte Anlage-Gelder à 2 Reichsthaler* jeder *nicht abgetragen,* dahingegen verschiedene andere der Moislinger Juden, durch der Eltesten eigenes Gutachten entweder mit der concurrent zu den Anlagen ganz verschonet, oder doch, gegen Sie, mit einer ungleich gelindern Taxe beleget; als wird aus Berregenden Ursachen denen sämtl. Eltesten hiemit Bey 20 Rthlr. Straffe anbefohlen, obgedachte ans schwartze Brett geschlagene Nahmen so fort wieder abzunehmen, jedoch ihnen vorbehalten, auf den erst zu haltenden Gerichtstag ihre Ursachen, warum sie Klägern die Anlage bis auf 2 Rthr. jedem aufzulegen sich befugt halten, vorzubringen und darauf gerichtlicher Entschädigung zu gewärtigen. Und wird der Verwalter Peterßen zugleich hiedurch befehliget, in so ferne die Eltesten dieser ordre so fort nicht geleben, ob Bemeldte Straffe der 20 Rthlr. durch execution von ihnen einzutreiben." So am 7. April 1746.

Aber ungleich stärker als der Anschlag des Namens an das Schwarze Brett wirkte der Bannspruch, der schwerere Folgen nach sich zog. Aus diesem Grunde versagte die Obrigkeit häufig ihre Genehmigung zur Verhängung des Banns. Wenn aber der Bann bereits ausgesprochen war, forderte die Behörde oftmals seine Aufhebung, weil sie in ihm ein zu hartes Strafmittel sah.

Als Christian VII. von Dänemark von einem solchen Bannspruch erfuhr, der in einem Prozeß gegen den Schuldigen ergangen war, forderte er den Gutsherrn von Moisling auf, unverzüglich die Zurücknahme des Banns zu erwirken[5]). Der Gebannte galt erst dann als wieder aufgenommen und hatte wieder das Recht, am Gottesdienst teilzunehmen, wenn der Rabbiner diesen Bann aufgehoben hatte. „Es hat solchemnach der Rabbiner Abraham Joseph declariret, daß Joseph Meyer sein Gebet in der Synagoge an ihren Festtagen verrichte Könne, er auch dafür einstehen wolle, daß er solches sein Gebet in der Synagoge verrichte, mithin würde die Gemeine sich ruhig zu verhalten hierdurch und bey schwerer Strafe angewiesen." (Am 20. Sept. 1787)

Wie die Landesregierung gegen die vermeintlichen Übergriffe der Ältesten zugunsten der Gemaßregelten eingriff, so wandte sie sich auch andererseits gegen die Maßnahmen der Gutsherrschaft, wenn diese ihr ungerechtfertigt erschienen. Diese Zurechtweisungen kamen öfter vor, nachdem der spätere Bürgermeister Lübecks, Joachim Peters, die Gutsherrschaft in Moisling 1763 erworben hatte und Besitzer des Gutes Moisling geworden war.

Im Jahre 1783 richteten David Spanier, Jacob Meyer und die übrigen Ältesten der Judenschaft zu Moisling an den König von Dänemark eine Beschwerde über die Maßnahmen des Justitiars und Verwalters Anton Rhode, der von den Durchwanderern in Moisling 1 Schilling für die Nachtzettel fordere, obgleich diese überall unentgeltlich abgegeben würden. Da die Durchwanderer zu arm seien, um diese Gebühr zu bezahlen, müsse stets die Gemeinde diese Kosten tragen. Außerdem hätte er die Höhe der Gerichtsgebühren gesteigert, obgleich hierfür kein Grund vorgelegen habe. Die Landesregierung forderte daraufhin am 3. Febuar 1783 von der Gutsherrschaft sofort einen Bericht über diese Vorkommnisse und eine Erklärung des Justitiars Rhode. Die gleiche Aufforderung erging am 24. April 1783 nochmals an die Gutsherrschaft. Die Landesregierung zeigte hierdurch, daß sie keinerlei Übergriffe, weder von den Vertretern der jüdischen Gemeinde noch von der Guts-

[5]) Siehe „Das Rabbinat in Moisling".

herrschaft, zuließ und daß sie über eine gerechte und unparteiische Behandlung ihrer Schutzbefohlenen wachte.

Wie weit die von der Landesregierung anerkannten Rechte der Moislinger Juden gingen, geht aus einer Eingabe der Ältesten an den König Christian VII. von Dänemark im Oktober 1786 hervor. Die Ältesten hatten das Recht, bei Todesfällen von Glaubensgenossen an deren Häuser und Nachlaß ein Siegel anzulegen, wenn die betreffenden Erben abwesend oder unmündig waren. Dieses seit Jahrzehnten bestehende Recht war ihnen von den Besitzern der Gutsherrschaft, dem Bürgermeister Peters, bestritten worden. Aus diesem Grunde wandten sich die Ältesten an den König und wiesen auf die Privilegien hin, die sie in ihren Religions- als auch in ihren Zivil-Sachen erhalten hatten.

„So wie die Jüdische Nation nach denen von Königl. Milde selbigen allergnädigst verliehenen Privilegien in dem Herzogtum Holstein, auch der Stadt Altona, nur die Stadt Glückstadt ausgenommen, sowol in ihre Religions- als auch in Civil Sachen, die diese Glaubens-Genossen unter sich haben und in Ansehung der Gerichtsbarkeit in solchen Sachen ihre besondere Verfassung haben, also haben auch diejenigen unserer Nation, die sich in dem Guthe Moisling niedergelassen haben, gleiche Vorrechte bisher genossen.

Es sind daher auch die Sterbbuden unserer Glaubensgenossen, wenn abwesende oder unmündige Erben daran theil genommen, von den Ältesten unter Siegel genommen und von selbigen ohne alle Behinderung der Moislingschen Guths Obrigkeit regulirt worden.

Nach diesen Grundsätzen wurde auch von uns verfahren, als am 8 ten dieses Monaths der Schutzjude Levi Nathan mit Hinterlassung mehrerer unmündiger Kinder mit Tode abging, in dem sofort von uns die Versiegelung dessen Nachlassses veranstaltet wurde."

Im Anschluß an diese Ausführungen schilderten sie dann das Eingreifen des Justitiars, der widerrechtlich das Moislinger Gerichtssiegel angebracht habe und legten hiergegen Verwahrung ein.

Das Vorgehen der Ältesten ist bezeichnend für die Entschlossenheit, mit der sie die ihnen verliehenen Rechte verteidigten. Der Gutsherrschaft gegenüber vertraten sie entschieden ihren Standpunkt und ließen keinen Eingriff in ihre Gerechtsame zu.

Im Gegensatz zu Moisling, wo sich in kurzer Zeit nach der Niederlassung bereits eine größere Gemeinde entwickelt hatte, war die Bildung einer Gemeinde in Lübeck nach wie vor ausgeschlossen, da hier als einziger Vertreter der Judenschaft der Schutzjude „erduldet" war. In der Verfassungsurkunde Lübecks, in dem sogenannten Bürgerrezess von 1669 war eine Bestimmung enthalten, die ausdrücklich „die Übung frembder Religionen an die Zustimmung der Bürgerschaft band", und schon aus diesem Grunde „hat die Stadt weder selbst Juden aufgenommen, noch von frembden Juden Überlast gehabt. Die hiesige Juden-Aufnahme ist seit 1688 ordnungsmäßig auf eine einzige jüdische Schutzjudenfamilie beschränkt gewesen". Bekanntlich waren alle Versuche der Juden, sich in Lübeck niederzulassen, fehlgeschlagen, wohl ließ man sie „die Stadt passieren", aber weder dort wohnen noch in der Stadt übernachten. Daher konnte sich in dieser Zeit weder eine Gemeinde bilden noch ein Gottesdienst eingerichtet werden. Nur dem Schutzjuden war es gestattet, in seinem Hause für seine Familie und sein Hausgesinde einen Gottesdienst einzurichten. Von diesem Recht machte Nathan Siemsen, der am 4. Mai 1681 das Recht erhalten hatte, sich in Lübeck niederzulassen, bald Gebrauch.

Über den ersten jüdischen Gottesdienst, der hier im Hause des Nathan Siemsen am Sabbath veranstaltet wurde, erzählt uns ein Notariatsdokument aus dem Jahre 1687.

„Anno 1687 Sonnabends den 10. December auff befehl der Herrn der Wette morgens nach neun Uhr bin ich endsbenannter nach des Juden Nathan Siemsen in dessen in der St. Illienstraße hieselbst habende Behausung, die schwarze Wehr genannt, gegangen, umb zu sehen, ob er und andere Juden Gottesdienst hielten. Da ich dan auf dem andern Hauß Boden in einer Cammer 6 Juden versamlet vor mir angetroffen, darunter einen kleinen Knaben und einen alten Juden, welcher vor dem Fenster stehend mit einem weißen Oberkleid über dem Kopf und Rücken angethan ein Buch vor sich hatte und darin laß und zweifelsohne ein Rabbi sein müße, da ich dem Nathan Siemßen, welcher mit unter den 6 war, gefragt, was das vor einer wäre, der da vorm Fenster stünde, der mir zur Antwort gab, das were des alda anwesenden Knaben Praeceptor. Dieser alte Jude sahe sich zwar ein und ander mahl auf der Seite nach mir umb, blieb aber doch vor dem Fenster continuirlich stehen, laß in das vor sich habende hebräische Buch immer fort, wies mit Fingern auf die Schrifft und murmelte etwas dabey. weiter sahe ich auf dem Tisch liegend eine große pergamenene auffgerollte Schrift hebräischer Sprache und darauf einen rothbunten Oberrock fast einem Maßkleide ähnlich liegend, von welcher gedachter Nathan und andre alda anwesende Juden auf mein Fragen berichteten, daß in solcher Rolle die 10 Gebote Gottes geschrieben stünden und der Rock were die Decke Mosis und wan die Gebote gelesen würden, so nehme nicht allein der Leser solchen Rock umb sich, sondern auch ein jeder Jude eine Decke, maßen hinter erwähntem Tische auf einer Banke 2 dergleichen Oberröcke von weißem Tafft lagen, welche dem muthmaßen nach sie müßten umbgehabt, aber bei meiner Dahinkunfft / weil die eine Jüdin, eine Jungfer, gegen mir leugnete, daß Jemand von ihrem Geschlechte alda wäre, welches und andre rede die auff dem Boden etwa möchte gehört haben, maßen soforth vohrgemelter Nathan Siemß herunter kam und mich fragte, was ich wolte mitvermelden, da nichts alda als nur gebetet und gelesen würde, welches man ihnen nicht würde verbiethen / geschwinde abgeleget haben, es hatte sich auch einer von diesen Juden in seinen ordentlichen Kleidern am erwähnten Tische mit beiden Armen vorwärts übergeleget und laße stillschweigend aus einem hebräischen Buch, dergleichen mehr alda lagen.

Noch befand ich ein Schapff mit 2 verschlossenen Thüren, wovor eine bunte seidene Decke hing, welches auff mein begehren nach zurückgezogener Decke aufgeschlossen ward, worin 2 mit obenerwähnten Oberkleidern umbgebundene Sachen auffärts geführt stunden, von solchen sie den bericht thaten, das darin auch das Gesetz Mosis verwahrt were.

Außerhalb und negst dieser Cammer saßen 2 Juden Frauen, deren jede ein Buch vor sich hatte und darin laße. von dem Boden ging ich wieder hinunter in die Stube, woselbst schon Teller, selberne Löffel wie auch Schalen, und dabey 2 Stück ungesäuert fein Brodt auff Tische lagen, der aber noch nicht gedeckt war, auff der Haußdehlen aber fand ich schon bey meinem eintritt ins Hauß einen kleinen schmalen mit einem weissen tischtuch bedeckten, aber nichts mehr darauff und ging allein wieder weg, weil die zweene von mir gebetenen Zeugen Jacob Höpner und ein Bundtmacher gleich zu anfangs beim eintritt ins Hauß wieder weggingen und nicht bleiben wollten.

Georg Vogell
not. caes. publ.“

Dieses Dokument ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Es zeigt, daß die nichtjüdische Umgebung aus Unkenntnis in dem jüdischen Brauch und Gottesdienst etwas Geheimnisvolles vermutete und dem jüdischen Kult völlig fremd gegenüberstand. Um so mehr wirkte dann die Teilnahme an einem jüdischen Gottesdienst aufklärend, wenn die Beobachter die Einfachheit und den Hergang des Gottesdienstes kennenlernten, der aus dem Vortrag der Gebete und der Vorlesung aus der Thorarolle bestand. Daher war auch dieser Lübecker Notar sehr verwundert, als er die einfachen Mittel des jüdischen Kultus kennenlernte und den sogenannten Tallis — den weißen Gebetmantel — die Thoradecken und Vorhänge sah und erkannte, daß der jüdische Gottesdienst nichts Mysteriöses aufzuweisen hatte. Die Teilnehmer lasen in der hebräischen Bibel und hörten der Vorlesung aus der Thora zu.

Von einer freien Religionsübung in der Stadt Lübeck konnte gewiß nicht die Rede sein, die Anschauung der damaligen Zeit hielt noch zu sehr an der Vorstellung des christlichen Kirchenstaates fest und sah in jeder anderen öffentlichen gottesdienstlichen Handlung einen Eingriff in den allein rechtmäßigen kirchlichen Gottesdienst. Daher wies auch der Rat in seiner Antwort auf eine Eingabe der Bürgerschaft am 11. Februar 1699 darauf hin, „daß es immer graviret geworden, den Juden ein freyes exercitium religionis zuzustehen“ und erteilte der Wette den Auftrag, eine Versammlung zum jüdischen Gottesdienst nicht zu dulden. Eine ausdrückliche Erlaubnis zur Veranstaltung eines jüdischen Hausgottesdienstes gab der Rat erst nach der Aufnahme des ersten offiziellen Schutzjuden Ruben Magnus im Jahre 1701, dem er gestattete, „auch in seiner Wohnung Gottesdienst zu halten und zu solchen Zwecke sowie zur Beobachtung anderer Religionsgebräuche und zur Unterweisung seiner Kinder einigen dazu bestimmten Juden den Aufenthalt in der Stadt zu erwirken“.[6])

Hierdurch erhielt der Schutzjude das Recht, die zum Gottesdienst erforderliche Anzahl von Teilnehmern in seinem Hause zu versammeln, ohne eine Störung oder ein Einschreiten staatlicher Organe befürchten zu müssen. Durch die Erlaubnis, auch anderen Juden den Aufenthalt in der Stadt zu erwirken, erweiterte sich allmählich der Kreis, der sich um das Haus des Schutzjuden gebildet hatte, wenn dieser auch nur solche Juden heranziehen durfte, deren Erwerb sich auf die Ausübung gewisser Kunstfertigkeiten und unzünftiger Gewerbe erstreckte, wohin Zahnärzte, Siegelstecher und andere zu rechnen waren. Auch die in Lübeck nur vorübergehend anwesenden Juden nahmen an diesen gottsdienstlichen Veranstaltungen des Schutzjuden teil, so daß häufig eine größere Anzahl von Teilnehmern dem Gottesdienste beiwohnten.

Da aber die Bildung einer eigenen jüdischen Gemeinde in Lübeck nicht gestattet wurde, suchten die Schutzjuden die Verbindung mit der jüdischen Gemeinde in Moisling aufrechtzuerhalten und mit ihr in guter Nachbarschaft zu leben. Ruben Magnus wollte sich deshalb das Recht der Mitgliedschaft bei der Moislinger Gemeinde sichern und erwirkte für sich und seine Angehörigen die bestimmte Zusicherung, daß er auf dem Moislinger Friedhof einst bestattet werden würde. Ruben Magnus verpflichtete sich seinerseits, für die Benutzung der dortigen Gemeindeeinrichtungen einen jährlichen Beitrag an die Gemeinde Moisling zu leisten und er traf mit der Gutsherrschaft zu diesem Zweck am 28. August 1714 ein eigenes Abkommen, nach dem er sich in Moisling frei aufhalten und am Gottesdienst teilnehmen dürfe, „auch nach Seinem Belieben mit denen anderen daselbst wohnenden Juden Seinen Gottesdienst halten, auch an dem Orthe, wan

[6]) „Erklärung der freien Stadt Lübeck“ vom 9. Mai 1821 § 10.

er und die Seinigen worden verstorben Ihro Begräbnis haben ..." Durch diesen Vertrag hatte Ruben Magnus für seine religiösen Bedürfnisse gesorgt und die notwendige Verbindung mit der jüdischen Gemeinde in Moisling aufgenommen.

Bei allem Widerstreben gegen die Einführung eines jüdschen Gottesdienstes in Lübeck wollte man andererseits ebensowenig die Beteiligung der Juden am christlichen Gottesdienst zulassen. In den Kirchen durften sie sich unter keinen Umständen aufhalten, da man sie verdächtigte, daß sie hier nur böswillige Störungen beabsichtigten. Daher verurteilte man sie für unerlaubte Kirchenbesuche zu Gefängnisstrafen. Das geistliche Ministerium ersuchte den Rat, die einzelnen Fälle, die sich nachgewiesenermaßen zugetragen hätten, nachdrücklichst zu untersuchen und zu ahnden.

„Die von den Juden in der St. Jacobi Kirche getriebene Boßheit vermöge ihres Obrigkeitlichen Amtes zu untersuchen und nach Befinden abzustraffen um damit dero löbliche Eifer, so unsre Hochwerthe Obrigkeit für den Tempel des Herrn träget, männiglich möge bekannt gemacht und gerühmet werden" (23. Mai 1707).

Der Rat stellte sofort eine gründliche Untersuchung an und erließ im Anschluß daran zwei Tage später folgendes Dekret:

„Auf verlesenes Memorial E. Ehrw. Ministerii wegen des Reformirten und römisch catholischen Gottesdienstes, denn auch wegen eines von einem Judenjungen angegebenen Scandallaeten facti in St. Jacobi Kirche; hat E. hochw. Raht decretiret, daß wegen des reformirten religions exercitii die concessiones noch ferner ausgesuchet und über dieselbe nichts weiter denenselben eingeräumet werden solle. So viel den von denen römisch Catholischen begangenen Exceshum und tendirte Seduction eines Evangelischen anlanget, wird E. Hochw. Raht, wenn desfalls einige Specialia an Hand gegeben werden, durch die Herren der Cämmerey darauf inquiriren lassen, und es nach Befinden zu ahnden wißen. Ratione des letzteren puncts aber sind die Hh. des Gerichts im Begrif darüber, die wahrheit zu erforschen und werden darin ferner continuiren, auch über den an die Juden ergangenen Befehl, bey Straffe der Gefängniß sich in denen Kirchen nicht antreffen zu laßen, ernstlich allemahl halten."

In der folgenden Zeit ist keine Klage über den Kirchenbesuch der Juden mehr eingelaufen, die Beschuldigung, daß sie in christlichen Gottesdiensten böswillig Störungen hervorrufen würden, war offenbar grundlos. Andererseits hielten sich die Juden von jedem Kirchenbesuch zurück, um sich solchen gefährlichen Verdächtigungen nicht auszusetzen.

Wenn auch die Schutzjuden berechtigt waren, in ihrem eigenen Hause Gottesdienst abzuhalten, wollten die Klagen nicht verstummen, daß die Juden in einer besonders eingerichteten Synagoge Gottesdienst veranstalten würden. In einer Beschwerde der Kollegien in späterer Zeit, am 18. November 1767, kam dies zum Ausdruck, in der sie auf die Wohnungen der Juden in den verschiedenen Straßen hinwiesen: „In der Gröpel Grube Fleischhauerstrasse und Krähenstraße wohnen Juden, halten hier Waarenlager und haben eine ordentlich eingerichtete Synagoge". Der Rat verwies demgegenüber auf sein Dekret vom 19. September 1766 und verordnete am 9. Dezember 1767 nach Feststellung der fremden Juden, die sich in Lübeck in Wohnungen eingemietet hatten, daß diese Juden die Stadt zu räumen hätten und „daß hieselbst von Juden keine Versammlung zum Gottesdienste angestellet werden müsse". Das Gesuch des Schutzjuden Elkan Meyer Stern vom 3. Februar 1768, diese Ausweisung wieder aufzuheben, da diese Juden

schon viele Jahre in der Stadt wohnen würden, schlug der Rat ab. Der Vorsänger, der im Hausgottesdienst des Elkan Meyer Stern mitwirkte, war auch von der Ausweisung betroffen worden. „Es kann auch, da derselbe keine gottesdienstliche Versammlung in der Stadt zu halten bemächtiget ist, der fernere Aufenthalt des Vorsängers hieselbst nicht Platz finden". Der Rat wies ferner darauf hin, „daß in dem Schutzbrief des Elkan Meyer Stern vom 20. Oktober 1764 von der zugestandenen Freiheit, gottesdienstliche Versammlung zu halten, nichts steht".

Die bürgerlichen Kollegien erhoben immer wieder die Beschuldigung, so am 14. Juni 1770, daß die Juden insgeheim Gottesdienste veranstalteten und daß sie hierfür einen besonderen Beetsaal eingerichtet hätten, in dem auch fremde Juden sich zum Gottesdienste versammeln würden. Auf diese Klage der Bürgerschaft nahm der Rat in dem sogenannten Kardinaldekret vom 25. Januar 1771 Bezug, in dem er versprach, gründliche Abhilfe zu schaffen. „So ist übrigens dasjenige, was die Ehrliebende Bürgerschaft von der Haltung des Gottesdienstes in heimlichen Synagogen in ihren exhibito angeworfen, den Herren der Wette zur gründlichen Untersuchung und Abstellung dieses unleidlichen Unwesens committiret". Die Beweggründe der Bürgerschaft lagen offen zutage. Die Bürgerschaft sah in der Veranstaltung eines mehr oder weniger öffentlichen Gottesdienstes die Gefahr, daß sich hierdurch die kleine jüdische Ansiedlung weiter entwickeln und vermehren könnte.

Der Rat teilte mit der Bürgerschaft die gleichen Befürchtungen und suchte deshalb zu verhindern, daß gottesdienstliche Versammlungen der Juden stattfanden. Er gab deshalb der Wette am 17. Juni 1775 den Auftrag, alle früheren bezüglichen Dekrete einzusehen. „Gleichdann auch wegen der gottesdienstlichen Zusammenkünfte der Juden hieselbst, wenn zuvor die in Registratura vorhandenen Nachrichten aufgesuchet und mitgetheilet worden, die Herren der Wette eine Untersuchung anstellen und mediante Protocollo ad curiam referiren werden". Die Wette berichtete am 29. November dem Rat, daß sie keine Verordnungen über den jüdischen Gottesdienst in den älteren Zeiten gefunden habe, da alle Verfügungen erst in den letzten Jahren ergangen seien.

„Demnechst hat man wegen der gottesdienstlichen Zusammenkünfte die Wette Registratur nachgesehen und davon in älteren Zeiten gar keine acta, in neueren aber die dahin gehende Decreta Ampl. Senatus vom 9. Dezember 1767, 3. Februar 1768 und 25. Januar 1771 befunden. Wovon Einem Hochweisen Rath Bericht ertheilet worden."

Für die Folgezeit blieben denn auch die Bestimmungen des Kardinaldekrets für die öffentliche Religionsübung der Juden maßgebend.

Der Charakter eines öffentlichen gottesdienstlichen Aktes war aber dann schon gegeben, wenn es sich um eine Beschneidung oder eine Hochzeit handelte, bei deren Feier nur wenige christliche Zuschauer anwesend waren, oder wenn mehr als die erforderliche Anzahl von Juden an dem gottesdienstlichen Festakt teilnahmen.

Das geistliche Ministerium reichte am 4. Mai 1691 dem Rat ein Memorial ein, daß „das löbliche Decretum nobilissimi senatus wegen des Judens, der vor etlicher Zeit eigenthätig ein ansehnliches Haus in der Königstraße gemiethet (Nathan Goldschmidt, Schwiegersohn von Nathan Siemsen), ja auch sogar vor wenig Tagen die Beschneidung darinnen verrichten lassen und also mit zieml. ärgernies frommer Christen den Anfang zum Solemni exercitio superstitionis Judaicae mitten in der Stadt gemacht, zur execution gebracht ...." werde. Der Rat suchte die stark beunruhigten Gemüter am 15. Mai 1691 dadurch zu beschwichtigen, daß er darauf auf-

merksam machte, „daß es wegen des Juden seine Wohnung bey dem bereits gemachten Schluß verbleiben und weil die Beschneidung seines Kindes heimlich geschehen, es dabey sein Bewenden haben müsse".

Noch acht Jahrzehnte später wurde der Schutzjude Elkan Meyer Stern beschuldigt, daß er „einen actum religiosum exerciret und sein neugebohrenes Knäblein öffentlich beschneiden lassen". Die Wette untersuchte den Vorfall und stellte fest, daß im Schutzbrief „wegen dessen excertii religionis nichts versehen worden, weshalben gedachter Jude vorgefordert und darüber befraget worden. Dieser zeigte an, daß er sein Kind nicht anders als wie vorhin beständig gebräuchlich gewesen, und wie mit ihm und seinen Brüdern geschehen, beschneiden lassen, welche Beschneidung ein verständiger Jude, nahmens Hirsch Levin, in Gegenwart des in seinem Hause befindlichen Rabbi, seiner andern Domestiquen und 6 Moislinger Juden, welche er aus Freude, daß seine Frau nach vielen Jahren zum erßten mahl mit einem Sohn glücklich niedergekommen, zum Gastmahl genöthiget, unternommen. Von Christen wäre kein Mensch als die Bade Mutter Kisbi dabey zugegen gewesen, obgleich verschiedene Personen sich melden lassen, um diese Beschneidung mitanzusehen, die er aber nicht zugelassen. Es haben dannenhero wohlgemeldete Herren der Wette resolviret, annoch die Bade Mutter Kisbi hierüber zu vernehmen". (5. Juni 1771)

Hierauf erfolgte die mit großer Spannung erwartete Vernehmung der Frau Kisbi, die zuerst ernstlich verwarnt wurde, die reine Wahrheit auszusagen.

„Die vorgeforderte Wehe Mutter Christina Kisbi, welche wegen der Beschneidung des neugebohrenen Kindes des SchutzJuden Elkan Meyer Stern vernommen und ernstlich erinnert wurde, die Wahrheit hievon zu sagen, so, wie sie solche mit ihrem Eide zu bestärken sich getrauete, berichtete, daß, weil sie die Juden verläßet, sie aus Neugier diese Handlung mit angesehen, sonst aber kein Christen Mensch, wohl aber einige Juden dabey zugegen gewesen, deren Anzahl sie nicht mit Gewißheit bestimmen könne, welches, um Einem Hochweisen Rath hievon Bericht abzustatten, zu Protocoll genommen worden."

Beide Protokolle der Wette wurden dem Rat vorgelegt, der bald erkannte, daß durch diesen im eigenen Hause des Schutzjuden Stern vorgenommenen Beschneidungsakt die staatlichen Grundrechte keineswegs verletzt worden seien.

Wenn auch jüdische gottesdienstliche Feiern in der Öffentlichkeit nicht veranstaltet werden durften, verstand man doch, sie im häuslichen Kreise festlich zu gestalten. Man mußte sich allerdings auf die Einladung der nächsten Verwandten und Freunde beschränken, erreichte aber hierdurch, daß die Feiern an innerem Wert und nachhaltiger Wirkung gewannen.

So wurde das schöne Fest der *Bar Mizwoh* (religiöse Mündigkeit), wenn der Knabe das 13. Lebensjahr vollendet hatte und in den Kreis des jüdischen Pflichtenlebens eintrat, der Bedeutung des festlichen Aktes entsprechend in der eigenen Häuslichkeit gefeiert. Soweit man dazu imstande war, lud man Gäste, die dem Hause nahestanden, zu dieser Feier ein; die Teilnahme auswärtiger Verwandter war nur dann möglich, wenn die staatlichen Behörden ihre Genehmigung hierzu gaben.

Als der Sohn des Schutzjuden Meyer Jsaac Stern die Volljährigkeit der Bar Mizwoh erlangte, kam Stern um die Erlaubnis ein, einige Freunde aus Hamburg auf wenige Tage bei sich aufnehmen zu dürfen, um die „feierliche Familien Handlung den jüdischen Gesetzen und Ordnungen gemäß begehen zu können". Der Rat genehmigte am 29. Juli 1740 seine Bitte um Zulassung der Hamburger Freunde, lehnte aber eine weitere Aufnahme fremder Juden ab. So konnte denn die Bar Mizwoh-Feier unter Beteiligung von Verwandten und Freunden aus Hamburg froh begangen werden.

„Auf Suppliciren des hiesigen Schutzjuden Meyer Jsaac Stern hat E. Hochweiser Rath demselben, daß er einige seiner Freunde aus Hamburg auf einen oder höchstens zweene Tage und Nächte bey sich behalten möge vergönnet ....“

Wenn auch die Stellung des Schutzjuden vertraglich festgelegt war, mußte er doch auf Schritt und Tritt empfinden, wie unfrei und abhängig er war. Es war stets ein allgemein verbreiteter Brauch, daß *Hochzeiten* in froher Festesstimmung und heiterer Laune gefeiert wurden. Dieser Brauch fand sich bei Christen und Juden. Trotzdem mußte bei der Feier einer jüdischen Hochzeit jede laute Fröhlichkeit unterbleiben, weil sie bei den Bürgern vielfach Anstoß erregte und weil man in der Äußerung selbst dieser harmlosen Freuden einen Übergriff sah, den sich Juden nicht erlauben dürften. Kulturhistorisch ist äußerst interessant, daß man die Hochzeit bei Musik und Tanz und den lustigen Vorträgen eines Spaßmachers — eines „Marschalik“ feierte. Die eigentliche Trauung wurde unter freiem Himmel, zumeist im Synagogen-Vorhof, vollzogen. Hier strömte dann alles Volk zusammen und mischte sich unter die Hochzeitsgäste, um die Trauung mit anzusehen. Nach der Trauung und dem Hochzeitsmahl kam der Spaßmacher zu seinem Recht, der eigens dazu bestellt war, um der gern geübten Religions-Vorschrift zu entsprechen, „Braut und Bräutigam zu erfreuen“.

Diese Marschaliks oder „lustige Personen“ waren sehr gesucht und wurden auch von christlichen Kreisen gern zu Aufführungen bei festlichen Gelegenheiten herangezogen. So lebte in Moisling ein sehr berühmter Spaßmacher Alexander Jacob Zenner, der in den verschiedenen Orten Gastrollen gab. Die Ältesten des alten Bürgerlichen Schützenhofes in Lübeck kamen deshalb am 24. Mai 1791 darum ein, Zenner, der die Rolle einer lustigen Person in Eutin unter großem Beifall gespielt hatte und seit Jahren „in Moisling bei allen Judenhochzeiten spielet, in Lübeck zur Zeit des jährlichen Vogel Schiessens frey einzulassen, um auch hier die Rolle zu spielen“.

Der Senat blieb aber diesen Wünschen gegenüber unzugänglich und lehnte das Gesuch ab. Er fühlte sich als Hüter der Ordnung und Tradition und wollte es nicht zulassen, daß sich der Brauch einbürgere, jüdische Spaßmacher bei Festen und Belustigungen mitwirken zu lassen.

Wir besitzen einen Bericht der Wette über eine Untersuchung, die sie wegen „der bey der neulichen Juden Hochzeit vorgegangenen Excessen“ vorgenommen hat. Der Wirt erhielt 1759 wegen dieser Veranstaltung in seinem Hause eine Geldstrafe und die Musikanten, die bei der Feierlichkeit spielten, wurden mit einem Verweis bestraft. Es ist ein eigentümlicher Zufall, daß es sich hier um die Hochzeit des Sohnes von Meyer Jsaac Stern handelt, dessen Bar Mizwoh-Feier bereits den Rat beschäftigt hatte.

Die Wette berichtete am 14. September 1759, daß sie wegen der Excesse den Schutzjuden vorgefordert und vernommen habe, „welcher angezeiget, daß da am verwichenen Mittwochen vor 14 Tagen die Hochzeit seines Sohnes gewesen, die jungen Juden vorher in der Nacht von dem vorigen Sonnabend auf den Sontag auf dem Knochenhauer Amtshause getantzet; auf der Hochzeit, so in seinem Hause gehalten worden, wären von der Judenschaft 80 Gäste gewesen, und hätten sie, wie bey Juden Hochzeiten gewöhnlich ist, einen Possenmacher mit Harlekins Kleidung gehabt, auch bey Music vor und nach der Copulation getantzet. Von Christen wären zwar einige mit zugegen gewesen, sie hätten aber nicht getantzet und, da er ein Paar Musquetiers zur Abhaltung des Volkes vor der Thür gehabt, so wäre seiner Meynung nach alles ruhig zugegangen und auf der Hochzeit kein Excess vorgefallen.

Die vorgeforderten Gefreyten Caspar Philipp Rezzenhagen und Johann Christian Dose, welche bey der neulichen Judenhochzeit die Aufwartung vor der Thür gehabt, haben auf Befragen berichtet, daß die Copulation um 3 Uhr nachmittags unter freyem Himmel im Hofe gewesen, und sie zwar gesehen, dass zwo ausgekleidete Mannspersonen, wovon einer mehr als der andere mit Narren Pflege besetzt gewesen, hin und her getantzet, hätten aber, weil sie vor der Haus Thüre gestanden, und viel damit zu schaffen gehabt, um das Volk abzuhalten, nichts besonderes wahrnehmen können, auch nicht Ausschweifungen bemerket, was des Sonnabends vorher vorgegangen sey ihnen ebenfalls nicht bewusst.

Samuel Werner, Wirth auf dem Knochenhauer Amtshause berichtete, dass am Sonnabend vor der Hochzeit 20—40 Personen beyderley Geschlechts junger Juden von dem Abend die Nacht hindurch bis an den Sontag Morgen in seinem Hause getantzet, auch des Sontags Abens damit wieder fortfahren wollen, und dabey masquirte Leute gehabt, weil aber die Knochenhauer Ältesten ihm solches untersaget, hätte er es nicht zugegeben, weiter sey ihm nichts bekandt."

Der Rat verfügte am 21. September 1759 auf Grund dieses Wette-Berichts, „den Wirth des Knochenhauer Amtshauses seines Vergehens halber behuefig zu bestrafen und ihm Bey schärferer Ahndung anzubefehlen, dass er sich Künftig dergleichen Unfuegs entäussere, nicht weniger den Musicanten, welche Bey gedachter Hochzeit aufgewartet, ihr Betragen ernstlich zur verweisen."

Die gleiche abweisende Stellung nahm der Rat auch 1775 ein, als der Schutzjude Süsskind Meyer Stern wegen einer in seinem Hause veranstalteten Hochzeit vorgeladen worden war. Hier ging der Rat noch schärfer vor, weil es sich um eine fremde Hochzeit handelte. Die Folge war, dass der Rat dem Schutzjuden Stern nachdrücklichst verbot, Hochzeiten, selbst von eigenen Familien-Mitgliedern, in seinem Hause zu feiern, wenn er nicht ausdrücklich die Genehmigung hierzu nachgesucht und erhalten hätte. „Ohne specielle Erlaubnis Ampl. Senatus darf der Schutzjude hier gar keine Hochzeiten, selbst nicht in seiner eigenen Familie veranstalten". Der Vorgang, der Stern zur Last gelegt wurde, hatte sich so zugetragen: Stern hatte sein Hausmädchen mit einem jüdischen Manne aus Neu-Buckow in Mecklenburg verheiratet und die Hochzeit des Mädchens, da es wohl mittellos war, in seinem Hause feiern lassen. So edel auch der Beweggrund sein mochte, der ganz der jüdischen Anschauung entsprach, nach der es als besonders verdienstlich gilt, arme Bräute auszustatten und ihre Hochzeitsfeier zu veranstalten, so wog doch das Vergehen in den Augen der Obrigkeit schwer, und der hohe Rat sah sich infolge dieser Rechtsverletzung zur Maßregelung Sterns veranlaßt, nachdem die Wette Stern am 31. Mai 1775 in der Sache vernommen hatte. „Der SchutzJude Süsskind Meyer Stern citatus wegen der heute vor 14 Tagen in seinem Hause abgehaltenen Juden Hochzeit zeigte an, daß er damals sein Dienstmädchen, die an einen Juden in Neuen Buckow in Mecklenburgischen verheuratet worden, eine Kleine Hochzeit in seinem Hause gegeben, wobey alles stille zugegangen und nur zween Musicanten, die ihn darum angesuchet, aufgewartet. Keine frembden JudenGäste wären dazu eingeladen, und von Christen hätte nur H. Major Bülow und Hüsener mit zugesehen. Von einem solchen Verboth wäre ihm nichts bewusst und von wegen er auch wieder seinen Contract nicht gehandelt zu haben". Auf dieses Wette-Protokoll erließ der Rat am 17. Juni 1775 ein Dekret, „besagten Juden vorzufordern, ihm, dass er frembden eine Hochzeit gegeben, zu verweisen, anbey demselben anzubefehlen, dass er hinkünftig gar keine Hochzeiten, auch selbst von seiner Familie nicht, ohne ausdrücklich nachzusuchende Erlaubniss E. Hochw. Raths bey Vermeydung ernstlichen Einsehens veranstalte".

Der Rat erteilte dann ein Jahr später dem Schutzjuden Elkan Meyer Stern die Erlaubnis, die Hochzeit seines Bruders in seinem Hause zu veranstalten. Hingegen lehnte er das Gesuch des Süsskind Meyer Stern 1779 ab, der darum einkam, die Hochzeit seines Sohnes Jakob Süsskind Stern mit Musik feiern zu dürfen. Denn durch die musikalische Begleitung erhalte die Feier mehr den Charakter einer öffentlichen Veranstaltung.

Ein größeres Entgegenkommen zeigte der Rat aber, als Elkan Meyer Stern im Jahre 1791 um die Erlaubnis bat, die Hochzeitsfeier seines Verwandten Abraham Isaac aus Kopenhagen in Lübeck zu veranstalten. Isaac war mit der Tochter des grossbritannischen Kriegsagenten Salomon Michael David aus Hannover verlobt. Man wollte deshalb in Lübeck die Hochzeit veranstalten, weil diese Stadt in der Mitte zwischen Kopenhagen und Hannover lag. Der Senat erteilte dann auch hierzu die Genehmigung.

Im Gegensatz zu dieser Haltung des Lübecker Rats durften in Moisling alle religiösen Feiern öffentlich veranstaltet werden. Die Hochzeiten fanden hier unter großem Aufwand und unter Teilnahme der ganzen Ortsbevölkerung statt. Es war ein feierliches Gepränge, wenn der Hochzeitszug mit allen Gästen und Freunden und der Musik durch das ganze Dorf bis zur Synagoge zog. Vor dieser war das Trauzelt — die chuppoh — aufgestellt, und Rabbiner und Trauzeugen erwarteten hier das Brautpaar. Zuerst wurde der Bräutigam unter dem Geleit seiner Freunde durch die beiden „Unterführer" unter das Brautzelt geführt, hernach folgte erst unter feierlichem Geleit der Brautjungfern und Verwandten die Braut. Unter allgemeiner Spannung und feierlicher Stille wurde nunmehr die Trauung vollzogen und nachdem die letzten Segenssprüche verklungen waren, das Brautpaar — nunmehr gemeinschaftlich — in festlichem Zuge zur Hochzeitstafel geleitet und hier die Hochzeit bis spät in die Nacht hinein fröhlich gefeiert.

Hochzeiten, wie alle anderen religiösen Feiern, wurden von der ganzen Gemeinde in froher Gemeinschaft festlich begangen.

Die *Beschneidungsfeier* fand regelmäßig, selbst im Winter, wenn kein allzu strenger Frost herrschte, in der Synagoge statt. Nach drei Jahren brachte der Knabe dann die *„Mappoh"* oder „Wimpel" in die Synagoge, damit mit dieser Mappoh, die den Namen des Kindes trug, die Thorarolle zugebunden würde.

Die schönste gottesdienstliche Feier wurde bei der *„Bar Mizwoh"* des Knaben nach seinem vollendeten 13. Lebensjahre in der Synagoge abgehalten, wenn der Knabe das religiös mündige Alter erreicht hatte und zum ersten Mal selbst den betreffenden Wochen-Abschnitt am Sabbath aus der Thora vorlesen durfte. Diese „Bar Mizwoh" wurde durch den Festakt in der Synagoge zu einer Gemeindefeier, an der alle Mitglieder teilnahmen.

Alle frohen und traurigen Ereignisse wurden in Moisling in voller Öffentlichkeit in festlicher oder ernster Weise begangen, ohne daß die Obrigkeit die Veranstaltungen irgendwie behindert hätte. Das Einvernehmen mit der christlichen Bevölkerung hat hierunter niemals gelitten. Es war ein gutes nachbarliches Verhältnis, das den Charakter gegenseitigen Vertrauens trug und in all den Jahren bis zur Auflösung der jüdischen Gemeinde so bestehen blieb.

Die Haltung des Schutzjuden in Lübeck ließ den fremden Glaubensgenossen gegenüber in mancher Hinsicht sehr zu wünschen übrig. Die von auswärts kommenden Juden hielten an der Auffassung fest, daß die Veranstaltung eines Gottesdienstes keine private Einrichtung sei und daß sie berechtigt seien, an jedem jüdischen Gottesdienst ohne besondere Genehmigung teilzunehmen.

Die Brüder Salomon und Moses Levertoff aus Halle, die preußische Schutzjuden waren, fühlten sich daher durch den Juden Holländer und dem von diesem angestifteten Elkan Meyer Stern beleidigt, weil dieser ihnen verboten hatte, an dem von seinem Bruder Süßkind veranstalteten Gottesdienst teilzunehmen. In einer eingereichten Klage forderten sie die Erlaubnis, jederzeit ihren Gottesdienst abhalten zu dürfen, „uns frey und ungehindert in seines Bruders Hause in der Fleischhauerstraße gehen zu lassen ... und daß wir unsern täglichen Gottesdienst ebensowohl als andere frembde, wie bis dato geschehen, verrichten dürfen".

Aus dieser Beschwerde geht hervor, daß nicht nur an Sabbath- und Feiertagen im Hause des Schutzjuden oder seines Bruders Gottesdienst stattfand, sondern täglich. Außerdem folgt daraus, daß fremde Juden an diesen gemeinschaftlichen Gottesdiensten teilnahmen, da die Klage der Levertoffs sich dagegen wandte, daß nur sie zum Gottesdienst nicht zugelassen worden seien, während der Besuch des Bethauses den anderen fremden Juden gestattet worden sei. Der Rat beauftragte daher das Gericht am 15. August 1778, der Klage des Königl. preußischen Schutzjuden Salomon Levertoff aus Halle gegen Elkan Meyer Stern nachzugehen und „alles was wegen der gottesdienstlichen Versammlungen der Juden hieselbst vorhin vorgekommen" festzustellen. Zwei Wochen später wies der Rat die Wette an, „die Anzahl der Juden bey ihren gottesdienstlichen Versammlungen zu untersuchen". Über diese von der Wette angestellte Nachforschung liegt der Bericht des Wettedieners Schmidt vom 20. November 1778 vor. In diesem gab Schmidt an, daß er am Laubhüttenfest in das Haus des Juden Stern in der Fleischhauerstraße gegangen sei und nur gesehen habe, daß die Juden im Hofe zusammen saßen. Am folgenden Morgen, am Sonnabend, sei er wieder dort gewesen und habe gesehen, „daß die sogenannte Sinagoge, welche in demselben Hause auf dem Boden nach der Hof Seite gehalten würde, voll von Juden gewesen, deren Anzahl nach seinem Verzeichnisse sich auf 34 Personen erstrecket, und wovon er 22 frembde Juden gezählet und draußen hatten sich annoch 8 Juden Frauen aufgehalten".

Auf Grund dieses Berichtes erließ der Rat am 28. November 1778 den Befehl, „die unbefugter Weise angelegte Synagoge abzustellen, nicht weniger auch allen hieselbst ohne besondere obrigkeitliche Erlaubniß sich aufhaltenden frembden Juden anzudeuten, die Stadt zu räumen". Denn nach wie vor galt grundsätzlich die Rechtsbestimmung: „Der Schutzjude hat das jus sacrorum domesticum als Hausvater mit Weib, Kinder und Domestiken (devotio domestica), das er nicht durch Zuziehung Rabbiner, Vorsänger oder Zulaßung frembder sich heimlich hier aufhaltenden Juden in ein exercitium sacrorum privatorum umwandeln darf." (1778)

So war die Einrichtung eines jüdischen Gottesdienstes an der eigenen Unverträglichkeit der Juden und an dem Widerstande des Staates gescheitert, der streng seinen verfassungsmäßigen Zustand wahrte. Aus diesem Grunde konnte man an den Bau eines eigenen Bethauses und an die Abhaltung eines öffentlichen Gottesdienstes nicht denken, da man immer die Eingriffe des Rats und der Bürgerschaft befürchten mußte. Die geschichtliche Tatsache bleibt demnach bestehen, daß der jüdische Gottesdienst in Lübeck während des ganzen achtzehnten Jahrhunderts offiziell als Religionsübung ausgeschlossen war, und daß er nur als private Einrichtung, als Hausgottesdienst des Schutzjuden, geduldet war. Man wachte eifersüchtig darüber, daß diese Einrichtung stets unter der Aufsicht und Kontrolle der Obrigkeit blieb. So wurde im Jahre 1786 dem Schutzjuden Meyer Stern der Befehl zugestellt, „im Fall eine zweite Schule von seinen Glaubensgenossen intendiret werden soll", solches unverzüglich dem Gericht anzuzeigen. In dieser Zeit galt jede öffentliche jüdische gottesdienstliche Handlung als eine Verletzung staatlicher Grundrechte,

denn der Staat war christlich, der keine anderen öffentlichen Religions-Einrichtungen als die der christlichen Kirche duldete. Wohl regten sich hier und dort Stimmen unabhängiger Männer, die in der Veranstaltung des jüdischen Gottesdienstes keine Verletzung oder gar Bedrohung des christlichen Bekenntnisses sahen, aber diese Auffassung konnte sich in der damaligen Zeit noch nicht durchsetzen. Rat und Bürgerschaft nahmen daher auch keine Rücksicht auf besondere Wünsche, wenn es sich um den jüdischen Gottesdienst oder um die Feier der Sabbath- und Festtage handelte.

Als einige Juden aus Nakskov um Einlaß am Holstentor baten, um im Hause des Schutzjuden Meyer Isaac Stern die Sabbathfeier zu begehen, lehnte der Rat das Gesuch am 12. August 1746 ab, „umsomehr da dieselben ihren Sabbath zu moisling feyren können". Die Sabbathruhe wurde auch bei geschäftlichen Beziehungen mit Nichtjuden streng durchgeführt. Als die Kramer-Ältesten 1784 von einem Hamburger Schutzjuden Lazarus Bürgschaft forderten, bat dieser darum, die Stellung der Kaution wegen des herannahenden Sabbaths bis zum Montag aufzuschieben.

Wirklich erhebend konnte man die Feier des Sabbaths in Moisling begehen, ohne irgendwelche Eingriffe der Obrigkeit befürchten zu müssen, denn hier herrschte in der Tat der Geist echter Duldung. Hier hatte man Verständnis für alle Einrichtungen des jüdischen Kultus und die besonderen Veranstaltungen des jüdischen Lebens.

Aber endlich sollte auch in Lübeck der Bann gebrochen werden, der bis dahin jede selbständige jüdische Betätigung hemmte. Als Lübeck um die Schicksalswende der napoleonischen Zeit seine alte Verfassung aufhob, fielen hiermit auch alle Schranken, die der Abhaltung der gottesdienstlichen Feiern bisher entgegenstanden.

Die Gemeinde in Moisling, deren Mitglieder zum großen Teil nach Lübeck zogen, vereinigte sich nunmehr mit den Juden in Lübeck zu einer einzigen Gemeinde. Diese Vereinigung wurde durch ein besonderes Abkommen unter Führung des Rabbiners Akiba Victor Wertheimer am 7. Adar 5572 — im März 1812 begründet. Sofort ging man dazu über, ein Grundstück zur Errichtung eines eigenen Gotteshauses zu erwerben, dessen Kosten von 22 000,— Mark in kurzer Zeit durch freiwillige Zeichnungen aufgebracht wurden. Im Jahre 1812 zwischen Pessach- und Schowuaus-Fest (Wochenfest) wurde bereits dieses erste jüdische Gotteshaus in Lübeck, wenn auch ohne größere Feierlichkeit, eingeweiht, „watechel kol awaudas bês Haschêm bên Pessach l'azeres bi'schnas 5572 (1812)"[7]).

Auch ein eigener Friedhof, der vor dem Holstentor gelegen war wurde den Juden von der neuen Stadtverwaltung überlassen. Nur wenige Grabsteine aus der damaligen Zeit sind noch erhalten, die uns von dem Zeitgeschehen Kunde geben.

Die Zeit der Fremdherrschaft ging bald vorüber, und als am Abend des Befreiungstages der Stadt die öffentlichen Gebäude beleuchtet wurden, erstrahlte am Sonntag, dem 21. März 1813 auch die Synagoge im hellsten Lichte. Doch nur kurze Zeit sollte dieses erste jüdische Gotteshaus in Lübeck bestehen bleiben, und allzubald kam der Rückschlag, als die jüdische Bevölkerung nach dem Dekret des Senates 1822 Lübeck verlassen und wieder ins Moislinger Ghetto zurückwandern mußte.

Niemals hat sich die jüdische Gemeinde Lübecks von diesem Schlag wieder erholt, und schweren Herzens trennte sie sich von ihrem ersten Gotteshause

[7]) In deutscher Übersetzung: „Das ganze Werk des Gotteshauses war zwischen Pessach und Schowuaus vollendet" in Anlehnung an Exodus Kap. 39 Vers 32.

in Lübeck. Es war ein besonders tragischer Moment, als die Juden dieses Gotteshaus, das als erstes Wahrzeichen gleichen Menschenrechts in dieser Stadt errichtet worden war, wieder räumen mußten. Nicht weniger erschütternd war es, als die Familien, die bereits länger als ein Jahrzehnt die städtischen Einrichtungen und fortgeschrittenen Verhältnisse Lübecks kennen gelernt hatten, wieder in die engen Gassen Moislings zurückkehren mußten. Welch' traurige Stimmung muß die Rückwanderer erfüllt haben, als sie wieder in die alte baufällige Synagoge Moislings eintraten. Der Vertrag, den 1812 Rabbi Akiba Victor Wertheimer mit den Juden in Lübeck geschlossen hatte, nach dem beide Gemeinden zu einer einzigen vereinigt worden waren, wurde nunmehr erneuert[8]).

Die nach Moisling zurückgekehrten Familien waren durch das wechselvolle Schicksal, das sie erlebt hatten, verarmt und waren nicht imstande, an Stelle der alten baufälligen Synagoge ein neues Gotteshaus zu errichten. Da die hohen Feiertage herannahten, befürchtete man, daß sich infolge des engen Raumes Streitigkeiten um die Sitze entwickeln könnten. Wenn dies auch durch eine Entscheidung des Landgerichts verhindert wurde, wollte man doch für die Zukunft vorsorgen. Man hatte in Ansehung der kommenden Ereignisse bereits 1821 den Beschluß gefaßt, die Synagoge zu renovieren, konnte aber nunmehr infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse diesen Plan nicht ausführen. In dieser Notlage griff der lübeckische Staat ein und stellte der Gemeinde, seinem einst gegebenen Versprechen gemäß, 9000 Courantmark für einen Neubau unter der Bedingung zur Verfügung, daß die Gemeinde für die innere Ausstattung sorge. Der Staat behielt sich sein Eigentumsrecht am Bauwerk vor und forderte nur eine jährliche Miete von 240,— Courantmark. Hierfür übernahm er die Verpflichtung die jeweils erforderliche Ausbesserung vornehmen zu lassen

Im Sommer 1827 war der Bau vollendet, und am 10. August fand die feierliche Einweihung in Anwesenheit des Senats und der Ältesten der Bürgerschaft statt[9]). Das hebräisch und deutsch gedruckte Programm trug auf dem Titelblatt die Inschrift:

„Kaul rinoh u'sfilloh ascher schorru w'hispallu b'jaum chanuckas bês elaukênu — Freitag, den 18 Aw 5587"[10]) und deutsch: „Die feierliche Einweihung der neuen Synagoge zu Moisling am 10. August 1827."

Das Gotteshaus, das in einfachen Formen ohne ornamentalen Schmuck erbaut war, stand in der Nähe des Dorfteichs. Es war das größte und schönste Gebäude in Moisling. Bis zur Emanzipation 1848 blieb diese Synagoge der Mittelpunkt der Moislinger Gemeinde. In allen Höhepunkten jüdischen Lebens kam die ganze Gemeinde hier zusammen und feierte die frohen und ernsten Ereignisse hier im Gotteshause wie eine einzige Familie. Je enger sich die Gemeinde in Moisling miteinander verbunden fühlte, um so weniger ließ sie auswärtige Juden am Besitz dieses Gotteshauses teilhaben.

Die Juden in dem nahegelegenen Niendorf beklagten sich sehr, daß man sie nicht in die Gemeinde aufnehmen wolle. Man ließ nicht zu, daß die Niendorfer hier die Beschneidung ihrer Knaben im Gotteshaus vollzogen und ihre Bar Mizwoh-Feiern begingen. Sie waren gezwungen, diese in ihren eigenen ungeeigneten Häusern vorzunehmen und sahen sich von jeder Gemeinschaft ausgeschlossen. Diese Zu-

---

[8]) Am 16. Ijar 5583 — 1823. Unterzeichnet war dieser Vertrag von: Levy Isaac Deit, Gumpel Berns, Zadick Heimann Mendel, Nathan Jacob Hesse, Meyer Elkan Stern und Mendel Levy.

[9]) In der Woche des Thora-Abschnittes „Ekew".

[10]) „Stimme des Jubels und des Gebetes am Tage der Einweihung unseres Gotteshauses."

rücksetzung wurde erst aufgehoben, als die Niendorfer durch einen Vertrag mit der Gemeinde Moisling im Jahr 1834 als vollberechtigte Mitglieder mit gleichen Rechten und Pflichten in die Gemeinde aufgenommen worden waren.

In der Stadt Lübeck war nach jenem schicksalsschweren Rückschlag der Ausweisung das alte System des Schutzjudentums wieder eingeführt worden, und Meyer Elkan Stern ließ daher in seinem Hause in der Depenau einen Betraum herrichten, in dem für alle jüdischen Familien in Lübeck der Gottesdienst abgehalten wurde. Die Miete und innere Ausstattung des Betraums wurden nach dem abgeschlossenen Vertrage von der Moislinger Gemeinde bestritten[11]), die gleichfalls die Besoldung des Gemeindedieners Mosche ben Jssachar im Betrage von 4 Mark wöchentlich übernahm. Nach dem Tode Sterns fand der Gottesdienst in einem Hause der unteren Wahmstraße statt. Obgleich das Verbot der Veranstaltung eines öffentlichen jüdischen Gottesdienstes noch nicht aufgehoben war, griff der Staat in diesen Jahren nicht mehr ein. In dieser Weise war die Bemerkung der Wette am 3. April 1835 bei der Aufnahme des neuen Schutzjuden Jacob Behrens aufzufassen: „Es war ferner dem Schutzjuden durch besondere Dekrete untersagt, in der Stadt gottesdienstliche Versammlungen zu halten, eine Vorschrift, welche indessen niemals befolgt worden ist."

Als dann die Juden nach Aufhebung des Moislinger Ghettos endlich, am 9. Oktober 1848, durch Rat- und Bürgerbeschluß die vollen staatsbürgerlichen Rechte erhalten hatten, kaufte die Gemeinde 1850 in Erwartung des kommenden Aufstiegs das Haus Wahmstraße 69, das früher der Kornboden einer Brauerei gewesen war. Sehr bald wurde mit dem Ausbau und der Einrichtung des Hauses als Synagoge begonnen, und am ersten Schowuaus-Tag, am 6. Juni 1851 fand bereits die Einweihung statt. Oberrabbiner Ephraim Fischl-Joel hielt die Festpredigt, in der er als Thema behandelte: „Die würdige Verbindung der Heiligkeit der Zeit, des Offenbarungsfestes, mit der Heiligkeit des Ortes, wo die Zeugnisse der Offenbarung aufbewahrt werden."

Bis zur Einrichtung eines eigenen Synagogengebäudes fand in diesem Bethause der Gottesdienst statt. Nur wenige Wochen überlebte Oberrabbiner Ephraim Fischl-Joel diesen Tag der Einweihung; am 23. Juni 1851 verschied er plötzlich während einer Beschneidungsfeier.

Bald zeigte sich, daß der Raum in diesem Bethaus bei weitem nicht ausreichte und daß dieses den Anforderungen, die man an ein würdiges Gotteshaus stellen mußte, keineswegs genügte. An den hohen Feiertagen fehlte es an Plätzen, und die Frauen-Empore war so eng und schmal, daß man nur den verheirateten Frauen die Teilnahme am Gottesdienste erlaubte, während junge Mädchen vom Besuch des Gottesdienstes ausgeschlossen werden mußten.

Allmählich war der größte Teil der jüdischen Familien von Moisling nach Lübeck gezogen und bald sah man sich genötigt, auch den Rabbinatssitz unter Rabbiner Sussmann Alexander Adler nach Lübeck zu verlegen. Da die Abwanderung aus Moisling immer stärker wurde, stand das dortige Gotteshaus nach wenigen Jahrzehnten völlig verwaist da. Im Jahre 1847 zählte man noch 131 jüdische Familien mit 481 Personen in Moisling, 1871 fanden sich nur noch 27 jüdische Seelen dort. Daher wurde um die Wende der siebziger Jahre der Gottesdienst in Moisling eingestellt und die Synagoge 1872 geschlossen. Die Thora-Rollen, aus denen fast 2 Jahrhunderte hindurch das Bibelwort verlesen worden war, wurden in feierlichem Zuge nach Lübeck überführt. Nachdem der Senat

[11]) Die Kosten betrugen 60 Courantmark.

durch ein archivalisches Gutachten das Eigentumsrecht des Staates am Synagogengebäude festgestellt hatte, ließ er 1873 das Gebäude abbrechen, um das Grundstück in anderer Weise zu verwerten. Im Gutachten wurde die Geschichte des Baues näher behandelt, „die gegenwärtige Synagoge in Moisling ist 1826 auf alleinige Kosten des Staates neu erbaut. An derselben Stelle stand früher eine andere, die allmählich ganz baufällig geworden war und für die Bedürfnisse der Gemeinde zu klein war. Der schon 1821 gefaßte Beschluß, sie zu reparieren, kam daher nicht zur Ausführung, man beschloß den Neubau. Das Eigentumsrecht an dem Grund, auf dem die Synagoge steht, wird in den Akten nie erwähnt. Daraus möchte ich folgen, daß der Boden immer als Eigentum der Gutsherrschaft, folglich jetzt des Staates angesehen ist."[12])

Als einziges Denkmal der einst blühenden Gemeinde Moisling blieb nur der große stille Friedhof mit den Gräbern und Denksteinen zurück, der am Ausgang des Dorfes gelegen war, und auf dessen Grabsteinen die Namen all der Männer und Frauen verzeichnet stehen, die in frohen wie in ernsten Tagen die Träger des jüdischen Lebens in Moisling gewesen waren.

Durch die Abwanderung der Juden aus Moisling hatte die jüdische Bevölkerung in Lübeck bedeutend zugenommen und bald empfand man hier die Notwendigkeit, ein geräumiges und würdiges Gotteshaus zu errichten.

In einem Gesuch an den Senat am 6. Oktober 1864 schilderte die Gemeinde, daß die Synagoge in der Wahmstraße in jeder Weise den Bedürfnissen nicht genüge.

„Der Raum aber, der uns jetzt seit 1851 zur Andacht dient, war vormals der Fruchtspeicher einer Brauerei, entbehrt äußerlich aller Würde und Erhebung, war für die Zahl der Besucher längst zu beschränkt und wird der Besuch wegen der Höhe der Lage den Frauen, Greisen und Schwachen überaus beschwerlich".

Es ist daher begreiflich, daß die Gemeinde den Entschluß faßte, ein eigenes Gebäude zu errichten, das in seiner äußeren Form wie auch in der inneren Ausführung als würdiges Gotteshaus der Lübecker Gemeinde gelten konnte. Das gleiche Grundstück in der St. Annenstraße, das man bereits 1812 für den Synagogenbau erworben hatte, das aber bei der erzwungenen Rückkehr nach Moisling wieder verkauft worden war, kaufte die Gemeinde 1862, um hier den Bau aufzuführen. Der Rat erkannte die Berechtigung des Synagogenbaus an und genehmigte den Ankauf des Grundstücks. Die Beschaffung von Geldmitteln sollte durch freiwillige Beiträge erfolgen. Doch erst nach Überwindung vieler Hindernisse sollte das Werk gelingen. Der Staat half der Gemeinde und stellte ihr für den Synagogenbau ein Darlehen von 22 000 Mark zur Verfügung.

Auf dieser nunmehr gesicherten finanziellen Grundlage konnte man 1878 mit dem Bau beginnen. Für die Ausführung gewann man den Architekten F. H. A. Münzenberger. Die Grundsteinlegung wurde erst am 2. März 1880 nachträglich gefeiert und am 2. Neumondstag des Monats Tamus 5640 = am 10. Juni 1880 fand in Gegenwart des Bürgermeisters Dr. Th. Behn und in Anwesenheit vieler Senatoren und Vertreter der Bürgerschaft die Einweihung unter großer Feierlichkeit statt. Das Titelblatt der in Quartformat gedruckten Einweihungs-Ordnung trug die Inschrift:

„Programm zur Einweihungsfeier der neuen Synagoge zu Lübeck am Donnerstag, 10. Juni 1880" und in hebräischen Lettern das jüdische Datum: „Rausch Chaudesch Tamus 5640."

[12]) Das Gutachten trug die Unterschrift: C. Wehrmann, Archivarius, 26. April 1872.

Die Vollendung des Werks, dieses sinnvollen Wahrzeichens für Gemeinde und Stadt, war vor allem zwei Männern zu danken, dem geistigen Führer der Gemeinde, Rabbiner Dr. Salomon Carlebach, und dem Vorstandsmitglied und späteren Vorsitzenden der Gemeinde, Hermann Meyer, die beide mit selbstloser Hingabe und Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit diesen schönen stilvollen Bau geschaffen haben.

Die Einweihung der Synagoge, die unter Teilnahme der ganzen Bevölkerung stattfand, legte ein erhebendes Zeugnis für den Geist der Gemeinschaft und Eintracht ab, der unter den einzelnen Bekenntnissen und Schichten der Bevölkerung herrschte. In feierlichem Zuge wurden die Thorarollen aus der alten Synagoge in der Wahmstraße in das neue Gotteshaus überführt. Der Geist aufrichtiger Duldsamkeit und echter Verbundenheit zeigte sich hier im schönsten Licht, um alle die Vorurteile vergessen zu lassen, die Verblendung und Religionshaß einst geschaffen hatten. Dieser Auffassung gab auch der Bürgermeister Dr. Theodor Behn wenige Wochen nach der Einweihung der Synagoge in einem Brief am 1. Juli 1880 an den Rabbiner der Gemeinde, Dr. S. Carlebach, treffenden Ausdruck.

„Es war für mich eine große Ehre und lebhafte Genugtuung, daß es gerade mir vergönnt war, das neue Gotteshaus der israelitischen Gemeinde zu öffnen. Denn so lange ich in meiner Vaterstadt mitrathen und mitthaten durfte, war es stets mein lebhafter Wunsch, das Unrecht zu sühnen, das meiner Überzeugung nach 1814 und 1815 gegen unsere israelitischen Mitbürger begangen ist."

Der Synagogenbau in Lübeck erinnert kaum noch an den ersten Betraum, der einst in Moisling den Juden, diesen ewigen Wanderern, als Gotteshaus diente. Nur ein Sinnzeichen aus der alten Synagoge Moislings, das an den Ursprung der Gemeinde erinnert, befindet sich noch heute in der Lübecker Vorsynagoge: die beiden Bundestafeln der zehn Gebote, die vom Diadem der Thora gekrönt und von der aufgehenden Sonne umstrahlt werden.

Mit den Thorarollen, die mit den alten Schmuckstücken der Moislinger Gemeinde in dem neuen Gotteshause Aufnahme gefunden hatten, war auch die alte Tradition der Gemeinde in die neue Synagoge eingezogen. Der Gottesdienst vollzog sich daher in der gleichen Weise wie vordem in Moisling und wurde in voller Wahrung der Überlieferung nach Ritual und Melodien fortgeführt. Die alten Gebete und Gesangsweisen erklangen hier in neuer Umgebung wieder. Die Israelitische Gemeinde in Lübeck hatte wieder eine Stätte des Gebets gefunden, in der, wie einst in der Moislinger Zeit, der Geist des Gotteswortes alle umfaßte. Die Seele der Kehillah zu Moisling lebte nunmehr in Lübeck weiter fort.

IV.

Das Rabbinat in Moisling

Über die Persönlichkeit und Wirksamkeit der Rabbiner in Moisling, über ihre Stellung und Bedeutung in der ersten Zeit der jüdischen Niederlassung, ist wenig bekannt. Das Amt des Rabbinats war in dieser Zeit noch nicht geschaffen, da die wenigen Juden, die sich zuerst hier niedergelassen hatten, noch nicht recht seßhaft geworden waren. Ihre Anzahl war noch zu gering, als daß sie eine eigene Gemeinde hätten begründen können. Als dann allmählich die Zahl der jüdischen Ansiedler zunahm, fehlten diesem immerhin noch kleinen Kreis die Mittel, um die erforderlichen Einrichtungen für die junge Gemeinde zu schaffen und einen Rabbiner mit der Führung dieser Gemeinde zu betrauen. Der Schrift- und Talmudkundige, der unter den Einwanderern an Wissen und Gelehrsamkeit hervorragte, wurde von diesen als maßgebend für religiöse Entscheidungen angesehen, ohne daß man ihn durch eigentliche Wahl zum religiösen Führer bestimmt hätte. Durch sein überragendes Wissen und durch das Vertrauen der noch geringen Anzahl der Moislinger Juden nahm er bald ohne sein Zutun eine führende Stellung im religiösen Leben der Gemeinde ein und alle Anfragen, die aus diesem Kreise an ihn gerichtet wurden, entschied er aus Pflichtbewußtsein im Gefühl der religiösen Verantwortlichkeit gegenüber dem Unwissenden. Irgendwelche Besoldung war mit dieser Privat-Tätigkeit nicht verbunden.

Erst im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts führte die weitere Zunahme der jüdischen Bevölkerung zur Bildung einer eigenen Gemeinde, die einen autorisierten Rabbiner wählte, um die Angelegenheiten der Gemeinde zu versehen und ihre religiösen Entscheidungen zu treffen. Die Aufgabe des Rabbiners erschöpfte sich nicht allein in der Veranstaltung von Lehrvorträgen und der Entscheidung religionsgesetzlicher Anfragen, vielmehr gehörte die praktische Ausübung der Zivil-Gerichtsbarkeit unter den Mitgliedern der Gemeinde auch zu seinem Arbeitsgebiet, so daß die gesamte Rechtspflege „in civilibus“ ihm zufiel. Für die Entscheidungen, die er unter voller Billigung der Aufsichtsbehörden in allen Streitfragen fällte, war nur das codifizierte jüdische Recht maßgebend. Dieses Gerichtsverfahren hatte vor dem staatlichen den Vorzug, daß es schneller geführt wurde und mit nur geringen Unkosten verbunden war.

Neben dem Gemeinderabbiner waren in den einzelnen Vereinen jüdische Gelehrte als Vereinsrabbiner tätig, die keine öffentliche Stellung bekleideten, sondern nur im kleineren Kreise der Vereinigung die Lehrtätigkeit ausübten. Sie lernten mit den einzelnen Mitgliedern Talmud und befaßten sich insbesondere mit dem Jugend-Unterricht und der Veranstaltung von Lehrkursen. Auf ihre Tätigkeit war es in erster Reihe zurückzuführen, daß viele Mitglieder der Gemeinde Moisling größere Kenntnisse in Bibel und Talmud aufweisen konnten und nicht als „Ame haarez“ — als Ungebildete — angesehen werden konnten.

Da die Gemeinde Moisling kein eigenes Rabbinat besaß, wurde sie von der holsteinischen Regierung dem Oberrabbinat in Altona zugeteilt. Diese Bestimmung

war die Ursache für die häufigen Streitigkeiten, die zwischen dem Oberrabbinat in Altona und den Gemeindemitgliedern entstanden. Denn das weit entfernt gelegene Altona war für die Moislinger nicht leicht erreichbar. Es kam hinzu, daß in späterer Zeit der Gutsherr von Moisling in dieser Abhängigkeit von Altona einen Eingriff in seine Rechte als Gerichtsherr sah, da alle zivilgerichtlichen Entscheidungen durch das Oberrabbinat getroffen wurden und ihm keinerlei Einfluß auf das Urteil zustand. Diese Mißstimmung gegen die Rechte des Oberrabbinats wurde von der im Urteil unterlegenen Partei noch gesteigert. Die Zuständigkeit des Altonaer Oberrabbinats wurde daher öfter angefochten, so daß häufig die Regierung als höchste Instanz angerufen wurde, die dann das schwebende Verfahren durch ein Machtwort entschied. Die Unterstellung der Moislinger Gemeinde unter das Oberrabbinat zu Altona hörte erst zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts auf, als Moisling unter die Staatshoheit Lübecks getreten war und die Verbindung der Gemeinde mit Altona durch die staatliche Zugehörigkeit zu Lübeck aufgehoben wurde.

Als erster Rabbiner der Gemeinde Moisling hat Rabbi Berndt Seelig das Amt des Rabbinats um 1724 geführt. Er stammte aus Lissa in Polen. Wann er das Rabbinat in Moisling übernommen hat, ist nicht bekannt. Die Urkunden zeichnete er mit seinem hebräischen Namen R' Dauw ben R. J'hudoh Selig S'gall. Mit dem Amt des Rabbinats verband er gleichzeitig auch den Dienst als Vorbeter der Gemeinde, wie es in damaliger Zeit häufig üblich war[1]).

Rabbiner und Älteste waren der Gutsherrschaft für die ordnungsgemäße Führung der Gemeindeangelegenheiten verantwortlich, für Verfehlungen in der Verwaltung wurden sie zur Rechenschaft gezogen. „Es wird dem Rabbiner und Ältesten der hiesigen Judenschafft hierdurch angedeutet, die ihnen zuerkandte Straffe der Zehn Rhtl. alsofort nach der insinuatio dieses bey mir einzuliefern. Sodann auch, daß keiner derer Ältesten sich unterstehen soll, von hier zu reisen, Bevor eine ganz richtige Designation von allen und jeden von hier als handelnde Schutz Juden in Behöriger forme eingebracht worden, Bey 50 Rhtl. unabbittlicher hoher Herrschaftlicher Straffe wornach dieselben sich gebührend zu achten", so am 17. Juli 1740.

Es scheint, daß die eingeforderte Designation von den Ältesten nicht vollständig aufgestellt oder überhaupt nicht in gehöriger Form eingereicht worden war[2]).

Der Unterhalt des Rabbiners wurde durch Erhebung von Beiträgen von den Gemeindemitgliedern aufgebracht, die in jedem halben Jahr durch Umlage erhoben wurden. In einer „Contributionsliste" Moislings vom 24. Februar 1736 sind die Namen der Mitglieder verzeichnet, die zur Unterhaltung des Rabbiners in Moisling beisteuern mußten. Vier Mitglieder[3]) zahlten damals je 6 Courant-Mark als höchsten Beitrag halbjährlich, andererseits wurden aber mehr als die Hälfte der Gemeindemitglieder mit dem niedrigsten Satz von je 1,8 CM eingeschätzt. Schon diese Aufstellung der Beiträge zeigt, wie wenig begütert der größte Teil der Gemeindemitglieder in dieser Zeit gewesen ist. In gleicher Weise wie für den Unterhalt des Rabbiners sorgte die Gemeinde auch für seine Wohnung und brachte die Miete

---

[1]) Die Urkunde des Lernvereins unterschrieb er mit seinem hebräischen Namen mit dem Zusatz: Milissa l'ês ato schaz Moisling — aus Lissa jetzt Vorbeter in Moisling. Sein deutscher Name findet sich in einer Klagesache vom 24. September 1736. In etwas veränderter Form wird er in einer Rechnungsaufstellung aus dieser Zeit angeführt: Behrent Jacob = Rabbi und Vorsinger. Alle diese Namen Berndt, Berent und Behr bezeichnen die gleiche Persönlichkeit, da die Schreibart des deutschen Namens in der damaligen Zeit noch nicht feststand. Der Name Berndt ist eine Übersetzung des hebräischen Wortes Dauw = Bär.

[2]) Siehe Carlebach: Geschichte der Juden in Lübeck und Moisling.

[3]) Heimann Moses Spanier, Israel Michael, Liebmann Moses und Wulff Salomon.

hierfür auf, eine finanzielle Leistung, die der Gemeinde nicht leicht fiel. „Juden Ältesten haben vorgetragen, daß die Miete von der Wohnung des Rabbi Behrs No. 59 ihnen sehr schwer fiele, und sie sich bei der Armut der hiesigen Juden Gemeinde nicht im Stande finden eine so hohe Miete aufzubringen“[4]).

Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde war meistens geringer als die Einschätzungskommission angenommen hatte und es kam daher häufig vor, daß viele Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstand blieben, so daß diese durch das Gericht eingezogen werden mußten.

„Hiermit überweissen wir Neu Eltsten, dass wir zu Befund Seinen gekommen, dass die Anlage wegen den Rabbiner, dass Sich welche Befinden, die weniger gegeben haben wie die Anlage von den Seel. Herrn vormacht ist gewesen, wie Sie Bemeldt Sein, Nemlich mit Nahmen wie folget welches die vorschohl ist von 1½ Jahr

Israel Michel	6	C. M.
Wulff Salomon Wulff	6	C. M.
Lipmann Moses	6	C. M.
Heymann Moses Spanier	6	C. M.
Israel Hirsch	1,8	C. M.
Michel Joseph	4,8	C. M.
Salomon Salmon	3	C. M.
Wulff Kiergenvorsteher	1,8	C. M.
Alexander Ruben	3	C. M.
Esaias Marcus	1	C. M.
Salmon Natan	3	C. M.

Zum übergen überweisen wir, dass Wulff Salomon Wulff Sich Bezahlet gemacht von die gewisse einhebung zum Rabbiner 49,9 C. M.

Liebmann Moses, Esaias Marcus.“

Solche Verfehlungen zogen schwerwiegende Folgen für die Gemeinde nach sich und bedrohten ihren inneren Frieden.

Über die eigentliche Tätigkeit des Rabbiner Behrend und über seine Wirksamkeit in der Gemeinde ist nichts Näheres bekannt. Seine Stellung und seine Aufgabe war gewiß nicht leicht, da die Mitglieder der Gemeinde zum größten Teil noch nicht bodenständig geworden waren. Es ist begreiflich, daß diesen nach Herkunft und Kultur verschiedenen Menschen das Bewußtsein einer engeren Gemeinschaft noch fehlte und daß ein Ausgleich der widerstrebenden Interessen nicht immer leicht gefunden werden konnte.

Die eigentliche Aufgabe des Rabbiners bestand vor allem darin, die geistige Führung der Gemeinde zu übernehmen und ihre Mitglieder nach Gesetz und Sitte heranzubilden. Seine Bestimmung war, zu lehren und zu lernen und die Wissenschaft des Judentums unter der Gemeinde zu verbreiten. Über allen Pflichten stand aber die gebieterische Forderung, ein brüderliches Verhältnis unter den Mitgliedern herzustellen und den inneren Frieden zu wahren. Hierzu kam die Notwendigkeit, mit der Obrigkeit gute Beziehungen zu unterhalten. Rabbiner Behrend hatte als erster Rabbiner der Gemeinde diese Aufgaben zu lösen, die nur durch die ganze Tatkraft eines Mannes von Wissen und Begabung bewältigt werden können. Er hat sein Amt gewissenhaft geführt und das Rabbinat zu einer ständigen Einrichtung der Gemeinde gemacht. Er starb im Jahre 1742.

---

[4]) Akte des Adligen Gerichts vom 1. Mai 1742.

Im Rabbinat wurde R. Elias Israel Nachfolger des Rabbiner Behrend. Unter der Amtsführung des *Rabbiners Elias Israel* scheint es zu schweren Zerwürfnissen zwischen ihm und einigen Gemeindemitgliedern gekommen zu sein. Der Wortführer der Oppositionspartei war Lippmann Moses, einer der drei Vorsteher der Gemeinde, der in seiner Rücksichtslosigkeit sogar soweit ging, bei der Gutsherschaft wegen der Absetzung des Rabbiners vorstellig zu werden. Er verpflichtete sich der Gemeinde gegenüber, einen anderen Rabbiner für ein geringeres Gehalt zur Verfügung zu stellen. Als er dieses Versprechen nicht erfüllte, erhoben die Ältesten der Gemeinde Klage beim Gutsherrn gegen ihn und forderten von ihm den Ersatz der Mehrausgaben für das Gehalt des Rabbiners.

„*Ew. Hochwohlgeb. ist hochgeneigt* erinnerlich, welchergestalt der Jude Lippmann Moses verstrichenen Ostern aus bez. hiesiger hochadl. Herrschaft umb *Abschaffung unsers bisherigen alten Rabiners Vorstellung* gethan und dabey sich engagiert, statt diesen einen andern für weniger Gehalt, als nemlich für 100 C. M. hiesiger Jüdischen Gemeine zu liefern.

Wann wir nun auf dieses Engagement zu Werke gegangen, und in Meinung nach dem Vorschlag des Lippmann Moses dieser Gemeine eine Erleichterung zu verschaffen, besagten alten Rabiner gewöhnlich aufgesaget, auch die Abgehungszeit itzo schon abgelaufen ist, gleichwohl Lippmann Moses sich bis dahero die wenigste Sorge seyn lassen, uns einen andern Rabbiner für weniger Salair seinem Versprechen zu folgen in rechter Zeit zu verschaffen, daß wir also gegenwärtig in der größten Verlegenheit sind. So gelanget dennoch an Ew. Hochwohlgeb. unser unterthänigstes Gesuch, den Juden Lippmann Moses dahin zu verurtheilen, daß da er sein Versprechen in Verschaffung eines andern Rabiners in tempore nicht gelebet, er nunmehro schuldig seyn solle, aus seinem eigenen Seckel zu bezahlen, was die Beybehaltung des bisherigen Rabbiners der jüdischen Gemeine fernerweit mehr kosten werde, als wofür er einen zu liefern promittiret.

Und weil Lippmann Moses auch noch 8 C. M. an der Gemeine Cassa restiret, so er noch unabgetragen gelassen, müssen wir auch umb die Verurtheilung dieser Gelder inständigst imploriren, idque refusis expensis.

Wie wir vor gerechtester Hülfe verharren

Ew. Hochwohlgeb.

unterthänige
Ältesten und samtlicher Gemeine
der Judenschaft zu Moisling

Moisling, d. 28. September 1746".

Das Gericht stellte auf Grund dieser Anklage Erhebungen an und fällte dann, nachdem sich die Richtigkeit der angeführten Tatsache herausgestellt hatte, am 28. September 1746 folgende Entscheidung:

„Es wird dieses dem Juden Lippmann Moses zu seiner Nachricht communiciret mit den rechtlichen Bedeuten, dass wenn Er sein Versprechen zu gehöriger Zeit in Darstellung eines tüchtigen Rabbiners so zugleich ein Vorsinger seyn soll nicht nachgekommen, er so den alles dasjenige ersetzen müsse, was der gegenwärtige Rabbiner und Vorsinger über 100 M. L. von Michaelis 1746 bis Michaelis 1747 der Jüdischen Gemeinde zu Moisling an Kosten zu stehen kommen würde, wobey ihm gleichfalls bey Vermeidung der Execution anbefohlen wird, die schulden 8 M. L. der Gemeinde zu erlegen."

Lippmann Moses verteidigte sich am 11. Oktober 1746 mit der Angabe, daß er von Elmshorn einen andern Rabbiner und Vorsänger namens Joseph Salomon habe kommen lassen, der vor der Gemeinde in Moisling einen Probevortrag gehalten und auch vorgesungen hätte. Die ganze Gemeinde sei mit diesem Probe-Vortrag sehr zufrieden gewesen, und die Ältesten hätten daraufhin einen Vertrag mit ihm abgeschlossen.

Dieses Vorkommnis zeigt, daß in der Gemeinde durch das Vorgehen des Lippmann Moses eine ernste Spaltung entstanden war, durch die Freunde und Gegner des Rabbiners in ihrer Meinung sich schroff gegenüberstanden. Auf alle Fälle war der Schritt des Lippmann Moses, die inneren Streitigkeiten der Gemeinde vor die Obrigkeit zur Entscheidung zu bringen, nicht zu billigen. Lippmann Moses drang mit seiner Gegnerschaft gegen den Rabbiner nicht durch und mußte die Folgen seines unbedachtsamen Vorgehens tragen. In den späteren Jahren war seine verwerfliche Handlungsweise soweit vergessen, daß man ihn in den sechziger Jahren — erst nach dem Tode des Rabbiner Elias Israel — wieder als Ältesten in die Gemeindeverwaltung wählte.

Dieser heftige Streit innerhalb der Gemeinde, der sich um die Person des Rabbiners entwickelt hatte, war nur der Vorläufer gleicher Konflikte, die in der Gemeinde Moisling in späteren Jahren zu mannigfachen Reibungen führten.

Aus einem späteren Memorial ist ersichtlich, daß in dieser Zeit vielseitige Aufgaben mit der Stellung des Rabbiners verbunden waren. Selbstverständlich war es Brauch, daß er an den Sitzungen der Ältesten teilnahm.

„Ich vernahm ... daß die Ältesten bey ihren Zusammenkünften gewöhniglich den Rabbiner mitzuziehen, wenn über Ceremonalia etwas verhandelt wird, und auch wenn Partheyen ihre Streitsache vor den Ältesten abmachen wollen und zwar aus dem Grunde, damit alles ordentlich zugehe und kein Verdacht wegen Partheylichkeit entstehe. Bey der Wahl der neuen Ältesten wird gleichfalls der Rabbiner zugezogen, und zwar aus dem oben erwähnten Grunde. Auch laßen zuweilen Partheyen ihre Streitsache vom Rabbiner allein entscheiden, wo er als guter Mann oder obbmann angesehen wird“[5]).

Ein schöneres Zeugnis über die allseitig anerkannte Autorität des Rabbiners und seine Stellung über den Parteien konnte man nicht ausstellen. Seine Einsetzung als Schiedsrichter beweist noch deutlicher, wie sehr man sein Urteil schätzte und welches Vertrauen man in seine Unparteilichkeit hatte. Aus diesen Gründen wirkte der Rabbiner auch bei der Wahl der neuen Ältesten mit. In allen Fragen räumte man ihm kraft seiner Persönlichkeit die entscheidende Stellung ein, da man erkannte, daß er diese nur zum Besten der Gemeinde verwenden würde.

Das harmonische Verhältnis zwischen der Obrigkeit und dem Rabbiner und den Gemeinde-Ältesten blieb im allgemeinen während des ganzen achtzehnten Jahrhunderts bestehen, wenn es auch hin und wieder unliebsame Vorkommnisse gab, wie sie sich in jeder Gemeinschaft zeigen. Manches Mal mußten Rabbiner und Gemeinde-Älteste nachdrücklich einschreiten, um widersinnige Elemente zur Beobachtung der geltenden Bestimmungen zu zwingen.

Rabbiner Elias Israel hatte im Jahre 1743 über das Gemeindemitglied Wulf Salomon den Bann wegen Unbotmäßigkeit verhängt. Wulf Salomon erhob deshalb beim Moislinger Gericht am 9. Dezember 1743 gegen den Rabbiner Klage, daß er ihn ohne Ursache in den Bann gelegt hätte. Der Rabbiner brachte aber den Beweis,

[5]) Aus einem Schreiben an Senator Rodde 1791.

daß sich Wulf Salomon in der Synagoge ungebührlich gegen ihn betragen habe. Das Gericht wies daher die Klage ab und verurteilte den Kläger dazu, sowohl vor Gericht als auch in der Synagoge dem Rabbiner Abbitte zu leisten, „alsdann er des Bannes wieder zu entlassen sey. Dem Rabbi aber wird zugleich ernstlich anbefohlen, die Ursachen eines zu verhängenden Bannes jedesmahl, wie solches von jeher allhie eingeführet gewesen, dem Gericht zu referiren." Aber auch nachdem diese Klage abgewiesen und die Sache beigelegt worden war, gab Wulf Salomon seine Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen der Gemeinde nicht auf, da er sich weigerte, die von der Gemeinde festgesetzten Abgaben zu zahlen, die zur Unterhaltung der Synagoge und des Lebensunterhaltes der Armen erhoben wurden. Die Ältesten hatten deshalb nach dem damals herrschenden Brauch am 11. April 1744 seinen Namen auf der im Vorraum der Synagoge hängenden Schwarzen Tafel angebracht und Klage wider ihn eingereicht.

„Von dem Ältesten Liebmann Moses und Rabbi Elias wird Wulf Salomon Beklagt, daß er sich geweigert, daßjenige was in der Gemeine wir Nachbahre zur unterhaltung der Schul und armen Beytragen müßte zu erlegen, und wir Rabbi und Älteste ihn deßfalls in der Synagoge auf der Erinnerungs Taffel geschrieben, wäre derselbe darüber so erböstet worden, daß er gesagt, er wolle die Taffel nehmen und sie ihnen auf ihre Köpfe in Stücke schlagen: Hätten sich also nicht getraut, wieder in die Schul zu gehen, biten daß dieser Frevler deßfalls in Bestraffung genommen werden möge."

Durch die Aufhebung des Bannes war demnach Wulf Salomon in seiner Widersetzlichkeit nur bestärkt worden, da er die Anwendung dieses wirksamen Strafmittels nicht mehr fürchtete, denn er wußte, daß die Verhängung des Bannes nicht mehr allein von der jüdischen Gemeinde abhing.

So war das Amt des Rabbiners nicht immer frei von Widrigkeit und unliebsamen Vorfällen, innerhalb und außerhalb der Gemeinde.

In den sechziger Jahren stand R. Nathan Baruch als Rabbiner an der Spitze der Gemeinde. Wenn wir auch nichts Bemerkenswertes über seine Amtsführung wissen, scheint doch festzustehen, daß die Einigkeit in der Gemeinde unter seiner Führung wieder hergestellt wurde. Sein Name wird uns in einem Bericht des Justitiar Anton Rohde über die Versiegelung eines Nachlasses genannt. Magnus Israel aus Moisling war mit Zurücklassung von sieben unmündigen Kindern 1769 gestorben. Sein Nachlaß wurde daher gerichtlich versiegelt und die Ältesten als Vormünder der Kinder bestellt. „So sind 11. April 1769 die Ältesten David Heymann Spanier, Meyer Jacob, Levin Nathan und Hirsch Liepmann zu Vormündern ernannt worden im Beisein dieser und des hiesigen Rabbiners Nathan Baruch."

Ihm folgte als Rabbiner in den siebziger Jahren R. Levin Joseph. Denn aus einer sehr interessanten, notariell beglaubigten Vernehmung im Jahre 1784 geht hervor, daß R. Levin Joseph in Moisling 9 Jahre als Rabbiner amtierte und hernach das Rabbinat in Rendsburg übernahm[6]). In der Zeit seiner Amtsführung kamen viele Eingriffe des Oberrabbinats zu Altona in die Jurisdiktion der Gemeinde Moisling vor, die zu vielfachen Auseinandersetzungen mit der Gutsherrschaft führten.

---

[6]) R. Levin Joseph wird auch in seiner Eigenschaft als Levite mit dem Namen R. Levin Lewi bezeichnet und unterzeichnete sich auch selbst in dieser Weise. Der zweite Name Joseph ist als Name des Vaters hinzugefügt. Aus den Angaben, die er bei der Vernehmung in Rendsburg machte, geht hervor, daß er von 1771 bis 1780 das Rabbinat in Moisling geführt hat. Da Moisling dem Oberrabbinat unterstellt war, wurde er als „Unterrabbiner" bezeichnet.

Nach der Gründung der Moislinger Gemeinde war die Jurisdiktion der Gemeinde in civilibus et ecclesiasticis dem Oberrabbinat zu Altona durch königliches Reskript am 24. Juli 1739 übertragen worden. Auf Grund dieses Rechtes erteilte der Oberrabbiner zu Altona den Ältesten der Gemeinde Anweisungen für die Führung der Gemeinde und entschied ihre Rechtsstreitigkeiten.

So erließ der berühmte Oberrabbiner R. Jonathan Eybeschütz in Altona[7]) im Jahre 1763 eine Verfügung, in der er den Vorstehern und Ältesten der Gemeinde in Moisling die Vollmacht verlieh, die Gemeindebeiträge der Mitglieder für die Ausgaben der Gemeinde und für Wohlfahrtszwecke festzusetzen. Gegen diese Veranlagung sollte den Mitgliedern das Recht der Berufung beim Oberrabbinat zustehen.

„Ich Endes Untergeschriebener, als Ober Rabbiner in Altona nebst allen Fürstenthümern und incorporirten Landen biß an den großen Belt, attestire hiemit, vermöge der alten observance und Herkommen, Weil Ihro Königliche Majestat von Dänemark, Norwegen, Unser allergnädigster König und Herr, Nach maßgebung allergnädigsten ertheilten privilegien und rescripten, in obigen Orten Mir als Ober-Rabbiner die Jurisdiction bey denen Juden sowohl in civilibus als ecclesiasticis allergnädigst verliehen, auch solches vielfältige mahle allerhuldreichst confirmirt:

Als haben meine antecessores und Ich aller derer Orten, woselbsten von unserer Nation eine Gemeinde ist, daß die Vorsteher oder sonsten Ältesten genandt die Krafft und Macht haben, die Gemeinde zur *Abgifft allmosen Reichung* und allgemeine Ausgaben die contravenienten zu collectiren und anzuhalten, ohne, daß jemand Befugt sey, hiewieder sich zu opponiren oder renitent zu erzeigen. Es steht demselben frey, im fall Er sich graviret befindet, sich bey dem Ober-Rabbiner Ambte hieselbsten zu melden, außer diesem aber ist er niemahlen Befugt, einen Ungehorsam zu bezeigen, sonsten derselbe vermöge unserer Thora Gesetz und ceremonien in den Bann auff dem schwartzen Brette gesetzet werden muß, geschweige, wenn Er sich an eine andere Instantz wendet und die von Ihro Königliche Majestat ihm vorgestellte Richter außer Acht schläget. Und da dieselbige Vorsteher bey der Gemeinde obige execution nicht vollziehen möchten bey Erfahrung der Sache, hier in Altona in der großen Synagoge, in publico in den Bann und schwartze Taffel zur ewigen Schande gesetzet und geschrieben wird, die Vorsteher so dieses negliret haben, eben eine solche Straffe zu erwarten haben.

Zu mehren Urkund und Beglaubigung deßen, was obstehet und attestiret worden, habe ich dieses attestatum nicht nur eigenhändig unterschrieben sondern auch mit Vordrückung meines Pettschaffts documentiren wollen

So geschehen Altona
d. 7.te Novembr 1763
(L. S.)

Jonas Nathan Eybeschutz
Ober-Rabbiner in Altona
à Hamburg."[8])

---

[7]) Eybeschütz führte das Oberrabbinat zu Altona von 1750—1764.

[8]) Diese Verfügung hatte Oberrabbiner Jonathan Eybeschütz eigenhändig unterschrieben und mit seinem Amtssiegel versehen, nach Bezeugung des Notars Friedrich Wilhelm: „Daß des Herr Ober-Rabbiner Jonas Nathan Eybeschütz vorstehendes attestatum, mir selbsten in die Feder dictiret, und nachdem ich solches auff gehöriges Stempelpapier mundiret, Hochgedachter Herr Ober-Rabbiner Eybeschütz solches eigenhändig in meiner Gegenwart unterschrieben und mit seinem Pettschafft documentiren laßen, solches habe hierdurch attestiren wollen."

Durch die Verleihung der Gerichtsbarkeit in religiösen und bürgerlichen Streitfällen hatte das Oberrabbinat eine solche Machtvollkommenheit erlangt, daß es in alle Verhältnisse der Gemeinde und ihrer Mitglieder jederzeit eingreifen konnte. In der Wahrnehmung dieser Rechte gegenüber der Gemeinde und der Gutsherrschaft wurde der Oberrabbiner von der Regierung auf das entschiedenste unterstützt.

Der Rechts-Streit zwischen Oberrabbinat und Gutsherrschaft.

Wie tief die Jurisdiktion des Oberrabbinats auf dem Gebiet der zivilen Rechtspflege in das Moislinger Gemeindeleben eingriff, beweisen viele Vorfälle und Kompetenz-Konflikte unter dem späteren Nachfolger des R. Jonathan Eybeschütz, dem Oberrabbiner Raphael Cohn zu Altona, der von 1722 bis 1803 lebte. Dieser vertrat ganz entschieden den Standpunkt, daß das Recht der Zivil-Gerichtsbarkeit in der Gemeinde Moisling ihm zustehe, und ging mit der Androhung des Bannspruchs gegen die Widersetzlichen vor. Solche Androhung des Bannes hatte auch Joseph Meyer aus Moisling erhalten. Dieser hatte einen Rechtsstreit mit David Abraham vor dem Gericht in Moisling geführt, das zugunsten des Joseph Meyer entschieden und den David Abraham verurteilt hatte, dem Kläger Meyer 40 Rtlr. zu zahlen. David Abraham hatte sich inzwischen an das Oberrabbinat gewandt, um vor diesem Forum die Rechtsfrage aufs neue entscheiden zu lassen. Das Oberrabbinat hatte hierauf nicht allein die weitere Führung des Prozesses vor dem Moislinger Gericht verboten, sondern auch die Zurückgabe der bereits durch gerichtlichen Vergleich erhaltenen 40 Rtlr. bei Androhung des Bannes gefordert. Gegen diese Maßnahme des Oberrabbinats erhob Joseph Meyer bei dem adligen Gericht in Moisling Einspruch, den das Gericht in Moisling weitergab, ohne daß das Oberrabbinat seine Stellung geändert hätte.

„Es hat der Ober Rabbiner Raphael Cohn zu Altona sich erlaubt, nicht allein allen fernern rechtsgang gegen David Abraham bey Strafe des Bannes zu untersagen, sondern bey gleicher Strafe injungiret, die bereits laut gerichtl. Vergleich de dato Moisling 1776 empfangenen 40 Rtl. wieder zu extradiren.

Dieser Schmach, in den Bann gethan zu werden auszuweichen, habe ich mich entschließen müssen, die von meinem Schuldner laut gerichtl. Erkenntniß und vergleich empfangene 40 rtl. wieder auszugeben und bin durch das injunctum obbesagten Rabiners unvermögend, mein recht laut gerichtl. Spruch und Erkenntniß geltend zu machen. Nobilissimum Judicium sehe ich mich gemüßiget, diesen Vorfall zur gerechten Ahndung anzuzeigen und gehorsamst zu bitten, mich dieserwegen nicht allein hochobrigkeitlich zu vertreten und das recht zur execution zu bringen und geltend zu machen vor vielen jahren mir zuerkant worden, ehe besagter Ober Rabiner seinen Posten erhalten, sondern auch zu den 40 rtl., so ich aus Furcht, nicht in den Ban geworfen zu werden, abgeben müßen wiederum mit allen Kosten, die mir verursacht zu verhelfen."

Zu den Rechten und Befugnissen des Oberrabbinats in der ihm unterstellten Gemeinde Moisling gehörte auch die Erteilung der Genehmigung zur Aufnahme und Verteilung des Nachlasses bei eintretenden Sterbefällen der Moislinger Juden. Das Oberrabbinat setzte dann die Regierung von seinen Maßnahmen in Kenntnis. So teilte der Oberrabbiner der Regierung in einer Eingabe vom 23. Januar 1778 über die Zivil-Gerichtsbarkeit der Moislinger Juden mit, daß er den jüdischen Gerichtsbedienten Herschel Behrend aus Altona nach Moisling geschickt habe, um bei der Aufnahme des Inventars des 1778 verstorbenen Mayer Jacob mitzuwirken. Rabbiner Levin Lewi aus Moisling hatte das Inventar aufgenommen und das Verzeichnis dem

Oberrabbiner zugesandt. Unter diesem Inventar befanden sich auch „3 geschriebene Tora mit 6 Stück Zirrathen verschiedener Art. Von den Hebräischen Büchern wollen die Gebrüder die Specification einschicken".[9])

Als Lübeck die Gutsherrschaft von Moisling 1763 durch Kauf erworben hatte und das Ratsmitglied Peters, der spätere Bürgermeister von Lübeck, Gutsherr von Moisling geworden war, suchte er die Jurisdiktion des Oberrabbiners zu Altona über die Juden in Moisling aufzuheben und berief sich hierbei auf die Privilegien der Gutsherrschaft. Es ist klar, daß der Bürgermeister Lübecks mit diesem Vorstoß gegen die Rechte des Oberrabbinats auch politische Absichten verfolgte, da er durch die Unterstellung der Moislinger Juden unter seine Gerichtsbarkeit einen tiefgehenden Einfluß auf die Gemeinde gewinnen wollte. Diese Absicht war bei der Erwerbung Moislings unter anderen Beweggründen wohl das treibende Motiv gewesen.

Im Rabbinat Moisling war auf R. Levin Joseph um 1780 R. Abraham Joseph gefolgt, in dessen Amtszeit der schwere Kompetenz-Streit über die Zuständigkeit des adligen Gerichtes in Moisling oder des jüdischen Gerichts in Altona in den Zivil-Sachen der Moislinger Juden ausbrach. Den Anlaß zum Streit gaben mehrere Vorkommnisse, die sich in den Jahren 1782 bis 1784 in Moisling ereignet hatten.

Ein besonders aufregender Vorfall hatte sich zwischen dem Rabbiner und den Ältesten zugetragen.

Gegen die Führung der Gemeinde durch den Rabbiner Abraham Joseph hatte sich allmählich eine starke Opposition gebildet. Diese hatte es durchgesetzt, daß R. Abraham Joseph aus seinem Amte entfernt wurde. In ihrer Gegnerschaft gegen den Rabbiner hatten sich einige Mitglieder der Gemeinde sogar zu persönlichen Übergriffen hinreißen lassen. Die Ältesten, Levin Nathan und David Heymann Spanier, sowie die Schutzjuden Hinrich Liepmann und Moses Wulff waren während der Abwesenheit des Rabbiners in sein Haus eingedrungen und hatten dort eine Partie wertvoller Bücher gewaltsam entwendet und fortgeschleppt.

Rabbiner Abraham Joseph hatte in Person daraufhin diese vier Gemeindemitglieder vor dem adligen Gericht in Moisling verklagt und ihre strenge Bestrafung und Rückgabe der entwendeten Sachen gefordert. Dieses hatte sofort die Beschlagnahme der geraubten Sachen verfügt. Aber wenige Zeit später änderte der Rabbiner Abraham Joseph seine Entschließung und ließ die Klage bei dem Gericht in Moisling fallen und brachte „mit Verlaßung des von ihm selbst erwählten und in der Mitte der causa cognitionis begriffenen Moislinger Gerichts seine Klage über das delictum bey dem Altonaer Rabbiner an. Dieser erläßt Citation an die vier angegebenen Schuldigen wegen verübten spolii oder, wie der wörtliche Ausdruck seiner Ladung heißt, wegen „Chomoß", wegen angeschuldigten Raubes".

Da die vier Angeklagten sich weigerten, vor dem Jüdischen Gericht in Altona zu erscheinen, wurden sie von dem Oberrabbiner Raphael Cohen in den Bann gelegt. Das Gericht zu Moisling verbot aber die Vollstreckung und Bekanntmachung

---

[9]) „Die Gebrüder und dessen Frau Mutter als itzige Wittwe des verstorbenen Mayer Jacob Moisling sind in der Nacht von Dienstag auf Mittwochen den 5 ten Monath Abh den 29. July aus Hamburg allhier zu Moisling wiederum zurückgekommen und verlangten das Inventar sofort aufzunehmen, weil sie hierzu die Erlaubnis des Altonaischen Oberrabbiners hätten, so daß sie keinen Schaden durch die Verzögerung des Inventarii haben sollten. (Unterschrift) Lewin Lewi, Rabbiner

Moislingen 5 Aw 5538 — Herschel Behrend

29. July 1778 — Jüdischen Gerichts Bedienter aus Altona."

(Aus dem Hebräischen übersetzt durch Mayer Israel Hildesheim.)

des Banns. Daraufhin wandten sich die Beklagten mit der Bitte an das Moislinger Gericht, „ihr Gesuch pro clementissimo rescripto an den Rabbiner Raphael Cohen zu Altona — daß derselbe den Moislinger Rabbiner Abraham Joseph zu seiner Pflicht und ad forum competens verweisen und aller weiteren Citationen und Vornehmungen in dieser Sache sich enthalten müße — an die hochweißliche Regierung zu Glückstadt zu befördern".

Die Regierung zu Glückstadt lehnte aber am 24. April 1783 diese Bitte als unstatthaft ab und erließ an das Gericht in Moisling folgende Anordnung: „Der Moislinger Gutsherrschaft wird anbefohlen, sich in Ansehung der Judensachen in Zukunft nach der Landesherrlichen Vorschrift zu richten. Es sind also die jüdischen Civilstreitigkeiten, die nicht in dem Rescript von 1739 ausgenommen wären, ad forum judaicum zu verweisen ... und zugleich werde mißfällig bemerkt, daß das Moislinger Gericht die Vollstreckung des von dem Oberrabbiner verfügten kleinen Bannes zur Ungebühr verhindert und die Anschlagung in der Synagoge in Moisling dem Schulbedienten verboten habe."

Bis zu dieser Entscheidung hatte es sich nur um einen Streit zwischen dem Altonaer Oberrabbiner und den vier Beklagten wegen des nicht befolgten Befehls des Erscheinens vor dem Gericht in Altona gehandelt. Durch diese Verfügung der Regierung wurde der Streit aber zu einem Kompetenz-Konflikt zwischen dem Oberrabbinat und der Gutsherrschaft, da die vermeintlichen grundsätzlichen Rechte der Gutsherrschaft zu Moisling hierdurch empfindlich getroffen wurden. Die Gutsherrschaft wandte sich darauf 1783 mit einer Eingabe an den dänischen König mit der Bitte „pro restitutione in integrum gegen das Urteil" und berief sich auf das bestehende Recht, daß nur die Entscheidung in Religions- und Zeremoniensachen dem Jüdischen Gericht in Altona zustehe, daß aber die zivilen Streitigkeiten der Moislinger Juden durch das Gericht in Moisling zu entscheiden seien. Die Gutsherrschaft stützte sich dabei auf ein Gerichtsurteil des Altonaer Oberappellations-Gerichts gegen den Oberabbiner Hesckel zu Altona vom 26. Mai 1735, „daß der Altonaer Rabbiner bey Vermeidung der schwersten Strafe sich der allergeringsten Jurisdiction in civilibus über die Moislinger Schutz Juden sich anzumaßen, sich nicht unterstehen solle." Auf Grund dieses Rechtsurteils möge die Regierung dem Oberrabbiner Raphael Cohen anbefehlen, sich jeder Jurisdiktion in civilibus der Moislinger Juden zu enthalten.

Die Regierung ersuchte nunmehr den Oberrabbiner Raphael Cohen, seinen Standpunkt in der Rechtsfrage darzulegen und seine Gegenerklärung abzugeben.

Am 8. August 1783 reichte Oberrabbiner Raphael Cohen gegen die Ausführungen der Moislinger Gutsherrschaft seine Gegen-Erklärung ein. Die Sache selbst sei bereits durch den Bescheid vom 24. April 1783 entschieden.

„Die Parteien seien vor dem jüdischen Gericht zu Altona erschienen und hätten sich auf gerichtliche Interposition mit einander verglichen. Der Rabbiner Abraham Joseph sei wieder in sein Amt eingesetzt und auf weitere drei Jahre von der Gemeinde engagiert und sämtliche bei dem Streit interessiert gewesene Parteien seien in Frieden mit einander nach Hause gereiset."

Fast scheine es, als wenn der Verfasser der Supplikationsschrift dem Landesherrn die Befugnis streitig machen wolle, den in den Fürstentümern rezipirten Juden das Recht der Autonomie zu verstatten „in ihren Privatstreitigkeiten unter einander die Rechtspflege nach ihren eigenen Gesetzen durch Richter aus der Nation selbst verwalten zu laßen". Verschiedene Stellen verraten die Absicht, dieses landesherrliche Vorrecht zu bezweifeln.

Nach den königl. Privilegien habe das jüd. Gericht zu Altona in causis judaeorum contra judaeos mere civilibus sowohl der Juden in Moisling als auch der übrigen in den Fürstentümern wohnenden Juden zu entscheiden. Zum Beweise diene das Reskript vom 24. Juli 1739, nach dem „alle in den Königl. Landen .... sich aufhaltenden Juden hochdeutscher Nationen, so ihren Kirchhof auf königl. Grund und Boden liegen haben — die in Glückstadt wohnenden Juden allein ausgenommen — schuldig und gehalten sein sollen, vor dem Rabbiner und Ältesten zu Altona zu compariren und was unter ihnen streitig oder strafbar, ohne Zuthun des Stadtmagistrats daselbst beurteilen oder vortragen zu laßen." Weiter heiße es dort, daß die Rabbiner und Ältesten fundatam jurisdictionem hätten und ihre Erkenntnisse sogleich remota appellatione durch den Bann vollstreckten. Alle Gemeinden, die dem Oberrabbinat zu Altona unterständen, würden die Kompetenz des Altonaer jüdischen Gerichts anerkennen, wie z. B. Elmshorn und Rendsburg. Das Urteil gegen den Oberrabbiner Hesckel sei 1735, noch vor der Regelung der Befugnisse der jüdischen Gerichtsbarkeit durch das Reskript vom 24. Juli 1739, ergangen.

Die Entscheidung lag nunmehr bei der Landes-Regierung zu Glückstadt, nachdem beide Parteien ihre Rechtsansprüche vorgebracht hatten. Die Regierung traf diese Entscheidung am 29. August 1783 gegen den Bürgermeister Peters zu Lübeck als Besitzer der Gutsherrschaft Moisling, „daß derselbe mit seinem Gesuch hieselbst nicht zu hören, sondern vielmehr es bei dem Rescript vom 24. April dieses Jahres sein Bewenden behalte."

Mit dieser Entscheidung hatte sich die Landesregierung auf den Standpunkt des Oberrabbinats von Altona gestellt, daß ihm die Jurisdiktion über die Moislinger Juden selbst in civilibus zustehe.

Bürgermeister Peters wandte sich nunmehr in einer Immediat-Eingabe an den Landesherrn, den König von Dänemark, und bat, die Moislinger Gutsherrschaft in ihren Privilegien, zu denen auch die Jurisdiktion über die in Moisling aufgenommenen Judenschaft gehöre, zu schützen. Bürgermeister Peters suchte hier aktenmäßig den Nachweis zu liefern, daß das Recht der Jurisdiktion der Gutsherrschaft zustehe. Er ließ deshalb die früheren Vorgänge sowie die einzelnen Bestimmungen und Reskripte, die in dieser Sache in früheren Zeiten ergangen waren, als „Species facti" zusammenstellen und schilderte nochmals die ganze Entwicklung des Vorfalls, wie er sich zugetragen hatte. Auf Grund dieser Darstellung hegte er die bestimmte Hoffnung, daß die Entscheidung der Regierung in dieser Streitsache nunmehr zugunsten der Gutsherrschaft fallen würde.

„Species Facti
in Sachen der Gutsherrschaft
des adlichen Guths Moislingen
entgegen Rabbiner und Ältesten der
Juden-Gemeine Altona
pto Jurisdictionis in streitigen
Sachen der Moislinger Judenschafft
unter sich.

§ 1.

Die gleich andern adlichen Guths-Besitzern mit der Patrimonial Jurisdiction versehene Guthsherrschafft des Guths Moislingen hat die Gnade genoßen in einem *zuvorderst unterm 21. Januar 1671 von Sr. Königl. Maj. Christian* V. *höchstseeligen Andenkens* ertheilten Allerhöchsten Schutzbriefe die allerhuldreichste Confirmation

aller ihrer alten Privilegien also insbesondere auch der wohlerworbenen Jurisdiction über alle und jedwede ihres Guths Untergehörige zu erhalten.

§ 2.

Eben diese Guthsherrschafft ist nicht nur unterm 27. Februar 1686 mit dem Recht der Juden Aufnahme und solcher ihrer aufgenommenen Judenschafft eine eigene Synagoge einzuräumen, sie unter eigenem Rabbiner und Ältesten ein Corpus Colegii ausmachen zu lassen, begnadigt, sondern sie hat auch für ihre recipirte Judengemeinde unterm 16. Januar 1697 die Allerhöchste Concession ausgewürckt, daßselbige mit den zu Altona privilegirten Juden gleicher Freyheit im Handel und Wandel in königl. Majestät Landen unbeeinträchtigt genießen sollte.

§ 3.

Das Recht der Juden-Aufnahme involvirt das Recht den recipiendis die Bedingungen einer den Recipienten unschädlichen Aufnahme vorzuschreiben und die würckliche Aufnahme begreifft die Toleranz und ein forum Judaicum in caeremonialibus, keineswegs aber die Befugniß, in bloß bürgerlichen und mit glauben und Religionsmeinungen gar keine Verwandtschaft habenden Sachen von dem Gerichtszwange der aufnehmenden Obrigkeit befreyet zu seyn und in dergleichen civilibus vor Rabbiner und Ältesten des Orts eines fori privilegati Judaici zu genießen; als welches letzterwehnte Vorrecht in dem facto receptionis niemahls von selbst liegt, sondern von jedweder zur Juden Aufnahme ermächtigten Obrigkeit ausdrücklicher besondern Nachgebung und Concession dependiret.

§ 4.

Der Gerichtszwang eines angesetzten Juden-Gerichts ist keine eigentliche Jurisdiction noch das forum Judaicum ein eigentliches Forum und von dem Ausspruch eines Juden-Gerichts tritt nicht die gewöhnliche Appellation sondern Provocatio ad magistratum loci ordinarium ein.

§ 5.

Die Moislinger Guthsherrschaft hat ihre Judenschafft immer in caeremonialibus ihre Zuständnisse genießen lassen.

§ 6.

aber in causis mere civilibus derselben die Gräntzen ihres fori judaici vorgezeichnet.

§ 7.

und befindet sich in solcher Maaße ratione Jurisdictionis in streitigen Sachen ihrer Judenschafft unter sich im Besitz.

§ 8.

Die jüngeren Altonaischen Privilegia de 1722 und 1731 eximiren die dortige Judenschafft von der Jurisdiction des dortigen Stadtmagistrats.

und untergeben alle im Lande zerstreut wohnenden Juden dem Altonaischen foro Judaico.

eximiren aber nicht die Moislinger Judenschafft von der Jurisdiction ihrer Guthsherrschaft.

und aboliren andere vor Zeit solcher Privilegien bereits eingerichtete fora Judaica nicht, legen mithin die vor letzterem nach wie vor ihren Gerichtsstand sortirenden Juden dem Altonaischen foro Judaico nicht unter.

§ 9.

weshalb auch im Jahre 1735 bey einer Anmaaßung des Altonaer Rabbiners Hesckel ein Mandatum poenale, de non arrogando sibi Jurisdictionem, ratione der Moislinger Schutzjuden wieder denselben erging.

und daß auch noch vielleicht im Jahr 1739 bey ähnlicher Anmaaßung, ein ähnliches wo nicht geschärfteres Mandatum ergangen sey."

§ 10.

enthielt die Schilderung des oben angeführten Überfalls auf die Wohnung und das Eigentum des Rabbiner Abraham Joseph, der dann die Klage vor dem Gericht in Moisling und hernach vor dem jüdischen Gericht in Altona erhob.

§ 13.

„Wenn Der Altonaer Rabbiner seiner Jurisdictions Anmaßung in Civil Streitigkeiten der Moislinger Schutzjuden unter sich, oder wenn diese von einem auswärtigen Juden belangt werden, einen Schein geben will, so beruft er sich zuvörderst auf die im Jahr 1722 und unterm 12. Mart. 1731 der zu Altona angesessenen Judenschaft verliehenen Privilegia, vermöge welcher,

1.) auch in causis mere civilibus der zu Altona wohnhaften Juden der dortige Stadt Magistrat sich aller Cognition und Entscheidung enthalten soll; und

2.) alle in Königl. Mayestät Fürstenthümern und Landen bis an den kleinen Belt sich aufhaltende Juden in ihren Streitsachen vor Rabbiner und Ältesten zu Altona zu compariren schuldig erkannt werden. Diese allergnädigsten Privilegia eximiren allso

   1.) die zu Altona aufgenommenen Juden von der Jurisdiction der Altonaischen Stadtgerichte, sie eximiren keineswegs die zu Moislingen recipirte Juden von der Jurisdiction der Moislinger-Guthsherrschaft und dienen dieser letzten vielmehr zur kräftigsten Bestätigung; nam exceptio in casu non excepto firmat regulam. Sie legen

   2.) die überall in den Fürstenthümern und Landen *zerstreut* wohnende und nicht von einem bereits eingerichtetem Judengerichte und eignem Rabbiner und Ältesten ihres Orts ihr forum judaicum bereits sortirende Juden dem Gerichtszwang der Altonaischen Rabbiner und Ältesten unter."

§ 15.

Die Moislinger Gutsherrschaft hat der Regierung zu Glückstadt Bericht übergeben und bestreitet dem Altonaer Rabbiner die Ausübung der geringsten Jurisdiction über die Moislinger Judenschafft und sich dieser ganz zu enthalten."

Die Auseinandersetzung zwischen der Gutsherrschaft in Moisling und dem Oberrabbiner in Altona war längst über das Maß eines lokalen Vorfalls hinausgewachsen und hatte prinzipielle Bedeutung gewonnen. Beide Parteien hatten ihren Standpunkt mit Beweisen rechtlicher und historischer Art zu stützen versucht, die Entscheidung war gewiß nicht leicht und es war daher verständlich, daß die Regierung diese hinauszog, um alle noch auftauchenden rechtlichen Momente in Betracht ziehen zu können.

In der Sache selbst hatte der Moislinger Rabbiner, auf Druck der Gutsherrschaft hin, wieder das adlige Gericht in Moisling als richterliche Instanz anerkannt und

hatte hier am 10. November 1783 einen Vergleich mit seinen Prozeßgegnern abgeschlossen.

Aber noch vor der formellen Erledigung dieser Streitfrage war ein anderer Rechtsfall hinzugekommen, der zu dem gleichen Kompetenz-Konflikt zwischen Gutsherrschaft und Oberrabbinat führen sollte. Die Anfänge dieser Rechtssache lagen sogar zeitlich noch weiter zurück als der Fall des Moislinger Rabbiners.

Der Älteste Jacob Meyer in Moisling hatte den Ältesten Falck Jacob und dessen Sohn Liebmann Falck wegen Wechselforderungen vor dem Moislinger Gericht am 4. September 1781 und am 12. April 1782 verklagt. Das Gericht hatte dem Kläger Jacob Meyer die Eidesleistung auferlegt, die nach folgender Formel erfolgen sollte:

„Ich Jacob Meyer, Sohn von Meyer Jacob oder unter welchem Nahmen und Zunahmen ich sonst genennet werden kann, schwöre einen cörperlichen Eid zu dem Allmächtigen Gott, welcher Himmel und Erde und alles was darinnen ist erschaffen hat, zu dem Gott unserer Väter, den Gott Abraham Isaac und Jacob, der sich nennet Adonai Elohim Zebaot, daß der unter 12 ten dieses Monats und Jahres wider Falck Jacob und Liebman Falck von mir ausgeklagte Wechsel von 253 C. M. ... u.s.w. So wahr helffe mir Gott Adonai Elohim Israel, welcher erschaffen hat Himmel und Erde und alles was darinnen ist. Amen."

Jacob Meyer erschien an dem zur Eidesleistung festgesetzten Tage, am 19. April 1782 und zeigte an, daß er sich mit dem Beklagten verglichen habe und erhielt darauf seinen Wechsel zurück. Die Beklagten hielten aber die im Vergleich festgelegten Termine im Laufe des Jahres nicht ein und wurden deshalb von dem Rabbiner und den Ältesten zu Moisling mit dem Bann belegt. Daraufhin wandten sich diese nach Altona an das Oberrabbinat, das nunmehr die Sache weiter behandelte und vorerst dem Jacob Meyer eine Vorladung zuschickte. Die Gutsherrschaft in Moisling hatte aber Jacob Meyer am 14. August 1783 unter Androhung der Ausweisung verboten, dieser Vorladung nach Altona Folge zu leisten und hatte den Rabbiner und die Ältesten zu Moisling angewiesen, einen Bann des Oberrabbiners gegen Jacob Meyer weder anzuschlagen noch sonst irgendwie bekanntzumachen. Da Jacob Meyer demnach der Citation des Oberrabbiners nicht folgte, wurde er von diesem, wie es vorauszusehen war, in den großen Bann gelegt.

Im November 1783 hatte die Gutsherrschaft ihrerseits Falck Jakob, den Prozeßgegner von Jacob Meyer, ins Gefängnis gesetzt, weil sie es nicht zulassen wollte, daß zivile Streitigkeiten durch das jüdische Gericht in Altona entschieden würden. Wenn er auch bald wieder aus dem Gefängnis entlassen wurde, blieb doch der Bann, den der Rabbiner und die Ältesten in Moisling über ihn verhängt hatten, weiter in Kraft, obgleich Oberrabbiner Raphael Cohen einen strengen Befehl an die Ältesten Moislings erlassen hatte, den Bann sofort aufzuheben.

„Dehm nach der Jude Falck Jacob, welcher vor mich Mit Eine große Klage gekommen, daß sie sich unterstanden haben, Ihm in Bann geleget — und daß befehl mein allergnädigsten großmächtigen König übertretten, welches Sie bewußt ißt, das Sie solten keine Richter sein — sondern der Eine Klage hatt auf Jemand, der soll vor mich Kommen und Ihr klein Rabbiner hatt nich mehr Erlaubnis von mich, als jüdische gesetze aus zu sprechen als den Befehl Ich Sie, das sie solten sogleich gedachten Falck Jacob aus den Bann tuhn und wehr an Ihm waß zu fodern hatt, der Kan zu mich kommen."

Jacob Meyer hatte sich inzwischen mit einer Beschwerde wegen des über ihn verhängten Bannes an die Regierung gewandt. Auf die Beschwerde Meyers forderte

die Landesregierung zu Glückstadt den Oberrabbiner am 23. Dezember 1783 auf, einen Bericht über die Angelegenheit zu erstatten und den Bann aufzuheben. „Solte indessen der Supplicant würcklich in den großen Bann gethan seyn, so geben Wir dir in Gnaden auf, solchen bis zur Entscheidung der bekannten Jurisdictions Streitigkeiten aufzuheben und hiemit nicht weiter vorzuschreiten."

In seiner Antwort an die Regierung vom 27. Dezember 1783 suchte der Oberrabbiner die Berechtigung des Bannspruchs nachzuweisen. Nach dem Reskript vom 24. Juli 1739 habe er das Recht des Bannfluchs. Jacob Meyer habe sich selbst diese Strafe zugezogen. Er finde sich nicht ermächtigt, den Bann zu widerrufen, denn nach dem angeführten Reskript stehe fest, „daß das Jüdische Gericht zu Altona sowohl in Ceremonial Sachen als auch insbesondere in Causis Judaeorum contra Judaeos mere civilibus fundatam jurisdictionem habe und seine Erkenntnisse sogleich remota appellatione durch den Bann zu vollstrecken befugt sey." Dieses Reskript sei später noch zweimal bestätigt worden. Durch die Aufhebung des Bannes „würde nicht allein ein sehr großer öffentlicher Anstoß in der Gemeinde gegeben werden sondern es würde auch die Suspension der gantzen jüdischen Gerichtsbarkeit über die Moislinger Juden den klaren Worten des königl. Rescripts zu wider die unmittelbare Folge hievon seyn". Am Schlusse seiner Ausführungen betonte er, daß „das hiesige jüdische Gericht in einer rechtmäßigen Possession der Gerichtsbarkeit über die Moislinger Juden sei".

So ging der Streit über das Recht der Jurisdiktion hin und her, bis die Regierung endlich, wenn auch keine endgültige, so doch wenigstens eine vorläufige Entscheidung traf und der Gutsherrschaft in Moisling am 27. September 1784 den Bescheid zugehen ließ, daß es bis zur endgültigen Entscheidung bei dem status quo verbleiben solle. Die Gutsherrschaft solle die Belege und Schriftstücke für die Vorgänge mit dem Oberrabbiner Hesckel aus den Jahren 1735 und 1739 beibringen. Gleichzeitig setzte sich die Regierung entschieden für die Wahrung der äußeren Ehre und Stellung des Oberrabbiners ein.

„Sonst haben Wir aus Deiner Vorstellung befremdlich Bemerket, daß du des Altonaischen Oberrabbiners durchgehends nur unter der Benennung eines Rabbiners erwähnest, ohnerachtet derselbe in der Eigenschaft eines Oberrabbiners von Uns ist bestätiget worden. Du wirst diesen Verstoß künftig zu vermeiden wissen. Übrigens ist es Unser allergnädigster Wille, daß bis zur Erledigung der Hauptsache alles in Statu quo verbleiben solle."

An den Oberrabbiner zu Altona richtete die Regierung am gleichen Tage ein Schreiben, in dem sie ihm dieselbe Mitteilung machte, ihn aber gleichfalls unter Vorbehalt seiner Rechte aufforderte, den Bann gegen Jacob Meyer zurückzunehmen.

„Da Unser Entschluß in der Streitigkeit noch nicht so gleich genommen werden kann, so geben wir Dir dies zu erkennen mit dem ernstlichen Befehl, daß bis zur Erledigung der Hauptsache alles in statu quo verbleibe, der dem Moislinger Juden Jacob Meyer zuerkannte Bann indeßen von Dir suspendirt werde, als wozu du hierdurch wiewohl mit ausdrücklichem Vorbehalt deiner Befugnisse angewiesen wirst."

Durch diese vorläufige Entscheidung blieben dem Oberrabbiner die bisherigen Rechte und Befugnisse ausdrücklich vorbehalten, wenn er auch auf das wirkungsvolle Mittel des Bannes, der seinem Urteil Anerkennung erzwang, verzichten mußte. Der Unmut hierüber ließ ihn wiederum zur Feder greifen, um mit dem Mut seiner Überzeugung seinen Standpunkt auch vor Königsthronen zu vertreten. Wenn er sich auch der Entscheidung fügte, wollte er doch sein Recht bis zum äußersten durchfechten. Er führte daher in seiner Antwort am 2. November 1784 aus, daß er das

Reskript vom 27. September befolgt habe, aber hierdurch in große Verlegenheit gekommen sei. „Bleibt der citat ungehorsamlich aus oder parirt er demjenigen nicht, was ihm vom jüdischen Gerichte anbefohlen wird, so ist der Bann nach unsern Gesetzen das erste Zwangs- und Vollstreckungsmittel, dessen ich mich bedienen muß. Wäre ich aber bei der Ausübung meines Amts und der Anwendung der mir vorgeschriebenen Coercitions- und Executionsmittel künftighin oft in dem Fall, daß ein widerspenstiger Citatus oder Condemnatus Aufhebungs-Rescripte wider mich impetriren könnte, so würde dadurch die wesentliche Wirkung der Jüdischen Gerichtsbarkeit von selbst cessiren." Seinen Bann gegen Jacob Meyer habe man nicht respektiert, hingegen dessen Gegner eigenmächtig in den Bann gelegt. Seine Vorgänger hätten stets die Gerichtsbarkeit über die Juden in Moisling ausgeübt und nach diesem, von der Regierung anerkannten Status quo wolle er sein Richteramt weiter führen.

Es war eine deutliche Sprache, die Oberrabbiner Raphael Cohen hier führte, aber es handelte sich letzten Endes nicht allein um die eigentlichen Grundlagen seiner Stellung und seiner Rechte als Oberrabbiner, sondern mehr noch um das Wesen der jüdischen Gerichtsbarkeit, auf der die innere Autonomie der jüdischen Gemeinden in erster Reihe beruhte. Wenn man der Gemeinde die Ausübung der jüdischen Gerichtsbarkeit in dieser Weise erschwerte und ihr die Mittel vorenthielt, das Urteil zu vollstrecken, war es um die wirkliche Selbständigkeit der jüdischen Gemeinden geschehen.

Den Ältesten der Gemeinde Moisling hatte der Oberrabbiner in nicht weniger kräftigen Worten ihr Verhalten in dem Streit Meyer — Falck vorgeworfen und ihnen aufgetragen, den Bann, der noch immer auf Falck Jacob lastete, aufzuheben, denn dieser Bann sei nichts anderes als „ein zerbrochener Scherben".

„Nun laße Euch zu wießen wegen die Proces zwischen Falk Jacob und Jacob Meyer von euren Gemeinde, wodurch Jacob Meyer in Bann hier gethan iß, von wegen Seines wider mich streitig iß und nicht vor meines Gericht stehn wolte, als heute hat sich bewilligt der Falk Jacob, sich Zeit zu gewinnen auf dies Proces und zu Suspendiren an Jacob Meyer den Bann zwischen beyden Partheyen. auch habe ich gewartet auf Falk Jacob mit ein Drohung, daß er nicht solte sein Proces auf ein andern Ort, es sey bei Jud. Gericht oder Christ. Gericht, sondern hier vor uns, weilen der Falk Jacob schreiet zu viele Menschen, daß Jacob Meyer hätte ihn stellen laßen in Bann wegen seiner Fodrung, nicht nach Gerechtigkeit, auch nicht nach das Gerecht der Toro, also starke ich meine Macht auf euch Ältesten und auch auf Jacob Meyer, daß Ihr nicht solte bestarken den Falk Jacob in eurem Bann in keines weges auf der welt, weilen der Bann von Falk Jacob ist als ein wasser Strom und ein zubrochenes schurben, daß gar nicht zu gebrauchen iß genug mit diese warnung."

Vorerst blieb auch dieses Schreiben ohne Wirkung.

Inzwischen versuchte Bürgermeister Peters, nochmals eine Entscheidung der Regierung zugunsten der Gutsherrschaft herbeizuführen und reichte am 10. Dezember 1784 die eingeforderten Belege für seine Rechtsauffassung ein. Er schilderte die Fälle von 1735 und 1739. Dem Altonaer Rabbiner Hesckel sei eine Strafe von 100 Rthlr. angedroht worden, wenn er die Jurisdiktion über die Moislinger Juden in civilibus weiter ausüben würde. Die Bescheinigung des Rabbiner Hesckel legte er bei, „daß das Original von dieser Copey heute dato durch den Königl. Canzley Bothen richtig insinuiert worden, solches bescheinige ich hiemit." Altona, 28. Mai 1735.

Am 23. März 1739 sei dann Ahrend Jansen, der Verwalter Moislings wieder wegen einer Bannverfügung und der Ausübung der Jurisdiktion durch den Altonaer Rabbiner Hesckel vorstellig geworden. Diese beiden Fälle seien ein ausreichender Beweis, daß nach der Verfassung die Moislinger Judenschaft in Religions- und Zeremonien-Sachen unter den gleichen Bestimmungen stehe wie die Judengemeinde in Altona und Wandsbek, daß sie aber in civilibus immer dem Moislinger Gericht unterstanden habe.

Inzwischen setzte die Landesregierung die Untersuchung über die Frage der Jurisdiktion über die Juden Moislings eifrig fort. Zu diesem Zweck ließ sie dem früheren Rabbiner Levin Joseph, der inzwischen das Rabbinat in Rendsburg übernommen hatte und sich jetzt auf einer Reise nach Kopenhagen befand, verschiedene Fragen vorlegen, die sich auf die Jurisdiktion des Altonaer Oberrabbinats und dessen Bannsprüche über säumige Schuldner und widerspenstige Elemente bezogen.

„Da der Rabbiner in Rendsburg mit der fahrenden post hieselbst angelanget und sich bey Madame Gotzee in der pülestraße einlogieret hat, ich aber zur Erläuterung einer gewißen Begebenheit über folgende Fragen einer antwort bedarf.

1. Ob er nicht Unter-Rabbiner in Moislingen gewesen und wie lange?
2. Ob nicht die Juden in Moislingen jederzeit unter dem Ober-Rabbiner in Altona gestanden, wenn sie einen Proßes gehabt?
3. ob es zu seiner Zeit oder zur der Zeit als er Unter-Rabbiner gewesen, gebräuchlich gewesen, wegen Schuldforderungen in den Bann zu thun?
4. wie lange er von Moislingen weg gewesen?
5. ob der Oberrabbiner zu Altona ihn jemals bevollmächtiget habe, Streitigkeiten, welche nicht über 10 rthlr. betragen, abzuthun?

so ersuche Ew. Hochwohlgeb., den bemeldeten Rabbiner über obige Fragen zu vernehmen und erbitte mir dessen Aussagen in forma notariali."

Dieses Schreiben ging am 4. November 1784 an den Justizrat und Notar Christian Schmidt in Kopenhagen, der daraufhin diese Fragen mündlich dem Rabbiner dort vorlegte und dessen Antwort notariell beglaubigte.

Die Antwort auf die Fragen lautete:

„1. Ja und zwar 9 Jahre
2. Ja
3. von dem Ober Rabbiner und den Ältesten in Altona hat der Rabiner in Moislingen die Vollmacht gehabt, in Schuldsachen bis 10 Rthlr. zu sprechen zur Ersparung der Kosten.
4. ungefähr 4 Jahre
5. Beziehet sich ad respons. ad quaest. 3 mit dem Beyfügen, daß, wenn die Sache über 10 Rthlr. gegangen, solche an den Ober-Rabbiner in Altona gehen müßten."

Dieses Vernehmungsprotokoll ging am 8. November 1784 dann als Beweis für die Zuständigkeit des Oberrabbiners zu Altona an die Landesregierung mit folgendem Begleitschreiben:

„Da es einer Höchstpreislichen Teutschen Canzeley bekannt ist, welchen Anteil ich daran nehme, die Hindernisse abzuwenden, die dem Oberrabbiner in Altona in der Verwaltung seines Amts in den Weg gelegt werden, so wird Hochdieselbe geneigen, Sich die Beylage als einen Beweis seiner Competenz über die Moislinger Judenschafft von mir unterthänig überreichen zu laßen."

Die Aussage des Rendsburger Rabbiners bildete in der Tat einen wertvollen Beweis für die Rechtmäßigkeit der Jurisdiktion durch den Oberrabbiner zu Altona, denn sein Zeugnis ging auf die wirklich bestehende Übung während seiner Amtsführung in Moisling zurück und zeigte, daß zu seiner Zeit diese Rechtsprechung in Geltung war. Aber die Gegenseite wollte auch dieses Zeugnis nicht als entscheidend ansehen. Im Gegenteil suchte die Gutsherrschaft ihren Standpunkt mit allem Nachdruck in die Wirklichkeit umzusetzen. Daher blieben, trotz aller Aufforderung des Oberrabbiners, Falk Jacob und sein Sohn Liepmann Falk auf Betreiben der Gutsherrschaft immer noch im Bann. Die Regierung zu Glückstadt mußte erst ihrerseits mit einem kategorischen Befehl an den Gutsherrn eingreifen, um die Aufhebung des Bannes am 23. März 1785 zu erreichen.

„Ehrsamer, Lieber, Getreuer! Wir haben allerhöchst immediate mit äußerstem Misfallen vernommen, daß auf deine Veranlaßung ein eigenmächtiger Bann wider die Gegner des Jacob Meyer, Namens Falck Jacob und Liepmann Falck, verhänget und sie die gantze Zeit über von dem Gottesdienste in der dortigen Synagoge ausgeschlossen worden, welche Ausschließung vielleicht annoch fortdauret. Wann Wir nun dieses befremdliche Verfahren zu dulden nicht gemeinet sind, sondern selbiges, insoferne es annoch fortdauren solte, angesichts dieses wollen abgestellet wißen, so befehlen Wir Dir alles obrigkeitlichen Ernstes und bei Vermeidung einer unabbittlich zu erlegenden Geldbuße von zwey Hundert Reichsthlr., daß du den dortigen Rabbiner Abraham Joseph zur Aufhebung des über Falck Jacob und Liepmann Falck verhängten Bannes sofort anhaltest, auch innerhalb 8 Tagen hieselbst ad acta meldest, welchergestalt diesem Befehl die gebührende Folge ist geleistet worden."

Ein dritter Fall, der in dieser Zeit hinzukam, zeigte, wie die ungeklärte Rechtslage fortwährend zu Verwicklungen führte, die dringend einer Lösung bedurften. Jacob Meyer hatte 1784 den gleichfalls in Moisling wohnenden Moses Falck auf Zahlung von 215 Courantmark bei dem Altonaer Oberrabbiner verklagt. Falck behauptete, daß er nur 71 C. M. schuldig sei. Der Oberrabbiner hatte dahin entschieden, daß Falck nur zur Zahlung von 71 C. M. verpflichtet sei, „weiter könne er die Sache nicht ausmachen", weil noch ein Dritter beteiligt sei. Meyer hatte daraufhin die Klage beim Moislinger Gericht eingereicht, das Falck verurteilte und pfänden ließ. Hiergegen wandte sich wiederum Falck mit einer Beschwerde an die Regierung in Glückstadt. Diese mißbilligte ihrerseits das Vorgehen des Moislinger Gerichts und erklärte am 2. November 1786, daß dieses eine Klage, die bereits von dem jüdischen Gericht in Altona entschieden worden sei, nicht mehr hätte annehmen dürfen. Die Sache sei daher an das jüdische Gericht zu Altona zurück zu verweisen, und das Moislinger Gericht habe sich jeder weiteren Einmischung in den Streit zu enthalten. „Schließlich geben wir dem Besitzer des Guts Moisling allergnädigst zu erkennen, daß die Frage von der zwischen ihm und dem Altonaischen Oberrabbiner streitigen Jurisdiction über die auf benanntem Gute wohnenden Juden annoch näher erörtert und nächstens zur Entscheidung kommen, werde obige Sache indeßen als davon unabhängig ..."

Auch in diesem Falle hatte die Regierung also zugunsten des Oberrabbiners vorerst eingegriffen, obgleich die Streitfrage selbst noch in der Schwebe war. Die Moislinger Gutsherrschaft hatte ihrerseits darauf hingewiesen, daß das Moislinger Gericht nie eine Zitation des Altonaer Oberrabbiners zugelassen, noch seinen Bann anerkannt hätte.

Die Regierung zu Glückstadt ließ aber trotz aller Ansprüche und Beweismittel der Gutsherrschaft den status quo in der Frage der Jurisdiktion weiter bestehen, nach dem der Oberrabbiner zu Altona die Gerichtsbarkeit unter den Moislinger

Juden in religiösen wie in zivilen Angelegenheiten besaß. Daher griff der Oberrabbiner nach wie vor nach Anweisung der Regierung in die Regelung der Nachlaßstreitigkeiten ein und entschied sie nach jüdischem Recht. So übertrug ihm am 9. Juli 1787 Christian VII. die Teilung des Nachlasses von Lewin Nathan, und der Gutsherr selbst erkannte an, daß diese Ordnung „als eine ihm nicht zukommende Handlung dem Oberrabbiner" zukomme.

Sobald eine Klage wider ein Mitglied der Gemeinde Moisling erhoben wurde, ließ der Oberrabbiner, wie er es stets gehalten hatte, auch weiter die Vorladung an den Angeschuldigten ergehen.

„Fride zu Jacob Witcow von die gemein zu Moisling. auf Dir schreuet d. H. gedalie Warburg von hier wegen Rechtsachen, waß Er auf Dich hatt nach den Rechten als den geht meine starke warschohn auf dich, daß du dich stellest alhier zu gericht gegen gedachten gedalie warburg und vermeuden, zu Dich zu verEndren, vieleicht Es Dir gereuet, gung mit diese warnung und meine starke wahrschohung auf den schulbedienten von die oben bemelten gemein zu überlivren die Zitation und schicke deine antwort alhier ohne säumung. Montage den Anfang des Monats Ahw des Jahres 550 alhir Altona (1. August 1790)

Rapahel Cohen."

Auch die Anstellung der Moislinger Gemeindebeamten konnte erst erfolgen, wenn der Oberrabbiner zu Altona ihre Würdigkeit und Befähigung anerkannt hatte. Er erteilte ihnen dann die Vollmacht, ihr Amt zu führen und bescheinigte dies dann durch ein Beglaubigungsscheiben, das er dem Beamten ausstellte. Bei der Ausübung einer religiösen Funktion genügte auch eine Autorisation eines Amtskollegen, die er in diesem Fall bestätigte.

„Wegen des Schächters unterrichtete er mich, daß sie keinen andern zu dem Geschäfte in Moisling hätten, und daß auch kein anderer, wenn er gleich die Kunst zu schlachten verstünde, das Schächten vornehmen dürfe, indem der bestellte oder angenommene Schächter vom Oberrabbiner zu Altona oder von Berlin aus erst ein Patent oder Beglaubigungsschreiben haben müßte, daß er das Geschäft verstehe; So wie ich ihn verstand, ist dieß Patent beynahe so viel als eine Concession"[10]).

So blieb das Oberrabbinat in der Ausübung seiner Rechte unbeschränkt. Der status quo in der Frage der Jurisdiktion war von der Regierung als bestehendes Recht anerkannt worden und alle Einwendungen der Gutsherrschaft hatten die Regierung nicht bewegen können, diesen Standpunkt aufzugeben. Die religiösen Sachen der Moislinger Juden entschied das Oberrabbinat zu Altona bis zur völligen Loslösung Moislings von Holstein im Jahre 1802.

Der Ausgang des Streits um die Jurisdiktion über die Moislinger Juden hatte das Ansehen des Oberrabbinats so sehr gehoben, daß sich kein Widerstreben mehr gegen seine Zitationen und Entscheidungen erhob. Durch seine Autorität wurde auch die Stellung des Moislinger Rabbiners in der eigenen Gemeinde gestärkt. So ordnete R. Abraham Joseph 1787 selbständig an, daß der bis dahin gebannte und vom Gottesdienst ausgeschlossene Joseph Meyer wieder sein Gebet an den Festtagen in der Synagoge verrichten dürfe, nachdem er sich in einer strittigen Angelegenheit der Entscheidung des Rabbiners gefügt hatte; R. Abraham Joseph erklärte, für die Ruhe bei der Teilnahme des Meyer am Gottesdienst selbst einstehen zu wollen und forderte deshalb die Gemeinde bei schwerer Strafe auf, sich bei Anwesenheit des Joseph Meyer ruhig zu verhalten.

---

[10]) Schreiben an Senator Rodde, aus dem Jahre 1791.

Die Amtsführung des R. Abraham Joseph fand wahrscheinlich um 1795 ihren Abschluß. Es war gewiß nicht leicht, in dieser Zeit des ständigen Gegensatzes zwischen Oberrabbinat und Gutsherschaft das Moislinger Rabbinat zu führen, da beide Gewalten die eigene Stellungnahme und selbständige Tätigkeit des Moislinger Rabbiners zu sehr behinderten. Diese Konfliktszeit zeigte deutlich, daß das Moislinger Rabbinat in seiner Entwicklung gehemmt war, solange der Umfang seiner Rechte eng begrenzt und das Recht der Entscheidung von anderen Machtfaktoren abhängig war.

Als Nachfolger des R. Joseph im Rabbinat wurde 1796 R. Abraham, Sohn des R. Moscheh-HaKohen aus Wilna, gewählt und vom Oberrabbiner zu Altona autorisiert und bestätigt[11]). Wie die meisten Rabbiner Moislings stammte er aus Polen. Das Einkommen des Rabbiners, das ohnehin sehr karg bemessen war und gewöhnlich 4 Rthlr. wöchentlich betrug, wurde für R. Abraham in der ersten Zeit um die Hälfte gekürzt, solange er allein, ohne Familie, die vorerst noch in Wilna zurückgeblieben war, in Moisling amtierte.

Mit dem Rabbinat versah er, wie es in Moisling oftmals Brauch war, gleichzeitig den Vorbeterdienst. Über seine eigentliche Tätigkeit ist nichts Näheres bekannt. In der Zeit seiner Amtsführung hören wir nichts von Konflikten zwischen Oberrabbinat und Gutsherrschaft. Es war demnach eine Zeit ruhiger Entwicklung für die Gemeinde.

Um die Jahrhundertwende führte R. Nathan Salomon aus Pilz das Rabbinat[12]). Vorerst war er auf 3 Jahre als Rabbiner in Moisling gewählt worden. Mit dem Antritt seines Amtes begann wiederum eine Zeit unerfreulicher Konflikte, aber dieses Mal spielten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Gemeinde selbst ab. Denn zwischen dem Rabbiner und den Ältesten der Gemeinde brachen bald Streitigkeiten aus, die schwere Folgen nach sich ziehen sollten. Die Ältesten weigerten sich, dem Rabbiner das ihm zukommende Gehalt auszuzahlen, und der Rabbiner erhob gegen die Ältesten der Gemeinde, Moses Hirsch Liefmann, Moses Bloch und Israel Wulff, Klage wegen Beleidigung und wegen verweigerter pflichtmäßiger Unterhaltung.

Am 14. September 1803 kam vor dem adl. Gericht in Moisling zwischen beiden Parteien ein Vergleich zustande, demzufolge der Rabbiner sich verpflichtete, sein Amt als Rabbiner der Gemeinde am 15. April 1804 niederzulegen und Moisling zu verlassen, ferner alle Möbelstücke, die ihm bei seinem Einzug in die Amtswohnung geliefert worden waren, zurückzugeben und allen Ansprüchen an die Gemeinde oder ihre Ältesten für sich und seine Frau zu entsagen.

Die Gemeinde hingegen verpflichtete sich, bis zum 15. April des künftigen Jahres an den Rabbiner 4 Rthl. wöchentlich zu zahlen und demselben bei der Niederlegung seines Amtes und bei seiner Abreise 100 Rthl. „auszukehren". Ferner mußte die Gemeinde die sämtlichen Kosten des Prozesses tragen und dem Rabbiner die Ausgaben, die er bisher für die Führung des Prozesses verauslagt hatte, wieder zurückvergüten.

Nachdem dieser Vergleich beiden Parteien vorgelesen worden war und beide ihm in allen Punkten zugestimmt hatten, wurde er von der Obrigkeit bestätigt. „Auch ist ihnen copia huius verstattet und sind sie, nachdem der Rabbiner sein Pfand

---

[11]) Siehe Carlebach, Geschichte der Juden, S. 33, der seinen hebräischen Namen und seine Autorisierung anführt: R. Awrohom ben R. Moscheh hakohen mi Wilna schaz maz nißmach me'es hagaon hachoßid aw bes din de Kak Ahu. erwählt 15 aw 5556 = 1796.

[12]) Siehe Carlebach a.a.O. Hebräisch wurde er R. Noßon mi Pilz genannt.

zurück erhalten und sein Bürge der für ihn geleisteten Bürgschaft erledigt worden, entlaßen."

Durch diesen Vergleich fand die unerfreuliche Episode der Auseinandersetzung zwischen Rabbiner und Gemeinde ihren Abschluß. Rabb. Nathan Salomon legte sein Amt vertragsgemäß nieder und verließ Moisling.

Auf die Zeit des Unfriedens folgte nunmehr eine Epoche, in der zwischen Rabbiner und Gemeinde das vollste Einverständnis herrschte. Die Lage der Gemeinde sollte sich aber ungeachtet dieses inneren harmonischen Zustandes durch die schweren äußeren Wirren der Zeit sehr verschlechtern.

Nach der Amtsniederlegung des R. Nathan Salomon wurde R. Akiba Victor Wertheimer aus Breslau 1805 zum Rabbiner der Gemeinde gewählt.

R. Akiba Wertheimer war 1778 in Breslau geboren und entstammte einer berühmten Gelehrtenfamilie, die ihren Ursprung bis auf R. Salomon Lurja den „Maharschal" zurückverfolgen konnte. In der Literatur seiner Zeit wird er auch vielfach als R. Akiba Breslau bezeichnet. Er war ein Schüler des berühmten R. Akiba Eger in Posen. Schon in jungen Jahren kam er als Hauslehrer nach Altona in das Haus von Samson Goldschmidt. Bald hernach heiratete er Vogel, die Tochter des Vorstehers A. Goldschmidt, wurde dann nach Schwerin als Rabbiner berufen und 1805 in Moisling als Rabbiner gewählt.

Seine Amtsführung fiel in die stürmische Zeit der Napoleonischen Kriegswirren. In diesen Jahren wurden die staatlichen Grenzen zwischen Lübeck und Moisling aufgehoben und die Tore Lübecks den Juden geöffnet, die wenige Jahre später die völlige Gleichberechtigung erhielten.

Mit der Wahl R. Akibas Wertheimer hatte die Gemeinde eine glückliche Wahl getroffen. Der Ruf seiner Gelehrsamkeit hatte sich bald verbreitet, und überall fanden seine Entscheidungen Anerkennung, so daß niemand gegen sein Urteil Berufung beim weltlichen Gericht einlegte. Durch seinen selbstlosen und edlen Charakter entfaltete er eine segensreiche Wirksamkeit und gewann bei Juden und Christen immer mehr Ansehen und Anerkennung. Auf dem halachischen Gebiet galt er als große Autorität, und von vielen Seiten legte man ihm religiöse Anfragen zur Entscheidung vor.

Am Succosfeste 1805 verlieh ihm die Gemeinde in ehrender Anerkennung seiner großen Gelehrsamkeit den Ehrentitel Maure Maurenu einstimmig und beschloß gleichzeitig, ihm ein höheres Gehalt zu gewähren[13]). In seiner Amtszeit erlangte die Gemeinde Moisling ihre volle Selbständigkeit auf jüdisch-rechtlichem Gebiet. Als Moisling 1802 bzw. 1806 unter die Landeshoheit Lübecks kam, fand die bisherige Zuständigkeit des Altonaer Oberrabbinats in den religiösen und den Zivilstreitigkeiten der Moislinger Juden ihr Ende. Von diesem Zeitpunkt an fielen nicht nur die Zivilsachen bis zum Betrage von 10 Talern sondern auch die größeren strittigen Objekte der Zivilgerichtsbarkeit und Erbschaftsregelungen unter die Kompetenz des Moislinger Rabbinats.

Trotzdem durch diese neugewonnene Selbständigkeit das Moislinger Rabbinat an Umfang seines Arbeitsgebietes und an Ausdehnung seines Tätigkeitsbereichs bedeutend zugenommen hatte, drückte die trübe äußere Lage der Gemeinde zu sehr auf die Stimmung und Wirksamkeit des Rabbinats und der Gemeindemitglieder. Es war die kritische Zeit, in der die Reaktion in Lübeck wieder hochkam, und in der die soeben gewonnene Freiheit und Gleichberechtigung der jüdischen

---

[13]) S. Carlebach, Geschichte, S. 85.

Bevölkerung aufs äußerste bedroht war. R. Akiba hat gewiß durch seine Persönlichkeit und seinen Einfluß alles versucht, um die drohende Gefahr zurückzuhalten. Die treibenden Kräfte waren aber zu stark, und so begannen noch in der Zeit seiner Amtsführung Rat und Bürgerschaft Maßnahmen zu treffen, um den Juden das Bürger- und Wohnrecht in Lübeck wieder zu nehmen und sie wieder nach Moisling zurückzuversetzen.

In dieser kritischen Lage trug die Gemeinde Altona am 25. Februar 1816 dem Rabbiner Akiba Wertheimer in Moisling das ehrenvolle Amt des Oberrabbinats an.

Es war verständlich, daß R. Akiba Victor Wertheimer dieser Berufung 1816 folgte und an Stelle des Rabbinats zu Moisling das Oberrabbinat zu Altona annahm, da er hier ein größeres Arbeitsgebiet erhielt und sein großes Wissen einer bedeutend zahlreicheren Gemeinde vermitteln konnte.

Wenn R. Akiba Victor Wertheimer auch Moisling 1816 verließ, seine Fürsorge und Arbeit galten auch weiterhin seiner früheren Gemeinde, als das befürchtete Verhängnis der Ausweisung über sie hereinbrach. Es war ein tragisches Zusammentreffen, daß mit dem Fortzug des R. Akiba Victor Wertheimer auch der äußere glückliche Zustand der Gemeinde, die Niederlassung in der Stadt Lübeck ihr Ende fand. Nur wenige Tage waren seit der Übersiedlung des R. Akiba Victor Wertheimer nach Altona vergangen, als der Senat am 6. März 1816 das Dekret erließ, in dem er verfügte, daß die Juden spätestens 4 Wochen nach Ostern die Stadt verlassen und entweder nach Moisling zurückziehen oder sich ins Ausland begeben müßten. In dieser Notlage wandte sich der Gemeinde-Älteste Moses Bloch an den früheren Rabbiner und bat ihn um Rat, was die Gemeinde in dieser traurigen Lage tun solle. Die Antwort kennzeichnete den edlen und treuen Führer, der seine Gemeinde zum Gottvertrauen und Ausharren aufrief.

„Seid tapfer und weichet nicht, weder arm noch reich. Selbst wenn man, was Gott verhüte, Eure Läden versiegeln sollte, möge doch Niemand die Stadt verlassen. Hisjazwu ur'u es j'schuas haschêm, stehet fest und sehet die Hilfe Gottes" (Exod. 14, 13.).

Den Rat der Vorsteher der Kopenhagener Gemeinde, die Intervention des dänischen Königs Friedrichs VI. durch persönliche Vorstellung und Bitte in dieser bedrohlichen Lage zu erflehen, hielt er nicht für empfehlenswert. „Ich aber kenne Euch und weiß, dass das nicht nach Eurem Sinn. Wer von Euch wollte auch sein Haus verlassen und auf fremden Boden treten, zumal da man es Euch sehr verargen und es Euch so übel ausgelegt werden könnte wie der Frau des Wulff. Doch wenn Ihr es wollt, dann reiset in Gottes Namen."[14])

Die Mitglieder der Gemeinde befolgten den Rat ihres früheren Rabbiners und blieben in aller Not und Drangsal standhaft.

In dieser schweren Lage empfand die Gemeinde schmerzlichst das Fehlen eines geistigen Führers und Oberhaupts. Andererseits konnte die Gemeinde in diesen Jahren des Hangens und Bangens, in denen die Juden Lübecks fortgesetzt zwischen Furcht und Hoffnung schwebten, nicht daran denken, einen Rabbiner zu berufen, da man doch über das eigene Schicksal ganz im Ungewissen war.

Als die Würfel über ihr Geschick gefallen waren, und die Juden Lübecks wider alles Erwarten wieder nach Moisling zurückkehren mußten, machte man diesem führerlosen Zustand in der Gemeinde bald ein Ende und traf Anstalt, das Rabbinat wieder zu besetzen.

---

[14]) Siehe Carlebach, Geschichte, S. 85.

Im Jahre 1825 fand die Wahl des Rabbiners statt, und der bisherige Rabbinats-Assessor Ephraim Fischl-Joel aus Inowrazlaw wurde als Oberrabbiner nach Moisling berufen[15]). Der Staat stellte dem neuen Rabbiner auf Bitten des Vorstandes eine Amtswohnung unentgeltlich zur Verfügung, und die Gemeinde übernahm die Verpflichtung, diese Wohnung in Stand zu halten. Das Gehalt wurde bei freier Wohnung auf 15 Courant-Mark wöchentlich festgesetzt. Außer diesem Gehalt erhielt der Oberrabbiner jährlich 50 C.M. für Feuerung, und die Gemeinde stattete die Amtswohnung mit den erforderlichen Möbeln aus, die nach fünfjähriger Amtsführung Eigentum des Rabbiners werden sollten. Zu den Einkünften des Oberrabbiners gehörte auch die Abgabe des „R'chasch", die ihm, wie es in vielen Gemeinden üblich war, in der Höhe von 1% von jedem Brautschatz vertraglich zugesichert wurde[16]). R. Ephraim Fischl-Joel mußte sich verpflichten, innerhalb zweier Monate noch eine zweite Autorisation eines anerkannten Oberrabbiners vorzulegen, wie es in der Gemeinde Moisling von jeher bei einer neuen Besetzung des Rabbinats gefordert worden war. Der Anstellungsvertrag war bezeichnend für die Anforderungen, die in dieser Zeit von der Gemeinde an den Rabbiner gestellt wurden.

„Anstellungsvertrag zwischen
R. Ephr. Fischl und Moislinger Gemeinde.

Wir endunterschriebenen Vorsteher der Gemeinde und bevollmächtiget von 15 Mitgliedern der Gemeinde, bezeugen und bekennen hiermit, wie wir auf ihre und der ganzen Gemeinde Ordre und Verlangen dem Rabbi Hochw. Ephraim Fischel, Unterrabbiner zu Leslo, uns zum Oberrabbiner angenommen, dem Rabbinerstuhl zu besetzen, uns dem jüdischen Ritus zu unterweisen und alles, was sich sonst diesem Amte eignet, auf folgende Bedingungen, die wir fest und unumstößlich gesetzt und von beiden Seiten unterzeichnet haben.

1. Ob wir zwar durch die Zeugnisse derzeitigen Gelehrten von seiner Kenntnisse und Vollkommenheit überzeugt sind, so ist es dennoch von jeher in unsere Gemeinde der Gebrauch gewesen, daß nie ein Rabbiner aufgenommen wurde, ohne von einem uns bekannten Oberrabbiner einen Attest über rabbinischen Fähigkeiten aufzuweisen hatte, und da nun ein solches Herkommen bei uns stattfindet, so können wir auch von diesem Gebrauch nicht abgehen. Es verpflichtet sich daher der Rabbi Ephraim Fischel, uns einen solchen Attest, höchstens nach Verlauf von 2 Monaten vom untenstehenden dato, von einem Oberrabbiner, der uns genüget, zu verschaffen, widrigenfalls ist alles verabredete und Übereinkommen für null und nichts geachtet, wie ein zerbrochener Scherben, und sind wir im geringsten nicht verpflichtet, für Versäumung und sonstigen Kostenersatz verantwortlich zu seyn.

   Bis dahin aber, daß die anberaumten 2 Monate verflossen sind, sehen wir es als geschehen an, nehmen ihn zum Oberrabbiner unserer Gemeinde auf, gestatten ihm alle gebührende Achtung wie alle frühern Rabbinern in unserer Gemeinde.

---

[15]) R. Ephraim Fischl war nach dem ausgestellten Paß von hagrer Gestalt und hatte rotes Haar und rötlichen Bart. Er fuhr von Inowrazlaw mit Wagen und 3 Pferden über Posen, Berlin nach Moisling. Siehe Carlebach, Geschichte, S. 110.

[16]) Diese vertragliche Zusicherung des „R'chasch" vom Brautschatz hat sich bis in das 20. Jahrhundert bei der Gemeinde Lübeck erhalten. R'chasch ist eine Abkürzung für **R**aw **Chas**an **Sch**ames und bedeutet eine prozentuale Abgabe vom Brautschatz für den Rabbiner, Vorbeter und Gemeindediener.

2. Es ist Sr. Hochw. verpflichtet, an jedem Sabbath vor Anfang einem neuen Monat in der Synagoge zu predigen.
3. Außer diesen Predigten ist er auch verpflichtet, und zwar nach herkömmlichen Gebrauch und so wie überall in jüdischen Gemeinden, am Sabbath vor dem Versöhnungstag so wie am Sabbath vor das Pesachfest Hauptpredigten zu halten. Für jede dieser 2 Hauptpredigten bekommt er 6 C. M.
4. Am Gehalte ist ihm 15 C. M. wöchentlich festgesetzt, welches ihm jede Woche durch den Gemeindediener gereicht wird, und er hat weiter kein Anspruch auf Zulage. Außer diesem Gehalte werden ihm jährlich 50 C. M. zur Feuerung gegeben, aus der allgemeinen Casse, auch freye Wohnung, und zwar seinem Stande angemessen und Verhältnis unserer finanziellen Umstände.

   Auch würden wir Sorge tragen, solche Wohnung so gut wie möglich zu mäubliren nach unsern Kräften, welches an Mobilien und Hausgeräthe bestehen soll, und zwar auf folgende Bedingung: es wird ihm über alles ein Verzeichnis gegeben und festgesetzt: bis 5 Jahren gehört es der Gemeinde, nach 5 Jahren aber, und er sein Amt noch fähig und Rabbiner in unserer Gemeinde ist, alsdann sey ihm alles dieses geschenkt und haben wir nicht dem mindesten Anspruch mehr daran und kann er darüber schalten und walten nach seinem Gutdünken.
5. Von jeder Brautschatz bekömmt der Rabbiner vor der Hochzeit 1%, wie es immer hier war, auch 3 C. M. für die Trauung und sonstigen dabei vorkommenden Gebräuche.
6. Wenn einer unserer Gemeindemitglieder auswärtige Hochzeit giebt, so muß er dennoch 1% von dem Brautschatze dem Rabbiner geben, aber nichts für die Trauung.
7. Jedes Mitglied der Gemeinde ist verpflichtet, Sr. Hochw. sowohl zur Hochzeit als zur Beschneidungen einzuladen.
8. Jedem Sabbath, vor Anfang eines neuen Monats, soll er zuerst (unentgeltlich) den Segen über die Thora sprechen, was jedoch an den Festtagen nicht der Fall sein solle.

   Auch bekommt er an jedem der Hauptfeiertagen einen Zuschuß am Gelde.
9. Ist dieses alles vorläufig unter uns verabredet und beschlossen, mehreremal wiederholt, daß Sr. Hochw. verpflichtet ist, innerhalb der anberaumten 2 Monate ein Zeugniß über seine rabbinischen Fähigkeiten von einem anerkannten Oberrabbiner, der uns genüget, vorzuzeigen, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß, wenn binnen der Zeit noch einige Puncten zum Vortheil der Gemeinde hinzufügen sein sollten, noch zugeschrieben werden dürfen, so wie die Gemeinde überhaupt sich hierin die Oberhand vorbehalte.

So geschehen Moisling am Montag Abend den 3ten Nißon im Jahre 5585 (jüd. Z. R.) 7. April 1825."

R. Ephraim Fischel-Joel verschaffte sich bald die im Vertrag geforderten Rabbinats-Diplome und traf im Juni 1825 in Moisling ein, um sein neues Amt anzutreten.

Der neue Rabbiner war ohne Zweifel eine talmudische Autorität, dessen große Gelehrsamkeit weithin Anerkennung gefunden hatte. Weltliche Bildung lag ihm jedoch ferner, wenn ihm auch das Verständnis für den Wert wissenschaftlicher Kenntnisse und der Allgemeinbildung nicht fehlte. Da er aus Polen stammte, beherrschte er die deutsche Sprache nicht in dem Umfang, wie es die Gemeindemitglieder vielfach wünschten. Seine Weltanschauung gründete sich auf die tiefe

Solange Oberlehrer Heymann Wulff die Leitung der Schule führte, nahm die Spannung zwischen Oberrabbiner und Schule immer mehr zu. Der Schulvorstand klagte darüber, daß der Oberrabbiner die finanzielle Unterstützung der Schule hintertreibe und hierdurch die Erhaltung der Schule gefährde. Erst nach dem 1845 erfolgten Tode Josephsons, des eigentlichen Führers der Reformbewegung in der Gemeinde, und nach dem Fortzug des Schulleiters Heymann Wulff nach seiner Heimat Flatow kehrte allmählich wieder Ruhe in die Schulverwaltung ein.

In der Gemeinde hatte der Kampf schon früher verwerfliche Formen angenommen. Die Anhänger der Reform hatten sich in ihrem Haß gegen den Oberrabbiner zu dem unheilvollen Schritt hinreißen lassen, den Oberrabbiner beim Landgericht 1838 zu verklagen und schwerwiegende Vorwürfe gegen ihn zu erheben. Die gegenseitige Erbitterung hatte so sehr zugenommen, daß Anhänger und Gegner des Oberrabbiners einander schroff gegenüberstanden und sich aufs heftigste befehdeten. Es kam so weit, daß ein Gemeindevorsteher und 16 Gemeindemitglieder dem Senat eine Beschwerdeschrift gegen den Oberrabbiner einreichten und seine Absetzung beantragten, da „keine oder doch nur sehr unbedeutende Abhülfe geworden ist, die meisten jener Beschwerden sich vielmehr täglich wiederholen und schlimmer geworden sind". So sehr hatte der Haß die Gemüter verwirrt, daß alle Selbstachtung schwand, und mehrere Gemeindemitglieder ihren zum geistigen Oberhaupt bestimmten Führer durch schwere Beschuldigungen in der Achtung der christlichen Obrigkeit herabsetzten. Die Beschwerden, die dieser Teil der Gemeinde bereits 1838 gegen den Rabbiner in der Klage beim Landgericht vorgebracht hatte, wiederholten sie jetzt vor dem Senat in noch schärferer Form:

1. Er versehe sein Amt nicht pflichtgemäß.
2. Er arbeite der besseren Jugendbildung entgegen.
3. Er stifte in der Gemeinde Unfrieden.
4. Er gebe der Gemeinde kein gutes Beispiel.

Zu diesen bereits 1838 vorgebrachten Klagepunkten fügten sie jetzt noch folgende hinzu:

5. daß er unwissend sei in allem, was sein Amt erfordere und voraussetze.
6. daß er sogar das Heiligste nicht achte.

Diese schweren Beschuldigungen, die führende Mitglieder der Gemeinde sich nicht scheuten, gegen ihren Rabbiner vor der christlichen Obrigkeit zu erheben, begründeten sie ausführlich:

1. Die Verletzung der Pflichttreue sahen sie darin, daß er mehrmals Predigten ausgesetzt und in einer unverständlichen Sprache gehalten habe. Außerdem habe er seinen Zorn über einzelne Mitglieder ausgegossen, die er öffentlich namhaft gemacht habe. Die Schule suche er nur auf, um sie zu stören und verächtlich zu machen.
2. Allen Bemühungen, die Jugend zu bilden und ihre Unwissenheit zu beheben, arbeite er bewußt entgegen. Den Unterricht in der Schule, deren Lehrer und Schüler er befehde, bezeichne er als irreligiös. Er halte seine Anhänger davon zurück, ihre Kinder in eine Schule zu schicken, die er mehr verdamme als empfehle.
3. Der Rabbiner stifte Unfrieden, indem er seine Freunde aufreize, die Neuerer zu beleidigen und indem er die Parteien gegeneinander aufhetze. Den Gemeindediener Marcus Samuel lasse er als Vorsänger nicht mehr Dienst tun, weil er sich für die neue Schule interessiere. Er trage die Spaltung nicht nur

Überzeugung, daß die Erhaltung des Judentums nur durch die fortdauernde Überlieferung der unbedingten Gesetzestreue und der Anerkennung seiner unumstößlichen Wahrheit gewährleistet werde. Das traditionelle Judentum dürfe sich nicht von den stets wechselnden Strömungen des Zeitgeistes abhängig machen. Oberrabbiner Ephraim Fischl war daher in der Vertretung religiöser Forderungen und Anschauungen unbeugsam zu keinem Nachgeben den Bestrebungen der sogenannten Reform gegenüber bereit. Kompromisse auf Kosten seiner Überzeugung lehnte er mit aller Entschiedenheit ab. Seine Festigkeit war für seine Anhänger der Ausdruck seines starken Charakters, während seine Gegner sie ihm als Hartnäckigkeit auslegten. Er war der letzte Repräsentant jener Zeit, deren jüdische Persönlichkeiten aus einem Guß geformt waren, deren reiche geistige Welt völlig in der Beschäftigung mit dem Talmud und seiner Wissenschaft aufging. Dieses Talmudstudium hatte seinem Wesen seine Prägung aufgedrückt und ihn zu einem Kämpfer erzogen, der mit Aufopferung aller äußeren Vorteile und mit Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit für die Erhaltung des Judentums eintrat.

Die weltanschaulichen Gegensätze hatten sich in dieser Zeit in den jüdischen Gemeinden erst recht entwickelt, und es mußte daher zu schweren, inneren Auseinandersetzungen und Kämpfen in der Gemeinde kommen. Ein Teil der Gemeindemitglieder hatte sich der jüdischen Reformbewegung angeschlossen, die in dem Anschluß und in der Anpassung des Judentums an die Anschauungen des herrschenden Zeitgeistes das Ziel sahen, das sie zu erreichen strebten. Die Vertreter dieser Richtung in der Gemeinde sahen in der neu gegründeten jüdischen Schule den geeigneten Boden, auf dem sie ihre neuen Ideen verwirklichen konnten. Zum Schulvorstand gehörten außer dem Oberrabbiner noch vier Mitglieder der Gemeinde. Diese hatten sich der neueren Richtung angeschlossen und standen daher im vollen Gegensatz zu dem Oberrabbiner In der Schule glaubten sie, die Bildungsstätte für ihre Bestrebungen begründen zu können, für die sie vor allem die heranwachsende Jugend gewinnen wollten. Daher entbrannte bald der Kampf um die Schule und um die Erziehung der jüdischen Jugend. Alle persönlichen und weltanschaulichen Gegner des Oberrabiners fanden sich zusammen, um bei der Gestaltung der Jugenderziehung den Einfluß und die Anschauung des Oberrabbiners zu bekämpfen. Die Führer in diesem inneren Streit waren Josephson und die Leiter und Lehrer der Schule. Der Kampf wurde, wie jeder Religionskampf, mit gegenseitiger Erbitterung geführt und untergrub für lange Zeit den Frieden in der Gemeinde. Der Konflikt begann mit der Eröffnung der Schule. Die Mitglieder des Schulvorstandes hatten in Verbindung mit dem Oberlehrer Heymann Wulff versucht, dem Oberrabbiner das Recht der Schulaufsicht zu nehmen; dieser mußte erst das Gericht zu Hilfe rufen, um sein Recht, an allen Sitzungen des Schulvorstandes teilzunehmen, durchzusetzen. Der Oberlehrer Heymann Wulff wurde durch das Eingreifen des Gerichts darüber belehrt, daß dem Oberrabbiner das Recht der Schulaufsicht und der Prüfung der Kinder zustehe.

Der Schulleiter hatte die Verfügung getroffen, daß alle Schüler mit unbedecktem Haupt dem Unterricht zu folgen hätten. Als sich aber drei Mitglieder der Gemeinde Is. Schlomer-Warburg, Auerbach und Heine-Wulff, weigerten, ihre Kinder unter diesen Umständen ferner zur Schule zu schicken, wurde auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung den Schülern erlaubt, mit bedecktem Haupte am Unterricht teilzunehmen[17]). Da der Unterricht in der Schule nach seiner ganzen Richtung gegen die religiöse Anschauung des Oberrabbiners verstieß, wurde sein Widerstand gegen den zersetzenden Geist dieser Schulbildung und Erziehung immer aufs neue erregt[18]).

[17]) Siehe Carlebach, Geschichte, S. 143.

[18]) Ein Mitglied des Schulvorstandes hatte sich 1845 taufen lassen. Siehe Carlebach, Geschichte, S. 144.

in die religiösen sondern auch in die innerpolitischen Verhältnisse der Gemeinde hinein, da er seinen Einfluß auf die Ältesten-Wahl in verderblicher Weise geltend mache. Deshalb gehe ihre Bitte dahin, daß die bevorstehende Wahl ausgesetzt werde, oder daß die Obrigkeit sie selbst vornehme.

4. Durch sein Fluchen und Schimpfen, das er selbst im Tempel fortsetze, gebe er ein schlechtes Beispiel; sogar bei Leichenkondukten verstehe er nicht, in seinen leidenschaftlichen Äußerungen Maß und Ziel zu halten. Dieses Beispiel sähen die Kinder täglich vor Augen, und es sei klar, daß sein Verhalten die schlimmste Einwirkung auf die Gemeinde zur Folge habe.
5. Seine Unwissenheit sei so groß, daß er kaum deutsch lesen und schreiben könne, daß er von jüdischer Geschichte und Literatur nichts wisse und selbst die positive Lehre des Judentums nicht klar und geläufig beherrsche. Er habe abgelehnt, Talmud zu lehren — den er doch zu kennen vorgebe —, weil er es nicht verstehe.
6. Selbst das Heiligste achte er nicht; denn er habe in den Tefillim (Stirnriemen) eines Sopher (Thoraschreiber), der ihm nicht genehm, den Gottesnamen mit dem Nagel ausgekratzt. Es sei unmöglich, daß eine Gemeinde einen Rabbiner, der sich zu solchen Verfehlungen hinreißen lasse, ferner im Amte dulden könne.

„Im Interesse der Religion und der Gemeinde und insbesondere des jüngeren Theils gehe ihre Bitte an den Senat, die Untersuchung wider den Rabbiner Joel Ephraim um der angeschuldigten Punkte willen zu verfügen und ihn von seinem Amte zu entfernen."

Der Rat hielt sich nicht für zuständig, in dieser innerjüdischen Klagesache zu entscheiden, er wollte daher, bevor er zu dem Antrage selbst Stellung nahm, Gutachten von bekannten jüdischen Persönlichkeiten über diesen Streitfall einholen. Er wandte sich deshalb an Dr. Holdheim, Landesrabbiner von Mecklenburg-Schwerin und an Gabriel Rießer und bat diese führenden Männer um Erstattung eines Gutachtens[19]). Leider ließ sich Dr. Holdheim als Führer der jüdischen Reformpartei dazu herbei, die Angelegenheit von seinem Parteistandpunkt aus zu beurteilen und die Anklagen gegen einen Rabbiner, der einer grundsätzlich anderen Richtung angehörte, ohne nähere persönliche Untersuchung des Falles für berechtigt zu erklären. Denn er gesteht in seinem Gutachten selbst ein, „ich kenne den Mann nicht persönlich, aber ich kenne die Gattung, unter welche diese Art oder Abart zu subsumiren ist." Holdheim hat mit diesem Gutachten die Achtung vor dem Judentum und seiner Lehre nicht gefördert und hat den einzig richtigen Weg nicht gewählt, das Gutachten abzulehnen und die ihm nahestehenden Anhänger auf die verwerfliche und gefährliche Methode der Denunziation bei der Behörde hinzuweisen. Letzten Endes handelte es sich hier um einen Kampf zweier Weltanschauungen, und es bleibt immer eine höchst bedauerliche Entgleisung, wenn man in einem Kampf der Ideen an die äußere Macht appelliert und ihre Entscheidung anruft.

In den gleichen Fehler verfiel Gabriel Rießer, der Vorkämpfer der Emanzipation der deutschen Juden. Es tut seiner sonst unbestrittenen Bedeutung keinen Abbruch, wenn man wahrheitsgemäß die Fehler aufdeckt, die er in diesem inneren Meinungsstreit begangen hat. Gabriel Rießer ließ sich bei der Abfassung seines Gutachtens wohl bewußt von der Erwägung leiten, daß durch die Förderung der jüdischen Reform das Ziel der jüdischen Emanzipation schneller erreicht würde, wäh-

[19]) Siehe S. 176 ff.

rend das Festhalten an den alten Traditionen des Judentums der Erreichung dieses heiß ersehnten Ziels hindernd im Wege stehen würde. Er nahm deshalb gegen den Rabbiner Ephraim Fischl in seinem Gutachten Stellung. Die spätere Entwicklung, die lange nach der Einführung der Emanzipation eintrat, sollte beweisen, wie irrig diese Annahme war.

Der Rat gab nunmehr die Klage an das Landgericht weiter und beauftragte am 12. April 1844 das Gericht, die einzelnen Klagepunkte zu untersuchen und ihm über das Ergebnis dieser Untersuchung zu berichten. Das Landgericht hielt die angeführten Gründe, selbst wenn sie sich als wahr erweisen sollten, nicht für ausreichend genug, um eine Absetzung des Rabbiners zu rechtfertigen. Der Rabbiner verhehle nicht, daß er in der Tendenz des Unterrichts in der Schule mit den Leitern und Lehrern nicht übereinstimmte; er bestreite jedoch, die verletzenden Äußerungen über die Schule getan zu haben. Es dürfe schwer sein, die Wahrheit hier zu ermitteln, da sowohl Levy Philipp als auch Salomon Gumpel Denunzianten seien. Die Äußerung des Rabbiners, die durch Zeugen erwiesen sei, „schlüge einer den Marcus Samuel todt, so thäte er ein gutes Werk", liege schon Jahre zurück; außerdem müsse man bedenken, „daß der Maßstab christlichen Anstandes hier nicht wohl angelegt werden kann und der Zorn im orientalischen Gemüth des Juden durch die Bande christlicher Bildung und Gesittung nicht gefesselt ist". Die derbe Lektion, die das christliche Gericht den streitenden jüdischen Parteien hier erteilte, traf nicht nur den Angeklagten, sondern in gleichem Maße die Ankläger, die durch ihre Angeberei Anlaß gegeben hatten, die Achtung vor dem Judentum und seinen Vertretern vor dem Forum der Öffentlichkeit herabzusetzen.

In der Sache selbst führte das Gericht weiter aus, daß es den Vorwurf der Unwissenheit in den hebräischen Schriften nicht nachprüfen könne, es sei aber klar, daß ein Rabbiner, der 1826 auf Grund seines Wissens und seiner Befähigung zum Rabbiner der Gemeinde gewählt worden sei, 1844 aus dem gegenteiligen Grund nicht abgesetzt werden könne. Das Auskratzen des Gottesnamens habe der Rabbiner aufs entschiedenste in Abrede gestellt, und es sei bedenklich, „den einzigen Zeugen und eigentlich auch zugleich Denunzianten Gumpel zum Ergänzungs-Eide zuzulassen". Als Ergebnis der Untersuchung stehe fest, „daß keine Beschuldigungen der Supplicanten vorhanden sind, welche eine Absetzung des Rabbiners begründen und rechtfertigen können". Die vorgebrachten Gründe seien zu einer Absetzung nicht genügend, „und man sieht es ihnen nur zu sehr an, daß sie vom Partheygeist zusammengesucht und mit schönen Worten ausstaffirt sind, um ihnen eine Wichtigkeit zu geben, welche sie, in der Nähe besehen, für den Zweck einer Dienstentsetzung nicht haben können. Käme ein vernünftiger gebildeter Mann als Rabbiner an die Spitze der Gemeinde, so würde er dem Anschein nach mit einiger Klugheit ohne große Schwierigkeit Einigkeit und Ruhe herstellen können, da verhältnismäßig die Zahl derer, welche etwas mehr wollen, als todte Formen, klein ist, und selbst diese das Ziel zu wenig klar gefaßt zu haben scheinen, und zu lebhaft von dem Nachtheil der Uneinigkeit überzeugt sind, um nicht einem Verständigen und gebildeten Manne, welcher auch dem denkenden Gemeindemitgliede etwas zu geben vermag, Gehör zu schenken. Allein, solange ein solcher nicht da ist, scheint nicht durch Einschreiten der Obrigkeit, sondern nur von der Zeit eine Heilung des Übels erwartet werden zu können.

Lübeck, d. 12 ten April 1844.

Zum Landgericht verordnete Senatores."

Das war die Entscheidung des Landgerichts, das in völlig sachlicher Weise die Anklage auf den wahren Tatbestand hin untersucht hatte und ihre gänzliche Nichtigkeit nachwies, und das in seinem Urteil gerechter entschied als die beiden jüdischen Sachverständigen in ihrem Gutachten.

Dieser Konflikt in der Gemeinde Moislng unterschied sich dadurch von den früheren Streitigkeiten, daß die Differenzen zwischen den Parteien Fragen der jüdischen Weltanschauung aufs tiefste berührten und die Grundlagen der jüdischen Gemeinde zu zerstören drohten. Es ist zum mindesten zweifelhaft, ob sich diese, die ganze Gemeinde aufwühlenden Zerwürfnisse unter der Führung einer anderen Persönlichkeit hätten vermeiden lassen, da die Auseinandersetzungen um Aufrechterhaltung oder Aufgabe jüdischer Prinzipien gingen.

Auch der in der Kunst der Menschenbehandlung weit mehr gewandte Nachfolger des R. Ephraim Fischl-Joel bewies bei aller neuzeitlichen Bildung die gleiche Festigkeit und Treue in der Wahrung der religiösen Grundsätze, die sein Vorgänger stets gezeigt hatte.

Dieses unerfreuliche Kapitel in der inneren Entwicklung der Gemeinde Moisling fand erst mit dem Fortzug oder Tod der führenden Persönlichkeiten seinen Abschluß. An die Stelle von Heymann Wulff trat 1846 der Lehrer Itzig Bukofzer aus Zempelburg, der die Schule in ausgezeichneter Weise leitete und sich um ihre Hebung große Verdienste erwarb[20]).

Die Gemeinde konnte nach Beendigung des Streites wieder ihre ganze Arbeit auf die Fragen der Gemeinde und die ihrer äußeren Lage verwenden. Oberrabbiner Fischl-Joel hatte das Glück, in R. Sussmann Adler einen ebenbürtigen Nachfolger und Schwiegersohn gefunden zu haben, der die Tradition der Gemeinde mit Hingabe und Festigkeit weiter führte. Den Anbruch der neuen Zeit und die Aufhebung des Moislinger Ghettos hat Oberrabbiner Fischl noch erlebt. Am 23. Juni 1851 raffte ihn plötzlich der Tod während einer Beschneidungsfeier hinweg.

Welchen Standpunkt man auch in den Fragen des Judentums einnehmen mag, die in sich geschlossene Persönlichkeit eines R. Ephraim Fischl-Joel, wie auch seine selbstlose Hingabe und Vertretung seiner Überzeugung, muß auch der Gegner seiner Anschauung würdigen und seinen untadeligen Charakter und sein reines Streben anerkennen.

Die Einheit der Gemeinde ist bei all diesen Kämpfen und Gegensätzen in ihrer überlieferten Form erhalten geblieben. Diese Tatsache muß insbesondere hervorgehoben werden.

Der Schwiegersohn und Nachfolger von R. Ephraim Fischl, R. Alexander Sussmann Adler, hat dann die Gemeinde weiter ausgebaut und neben der äußeren Einheit auch das Bewußtsein der innerlichen Verbundenheit und Zusammengehörigkeit unter den Gemeindemitgliedern neu begründet. Es kann hier am Ende dieses Zeitabschnittes nicht dargestellt werden, in welcher Weise auch die nachfolgenden Rabbiner in Moisling und Lübeck ihr hohes und verantwortungsvolles Amt geführt haben, welche Einrichtungen und Schöpfungen innerhalb der Gemeinde ihrer Initiative und Wirksamkeit zu danken sind. Doch das eine sei bemerkt, daß Rabbiner Adler und sein Nachfolger und Schwiegersohn, Rabbiner

---

[20]) In dem Schulbericht von 1849, den er mit einer Einladung der Gemeinde zur öffentlichen Prüfung vorlegte, wurden die guten Leistungen der Schule besonders hervorgehoben.

Dr. Salomon Carlebach, Persönlichkeiten waren, die ihren Namen durch ihre Arbeit und Leistung in das Buch der Geschichte der Juden Lübecks und Moislings eingetragen haben, und auf deren schöpferische Kraft und Tätigkeit auch das allgemeine deutsche Judentum stolz sein kann. Rabbiner Adler hat die neue jüdische Gemeinde in Lübeck mit dem Geist der alten Moislinger Tradition erfüllt und weitergeführt und Rabbiner Dr. S. Carlebach hat dieser Gemeinde besondere Bedeutung verliehen und in ihr die ideale Verbindung von Thorawissenschaft und klassischer Bildung in all seinen Schöpfungen zum Ausdruck gebracht.

Auszug aus einem Schreiben des Herrn Oberlandes-Rabbiner Dr. Holdheim zu Schwerin an Syndikus Dr. Buchholz vom 7. April 1843

„Die Anklagepunkte 1, 2, 3, 4, 5 sind schwer, aber nur allzu wahr und wohlbegründet. Ich gehe hierbei nicht von factischer und juristischer Gewißheit, sondern von der innern, moralischen, aber unerschütterlichen Überzeugung aus. Ich kenne den Mann nicht persönlich, aber ich kenne die Gattung, unter welche diese Art, oder Abart, zu subsumiren ist. Ich habe auf meinem Grunde, und mit mir viele ehrenwerthe für eine besser Gestaltung der jüdischen Verhältnisse begeisterte Rabbiner, mit den schweren und verderblichen Folgen zu kämpfen, welche die polnischen, unwissenden und fanatischen Rabbiner in Deutschland herbeigeführt haben. Noch vor ungefähr 15 Jahren war die Thätigkeit dieser Herren auf Null reduzirt. In ihrer trägen Passivität führten sie ein tiefes Scheinleben und ließen das religiöse Gemeinwesen den alten Schlendrian fortgehen, ohne sich um das Wohl und Weh der Gemeinde zu kümmern, ohne die Jugend in der Schule, ohne die Erwachsenen im Tempel über Religion und Menschenpflicht zu belehren. Den religiösen Indifferentismus ließen sie an dem innersten Mark ruhig zehren, betrachteten und verfluchten die als Ketzer, welche unbefriedigt von ihnen sich abwandten, ohne zu ahnen, daß sie die größte Schuld an den Verheerungen tragen, ohne zu gewahren, daß die Zeit Bedürfnisse hervorgerufen, die sie zu befriedigen haben. Leider hat sich jetzt eine unrühmliche Carriere für sie eröffnet. Die Zeit ist ihnen über den Kopf gewachsen, hat sich und die Forderungen geltend gemacht und Gestaltungen ins Leben gerufen, Männer herangebildet, die begeistert für ihren Glauben der Auflösung Schranken setzen wollen. Alles Dinge, die die Herren nicht verstehen, weil sie unwissend sind und kein Verständnis für höhere Anforderungen haben als für äußerliche fromme Werke und todten, gesinnungs- und gedankenlose Ceremoniendienst. Das Wirken, das sich nun jetzt für sie aufgeschlossen, besteht im Protestiren gegen alles bessere, d. h. gegen Alles, was inneres Leben bekundet im Hemmen und im Entgegentreten, wo es gilt, besseren Gestaltungen einen festeren Boden zu gewinnen, im Poltern und Schreien, im Fluchen und Verketzern, wobei sie immer ihre nakten Blößen zur Schau tragen und sich eben so lächerlich als gemeinschädlich machen. Paart sich noch mit solchen Gattungstugenden ein unreiner Eifer, eine eigennützige, der tiefern Religion entbehrende Absichtlichkeit, ein leidenschaftlicher, zügelloser Verfolgungsgeist, so ist das moralische Fundament des Gemeinwesens ernstlich bedroht, und es ist Pflicht einer humanen Regierung, sich desselben anzunehmen. Nach allen vorliegenden Indicien und sonst auf anderen Wegen zu mir gelangten Kenntnisnahmen scheint dies in den Zuständen der Moislinger Judenschaft der Fall zu sein, und ich erachte es für dringend nothwendig, daß, wenn nicht eine völlige Demoralisation der dortigen Juden eine traurige Folge dieser Mißstände sein soll, denselben durch das Einschreiten der Staatsbehörde ein Ende gesetzt werden müsse.

Ich habe noch in Bezug der quest. Anklage ergebenst zu bemerken, daß der letzte Punkt ad 6, worauf die Bittsteller das größte Gewicht zu legen scheinen, mir als das unerheblichste vorkommt. Denn abgesehen davon, daß nicht durch Auskratzung der den göttlichen Namen bildenden Buchstaben, wofern die allerdings höchst unmoralische Intention eines Betruges hier überall nicht vorausgesetzt und die Handlung an sich als eine unreligiöse erwogen wird, sondern durch die Untergrabung des göttlichen Geistes der Religion, durch unverantwortliche Vernachlässigung der heiligsten Berufspflichten, wie sie in den ersten 5 Anklagepunkten von den Petenten geschildert wird, der göttliche Name in der That entheiligt und geschändet werde, ist die Berufung der Petenten auf 3. Buch Mose

24, 16, wonach der, welcher den Namen Gottes nur ausspricht, schon des Todes schuldig ist, nach der rabbinischen Auslegung zwar, nicht aber der allgemeinen, wissenschaftlich begründeten Interpretation eine richtige zu nennen, wie schon Gesenius in seinem Wörterbuche S. V. Nakow (vierte Auflage S. 94 unten) richtig bemerkt: „Die Zweideutigkeit des Wortes Nakow machte. daß man 3. M. 24. 11 mißverstand und vom Namentlich aussprechen des Gottesnamens verstand." Mir scheint dieser Fall, da er überdies nur etwas Zeremonialreligiöses, welches dem Gewissen eines Jeden überlassen bleiben muß, betrifft, zu irrelevant, um sich zu einer Untersuchung Seitens der Staatsbehörde zu eignen. Um so wichtiger sind die ersten 5 Punkte, da sie lauter wesentliche Momente der heiligen Berufspflichten und die innere, moralische, religiöse Existenz des Gemeinwesens betreffen. Die krasse Unwissenheit des Mannes, die er am allerwenigsten verbergen und in Abrede nehmen kann, documentirt seine Unfähigkeit, einer Gemeinde als religiöses Oberhaupt vorzustehen, da alle übrige Anklagepunkte nur als natürliche Folgen dieser Unfähigkeit zu betrachten sind."

Auszug aus einem Schreiben des Herrn Dr. Gabriel Riesser zu Hamburg an Syndicus Dr. Buchholz vom 21. April 1843

„Was den Rabbiner anlangt, so bin ich der Meinung, daß es nicht nöthig ist, so gar viel Umstände mit ihm zu machen. An und für sich scheint mir ein Recht lebenslänglicher Anstellung nicht klar aus dem Contrakt mit der Gemeinde hervorzugehen. Daß eine solche, als die Regel bei Anstellungen von Rabbinern bildend, praesumirt werden müße, kann man nicht sagen, da kündbare Anstellungen nicht selten vorkommen; ich bezweifle demnach, daß der Rabbiner einen Anspruch an die Gemeinde gerichtlich würde durchsetzen können. Abgesehen aber von diesem immerhin zweifelhaften Punkt, scheint es mir daß — die Ermittlung der von den Klägern behaupteten Thatsachen auf dem Wege der Untersuchung vorausgesetzt — genügende Gründe zur Absetzung auch eines lebenslänglich angestellten Geistlichen vorhanden sind. Ich sehe hierzu schon seine Gehässigkeiten gegen die Schule und ihre Lehrer, seine feindseligen Äußerungen gegen anders denkende Gemeinde-Mitglieder als zureichend an. Was den 6. Klagepunkt anlangt, so scheinen mir die Kläger die Sache etwas verkehrt angefangen zu haben, indem sie das rituelle Vergehen zur Hauptsache machen und den betrügerischen Charakter der Handlung in den Hintergrund stellen. Hiergegen hat Herr Dr. Holdheim gewiß Recht, wenn er jene Seite für minder erheblich und vom Standpunkt der Regierung aus weniger in Betracht kommend erklärt, während er eben durch jene schiefe Auffaßung veranlaßt wird, der Bedeutung der Handlung selbst nur beiläufig zu erwähnen. Kehrt man aber das Verhältnis um, macht man das zur Hauptsache, was offenbar die Hauptsache ist, und wird dann durch die Untersuchung ermittelt, daß er die Alterirung der Schrift vorgenommen hat, um nachher den Schreiber eines Fehlers anzuklagen, so liegt in einer solchen Handlung meines Erachtens ein weit stärkeres Vergehen, als nötig wäre, um die Absetzung zu rechtfertigen; auch braucht man eben kein Fanatiker zu sein, um einen Schärfungsgrund in dem Umstand zu erblicken, daß er den Betrug an einem Gegenstande beging, der ihm nach seinen Ansichten als ein besonders ehrwürdiger erscheinen mußte."

Gegenvorstellung der Gemeinde Aeltesten Nathan Susmann Cohen und *Falck Levy in Moisling* für sich und im Auftrage von 70 Gemeindemitgliedern

„Wenn einige Mitglieder unserer Gemeinde den Rabbiner Ephraim Joel als einen pflichtwidrig handelnden und Unfrieden stiftenden Mann bey Einem hochedlen Rathe angeklagt und sogar auf dessen Entfernung angetragen haben, ... so sind wir

Älteste von mindestens 70 stimmfähigen Gemeindemitgliedern ..... aufgefordert worden, der boshaften Verläumdung seiner Ankläger entgegen zu treten, seine Ehre zu retten und vor Einem Hochedlen Rathe es auszusprechen, daß jene kleine Zahl ausgenommen, die aus Feindschaft und Rachsucht sich zu seinem Untergang verschworen hat, alle übrigen Israeliten zu Moisling mit Liebe und Verehrung ihrem geistlichen Lehrer anhängen, und nimmer von ihm lassen mögen.

Fast zwei Jahrzehnte verwaltete nun unser von Polen hieher berufener Rabbiner sein Amt und zwar, wir bezeugen es ihm, mit der größten Gewissenhaftigkeit und fester Pflichttreue. Seine geistlichen Lehren und Ermahnungen übten den wohlthätigsten Einfluß aus, seine Frömmigkeit und sein sittliches Verhalten flößten Ehrfurcht ein, er war Allen ein Vater und Freund, ein Helfer und Fürsprecher der Armen und Nothleidenden, ein Tröster der Kranken und Sterbenden, bis noch vor wenigen Jahren war die ganze Gemeinde mit ihm völlig zufrieden, Niemanden kam es in den Sinn über die Rechtlichkeit und Religiosität des Rabbiners den geringsten Zweifel zu hegen, geschweige denn ihn gar jemals vors Gericht zu laden.

Allein nachdem seit einigen Jahren .... der Unglaube um sich gegriffen hat, giebt es auch unter uns Abtrünnige vom strengen Glauben, Verachter der Ceremonialgesetze, Individuen, welche die Synagoge gar nicht mehr besuchen, welche vom Judenthume ab zwar zum Christenthum sich hinneigen, aber doch nicht ganz Christen seyn wollen.

Wenn nun unser Rabbiner dieses Leben und Treiben tadelte, und durchglüht von innigem und lauterem Eifer für Sittlichkeit und Religion mit aller Kraft dagegen auftrat, wenn er den Indifferentismus zu vertilgen und den strengen Glauben aufrecht zu erhalten strebte, wenn er keineswegs der geistigen und sittlichen Ausbildung der Jugend in der vor einigen Jahren erst zu Moisling gegründeten israelitischen Schule entgegenstrebend doch den Religionsunterricht, der ja gerade Sache des Rabbiners ist, besonders beaufsichtigte und mit Erfolg gegen den angestellten Lehrer Heymann Wulff und den Schulvorsteher Levy Philipp eiferte, als in den Schulunterricht falsche Glaubensartikel aufgenommen waren, so erfüllte der Rabbiner nur heilige Pflichten seines Amtes und der Religion, so handelte er nur, wie er, ohne sich strafbar zu machen, ohne sich die Verachtung aller religiösen Israeliten zuzuziehen, und damit alle Autorität einzubüßen, handeln mußte, allein dennoch konnte es nicht fehlen, daß er sich dadurch Gegener geschaffen hat, daß die, welche durch des Rabbiners pflichtgetreues Verhalten sich verletzt achten, mit ihren Anhängern eine Parthey gegen ihn bilden, zumal da der Schullehrer ein Schwiegersohn von dem Schächter und Gemeindediener Marcus Samuel ist, einem Mann, gegen den jüngst 34 Gemeindemitglieder, mittels beym Landgerichte angebrachter Denunciation auf Amtsentsetzung angetragen haben, der, wegen mancher Pflichtwidrigkeiten von dem ihm vorgesetzten Rabbiner getadelt, diesem feindlich gesinnt ist.

Diese wenn auch kleine Partei ist es, welche in neuester Zeit jede seiner Handlungen zu verdächtigen strebt, welche jedes von ihm im heiligen Amtseifer gesprochene Wort verdreht und falsch deutet, welche ihn sogar bei der Obrigkeit zu verläumden und anzuklagen gewagt hat ....."

Moisling, d. 30. May 1843.

Anhang

1.

Gesamtzahl der Juden in Lübeck und Moisling

Jahr	Lübeck		Moisling		Gesamtzahl	
	Familien	Personen	Familien	Personen	Familien	Personen
1709			12			
1735			36			
1738			38			
1745			42			
1767	4	12				
1778	5	12				
1785	6	24				
1791	13	48				
1807			74	384		
1809	12		75		87	
1811	13	52		381		433
1813	65	297				
1815	68	308	38	140	106	448
1824	8	31	83		91	
1845		31		453		484
1851		198		295		493
1857		255		267		522
1862						596
1871		529		36		565
1875						569
1880						560
1885						644
1890						654
1900						670
1905						638
1910						623
1925						629

2.

Vorsteher und Gemeinde-Älteste in der Israelitischen Gemeinde Moisling

1731	Jacob Meyer Lewin Hanach Levin Landspurg	
1737	Chaim Moses Spanier	
1743	Liebmann Moses Isias Marcus Alexander Ruben	Vorsteher
1763	Liefmann Moses Meyer Jacob David Spanier	Älteste
	Levin Nathan Hirsch Lipmann	Vorsteher
	Meyer Aron Hirsch Israel Levin Salomon Gumpell Jacob	Deputierte
1769	David Heymann Spanier Meyer Jacob Levin Nathan Hirsch Liepmann	
1776	David Heymann Spanier Jacob Meyer	Vorsteher
1783	Jacob Meyer Joel Berend Levin Nathan Falck Jacob	Älteste
	David Heymann Spanier Samuel Jacob Hirsch Levin	Vorsteher
1786	David Heymann Spanier Jacob Meyer Hirsch Levin Samuel Jacob	
1793	Jacob Meyer Joel Berend Moses Wulff	Älteste
	Samuel Jacob Moses Lipmann	Vorsteher
1804	Israel Wulff Nathan Heymann Hesse	
1814	N. A. Cohen Moses Bloch Heymann Liefmann	
1835	Heymann Joseph Hesse Lazarus Selig Cohen Isaac Joseph	
1858	N. S. Rosenthal M. Gumpelfürst	Älteste

3.

„Specification

derer anitzo in Moisling wohnenden Juden und wie denenselben täglich nach der Ordnung die Zeichen nach Lübeck gegeben werden; die Häußer, so anietzo nicht bewohnt, sind mit NB gezeichnet.“ (1735)

1. Alexander Ruben und dessen Frau
2. Wulff Salomon Wulff und dessen Frau
3. Liebmann Moses und dessen Frau
4. Cheim Moses Spanier und dessen Frau
5. Isaac David und dessen Frau
6. Schlom David und dessen Frau
7. Arend Simon und dessen Frau
8. Der Rabiner und dessen Frau
9. Joseph Salomon und dessen Frau
10. Levien Hirsch und dessen Frau
11. Wulff Meyer und dessen Frau
12. Seelig Moses und dessen Frau
13. Lazarus Salomon und dessen Frau
14. Juda Levien und dessen Frau
15. Geim Meyer (= Chajim) und dessen Frau
16. Henoch Cantor und dessen Frau
17. Hertz Isaac und dessen Frau
18. Moses Heße und dessen Frau
19. Hirsch Samuel und dessen Frau
20. NB
21. Hirsch Abraham und dessen Frau
22. Levin Lazarus und dessen Frau
23. Jacob Simon und dessen Frau
24. Israel Hirsch und dessen Frau
25. Klein Moses und dessen Frau
26. Meyer Ulmb und dessen Frau
27. Ezechiel Moses und dessen Frau
28. Salomon Hirsch und dessen Frau
29. Henoch Isaac und dessen Frau
30. Isajas Marcus und dessen Frau
31. Israel Michels und dessen Frau
32. NB
33. Marcus Salomon und dessen Frau
34. Jacob Meyer und dessen Frau
35. Salomon Abraham und dessen Frau
36. Salomon Nathan und dessen Frau
37. Meyer Jacob und dessen Frau
38. Wulff .... und dessen Frau

4.

1740 **Adl. Gericht Moisling 5.**
Jurisdiction

Specivicacion Von derer Juden so Sindt
d. 8. Juny 1740 in Lübeck Paßiert.

d. 8. Juny	Levin Latzoros et Wulff Salomon Isaak Davied seine Frau
d. 9. Juny	Moses Abraham & Lieffmann Moses Israel Müchel seine Frau
d. 10. Juny	Moses Latzaros & Iseckel Moses Isaias Marcus seine Frau
d. 13. Juny	Meyer Ahron & Moses Abraham Wulff Levin seine Frau
d. 14. Juny	Berend Levin & Henoch Isaack Israel Michel seine Frau
d. 15. Juny	Wulff Salomon & Lieffmann Moses Samuel Borgert seine Frau
d. 16. Juny	Moses Abraham & Iseckel Moses Abraham Hollander seine Frau
d. 17. Juny	Levin Hirsch & Jacob Meyer Lieffmann Moses seine Frau

d. 20. Juny	Salomon Nathan
d. 21. Juny	Schlome & Henoch Isaack Israel Müchel seine Frau
d. 22. Juny	Wulff Salomon & Jacob Siemon Alexander Ruben seine Frau
d. 23. Juny	Israel Müchel & Heymann Moses Spanier Wulff Salomon seine Frau
d. 27. Juny	Abraham Holländer & Alexander Ruben Lieffmann Moses seine Frau
d. 28. Juny	Wulff Levin & Isaias Marcus Israel Müchel seine Frau
d. 29. Juny	Lieffmann Moses & Ahrent Siemon Samuel Salomon seine Frau
d. 30. Juny	Wulff Salomon & Israel Müchel
d. 1. July	Heymann Moses Spanier Wulff Salomon Jacob Levin seine Frau
d. 4. July	Schlomer & Müchel Joseph Heckel Moses seine Frau
d. 5. July	Heimann Meyer & Meyer Ahron Israel Müchel seine Frau
d. 6. July	Heymann Moses Spanier & Jacob Meyer Joseph Salomon seine Frau
d. 7. July	Moses Abraham, Israel Hürsch Isaac David seine Frau
d. 8. July	Ahrent Siemon, Alexander Ruben Wulff Levin seine Frau

5.

Adl. Gericht Moisl. 1 (1742)

Ist auf geschehene Vorstellung der hiesigen Juden Ältesten concedirt worden daß folgende alhie wohnende Schutzjuden hierher concurriren und beytragen sollen als

Nathan Levin	24	Schilling
Israel Hirsch	40	Schilling
Israel Michels	1.16	C. M.
Esaias Marcus	1.—	„ „
Alexander Ruben	-.24	Sch.
Liebmann Moses	1.24	M.
Heimann Spanier	24	Sch.
Siemon Arend	1	M.
Wulff Salom. Wulff	1.24	„
Wulf Levien	1.	„
Meyer Jacob	„-32	Sch.
Hesekiel Wulff	„-16	„
Levien Salomon	„-40	„
Samuel Meyer	„-16	„
Michael Joseph	„-24	„
Salomon Nathan	„-16	„
	13	Courant Mark

1745
30. April

6.

Designatio derer in dem adelichen Guthe Moisling recipirten und jetzo wohnhaften Schutz-Juden.

1. Nathan Levien
2. Wulff Levien
3. Meyer Jacob
4. Samuel Isaac
5. Jochim Meyer
6. Abraham Levien
7. Samuel Salomon
8. Samuel Meyer
9. Israel Hirsch
10. Jeremias Levien
11. Joseph Salomon
12. Henoch Isaac
13. Salomon Hirsch
14. Levien Hirsch
15. Joseph Jephta Jacobs
16. Abraham Wulff
17. Jacob Siemon
18. Levien Lazarus
19. Jochim Wulff
20. Moses Abraham
21. Jacob Salomon
22. Moses Heßen Wwe.
23. David Meyer
24. Levien Salomon
25. Jacob Levien
26. Selig Moses
27. Wulff Meyer
28. Wulff Salomon Wulff
29. Siemon Arend
30. Arend Siemon
31. Schlome Brandenburger
32. Isaac David
33. Chaim Moses Spanier
34. Isaac Jacob
35. Isaac Levien
36. Liebmann Moses
37. Meyer Arend
38. Alexander Heße
39. Esajas Marcus
40. Israel Michels
41. Nathan Levien
42. Jacob Heße

Moisling, 30. April 1745

7.

Wacht Rapport am Holstenthor d. 18. Jan. 1786

Ein-	und	**Aus**
	Passirt	
Auf gewöhnl. Zeichen	**Moisl. Juden**	
Heymann Liebmann Wulff Alexander und Jacob Heymann.		
Auf hohe Ord.:	Joch. David Nathan Samson Wulff und Wulff Levin	
Von Segeberg	ein Jude Abraham Levin	
	Der Königl. Dänische Resident H. von Jeßen komment von Kiel.	

Burgthor

Auf hohe Ord.: **Moisl. Juden**
Jonas Moses, Aron Nathan
Jacob Meyer, Hirsch Levin
Elias Joseph Cohn und
Wulff Salomon

Nach Rhena

Ein Jude Joch. Levin.

Ein- und **Aus**

Passirt

Auf hohe Ordre

Ein Jude aus Robel
Moses Jacob u. ein Jude aus Schwan
David David

Nach Rhena

2 Juden
Hirsch Marcus u. s. Knecht

Mühlenthor

Auf hohe Ordre: Moisl. Juden
Levin Nathan und Joel Behrend

Nach Hamburg

Ein hiesiger Kaufm. Nölting

Von Hamburg mit der Post

Ein Kaufm. Riecke
und corp. Niemann
Der hiesige Capit. Lüdemann
u. ein Förster Brockmann
kommen aus dem Lauenburgischen.

Nach Hamburg mit der Post

Ein Kaufm. Benicke
u. corp. Dober
2 Hannoversche Fähndr.
Boldt u. Rambarter
Mit de. Lüneburger Post
2 Frauenspersonen Platen

Von Hambg. 2 Kaufl.

Hinrichen und Unversagt

Nach Hamburg drey Juden

Mos. Sal. Openheimer und
Gans nebst Bedienten

8.

Hebungs Register

über das von den Moißlinger Einwohnern
Jüdischer Nation entrichtete von E. Hochw. Rath zu Lübeck
unterm 10 ten Nov. 1809 verordnete Kopfgeld.

	Rthlr.	Schilling	Bemerkungen
1. Wulff Alexander	4	—	in Concurs gewesen
2. Nathan Isaac Schächter	2	—	
3. Abraham Nathan	3	—	
4. Joseph Levyn	—	16	Beyde sind arm
5. Jacob Levyn	—	16	
6. Mendel Jacob	10	—	
7. Joseph Spanier	1	—	unvermögend
8. Meyer Spanier	3	—	
9. Judae Wulff u. Schwager	6	—	

	Rthlr.	Schilling	Bemerkungen
10. Zadick Heymann Mendel	8	—	nahrungslos
11. Liefmann Isaac	8	—	
12. Jacob Samuel Schulmeister . . .	—	16	unvermögend
13. Samuel Abraham	1	—	desgl.
14. Heymann Isaac	—	16	desgl.
15. Simon Jonas	—	16	
16. Nathan Aron	—	16	
17. Jacob Samuel	6	—	
18. Hirsch Israel	—	16	unvermögend
19. Samuel Marcus	—	16	
20. Benedix Lazarus	—	16	
21. Samuel Nathan Wittwe	—	—	arm
22. David Levin Wittwe & Sohn . .	3	—	
23. Marcus Jacob	—	—	arm
24. Salomon Wittwe	—	—	arm
25. Sussmann Cohn Wittwe & Sohn	6	—	
26. Heymann Wulff	3	—	
27. Jacob Pincus	—	16	unvermögend
28. Falck Abraham Wwe. u. Söhne .	3	—	
29. Salomon Gumpel Schächter . . .	6	—	
30. Gumpel Jacob Wwe.	—	16	desgl.
31. Elias Joseph Cohn	—	16	
32. Levy Dey	6	—	
33. Holländer	—	16	desgl.
34. Heyn Levyn	—	16	
35. Philipp Samuel Wwe.	—	16	
36. Hertz Ahrend	—	16	
37. Isaac Henoch	4	—	
38. Abraham Isaac	3	—	
39. Salom Isaac Schächter u. Vater .	6	—	
40. Heym David Spanier	—	16	sehr arm
41. Wulff Levy	3	—	
42. Levyn Isaac	3	—	
43. Lazarus Samuel u. Vater	8	—	
44. Joseph Falck	3	—	
45. Samuel Wwe.	—	16	nahrungslos
46. Isaac Levyn u. seine Söhne . . .	3	—	
47. Jeremias Levyn Schulbediente . .	—	16	verdienen ihres geringen Vermögens wegen Nachsicht.
48. Sam. Jacob Wwe. u. Sohn	—	16	
49. Mich. David	—	16	
50. Abrah. Nathan	1	—	
51. Nath. David Wwe. & Sohn . . .	2	—	
52. Wulff Isaac	6	—	
53. Rabbiner	—	16	um dem Verlangen der Ältesten nicht gänzlich nachzugeben u. ihn zu befreyen ist er so niedrig gesetzt.
54. Gumpel Behrend	12	—	
55. Benedix Liefmann	8	—	
56. Nath. Heym. Heß	12	—	

		Rthlr.	Schilling	Bemerkungen
57.	Lev. Heym. Heß	8	—	
58.	Jac. Heym. Heß	18	—	
59.	Joel Berend Wwe.	12	—	
60.	Jac. Berend Söhne	14	—	
61.	Jos. Heym. Heß	12	—	
62.	Liefm. Hirsch	12	—	
63.	Israel Wulff	6	—	
64.	Moses Bloch	18	—	
65.	Nath. Spanier	3	—	
66.	Raph. Levyn Nathan	12	—	
67.	Heymann Liefmann	18	—	
68.	Mos. Wulff	—	16	sehr unvermögend
69.	Salom. Mos. Wulff	—	16	sehr unvermögend
70.	Salomon Gumpel	1	—	unvermögend
71.	Jesel	—	16	unvermögend
72.	Jon Lazarus	—	16	unvermögend
73.	Leo. Pincus	3	—	
74.	Zender Wwe.	—	16	desgl.
75.	Moses Falck	1	—	desgl.
		Rthlr. 300		

Moislingen, d. 10. Jan. 1810

(Das Hebungs Register der Moislinger Einwohner christl. Nation ergibt) Rthlr. 224

\+ 300

Also Total Betrag Kopfgeld zu Moisling Rthlr. 524

Das Unvermögen mehrerer Juden hat eine Ausnahme von der Vorschrift A. S. decr. 10. Nov. a. p. und eine Gleichstellung derselben mit den christl. Arbeitsleuten denen sie in Betracht des Erwerbes gleichkommen wo nicht nachstehen, veranlaßt.

Mentze.

1813

9.

Verzeichnis der sämtlichen allhier wohnenden Judenschaft.

	Namen	Familie	Geburtsort	Wohnort vorher	Wohnort jetzt	Gewerbe
1	Wwe. Suße	Tochter mit 1 Kind	—	Fackeburg	Lübeck	kleinen Bandhandel
2	Lazarus Samuel	Ehefrau mit 5 Kinder u. sein Vater	—	Moisling	„	Handelsmann
3	Josephson	Frau, 3 Kinder	—	—	„	Lehrer
4	Moses Salomon	—	Polen	—	„	Handelsmann
5	Gebr. Mayer u. Nathan Spanier	—	Moisling	Moisling	„	Handelsleute
6	Wolf Heymann	eine Frau	Moisling	„	„	Schlachter
7	Lewin H. Heß	eine Frau	—	„	„	Handelsmann
8	Liepmann Lewi Nathan	Frau & Kind	—	—	„	Kleiderhändler

	Namen	Familie	Geburtsort	Wohnort vorher	Wohnort jetzt	Gewerbe
9	Wwe. Wolfin	5 Kinder	—	Moisling	Lübeck	Kleiderhändler
10	Isaac Alexander	—	Offenbach	—	„	Kleiderhändler
11	Heymann David Spanier	Frau & 2 Kinder	—	Moisling	„	Kleiderhändler
12	Moses Falk	Frau, Mutter & 1 Sohn	—	„	„	Handelsmann
13	Ruben Samuel	Frau & 2 Kinder	—	„	„	Handelsmann
14	Levin Salomon	Frau & 6 Kinder	—	—	„	Schächter
15	Liefmann Isaac	Frau	—	„	„	Handelsmann
16	Zadek Heymann Mendel	Frau, 5 Kinder Schwiegerm.	—	Moisling	„	Handelsmann
17	Nathan Cohn	Frau, 3 Kinder	—	Hamburg	„	Lacken Fabrikant
18	Jacob Victor	Frau, 8 Kinder	—	Moisling	„	Rabbiner
19	Simon Jonas	Frau	—	„	„	Vorsänger
20	Michael Jeremias	Frau	—	„	„	Schulbedienter
21	Levin Pincus	Frau, 2 Kinder	—	„	„	Schneidermeister
22	Nathan Heymann Heß	1 Sohn	—	„	„	Handelsmann
23	Jonas Lazarus	2 Kinder	—	„	„	Bassist
24	Michael Abraham	—	Danzig	—	„	Kitter
25	Bendix Liefmann	Frau, 4 Kinder	—	Moisling	„	Handelsmann
26	Wwe. Abrah. Nathan	2 Kinder	—	„	„	Nätherin
27	Falk Abraham	2 Söhne	—	„	„	Handelsleute
28	Moses Bloch	Frau 6 Kinder	—	„	„	Kaufmann
29	Jakob Samuel	Frau 4 Kinder	—	„	„	Schullehrer
30	Samuel Selig	Frau 1 Kind	—	Hamburg	„	Handelsmann
31	Wulf Lewin	Frau 3 Kinder	—	Moisling	„	Kleiderhändler
32	Michael Hirsch	—	Neu Buckhof	—	„	Graveur
33	Wulf Isaac	Frau 4 Kinder Mutter Schwester	—	Moisling	„	Schlachter
34	Salomon Isac	Frau 2 Kinder u. Vater	—	„	„	Schlachter
35	Samuel Simon	Frau 2 Kinder Schwiegerm.	Hamburg	—	„	Handelsmann
36	Mendel Lewin	Frau 1 Sohn	—	—	„	Kleiderhändler
37	Berens	4 Brüder 5 Schwest.	—	„	„	Kaufleute

	Namen	Familie	Geburtsort	Wohnort vorher	Wohnort jetzt	Gewerbe
38	Josef Heymann Heß	Frau 10 Kinder	—	Moisling	Lübeck	Kaufmann
39.	Wwe. Alexander	1 Sohn	—	„	„	Krankenwärterin
40	Wolf Cohn	Frau 3 Kinder	—	Holstein	„	Handelsmann
41	Salomon Moses Wolf	Frau 2 Kinder	—	Moisling	„	Vorsänger
42	Mendel Heymann	Frau u. seine Schwägerin	—	„	„	Handelsmann
43	Mayer Wagner	Frau 1 Kind	—	„	„	Lehrer
44	Abrah. Isaac Salinger	Frau 2 Kinder	—	—	„	Handelsmann
45	Heymann Liefmann	6 Kinder	—	Moisling	„	Kaufmann
46	Raphael Lewi Nathan	Frau 2 Kinder	—	„	„	Kaufmann
47	Liepmann Hirsch	Frau 6 Kinder	—	„	„	Handelsmann
48	Jacob Heymann Heß	Frau 9 Kinder Schwiegerm.	—	„	„	Kaufmann
49	Wwe. Isaac Lewin	2 Söhne 1 Tochter	—	„	„	Handelsleute
50	Gumpel Behrens	Frau Sohn Bruderssohn	—	„	„	Kaufmann
51	Wwe. Joel Behrens	Tochter	—	„	„	Distileur
52	Nathan Jacob Heß	Frau 1 Kind	—	„	„	Kaufmann
53	Lazarus Salomon	Frau 1 Kind	—	„	„	Handelsmann
54	Hirsch Selig	Frau 2 Kinder Schwiegerm. Schwager	—	„	„	Handelsmann
55	Israel Wulf	Frau 11 Kinder	—	„	„	Kleiderhändler
56	Michael David Böhmer	Frau 4 Kinder	—	„	„	Handelsmann
57	Jacob Samuel	Frau 2 Kinder	—	„	„	Handelsmann
58	Seligmann	Frau	—	Holstein	„	Opticus
59	Salomon Nathan	Mutter, Sohn Schwester 2 Brüder	—	Moisling	„	Handelsleute
60	Lewin Jonas	—	—	„	„	Schlachter
61	Selig Samuel	—	Fackenburg	„	„	Handelsmann
62	Marcus Japhet	—	Frankfurt/M	—	„	Lehrer
63	Lewin Isaac	Frau	—	Moisling	„	Handelsmann
64	Hesekiel Samuel	—	—	„	„	Handelsmann
65	Jonas Lewin	Frau 4 Kinder		Holstein	„	Handelsmann

überreicht d. 30. Apr. 1813

10.

Verzeichnis*)
derjenigen Juden die zur Treibung eines Gewerbes
in Lübeck durch **Patent** autorisiert gewesen

Name des Patentisten	Qualität	Commune für welche es gültig	Zeit	Bemerkungen
Moses Bloch	Krämer	Lübeck	1812	
G. Behrens	Krämer	„	1812	
Jacob Heymann Heße	Krämer	„	1812	
Nathan Jacob Heße	Krämer	„	1812	
Levin Jonas	Schlachter	„	1813	dieser hat kein eigentl. Patent sondern nur einen Interims-Schein vom Conte Ehrlich d. 3. Sept. 1813
Mendel Levy	Trödler	„	1812	
Benendix Liefmann	Leinhändler	„	1812	
Heymann Liefmann	Seidenhändler	„	1813	
J. H. Mendel	Krämer	„	1812	
Süsgen Wwe.	Bandhändlerin	„	1812	
Abraham Solinger	Krämer	„	1812	
Salomon Seligmann	Opticus	„	1812	
Lazarus Samuel	Krämer	„	1813	diese besitzen kein Patent sondern nur einen Steuerzettel, worauf auch nicht bezahlt worden
Marcus Wulf	Trödler	„	1813	
H. Wulff	Krämer	„	1812	
N. A. Cohen	Tuchfabrikant	„	1812	
Isaac Alexander	Krämer	„	1813	diese haben nur ein Patentsteuerzettel, ohne darauf etwas bezahlt haben.
Mendel Heymann	Krämer	„	1813	
Joseph Heße	Seidenkrämer	„	1813	
Gebrüder Behrend Jacob	Krämer	Moisling	1812	
Michel David Böhmer	Krämer	„	1812	
Joh. Falck	Krämer	„	1813	
Moses Falck	Krämer	„	1812	
Ruben Samuel	Kleiderhändler	„	1811	ohne alle Unterschrift
Nath. Heimann Hesse	Krämer	„	1812	
Heymann Mendel	Krämer	„	1812	ohne Unterschrift
Isaac Wulf	Schlachter u. Krämer	„	1812	
Isaac Salomon	Schlachter	„	1812	
Isaac Liefmann	Krämer	„	1812	
Spanier Meyer	Kleiderhändler	„	1813	
Liefmann Hirsch	Krämer	„	1812	ohne Unterschrift des Maire

*) ist bei Rückgabe der Patente zurückbehalten worden.

Name des Patentisten	Qualität	Commune für welche es gültig	Zeit	Bemerkungen
Liefmann Benedix	Krämer	Moisling	1812	ohne alle Unterschrift
Levin Jonas	Krämer	„	1812	
Levin Wulf	Krämer	„	1812	
Nathan Raphael	Krämer	„	1812	sämtlich ohne alle Unterschriften
Pincus Levin	Schneider	„	1812	
Samuel Jacob	Krämer	„	1812	
Seelig Hirsch	Krämer	„	1812	
Heimann David Spanier	Kleiderhändler	„	1812	
Wulff Israel	Krämer	„	1812	hat nur ein Teil bezahlt

Außerdem haben noch Steuerscheine eingeliefert welche aber auf Patente keinen Bezug haben, sondern nur ihren Wohnort begründen

Jacob Victor	Rabbiner	Lübeck	1813	diese Zettel lauten sämtl. nur auf Personal u. Mobiliarsteuer ohne bezahlt zu sein
Isaac Wulff	Schlachter	„	1813	
L. L. Nathan	Trödler	„	1813	
David Jacob	—	„	1813	alle lauten nur auf Personal u. Mobiliar Steuern
Nathan Jacob	—	„	1813	
Berend Jacob	—	„	1813	
Hirsch Jacob	—	„	1813	
Ruben S.	Trödler	„	1812	
J. Josephson	—	„	1811	
Falck Wwe. Abraham	—	Moisling	1813	sämtlich auf Personal u. Mobiliar Steuer lautend
Wichter Kieva	—	„	1813	
Levin Heymann Heße	—	„	1811	

11.

Jüdische Kriegs-Freiwillige in der Hanseatischen Legion 1813.
(Zusammenstellung von D. A. Winter)

Levin Cohen	Freiwilliger zu Pferde aus Lübeck: Reiter in der 5. Escadron der Hanseatischen Cavallerie.
Moses Jacob	Freiwilliger zu Fuß[1]).
Samuel Israel	aus Fürstenberg in Mecklenburg, Freiwilliger zu Fuß im II. Batl. der Hanseat. Infanterie I. Füsilir Comp. No. 63.
Israel Levy	Freiwilliger zu Fuß.
David Halberstadt	aus Schwerin i/Meckl., 3. Füsilir Comp.
Moses Daniel Danielsohn[2]),	der als freiwilliger Jäger und dann als Unteroffizier bei den Füsilieren die Feldzüge von 1813 und 1814 mitmachte.
Joseph Raphael Luhe Berges[3])	
Nathan Sohn von Abraham Nathan[4]),	Freiwilliger in der Hanseatischen Legion.

---

[1]) Sein Name steht auch auf der Gedenktafel in der Marienkirche zu Lübeck unter den dort aufgeführten 38 Namen.

[2]) Denkschrift der Israelitischen Gemeinde zu Lübeck S. 12.

[3]) s. Carlsbach: Gesch. S. 55.

[4]) wohnte seit 1811 in Lübeck und fiel als Freiwilliger der Hanseat. Legion im Felde. Siehe Verzeichnis der Jüdischen Glaubensgenossen von 1821, welche willens sind in Moisling Wohnung zu beziehen. (Angabe der Tochter der Witwe von Abraham Nathan.)

12. **19. April 1814**

Liste der hiesigen Israelitischen Einwohner

mit Eingabe eingereicht namens sämtlicher Jüdischen Glaubensgenossen
N. A. Cohen, Moses Bloch, Heymann Liefmann

	Namen	Gewerbe
1.	Jacob Victor	Rabbiner
2.	Heym. Hirsch Liefmann	Kaufmann en detail
3.	N. A. Cohen	Tuchfabrikant
4.	Joseph Hesse	Seidenhändler
5.	Lazarus Samuel	Krämer
6.	Marcus Wulf	Trödler
7.	Mendel Heymann	Krämer
8.	Wichter Kiewa	Trödler
9.	Lewin Heymann Heße	Kaufmann
10.	Falck Wwe. Abraham	Bandhändlerin
11.	H. Wulff	Krämer
12.	J. Josephson	Lehrer
13.	Isac Alexander	Krämer
14.	Isaack Wulff	Schlachter
15.	Wulff Israel	Kaufmann en detail
16.	L. L. Nathan	Trödler
17.	David Jacob Behrens	Kaufmann
18.	Berend Jacob Behrens	Krämer
19.	Nathan Jacob Behrens	Kaufmann en detail
20.	Hirsch Jacob Behrens	Leinhändler
21.	S. Ruben	Trödler
22.	Moses Bloch	Krämer
23.	Falck Jos.	Kfm.
24.	Falck Moises	Kfm. en detail
25.	Isaac Liefmann	Kfm. en detail
26.	Jacob Heymann Heße Wwe.	Krämer
27.	Z. Heymann Mendel	Kfm. en detail
28.	Behrend Jacob Gebrüder	Kfm. en detail
29.	Liefmann Benedix	Krämer
30.	Lewin Jonas	Schlachter
31.	Lewin Wulf	Kfm. en detail
32.	G. Behrens	Krämer
33.	Salomon Seligmann	Opticus
34.	Heße Nathan Heimann	Kfm. en detail
35.	Mendel Levy	Trödler
36.	Isaac Wulf	Schlachter
37.	Böhmer Michel David	Kfm. en detail
38.	Abraham Salinger	Krämer
39.	Seelig Hirsch	Kfm. en detail
40.	Pincus Levin	Schneider
41.	Süsgen Wwe.	Bandhändlerin
42.	Ruben Samuel	Kleiderhändler
43.	Heymann Liefmann	Seidenhändler

Namen	Gewerbe
44. Bendix Liefmann	Leinhändler
45. Isaac Salomon	Schlachter
46. Liefmann Hirsch	Kfm. en detail
47. Nathan Raphael	Krämer
48. Samuel Jacob	Kfm. en detail
49. Spanier Heimann David	Kleiderhändler
50. J. H. Mendel	Krämer
51. Levin Isaac	Kfm. en detail
52. Nathan Jacob Heße	Krämer
53. Spanier Meyer	Kleiderhändler
54. Moses Salomon	Krämer
55. Selig Hirsch	Kfm. en detail
56. Simon Samuel	Krämer
57. W. M. Cohen	Kfm.
58. Moses Falck	Kleiderhändler
59. Meyer Wagener	Lehrer
60. Liefmann Levy Nathan	Kfm. en detail
61. Wulff Cohen	Krämer
62. Michel David	Kfm.
63. Meyer Elkan Stern	Geldwechsler
64. Selig Samuel Horwitz	Kfm. en detail
65. Moses Wulff Wwe. & Söhne	Kleiderhändler
66. Jacob Levin	Zahnarzt

13. Prod. 9. Aug. 1815

Nahmen der **von Moisling** hierher gezogenen jüdischen Hausväter.

Nathan Heymann Heße	Liepmann Hirsch
Liepmann Isaac	Bendix Liepmann
Heymann D. Spanier	Jacob Heße Wwe.
Wittwe Wulff	Wulff Isaac
Lazarus Samuel	Zadick Heymann
Levin Isaac	Wulff Levy
Wulff Heymann	Wittwe Abraham
Levin Heße	Wittwe Falck
Ruben Samuel	Wittwe Berends
Mendel Heymann	Moses Falck
Abraham Solinger	Israel Wulff
Jacob Samuel	Joseph Falck
Levin Jonas	Juda Heymann
Michel Böhmer	Levin Pincus
Gumpel Berend	Joseph Heße
Gebrüder Berend	——
Nathan Jacob Heße	Ein Rabbiner
Raphael Levy Nathan	Ein Vorsänger
Heymann Liefmann	Ein Schullehrer
Moses Bloch	Ein Schulbedienter

Wir bezeugen, daß die Israelitische Gemeinde die von Moisling hierhergezogen nicht stärker ist wie oben angegeben.

Moses Bloch

Heyman Susman.

14.

Bericht wegen die **fremden Juden Familien**
denen befohlen wurde binnen 3 Tagen von hier
fortzuziehen. **5. December 1815**

1. **Wulff Cohen** aus **Meseritz** mit Frau und 3 Kinder	4 Jahre hier, handelt auf dem Lande
2. **Süschen Levi** Wwe. mit Tochter u. Enkel	**aus Fackenburg** 4¼ J. hier, Tochter bereist für sie die Märkte.
3. **Simon Jacob** aus **Eutin** mit Frau	2½ J. hier, handelt mit Manufactur Waren, ist stets auf Reisen
4. **Nathan Simon** aus **Tarktokoff** nebst Schwiegervater **Samuel** **Samson** Frau u. 1 Tochter 4 Hausgenossen	ohne festen Wohnort 3 Jahre hier, bereisen die Märkte
5. **Seligmann Salomon** aus **Hamburg** ein Opticus mit Frau u. 2 Kinder	3½ J. hier, handelt mit optisch. Instrumenten
6. **Lazarus Marcus** aus **Lissa** Frau 2 Kinder	seit 1 Jahr hier Makler mit Indigo
7. **Jonas Levy** aus **Schleswig** Frau 4 Kinder	seit 3 J. hier handelt mit Ellen Waaren
8. **Seelig Küßel** aus **Boitzenburg** Frau u. 1 Sohn	½ J. hier, wohnt bei s. Schwiegervater Liepmann Isaac, hat in Boizenburg fallirt.
9. **Michel Abraham** aus **Hollstein**	ledig seit 4 J. hier nietet Porcelan hat keinen festen Wohnsitz gehabt
10. **Moritz Lehmann** Frau und 1 Kind aus **Hamburg**	seit 1¾ J. hier aus Hamburg 1813 ver- trieben, handelt mit Galanterie Waaren
11. **Heymann Isaac Louis** Frau u. s. Söhne **aus Rethem** **a/Aller**	seit ½ J. will Dolmetscher bei d. Russen gewesen sein, bereist die Märkte.
12. **Juda Wulff aus Moisling** u. Frau	seit 2 J. hier Schlachter ist, vielen Schulden fort
13. **Pincus** aus **Moisling** Frau u. 3 Kinder	Frauen Schneider ist nach Moisling gezogen.

15.

Anzahl der Juden in **Niendorf**

Jahr	Familien	Personen
1817	9	25
1828 März	3	15
1830 Febr.	4	18
1833 August	4	24
1835 August	4	24
1837 Juni	4	26

16.

1821

Verzeichnis der Jüdischen Glaubensgenossen, welche willens sind, in Moisling Wohnungen zu beziehen.

Datum d. Anmeldg.	Name	Alter	Familienbestand	Gewerbe	Früherer Wohnort u. Ansässigkeit	Dauer d. Aufenthalts in Lübeck	Bemerkungen
25. Sept.	Heinemann Isaac, Louis	46 J.	verh. 5 Kinder	Handelsm.	Hamburg geb. in Slonie in Pr. Polen	7 J.	wünscht sobald wie möglich eine Wohnung
25. Sept.	Wulff Isaac	41 J.	verh. 6 Kinder	Schlachter	Moisling	10 J.	wünscht Haus zu haben wo er Reisende beherbergt
25. Sept.	Nathan Cohen	30. J	Mutter Sara u. 2 Brüder	Schlachter	Moisling u. dort geboren	seit 1813	—
25. Sept.	Hanna Hirsch	33 J.	geschieden aber 3 Kinder	—	Moisling d. geb.	seit 1810	wünscht ihre frühere Wohnung Nr. 19
25. Sept.	Moses Falck	64 J.	verh.	Handelsm.	Moisling d. geb.	seit 1812	wünscht s. frühere Wohnung Nr. 95
25. Sept.	Jonas Lazarus	55 J.	verh. 2 Kinder	Sänger	Moisling	seit 1811	wünscht Nr. 21 zu beziehen
25. Sept.	Liefmann Isaac	55 J.	led.	Handelsm.	Moisling	seit 1811	wünscht Nr. 10 zu beziehen
25. Sept.	Joseph Heymann Hesse	52 J.	verh. 10 Kinder davon 8 zu Hause	Handelsm.	Moisling d. geb.	seit 1811	wünscht Nr. 94 u. Mehranlage eines Zimmers
25. Sept.	Lazarus Samuel Schwabe	48 J	verh. 6 Kinder	Handelsm.	Moisling d. geb.	seit 1811	wünscht größere Wohnung als früher
2. Oct.	Gumpel Behrend	67 J.	verh. Bruderssohn	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	wünscht s. frühere Wohnung Nr. 87. 4 Wochen nach Ostern 1822.

Datum d. Anmeldg.	Name	Alter	Familienbestand	Gewerbe	Früherer Wohnort u. Ansässigkeit	Dauer d. Aufenthalts in Lübeck	Bemerkungen
2. Oct.	Mendel Heymann	40 J.	verh. ohne Kinder	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	wünscht Nr. 96 4 Wochen n. Ostern
2. Oct.	Ruben Samuel	47 J.	verh. 3 Kinder	Handelsm.	Moisling geb. Frau aus d. Hamburgischen	seit 1811	wünscht bis 4 Wochen nach Ostern zu bleiben
2. Oct.	Wulff Levy	69 J.	verh. 1 Tochter	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	—
2. Oct.	Juda Wulff	40 J.	verh. ohne Kinder	Schlachter	Moisling geb.	seit 1813	s. Frau Rebecca Wulff meldete an will Schlachterey in Moisl. fortsetzen
2. Oct.	Michael Abraham	41 J.	verh. 1 Tochter	Porzellankitter	Danzig	seit 1811	seit 5 J. verheir. u. will Nr. 40
2. Oct.	Levin Jonas	45 J.	verh. 3 Kinder auch Stiefkinder	Schlachter	Moisling geb.	seit 1811	will Schlachterei in Moisl. fortsetzen, s. Stiefkinder sind Salomon, Joseph u. Hirsch Nathan
2. Oct.	Nathan Heymann Hesse	60 J.	ledig u. 1 Kind	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	will s. früheres Haus Nr. 89 u. 4 Wochen nach Ostern bleiben
2. Oct.	Jacob Samuel	63 J.	verh. 5 Kinder	Schullehrer	Moisling geb.	seit 1811	—
2. Oct.	Meyer Moses Wagner	52 J	verh. 1 Tochter Mutter v. 76 J.	Schullehrer	Moisling in Altona geb.	seit 1811	wünscht wegen d. Schule geräumiges Haus u. bis 4 Wochen n. Ostern zu bleiben
2. Oct.	Levin Heymann Hesse	57 J.	verh. ohne Kinder	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	wünscht Nr. 90 4 Wochen n. Ostern
2. Oct.	Heymann David Spanier	61 J.	verh. ohne Kinder 2 Brüder	Kleidertrödler	Moisling geb.	seit 1811	will s. früheres Haus Nr. 60, 4 Wochen n. Ostern

Datum d. Anmeldg.	Name	Alter	Familienbestand	Gewerbe	Früherer Wohnort u. Ansässigkeit	Dauer d. Aufenthalts in Lübeck	Bemerkungen
2. Oct.	Jacob Samuel	40 J.	verh. 5 Kinder	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	will wegen kranken Kindes bis 4 Wochen n. Ostern
2. Oct.	Abraham Nathan Ww.	60 J.	2 Töchter	—	Moisling	seit 1811	Tochter meldete an u. bemerkte, daß ihr Bruder Freiwilliger in der Hanseatischen Legion gewesen und im Felde getötet worden sei, will Nr. 83 wieder beziehen
2. Oct.	Meyer Jacob Spanier	40 J	ledig	Handelsm.	Moisling	seit 1811	will 4 Wochen nach Ostern bleiben. Gründe hierfür ohne Bedeutung
2. Oct.	Abraham Falck Wwe.	75 J.	2 Söhne Jacob u. Samuel Falck	Handelsleute	Moisling geb.	seit 1811	wollen bis 4 Wochen n. Ostern
2. Oct.	Abraham Falck	38 J.	verh. 1 Kind	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	wegen kommender Niederkunft s. Frau will er 4 Wochen n. Ostern
2. Oct.	Moses Bloch	55 J.	verh. 4 Kinder	Handelsm.	Moisling in Berlin geb.	seit 1811	wegen s. Schwäche u. d. Schulunterrichts s. Kinder 4 Wochen n. Ostern. Will s. Wohnung Nr. 97 wieder.
5. Oct.	Raphael Levi Nathan	41 J.	verh. 3 Kinder	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	will s. Haus Nr. 98 u. wegen Krankheit u. Unterricht s. Kinder 4 Wochen n. Ostern
5. Oct.	Michael David Böhmer	52 J.	verh. 4 Kinder	Handelsm.	Moisling geb. aus Böhmen gebürt.	seit 1811	—

Datum der Anmeldung	Name	Alter	Familienbestand	Gewerbe	Früherer Wohnort u. Ansässigkeit	Dauer des Aufenth. in Lübeck	Bemerkungen
5. Oct.	Salomon Isaac	45 J.	ledig Mutter u. 2 Geschwister Jacob u. Sophie Isaac	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	will wegen Alters u. Krankheit s. Mutter 4 Wochen n. Ostern
5. Oct.	Zadic Heymann Mendel	55 J.	verh. 4 Kinder	Unter Collekteur	Moisling geb.	seit 1811	falls s. Gesuch an die Wette nicht bewilligt will er Wohnung in Moisling
5. Oct.	Nathan Jacob Hesse	34 J.	verh. 5 Kinder	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	wegen Schulunterrichts s. Kinder u. Schwangerschaft s. Frau will er bis Ostern bleiben u. grosses Haus in Moisling
5. Oct.	Heymann Liefmann	65 J.	unverh. 3 erwachs. Söhne	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1811	will s. Haus Nr. 99 vergrößert, wegen Krankheit bis Ostern
5. Oct.	Brina rectius Moses Wulff Wwe.	69 J.	4 Kinder: Heymann Moses Wulff Moritz Wulff u. 2 Töchter	Handelsm.	Moisling	seit 1811	will früheres Haus Nr. 100 wegen Krankheit bis 4 Wochen nach Ostern
5. Oct.	Joseph Falck	52 J.	verh. kranke Schwester 4 erwachs. Kinder	Handelsm.	Moisling geb.	seit 1814	will Wohnung in Moisling wenn Gesuch in Lübeck zu bleiben nicht bewilligt
5. Oct.	Moritz, richtiger Moses Lehmann	57 J.	verh.	Handelsm.	Schopfloch in Bayern	seit 1816	Kleine Wohnung
5. Oct.	Joseph Nathan	28 J.	ledig, 2 Brüder 1 Schwester Salomon Hirsch, Fanny Salomon u. Fanny nach Italien gereist.	} Nathan	Moisling geb.	seit 1811	will großes Haus Nr. 96 4 Wochen nach Ostern bleiben

17.

Tabelle
über sämtliche, am 10. April 1822 in Lübeck wohnhafte jüdische Familien.

Nr.	Namen	Gewerbe	angegebene Personenzahl
1.	Alexander, Samuel	Trödler	3
2.	Abraham, Michael	Porzellankitter	3
3.	Bloch, Moses	Handelsmann	8
4.	Behrend, Gumpel	Handelsmann	3
5.	Behrens, Gebrüder	Handelsmann	10
6.	Cohen Wwe. rectius Cohen Nathan	Schlachter	4
7.	Drucker, Isaac Josephson	Lehrer	5
8.	Falck, Joseph	Handelsmann	7
9.	Falck Wwe., Abraham	Handelsmann	3
10.	Falck, Moses	Handelsmann	2
11.	Falck, Abraham	Handelsmann	3
12.	Heße, Nathan Heymann	Handelsmann	2
13.	Heße, Levin Heymann	Handelsmann	2
14.	Heße, Nathan Jacob	Handelsmann	7
15.	Heße, Joseph Heymann	Handelsmann	10
16.	Heße Wwe. Jacob Heymann	Handelsmann	13
17.	Heymann, Mendel	Handelsmann	2
18.	Hirsch, Hannah	Klein Gewerbe	4
19.	Hirsch, Michael	Pettschierstecher	4
20.	Horwitz, Selig Salomon	Handelsmann	5
21.	Isaac, Levin	bei der Synagoge angestellt	3
22.	Isaac, Salomon	Handelsmann	4
23.	Isaac, Wulff	Schlachter	8
24.	Jonas, Levin	Schlachter	5
25.	Lazarus, Jonas	Porzellankitter	4
26.	Luis, Heymann Isaac	Trödler	7
27.	Lehmann, Moritz oder Moses	Trödler	2
28.	Levy Wwe. Susanna	ohne Gewerbe	3
29.	Liefmann, Heymann	Handelsmann	4
30.	Levy, Jacob	Zahnarzt	2
31.	Lebertopf, Lazarus Samuel	Cigarrenhändler	2
32.	Levin, Mendel	Trödler	3
33.	Mendel, Zadig Heymann	Lotterie Collecteur	6
34.	Nathan, Gebrüder	Handelsleute	4
35.	Nathan Wwe. Abraham	ohne Gewerbe	3
36.	Nathan, Raphael Levin	Handelsmann	5
37.	Pollack, Jacob Abrah. Caspar	Handelsmann	1

Nr.	Namen	Gewerbe	angegebene Personenzahl
38.	Samuel, Ruben	Handelsmann	5
39.	Samuel, Jacob I.	Schullehrer	7
40.	Samuel, Jacob II.	Handelsmann	7
41.	Schwabe, Lazarus Samuel	Handelsmann	8
42.	Spanier, Meyer Jacob	Handelsmann	2
43.	Stern, Meyer Elkan	Schutzjude	8
44.	Sollinger, Abraham	Trödler	6
45.	Wagner, Meyer Moses	Lehrer	4
46.	Wulff Wwe. Brine	Handelsfrau	6
47.	Wulff Wwe. Salomon Moses	ohne Gewerbe	3
48.	Wulff, Juda	Schlächter	2
49.	Behrend Wwe. Joel	ohne Gewerbe	1
49 Familien		mit	225 Individuen

18.

Liste der bis Termino Johannis 1823
von **Lübeck nach Moisling gezogenen**
Jüdischen Familien.

Nummer der Wohnung in Moisling	
88	Liefmann Isaac
19	Wulff Levy
76	Heymann David Spanier
82	Michael David Böhmer
95	Moses Falck
11	Ruben Samuel
87	Gumpel Behrend
98	Raphael Levy Nathan
89	Nathan Heymann Hess
90	Levin Heymann Hess
97	Nathan Jacob Hess
91	Moses Bloch
109	Levin Isaak
28	Abraham Falck
52	Judah Wulff
94	Joseph Heymann Hess
96	Gebrüder Nathan Salomon, Joseph, Hirsch

Nummer der Wohnung in Moisling	
146	Brine Moses Wulff Wwe. Söhne: Heymann Moses Wulff Moritz Wulff
107	Joseph Falck
106	Lazarus Samuel Schwabe
99	Jacob Samuel
36	Salomon Isaak
108	Zadick Heymann Mendel
110	Meyer Jacob Spanier
54	Moritz oder Moses Lehmann
85	Wulff Isaak
112	Nathan Cohen
111	Levon Jonas
83	Abr. Nathan Wwe.
102a	Jacob Samuel
86	Meyer Moses Wagner
44	Jonas Lazarus
102 b	Selig Samuel Horwitz

Tabellarische Übersicht der im Guthe Niendorf sich aufhaltenden Individuen Jüdischer Nation im Jahre 1817.

	Namen	Geburtsort	wie lange	Gewerbe	Familie	Zeugnisse
1.	Lazarus Marcus	Lissa in Polen	fast 2 J.	Handel	Fr. 2 K.	Empfehlung aus Lübeck
2.	Salomon Lazarus	Copenhagen	1¾ J.	Handel	Fr. 2 K.	Bürgschaft d. Nathan/Mois
3.	Jonas Levi	Gemünd	1¾ J.	Handel	Fr. 2 K.	s. Anl. 1
4.	Rebecka Salomon	Hamburg	½ J.	Handel	1 T.	s. Anl. 2
5.	Michel Hirsch	Frauenstadt (Polen)	3 Monate	Orgelspieler	Fr.	s. Anl. 3
6.	Elias Moses	Amsterdan	3 Monate	Orgelspieler	—	—
7.	Jonas Storch	Lengsfeld	4 Monate	Handel	—	s. Anl. 4
8.	Levin Schwabe	Fackenburg	5 Wochen	Handel	Fr. 4 K.	s. Anl. 5
9.	Salomon Kuske	Breslau	4 Wochen	Handel	—	s. Anl. 6

Niendorf d. 20. August 1817

unterz. Heinze Dr.

19.

Liste aller Häuser-Miethen so die aus der Stadt nach Moisling gewiesenen Jüdischen Glaubensgenossen zu bezahlen haben bis Term: Weynacht 1823.

Nr. der Häuser	Nahme der Bewohner	Ostern	Johannis	Michaelis	Weynacht	Jährl. Miete C. M.
36	Salomon Isaack	—	36,—	—	36,—	72,—
11	Sara Levy Wwe.	18,—	—	18,—	—	36,—
14 a	Joseph Spanier	50,—	—	50,—	—	100,—
14 b	Brine Wulff	—	40,—	—	40,—	80,—
19	Wulff Levy	15,—	—	15,—	—	30,—
28	Abraham Falck Wwe.	30,—	—	30,—	—	60,—
40	Hannah Hirsch	15,—	—	15,—	—	30,—
43	Michael Abraham	15,—	—	15,—	—	30,—
44	Jonas Lazarus	15,—	—	15,—	—	30,—
52	Juda Wulff	15,—	—	15,—	—	30,—
54	Moses Lehmann	—	15,—	—	15,—	30,—
75/76	Heymann David Spanier	24,—	—	24,—	—	48,—
82	Michael David Böhmer	18,—	—	18,—	—	36,—
83	Abraham Nathan Wwe.	18,—	—	18,—	—	36,—
85	Wulff Isaack	50,—	—	50,—	—	100,—
86	Meyer Moses Wagner	—	50,—	—	50,—	100,—
87	Gumpel Behrend	50,—	—	50,—	—	100,—
88	Liefmann Isaack	50,—	—	50,—	—	100,—
89	Nathan Heym. Heß	50,—	—	50,—	—	100,—
90	Levin Heymann Heß	50,—	—	50,—	—	100,—
91	Moses Bloch	50,—	—	50,—	—	100,—
94	Joseph Heymann Heß	—	90,—	—	90,—	180,—
95	Moses Falck	—	50,—	—	50,—	100,—
96	Gebrüder Nathan	—	50,—	—	50,—	100,—
97	Nathan Jacob Heß	—	50,—	—	50,—	100,—
98	Raphael Levy Nathan	50,—	—	50,—	—	100,—
99	Jacob Samuel	—	60,—	—	60,—	120,—
102 a	Jacob Samuel	—	24,—	—	24,—	48,—
102 b	Heymann Isaac Luis	24,—	—	24,—	—	48,—
104 a	Abraham Falck	50,—	—	50,—	—	100,—
104 b	Meyer Jacob Spanier	60,—	—	60,—	—	120,—
105 a	Selig Salomon Horwitz	60,—	—	60,—	—	120,—
105 b	Salomon Moses Wulff Wwe.	24,—	—	24,—	—	48,—
106	Lazarus Salomon Schwabe	—	60,—	—	60,—	120,—
107	Joseph Falck	52,8	—	52,8	—	105,—
108	Zadick Heymann Mendel	60,—	—	60,—	—	120,—
109	Levin Isaack	30,—	—	30,—	—	60,—
110	Ruben Samuel	30,—	—	30,—	—	60,—
111	Levin Jonas	45,—	—	45,—	—	90,—
112	Nathan Cohen	45,—	—	45,—	—	90,—
113	Moses Hirsch	24,—	—	24,—	—	48,—
114	Samuel Alexander	—	24,—	—	24,—	48,—
					Courant Mark	3273,—

20.

Aus dem Bericht[1])

der zur Versetzung der Juden aus hiesiger Stadt angeordneten Commission.

In Verfolg ihres vorläufigen Berichts d. 30. Sept. 1822 erstattet die Commission Bericht über den mittels D. v. 10. April 1822 erteilten Auftrag.

Allgemeine Bemerkungen.

Bei Einsetzung der Commission waren nach Ausweis der Tabelle Anlage Liste C. in Lübeck ansässig **49 jüdische Familien mit 225 Individuen.** Davon wurden nach Moisling versetzt laut Tabelle Anlage Liste D.

37 Familien mit 165 Individuen,

die Stadt und deren Gebiet haben gänzlich verlassen laut Tabelle Anlage Liste E.

4 Familien mit 29 Individuen

und annoch wohnen jetzt in der Stadt:

8 Familien mit 31 Individuen. Anlage Liste F.

Unter letzteren ist

1. der Joel Behrend Ww. durch D. 10. Octob. 1821 der fernere Aufenthalt unter beschränkenden Bedingungen gestattet.

Die übrigen sind alle schon vor Eintritt der französischen Herrschaft hier wohnhaft gewesen die Commission hatte aber nur die Versetzung der seit 1811 zugewanderten Juden nach Moisling zu regeln.

2. Isaac Josephson Drucker: Er begab sich April 1819 nach seinem Geburtsort Lissa um dort besseres Fortkommen zu suchen, kehrte aber Oktober 1819 wieder zurück. D. wohnt seit 17 Jahren in Lübeck und ist an der öffentl. Schule als Lehrer angestellt gewesen.

3. Michael Hirsch, Pettschierstecher, sehr dürftig unschädlich rücksichtl. seines Gewerbes.

4. Jacob Levy Zahnarzt hat durch **D. 22. Mai 1816** Concession.

5. Lazarus Salomon Lebertopf in 6. Jahren von Halle eingewandert, 61 J. alt, Handel mit Cigarren.

6. Mendel Levin seit 23 J. in Lübeck.

8. Abraham Sollinger, seit 19 J. in Lübeck.

5, 6 und 8 sind Trödler, kein Nachteil zu befürchten.

7. Stern Schutzjude, hier geboren.

Lübeck, ult. Mart 1824 F. W. Grabau

---

1) Bericht der Commission am 31. März 1824 an den Senat der Bürgerschaft mitgeteilt.

Schlußbericht zur Versetzung der Juden wurde **CD. v. 14. April 1824** der Bürgerschaft mitgeteilt.

21.

Tabelle über diejenigen jüdischen Familien, welche abseiten der Commission nach Moisling versetzt worden sind, nebst Bemerkung der ihnen daselbst angewiesenen Wohnung. 1824

Nr.	Nahmen	Gewerbe	angegebene Personen-zahl	Haus-Nr. in Moisling
1.	Alexander, Samuel	Trödler	3	114
2.	Abraham, Michael	Porzellankitter	3	43
3.	Bloch, Moses	Handelsmann	8	91
4.	Behrend, Gumpel	Handelsmann	3	87
5.	Cohen Wwe. rectius Cohen Nathan	Schlachter	4	112
6.	Falck, Joseph	Handelsmann	7	107
7.	Falck Wwe. Abraham	Handelsmann	3	28
8.	Falck, Moses	Handelsmann	2	95
9.	Falck, Abraham	Handelsmann	3	104 a
10.	Heße, Nathan Heymann	Handelsmann	2	89
11.	Heße, Levin Heymann	Handelsmann	2	90
12.	Heße, Nathan Jacob	Handelsmann	7	97
13.	Heße, Joseph Heymann	Handelsmann	10	94
14.	Hirsch, Hannah	kein Gewerbe	4	40
15.	Horwitz, Selig Salomon	Handelsmann	5	105 a
16.	Isaac, Levin	bey d. Synagoge angestellt	3	109
17.	Isaac Salomon	Handelsmann	4	3 b
18.	Isaac, Wulff	Schlachter	8	85
19.	Jonas, Levin	Schlachter	5	111
20.	Lazarus Jonas	Porzellankitter	4	44
21.	Luis, Heymann Isaac	Trödler	7	102 b
22.	Lehmann, Moritz oder Moses	Trödler	2	54
23.	Levy Wwe. Susanna	ohne Gewerbe	3	11
24.	Mendel, Zadig Heymann	Lotterie Collecteur	6	108
25.	Nathan, Gebrüder	Handelsleute	4	96
26.	Nathan, Wwe. Abraham	ohne Gewerbe	3	83
27.	Nathan, Raphael Levin	Handelsmann	5	98
28.	Samuel, Ruben	Handelsmann	5	110
29.	Samuel, Jacob I	Lehrer	7	102 a
30.	Samuel, Jacob II	Handelsmann	7	99
31.	Schwabe, Lazarus Samuel	Handelsmann	8	106
32.	Spanier, Meyer Jacob	Handelsmann	2	104 b
33.	Wagner, Meyer Moses	Lehrer	4	86
34.	Wulff Wwe. Brine	Handelsfrau	6	14 b
35.	Wulff Wwe. Salomon Moses	ohne Gewerbe	3	105 b
36.	Wulff, Juda	Schlachter	2	52
37.	Pollack, Jacob Abrah. Caspar	Handelsmann	1	hat für sein Unterkommen selbst gesorgt.
37 Familien			mit 165 Individuen	

22.

Tabelle über diejenigen jüdischen Familien welche die Stadt und deren Gebiet gänzlich Verlassen haben. 1824

Nr.	Nahmen	Gewerbe	angegebene Personen-zahl	Wohin gezogen
1.	Behrens, Gebrüder	Handelsleute	10	n. Hamburg
2.	Heße, Wwe. Jacob Heymann	Handelsleute	13	n. Hamburg
3.	Heymann, Mendel	Handelsleute	2	n. Hamburg
4.	Liefmann, Heymann	Handelsleute	4	n. Hamburg
4 Familien		mit	29 Individuen.	

23.

Tabelle über diejenigen Familien, welche noch gegenwärtig in der Stadt wohnen. 1824

Nr.	Nahmen	Gewerbe	angegebene Personen-zahl	Wohnung
1.	Behrend Wwe. Joel	ohne Gewerbe	1	Fischergrube
2.	Drucker, Isaac Josephson	Lehrer	5	Balauerfohr 166
3.	Hirsch, Michael	Pettschierstecher	4	Königstraße 887
4.	Levy Jacob	Zahnarzt	2	Hüxstraße 48
5.	Lebertopf, Lazarus Salomon	Cigarrenhändler	2	Hartengrube Petersengang
6.	Levin, Mendel	Trödler	3	Kiesau bey d. Petersgrube
7.	Stern, Meyer Elkan	Schutzjude	8	Hüxstraße 48
8.	Sollinger, Abraham	Trödler	6	Johannisstraße 27
8 Familien		mit	31 Individuen	

24.

Aufnahme sämtlicher Juden in Moisling und Niendorf

Jahr	Moisling: Familien für eigene Rechnung angebaut	Moisling: Familien bei Eigenthümer-wohnen	Moisling: Familien in städtischen Wohnungen	Moisling: Familien Total	Moisling: Kopfzahl Total	Moisling: Kinder Söhne	Moisling: Kinder Töchter	Moisling: Kinder Total	Niendorf: Familien	Niendorf: Kopfzahl	Niendorf: Kinder	Moisling u. Niendorf zusammen: Total der Familien	Moisling u. Niendorf zusammen: Kopfzahl
1828 März	—	13	75	88	439	138	104	242	3	15	9	91	454
1830 Febr.	—	16	76	92	453	158	109	267	4	18	10	96	471
1833 Aug.	1	13	82	96	462	149	120	269	4	24	16	100	486
1835 Aug.	1	10	84	95	439	141	113	254	4	24	16	99	463
1837 Juni	1	11	86	98	432	141	105	246	4	26	18	102	458

25.

Familien-Verhältnisse

Classe	Hausväter	Witwer	Witwen	Ledige Männer	Frauen	Mündige Kinder	Unmündige Kinder	Dienstboten	Mütter und Schwiegermütter	Alte Väter	Schwestern Schwägerinnen	Brüder	Neffen	Nichten	Abwesende Söhne	Enkel	Summe der Kopfzahl[1])
I	7	1	—	—	7	—	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34
II	29	3	7	8	28	7	96	5	3	1	8	3	1	1	3	1	204[2])
III	5	—	2	2	5	—	12	1	—	—	—	—	—	—	—	—	27
	41	4	9	10	40	7	127	6	3	1	8	3	1	1	3	1	265

1) Nota: 18 christliche Dienstboten sind nicht in dier Kopfzahl enthalten.

2) Die Zahl wird um 11 durch die in kurzem erfolgende Abreise der vormaligen Lotteriepächter Rießer und Ezechiel vermindert.

26.

Verzeichnis aller in Moisling und Niendorf sich aufhaltenden Israelitischen Individuen

med. Februar 1830

I. Stadthäuser bewohnen:

		Zahl der Bewohner
Abraham Nathan	Fr. 2 S. 2 T.	6
Joseph Stern	Fr.	2
Abraham Samuel	Fr. 2 S. 2 T.	6
Wulff Alexander Wwe. und Sohn Levi Wulff	Fr. 2 S. 1 T.	6
Sara Levy Wwe.	1 T.	2
Israel Wulff und Schwiegersohn	Fr. 3 S. 2 T.	
Moses Philipp	Fr. 3 S.	12
Joseph Spanier	Fr. 3 S. 3 T.	8
Heymann Moses Wulff	Fr. u. Schw.	3
Salomon Isaac	Fr. 4 S. T.	7
Aron Abraham	Fr. 2 S. T.	5
Jacob Heymann und Ruben Alexander und Abraham Marcus Wwe.	Fr. 3 S. 4 T.	11
Wulff Levy Wwe.	T.	2
Salomon Selig	Fr.	2
Salomon Philipp	Fr. 6 S. 2 T.	10
Elias Ahrend	Fr.	2
Simon Jonas Wwe.	S.	2
Levy Pincus	Fr. 4 S. 4 T.	10
Nathan Aron	Fr. 3 S. T.	6
Abraham Falck Wwe. gest. 5. Febr. 1830	2 S.	2
Hertz Cohen Wwe.		1
Lazarus Bendix	Fr.	2
Jacob Holländer Wwe.	Enkel: S. T.	3
Moses Lehmann	Fr.	2
David Braun	Fr. 2 S. T.	5
Salomon Gumpel jr.	Fr. S. 2 T.	5
Hirsch Selig	Fr. 3 S. Schwiegermutter	6
Abraham Marcus	Fr. 2 T.	4
Michel Abraham	Fr. T.	3
Jonas Lazarus	Fr. S. T.	4
Isaac Heymann	Fr. 2 S. T.	5
Levy Dey	Fr. S.	3
Joseph Luhe	4 S. T.	6
Levy Lion	Fr. 2 S. T. Nichte	6
Heymann Juda Wulff	Fr.	2
Abraham Isaac	Fr. 3 S. 3 T.	8
Jacob Gumpel	Fr. 4 S. 2 T. Schwiegermutter	9

		Zahl der Bewohner
Salomon Gumpel sen.	Fr. S.	3
Joseph Abraham	Fr. 6 S.	8
Heymann Juda	Fr. 7 S. 3 T.	12
Hirsch Marcus	Fr. 3 S. T.	6
Heymann David Spanier	Fr. 2 Brüder	4
Jacob Abraham Polack	Fr.	2
Michel David Böhmer und verheirateter Sohn	Fr. S. Fr. T. S.	7
Emmy u. Mine Geschwister Nathan		2
Elias Selig Cohen	Bruder, Schwester, Vater	4
Wulff Isaac	Fr. 4 S. 3 T.	9
Meyer Moses Wagener	Fr. T.	3
Gumpel Behrend	Fr.	2
Heymann Joseph Heß	Fr. S.	3
Nathan Heymann Heß	Fr.	2
Levy Heymann Heß	Fr.	2
Ruben Levy	Fr. 5 S. T. 2 Brüder	10
Joseph Heymann Heß	Fr. S. 3 T.	6
Moses Falck	S.	2
Gebrüder Nathan	Joseph u. Hirsch	2
Nathan Jacob Heß	Fr. 4 S. 2 T.	8
Raphael Levy Nathan	Fr. 2 T.	4
Jacob Samuel	Fr. 2 S. 3 T.	7
Jacob Samuel (Lehrer) und verheirateter Sohn:	Fr. S. T. Fr. S. T.	8
Heymann Isaac Luis	Fr. 5 S. 2 T.	9
Abraham Falck und Wwe. Wulff	Fr. S. 3 T. S. T.	9
Meyer Jacob Spanier	Bruder	2
Selig Samuel Horwitz und Selig Susmann Cohen	Fr. 5 S. T. Fr.	10
Ephraim Joel Rabbiner	Fr. 2 S. T.	5
Lazarus Samuel Schwabe und Simon Wulff u. Schwester	Fr. 3 S. 2 T.	9
Joseph Falck	Fr. 3 S. 2 T. Schwester	8
Zadig Heymann Mendel	Fr. 3 S. T.	6
Levy Isaac und Heymann Nathan	Fr. Fr.	4
Ruben Samuel	Fr. S. 2 T.	5
Levy Jonas		1
Nathan Cohen	Fr. T. Mutter	4
Moses Hirsch	Fr. S. Schwiegerm.	4
Samuel Alexander		2

Es wohnen ferner in Moisling:
(in christlichen Häusern)

		Zahl der Bewohner
Abraham Joseph		1
Moritz Wulff		1
Levy Philipp	Fr.	2
Isaac oder Seckel Heymann	Fr. 2 S. 2 T.	6
Levy Jacob Wwe. u. Schwägerin		2
Salomon Aron	Fr. S. 6 T.	9
Nathan David und Gottschalck Heimann	Fr. 4 S. 5 T.	12
Isaac Joseph	Fr. S. T.	4
Dey Levy	Fr. T.	3
Joseph Levy	Fr. 2 S. T.	5
Moses Daniel	Fr. 2 S. T.	5
Marcus Samuel	Fr. 3 S. 2 T.	7
Michel Hirsch	Fr. S. Schwiegervater	4
Moses Böhmer	Fr. T.	3
Hertz Wulff	Fr.	2
Salomon Marcus	Fr. 3 S. T.	6
Selig Baruch	Fr. 4 S. 3 T.	9
Zahl aller in Moisling sich aufhaltenden Israeliten		453

Verzeichniß derjenigen Israeliten in Niendorf wohnhaft

Salomon Jacob	Fr. 3 S.	5
Elias Hirsch	Fr. 4 S.	6
Salomon Cohn	Fr. 2 S. T.	5
Elias Jonas	Fr.	2
	zusammen	18
dazu die in Moisling wohnenden Israeliten		453
Gesamtzahl aller in Moisling und Niendorf sich aufhaltenden Israelitischen Individuen		471

Lübeck med. febr. 1830

Auszug der sowohl bey Moisling als Niendorf aufgeführten Kinder und Unverehelichte umstehend:

Kinder und Unverheiratete in Moisling

Vom 1ten bis zum 5ten Jahr	45 m.	23 w.
Vom 6ten bis zum 10ten Jahr	31 m.	20 w.
Vom 11ten bis zum 15ten Jahr	27 m.	21 w.
Vom 16ten bis zum 20ten Jahr	24 m.	24 w.
Vom 21ten bis zum 25ten Jahr	14 m.	14 w.
Vom 26ten bis zum 36ten Jahr	17 m.	7 w.
	158 M.	109 W.

Kinder in Niendorf

1tes bis 9tes Jahr	9 m.	1 w.

27.

Verzeichnis der in der Freien Hansestadt Lübeck wohnhaften Juden

und ihrer Angehörigen, aufgenommen an der Wette am 5. December 1834

No.	Name	Alter	Geburtsort	Stand	Dauer d. hiesigen Aufenth.	Wohnung	Familie und Hausgenossen	Bemerkungen
1.	Meyer Elkan Stern	63	Lübeck	ehemals Schutzjude jetzt Trödler		Wahmstr.	2 S. 4 T. 1 Diener	fünfte Tochter auswärts verheiratet.
	Söhne:							
	Abraham Meyer Stern	36	Lübeck					
	Isaac Meyer Stern	32						
	Diener: Zacharias Moses	56	Lübeck					
2.	Isaac Josephson	66	Lissa	Lehrer der hebr. Sprache	28	Balauerfohr	Fr. 2 S. 1 T.	
	Söhne:							
	Meyer Josephson	23	Lübeck	stud. med. Berlin				
	Joseph Josephson	28	Lübeck	Lithografist				bei den Gebrüder Borchers in Arbeit.
3.	Abraham Sollinger	42	Marxhausen, Amt Braunschweig	Händler auf Jahrmärkten	27	Johannisstr.	Fr. 1 S. 3 T.	
	Sohn:							
	Gerson Sollinger	23	Lübeck	Gehülfe des Vaters				
4.	Mendel Levy	55	Prag	hdl. alten Kleidern	31	Kiesau	Fr. 2 S. 1 christl. Magd	
	Söhne:							
	Abraham Mendel Levy	26	Lübeck	Lehrer				in Oldenburg (Herzogtum).
	Solomon Mendel Levy	1½	Lübeck					

No.	Name	Alter	Geburtsort	Stand	Dauer d. hiesigen Aufenth.	Wohnung	Familie und Hausgenossen	Bemerkungen
5.	Michael Hirsch	53	Mecklenburg	Graveur	47	Tünkenhagen	Fr. 1 S. 4 T.	
	Sohn:							
	Wolff Hirsch	6	Lübeck					
6.	Jette Bacharach, Wittwe des Lazarus Salom. Lewertoff	41	Hamburg	hausiert mit Cigarren	24	lichte Querstr.	1 S.	
	Sohn:							
	Salom. Lazarus Lewertoff	23	Lübeck	hilft der Mutter, treibt auch Musik				
7.	Jacob Levy	50	Lübeck	Zahnarzt		Aegidienstr.		lebt getrennt von s. jüd. Frau und im Concubinat mit einer Christin, von der er 7 Kinder hat, die er bei sich als Christen erzieht.
	Name seiner Frau:							
	Esther Levy geb. Henoch	50	Moisling	Leichdorn-schneiderei		Depenau		
8.	Israel Levy Landsberg	34	Lübeck	hausiert auf Jahrmärkten		Schlumacherstr.		Dieser allein steht nicht in der im Jahre 1820 aufgenommenen Liste. Er und seine Brüder, Kinder des hierselbst verstorbenen Schächters Levy Landsberg müssen derzeit als Unmündige ganz übersehen seyn.
	Brüder:							
	Moses Levy Landsberg	32	Lübeck	Lehrer in Winsen				
	Simon Levy Landsberg	30	Lübeck	Lehrer in Delmenhorst				
9.	Hirsch Alexander	44	Moisling	Polizeidiener				lebt mit einer Christin Cathar. Reimers im Concubinat und hat die Kinder aus dieser Verbindung als Christen erzogen. Bei allen 2 Knaben und 5 Mädchen hat er sich als Vater angegeben.

28.

Actum Lübeck im Landgericht
d. 19. Juny 1835

Termin des Landgerichts zur **Feststellung der Verhältnisse der außerhalb Moislings und insbesondere in Lübeck wohnenden Israeliten zu der israelitischen Gemeinde in Moisling.**

Es waren vorgeladen:

1. die **Ältesten der Israelitischen Gemeinde zu Moisling:**
   Heymann Joseph Heße
   Lazarus Selig Cohen und
   Isaac Joseph.
2. sämtliche in **Lübeck wohnenden Juden**
   Meyer Elkan Stern
   Isaac Josephson
   Joseph Josephson
   Abraham Sollinger
   Mendel Levy
   Michael Hirsch
   Jette Bacharach des weiland Lazarus Salomon Lewertoff Wwe
   Jacob Levy
   Israel Levy Landsberg und
   Hirsch Alexander

den Comparenten wurde bemerklich gemacht, daß **sämtliche in Lübeck wohnenden Israeliten** gemäß D. v. 4. Febr. d. J. mit Einschluß des nicht mehr als SchutzJuden geltenden M. Elk. Stern **zur Moislinger Gemeinde gehören.**

Alle erkannten dies an, nur **Jacob Levy** protestierte und erklärte, er sei zwar als Israelit geboren, habe sich aber nie zum Mosaischen Glauben und der Gemeinde gehalten, wird aber nicht berücksichtigt.

I. Allgemeine Feststellungen:

Folgende Bestimmungen wurden angenommen:

1. sämtliche **Juden Lübecks** sind **volle Gemeinde-Mitglieder der Moislinger Gemeinde** mit allen Rechten und Pflichten.
2. Regulative v. 20. Sept 1833 u. 20. Dez. 1833, Ältesten Wahl, Verwaltung der Gemeinde Kasse und Beiträge sind auch für die Juden Lübecks bindend.
3. haben sie vollen Anspruch auf Armenversorgung und Pflicht des Beitrags zur Armenversorgung.

II. Spezielle Feststellungen:

1. Die in Lübeck eingerichtete Betstube wird wie bisher, so auch inskünftige fortbestehen und zwar
   a) ist die Moislinger Gemeinde verpflichtet, sowohl die Kosten der hiesigen Betstube aus der Gemeinde Kasse zu tragen als auch für ein Lokal der Betstube fortan zu sorgen. Die GemeindeÄltesten versuchen, ob Meyer Elkan Stern die

Betstube auch ferner in seiner Wohnung wie bisher behalten will, falls nicht für eine neue zu sorgen.

b) Geräthe und Mobilien der Betstube sind Eigentum der Gemeinde.

c) Bestimmungen der Bestube gelten ohne Rücksicht auf das Quantum der Gemeindebeträge.

2. Den hiesigen Israeliten bleibt zu ihrer Benutzung der Begräbnisplatz vor dem Holstenthore und die Gemeinde ist verpflichtet aus der Gemeindekasse denselben zu unterhalten. Die Gemeinde stellt bei Begräbnisfällen die zur Beerdigung nötige Anzahl von Leuten hierher gegen die ordentlichen Gebühren.

3. **Schächter**

a) Dieser muß allwöchentlich einmal nämlich am Mittwoch unaufgefordert von Moisling nach Lübeck zum Schächten kommen außerdem muß er jederzeit, wenn er von einem oder mehreren Israeliten aufgefordert, zu notwendigen Verrichtungen hierher kommen.

b) Als Gebühr erhält der Schächter für das Schächten und Ausadern welches er gleichfalls ungefordert besorgen muß bei Großvieh für beides 1 M. für kleines Vieh den gleichen Lohn wie in Moisling.

4. Die hiesigen Juden sind verbunden den Moislinger Rabbiner ebenso wie es der Vertrag mit ihm vom 7. April 1825 vorschreibt und in der Weise wie in Moisling gebräuchlich zu allen Hochzeiten und Beschneidungen hierher einzuladen.

5. Ebenfalls den Moislinger Gemeindediener und Vorsänger solange dies und in der Weise wie dieß zu Moisling geschieht zu allen Hochzeiten und Beschneidungen.

Schließlich erklärten die Ältesten der Moislinger Gemeinde auch sämtliche zu Niendorf wohnenden Israeliten als volle GemeindeMitglieder mit allen Rechten und Pflichten aufgenommen, was die Niendorfer Israeliten bereits am 3. Februar 1834 sich als GemeindeMitglieder der Moislinger Gemeinde anerkannt hatten.

Landgericht beschloß dies Protokoll dem Rath vorzulegen.

29.

Steuern der Juden

Sämtliche in **Moisling** wohnenden Steuerpflichtigen Israeliten sollen zahlen	332 M,
davon sind ermäßigt	15 M
bleiben	317 M
und die hier in der Stadt anwesenden Steuerpflichtigen Israeliten haben zu entrichten	20 M
Zusammen	337 M
davon 10 Contribuenten à 8 M sind	80 M
und 68 dito à 4 M sind	272 M
sind	352 M
davon ab die ermäßigten	15 M
bleiben wie oben	337 M

Lübeck, den 1. Dec. 1836.

30.

Folgende 31 Kinder haben die hiesige Israelitische Schule verlaßen und sich einem bestimmten Geschäft gewidmet.

Nr.	Namen der Kinder	Stand
1.	Marcus Heimann	im Geschäft zu Güstrow
2.	Seelig Philipp	Musicus
3.	Jacob Pincus	im Geschäft zu Hamburg
4.	Wulff Moses Philipp	im Geschäft zu Hamburg
5.	Samuel Ruben	im Geschäft zu Hamburg
6.	Samuel Jacob	im Geschäft zu Hamburg
7.	David Horwitz	Lithograph Lübeck
8.	Julius S. Philipp	Maler Neustadt
9.	Jacob Hirsch	Korbmacher Lübeck
10.	Samuel Hirsch	Klempner Moisling
11.	Jacob Salomon	Schneider Moisling
12.	Abraham Salomon	Schächter Moisling
13.	Hirsch Moses	Cigarrenmacher in Lübeck
14.	Hirsch Joseph	Cigarrenmacher in Lübeck
15.	Daniel Moses	Cigarrenmacher in Lübeck
16.	Salomon Isaac	Cigarrenmacher in Lübeck
17.	Abraham Aron	Cigarrenmacher in Hamburg
18.	Jacob Marcus	auf der hohen Schule zu Lübeck
19.	Julius Moses Philipp	in der Großheimschen Schule zu Lübeck
20.	Abraham Salomon	noch gar kein Geschäft
21.	Samuel Joseph	noch gar kein Geschäft

Nr.	Namen der Kinder	Stand
22.	Deit Selig	noch gar kein Geschäft
23.	Isaac Ruben	noch gar kein Geschäft
24.	Wulff Levi	noch gar kein Geschäft
25.	Hirsch Aron	noch gar kein Geschäft
26.	Marcus Heymann	Schacherhandel
27.	Wulff Isaac	Schacherhandel
28.	Philipp Luhe	Schacherhandel
29.	Moses Elias	Schacherhandel
30.	Lazarus Elias	Schacherhandel
31.	Alexander Heimann	Schacherhandel

Außer diesen 31 Kindern sind noch folgende 9 zu merken, die die hiesige Schule nicht besucht haben.

Nr.	Namen der Kinder	Stand
1.	Abraham Joseph	Cigarrenmacher in Hamburg
2.	Samuel Wolff	Cigarrenmacher in Hamburg
3.	Levi Joseph	Cigarrenmacher in Hamburg
4.	Meier J. Gumpel	Cigarrenmacher in Hamburg
5.	Wulff Horwitz	Cigarrenmacher in Hamburg
6.	Baruch Seelig	Cigarrenmacher in Lübeck
7.	Abraham Auerbach	Cigarrenmacher in Lübeck
8.	Moses Falck	Cigarrenmacher in Lübeck
9.	Israel Nathan	Schneider in Moisling

Moisling d. **19. October 1841.**

31.

Bei der im Jahre 1847 vorgenommenen Zählung und Vernehmung sämtlicher israelitischer Bewohner von Moisling fanden sich daselbst 131 Familien (Häupter) und einzelne selbständige Personen.

Die Gesamtzahl aller Juden betrug		481
davon waren männlichen Geschlechts		249
weiblichen Geschlechts		232
wie oben		481
Von den männlichen Personen waren anwesend		
Männer		111
Kinder unter 25 J.		115
		226
abwesend		23
wie oben		249
Von den Frauen waren anwesend:		
Erwachsene		112
Kinder unter 25 J.		111
		223
abwesend		9
wie oben		232

32.

Bekanntmachung,

die von den im Lübeckischen Staate ansässigen Israeliten angenommenen Familiennamen betreffend.

In Gemäßheit der Bekanntmachung vom 28. Januar d. J. die Verpflichtung der im Lübeckischen Staate ansässigen Israeliten zur Annahme bestimmter und unveränderlicher Familiennamen betreffend, haben nachbenannte Mitglieder der Israelitischen Gemeinde zu Moisling als Familiennamen angenommen:

1. Die Gebrüder Aron Abraham und Joseph Abraham, so wie die beiden großjährigen Söhne des letzteren, Abraham Joseph und Levin Abraham den Namen . . . . . Frankenthal.
2. Die Gebrüder Jacob Abraham, Heine Abraham und Isaac Abraham, imgleichen deren Mutter, die Witwe Gitel Abraham, den Namen . . . . . Blumenthal.
3. Michael Abraham den Namen . . . . . Simon.
4. Ruben Alexander den Namen . . . . . Löwenburg.
5. Sarah, Samuel Alexander Wittwe, den Namen . . . . . Alexander.
6. Samuel Aron und dessen großjähriger Sohn Meier Aron den Namen . . . . . Oljenik.
7. Mendel Isaac Auerbach, dessen zwei großjährige Söhne Isaac Mendel und Simon Mendel, so wie die Wittwe Esther Auerbach, geborene Heimann den Namen . . . . . Auerbach.
8. Selig Baruch Wittwe, geb. Dey und deren Sohn Heine Baruch den Namen . . . . . Baruch.
9. David Böhmer, Jacob Böhmer und Moses Böhmer den Namen Böhmer.
10. Hünche, David Braun Wittwe, den Namen . . . . . Braun.
11. Abraham David Braun den Namen . . . . . Lichtenhain.
12. Itzig Bukofzer den Namen . . . . . Bukofzer.
13. Die Gebrüder Lazarus Selig Cohn und Elias Selig Cohn, so wie Nathan Sußmann Cohn und Selig Sußmann Cohn den Namen Cohn.
14. Wittwe Esther Daniel, geb. Böhmer den Namen . . . . . Danielson.
15. Levi Dey und Gitel, Falk Levy Dey Wittwe, geb. Cohn den Namen . . . . . Dey.
16. Die Gebrüder Abraham Falk, Jacob Falk und Joseph Falk, imgleichen Samuel Falk Wittwe Gelle, geb. Feidt und Moses Falk den Namen . . . . . Falk.
17. Jacob Gumpel und dessen Söhne Gumpel Jacob Gumpel, Meier Gumpel und Samuel Gumpel den Namen . . . . . Fürst.
18. Salomon Gumpel Wittwe, Rahel geb. Joseph und deren Sohn Jacob Salomon Gumpel den Namen . . . . . Gumprich.
19. Abraham Isaac Gumpel und Salomon Gumpel Wittwe, Martha geb. Falk den Namen . . . . . Gumpel.
20. Susette Heilbut den Namen . . . . . Heilbut.
21. Isaac Heimann, dessen Sohn Heimann Isaac Heimann und Riecke Heimann den Namen . . . . . Manheim.
22. Jacob Heimann und dessen Sohn Abraham Jacob Heimann, den Namen . . . . . Prenzlau.
23. Isaac (Eseckel) Heimann und dessen Sohn Heimann Isaac den Namen . . . . . Heimannson.
24. Heimann Juda und dessen Söhne Juda Heimann, Isaac Heimann, Moses Heimann, Jacob Heimann, Ephraim Heimann und Marcus Heimann den Namen . . . . . Lissauer.
25. Gottschalk Heimann den Namen . . . . . Levin.
26. Jette Heß, geb. Wulff den Namen . . . . . Heß.

27. Michael Hirsch, Graveur, den Namen . . . . . Hirschberg.
28. Michael Hirsch, Orgeldreher, und Goldchen Hirsch, den Namen Hirsch.
29. Levin Hirsch den Namen . . . . . Sußmann.
30. Moses Hirsch Wittwe, Heva, den Namen . . . . . Mendelson.
31. Selig Hirsch den Namen . . . . . Schwarzenstein.
32. Wulff Jacob den Namen . . . . . Lichtenstein.
33. Eva, Levin Jonas Wittwe, geb. Arnefeld, den Namen . . . . . Arnefeld.
34. Ephraim Joel den Namen . . . . . Joel.
35. Isaac Joseph und Meyer Wagner Wittwe, Betti, geb. Peine den Namen . . . . . Wagner.
36. Joseph Josephson den Namen . . . . . Josephson.
37. Wolf Israel den Namen . . . . . Israel.
38. Israel Levy Landsberg den Namen . . . . . Landsberg.
39. Wittwe Jette Lazarus, geb. Nathan und deren Sohn Note Jonas Lazarus den Namen . . . . . Lazarus.
40. Wittwe Sarah Lehmann den Namen . . . . . Lehmann.
41. Levi Joseph Levi und Mendel Levi den Namen . . . . . Levison.
42. Salomon Lazarus Lewertoff den Namen . . . . . Lewertoff.
43. Levi Lion den Namen . . . . . Lion.
44. Joseph Raphael Luhe und dessen Söhne Moses Luhe und Selig Luhe den Namen . . . . . Berges.
45. Hirsch Marcus, Abraham Marcus und Salomon Marcus Wittwe, Sara geb. Abraham den Namen . . . . . Goge.
46. Isaac Moses den Namen . . . . . Holländer.
47. Raphael Levi Nathan, Hirsch Nathan Wittwe, Doris Nathan, geb. Levi und Abraham Nathan Wittwe, geb. Meyer, den Namen . . . . . Nathan.
48. Nathan Aron Nathan und dessen Söhne Salomon Nathan, Heimann Nathan, Israel Nathan und Neumann Nathan den Namen . . . . . Rosenthal.
49. Isaac Abraham Nathan den Namen . . . . . Westheimer.
50. David Nathan und dessen Sohn David Nathan den Namen . . . Kaiserson.
51. Die Gebrüder Moses und Levi Philipp den Namen . . . . . Philippson.
52. Salomon Philipp und dessen vier Söhne Paul Salomon Philipp, Bernhard Philipp, Heine Philipp und Moses Salomon Philipp den Namen . . . . . Philipp.
53. Levin Pincus, Lion Pincus und Marcus Pincus Wittwe, Riecke geb. Aron, den Namen . . . . . Pincus.
54. Jacob Abraham Polack den Namen . . . . . Polack.
65. Selig Salomon den Namen . . . . . Salomon.
56. Die Brüder Marcus Samuel und Esaias Samuel den Namen . . Marcus.
57. Abraham Samuel und dessen Sohn Samuel Abraham den Namen . . . . . Salfeld.
58. Salomon Isaac Schlomer und Isaac Schlomer den Namen . . . Warburg.
59. Jacob Schlomer und Abraham Schlomer den Namen . . . . . Schlomer.
60. Die Brüder Wulf Lazarus Schwabe und Nathan Schwabe den Namen . . . . . Schwabe.
61. Herz Spanier und Meier Jacob Spanier den Namen . . . . . Spanier.
62. Die Gebrüder Isaac Meier Stern und Abraham Meier Stern den Namen . . . . . Stern.
63. Juda Heimann Wulff den Namen . . . . . Mecklenburg.
64. Heine Wulff den Namen . . . . . Adler.
65. Herz Wulff Wittwe Eddel, geb. Marcus, Heimann Wulff Wittwe, Betti, geb. Falk, Hirsch Salomon Wulff und Moritz Wulff den Namen . . . . . Wulff.

66. Lazarus Wulff und dessen Mutter Dina Wulff geb. Samuel, imgleichen Itzig Wulff und Wittwe Hanne Wulff, geb. Samuel den Namen . . . . . Würzburg.
67. Levi Wulff den Namen . . . . . Löwenthal.
68. Heimann Zadich den Namen . . . . . Zadich.

Das Landgericht hat diese Namen obrigkeitlich bestätigt.

Demzufolge führen von jetzt an für sich und ihre Nachkommen den Familiennamen:

1.	**Adler**	Heine Wulff.
2.	**Alexander**	Sarah, Samuel Alexander Wittwe.
3.	**Arnefeld**	Eva, Levin Jonas Wittwe, geb. Arnefeld.
4.	**Auerbach**	Mendel Isaac Auerbach, Isaac Mendel Auerbach, Simon Mendel Auerbach, Wittwe Esther Auerbach, geb. Heimann.
5.	**Baruch**	Selig Baruch Wittwe, geb. Dey, Heine Baruch.
6.	**Berges**	Joseph Raphael Luhe, Moses Luhe, Selig Luhe.
7.	**Blumenthal**	Jacob Abraham, Heine Abraham, Isaac Abraham, Wittwe Gitel Abraham.
8.	**Böhmer**	David Böhmer, Jacob Böhmer Moses Böhmer.
9.	**Braun**	Hünche, David Braun Wittwe.
10.	**Bukofzer**	Itzig Bukofzer.
11.	**Cohn**	Lazarus Selig Cohn, Elias Selig Cohn, Nathan Sußmann Cohn, Selig Sußmann Cohn.
12.	**Danielson**	Wittwe Esther Daniel, geb. Böhmer.
13.	**Dey**	Levi Dey, Gitel, Falk Levi Dey Wittwe, geb. Cohn.
14.	**Falk**	Abraham Falk, Jacob Falk, Joseph Falk, Samuel Falk Wittwe, Gitel, geb. Feldt, Moses Falk.
15.	**Frankenthal**	Aron Abraham, Joseph Abraham, Abraham Joseph, Levin Abraham.
16.	**Fürst**	Jacob Gumpel, Gumpel Jacob Gumpel, Meier Gumpel, Samuel Gumpel.
17.	**Goge**	Hirsch Marcus, Abraham Marcus, Salomon Marcus Wittwe, Sarah, geb. Abraham.

18.	**Gumpel**	Abraham Isaac Gumpel, Salomon Gumpel Wittwe, Martha, geb. Falk.
19.	**Gumprich**	Salomon Gumpel Wittwe, Rahel geb. Joseph, Jacob Salomon Gumpel.
20.	**Heilbut**	Susette Heilbut.
21.	**Heimannson**	Isaac (Eseckel) Heimann, Heimann Isaac.
22.	**Heß**	Jette Heß, geb. Wulff.
23.	**Hirsch**	Michael Hirsch, Orgeldreher, Goldchen Hirsch,
24.	**Hirschberg**	Michael Hirsch, Graveur.
25.	**Holländer**	Isaac Moses.
26.	**Joel**	Ephraim Joel.
27.	**Israel**	Wolf Israel.
28.	**Josephson**	Joseph Josephson.
29.	**Kaiserson**	David Nathan, David Nathan jun.
30.	**Landsberg**	Israel Levi Landsberg.
31.	**Lazarus**	Jette Lazarus, geb. Nathan, Note Jonas Lazarus.
32.	**Lehmann**	Sarah Lehmann.
33.	**Levin**	Gottschalk Heimann.
34.	**Levison**	Levi Joseph Levi, Mendel Levi.
35.	**Lewertoff**	Salomon Lazarus Lewertoff.
36.	**Lichtenhain**	Abraham David Braun.
37.	**Lichtenstein**	Wulff Jacob.
38.	**Lion**	Levi Lion.
39.	**Lissauer**	Heimann Juda, Juda Heimann, Isaac Heimann, Moses Heimann, Jacob Heimann, Ephraim Heimann, Marcus Heimann.
40.	**Löwenburg**	Ruben Alexander.
41.	**Löwenthal**	Levi Wulff.
42.	**Manheim**	Isaac Heimann, Riecke Heimann.
43.	**Marcus**	Marcus Samuel, Esaias Samuel.
44.	**Mecklenburg**	Juda Heimann Wulff.
45.	**Mendelson**	Moses Hirsch Wittwe, Heva.
46.	**Nathan**	Raphael Levi Nathan, Hirsch Nathan. Abraham Nathan Wittwe geb. Meier.
47.	**Oljenik**	Samuel Aron, Meier Aron.
48.	**Philipp**	Salomon Philipp, Paul Salomon Philipp, Bernhard Philipp, Heine Philipp, Moses Salomon Philipp.

49.	**Philippson**	Moses Philipp, Levi Philipp.
50.	**Pincus**	Levin Pincus, Lion Pincus, Marcus Pincus Wittwe geb. Aron.
51.	**Polack**	Jacob Abraham Polack.
52.	**Prenzlau**	Jacob Heimann, Abraham Jacob Heimann.
53.	**Rosenthal**	Nathan Aron Nathan, Salomon Nathan, Heimann Nathan, Israel Nathan, Neumann Nathan.
54.	**Salfeld**	Abraham Samuel, Samuel Abraham.
55.	**Salomon**	Selig Salomon.
56.	**Schlomer**	Jacob Schlomer, Abraham Schlomer.
57.	**Schwabe**	Wulf Lazarus Schwabe, Nathan Schwabe.
58.	**Schwarzenstein**	Selig Hirsch.
59.	**Simon**	Michael Abraham.
60.	**Spanier**	Herz Spanier, Meier Jacob Spanier.
61.	**Stern**	Isaac Meier Stern, Abraham Meier Stern.
62.	**Sußmann**	Levin Hirsch.
63.	**Wagner**	Isaac Joseph, Meier Wagner Wittwe Bettl, geb. Peine.
64.	**Warburg**	Salomon Isaac Schlomer, Isaac Schlomer.
65.	**Westheimer**	Isaac Abraham Nathan.
66.	**Würzburg**	Lazarus Wulff, Dina Wulff, geb. Samuel, Itzig Wulff, Hanne Wulff, geb. Samuel.
67.	**Wulff**	Herz Wulff Wittwe, Eddel, geb. Marcus, Heimann Wulff Wittwe, Betti, geb. Falk Hirsch Salomon Wulff. Moritz Wulff.
68.	**Zadich**	Heimann Zadich.

Lübeck im Landgerichte den 2. März 1848.

In fidem

Wilhelm Plessing, Dr.,
Jud. am. subst.